M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 84 März 1980 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74003. Bürozeiten: Mo — Fr, 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestelt von: Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, André Guerrini, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven - du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmidt, Bertina Schulze - Mittendorf, Dieter Seifrid, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österrreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

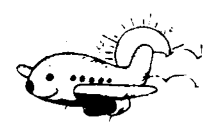
Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Bundschuh-Licht-Satz, Freiburg, Tel. 53556
Druck: SOAK Hannover, Telefon 11718

Redaktionschluß der nächsten Nummer: 29.4.1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 25,-)

Schweiz: SFR: 35,- (bzw. 25,-)
Österreich: ÖS: 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,-)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,-;
ÖS 30,-



Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ‚Zur - Habe - Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, isl sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Kenia

Drohende Hungersnot

Aus dem Gebiet des Stammes der Turkana in Kenia erreichte uns ein Brief einer Stipendiatin der Arbeits- und Studienaufenthalte (ASA), der von einer drohenden Hungersnot bei dieser kleinen Volksgruppe berichtet. Die wichtigsten Teile dieses Berichtes, der auch einen Spendenaufruf zur Soforthilfe enthält, drucken wir im folgenden ab. Im Anschluß daran geben wir einige Hinweise zur politischen und wirtschaftlichen Lage der Turkana im kenianischen Staate. Red.

Die Herden sind in Gefahr

„... Ich bin z.Z. am Bewässerungsprojekt Turkwell Minor (in der Nähe von Lodwar), das u.a. von der FAO unterstützt wird. Thema meiner Arbeit: Ernährungsstand und damit verbundene gesundheitliche Lage der hier lebenden Turkana.
Ich habe mit Hilfe von Schülern, die für mich übersetzt haben, die Leute, die an dem Projekt arbeiten, interviewt und Leute befragt, die hier in der Gegend mit ihren Herden leben bzw. lebten und für medizinische Behandlung zur Krankenstation hier im Ort kamen. Die Befragung der am Projekt Beschäftigten werde ich auswerten, wenn ich wieder zurück bin; über die Situation der nomadisierenden Turkana möchte ich aus aktuellem Anlaß in dieser Form berichten.

Seit letztem Mai hat es in der Turkana nicht mehr geregnet – die kleine Regenzeit ist ausgefallen. Das bedeutet, daß es praktisch kein Futter mehr für die Tiere gibt. Die Tiere, Ziegen, Schafe, Kamele, Rinder, Esel, sind jedoch Lebensgrundlage der Turkana – sie liefern Milch, Blut und in größeren Zeitabständen Fleisch als Nahrungsmittel. Um für die Tiere (hier in der Gegend sind es nur noch Schafe und Ziegen, vereinzelt Kamele, die anderen Tiere sind in Uganda oder im Sudan) noch Futter zu bekommen, werden die Äste der Bäume, die in Flußläufen stehen, mit langen Stangen geschüttelt, damit ein paar Blätter herunterfallen. Sonst gibt es kein Futter. Weil sie fast kein Futter mehr bekommen, geben die Tiere keine Milch mehr. Blut kann ihnen auch nicht mehr abgenommen werden. Die Turkana ernähren sich also praktisch nur noch von den wilden Palmnüssen, die es nur hier am „Fluß" (Turkwell) gibt, die aber außer Stärke nichts enthalten.

In Gegenden nördlich von hier gibt es nicht einmal diese Nüsse – die Leute hungern, etliche sind schon verhungert (im Umkreis von dreißig Kilometer von hier).

Erschwerend kommt zu der Trockenheit noch dazu, daß die Ziegen an verschiedenen Parasitenkrankheiten erkranken und sterben – das Fleisch dieser Tiere ist dann natürlich ungenießbar.

Nach Aussagen von Missionaren ist die Situation im Norden (um Kakuma) noch schlimmer; seit Ende November gibt es Berichte, daß dort das Vieh zu Tausenden stirbt, die Menschen verhungern, oder wegen der Ausweglosigkeit ihrer Lage, wenn sie ihre Herden verloren haben, Selbstmord begehen. In exakten Daten das Ausmaß dieser Hungersnot anzugeben ist unmöglich.

Da die Wassersituation auch prekär ist, – hier am Bewässerungsprojekt ist seit Silvester der Trinkwasserbrunnen trocken –, häufen sich die Fälle von Ruhrerkrankungen. Es ist zu erwarten bzw. zu befürchten, daß beim hoffentlich Ende März, Anfang April einsetzenden Regen viele Leute wegen des starken Temperaturabfalls an Erkältungen und Lungenentzündungen erkranken und sterben werden. Die bis April Überlebenden haben dann wegen der langen Hungerperiode kaum noch Reserven, um schwere Infektionskrankheiten überleben zu können.

Unterernährte Kinder

Ich habe mit Hilfe der Quack-Stick Methode die Kinder auf Unterernährung untersucht, die hier am Ort in die von der Mission finanzierte Vorschule gehen (100 Kinder, 3 bis 6 Jahre). Bei dieser Methode werden der Armumfang und die Körpergröße der Kinder gemessen und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Damit lassen sich verschiedene Grade der Unterernährung messen (unterernährte Kinder haben dünnere Arme bei einer bestimmten Körpergröße als guternährte). Diese Methode wurde 1968/69 in Nigeria (Biafra) entwickelt – ich habe die Anleitungen dazu aus den Skripten des Kurses „Medizin und Entwicklungsländer", den DED-Ärzte besuchen.

Es ergaben sich bei 32 % der Kinder ein Ernährungsstand von weniger als 80 % des Standards „ausreichend ernährt", was bedeutet, daß diese Kinder dringend zusätzliche Nahrung benötigen. 8 % der Kinder fallen unter die Kategorie derer, die nach dem Nigeria Standard in eine Ernährungs-Notstation eingewiesen werden müßten. 30 % der Kinder erreichen nur 85 % des erforderlichen Verhältnisses Armumfang zu Körpergröße. Die anderen Kinder stammen aus relativ privilegierten Familien mit hohem Einkommen. Das Ergebnis ist um so beunruhigender, als die Kinder in der Vorschule eine Mahlzeit pro Tag bekommen (mit Soja angereichertes Getreide als Brei gekocht).

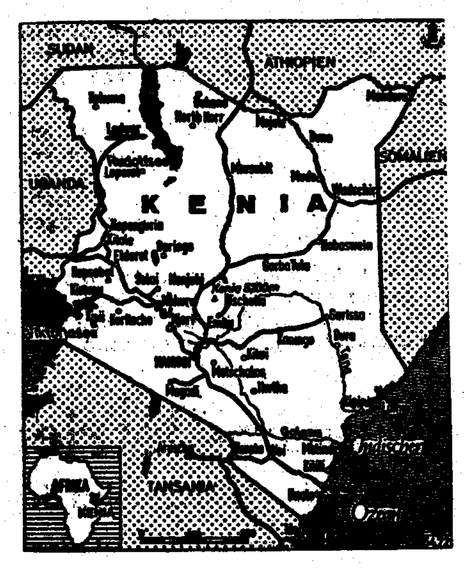
Kinder der Nomaden sind in der Gruppe derer, die das 80 %-Limit nicht erreichen, im Vergleich zu anderen Kindern überrepräsentiert. Nach allen mir zugänglichen Berichten ist die Ernährungslage der nomadisierenden Turkana hier in der Gegend und südlich flußaufwärts noch am besten.

Weitere Untersuchungen, die das Kriterium der „Wissenschaftlichkeit" erfüllen, erübrigen sich wohl demnach.

Erwähnt sei noch, daß Untersuchungen in anderen Vorschulen ergaben, daß die Kinder an Gewicht verlieren –in

Gegenden wo nur nomadisierende Turkana leben.

Daß hier eine Hungersnot herrscht, die größere Ausmaße annimmt als die während der Trockenheit der 70er Jahre, läßt sich nicht mehr übersehen. Dieses Jahr fiel die kleine Regenzeit zwischen Oktober und Dezember ganz aus, dazu kommt noch die Tierseuche. ...



Was tun?

Der normale Weg zur Anforderung von Lebensmitteln für Hungergebiete scheint nicht möglich. Dazu muß von der Regierung des betroffenen Landes ein entsprechender Antrag bei der Welthungerhilfe gestellt werden. Das wird anscheinend von der Regierung des Landes, das in gewissem Sinne zu den Vorzeigeländern Afrikas gehört, wohl nicht geschehen.

Der deutsche Botschafter in Kenia (Kuhn) war Anfang Januar mit einem deutschen Angestellten des Kenya Freedom from Hunger Council (Kenianischer Rat für Freiheit vom Hunger – KFFHC) hier in Turkwell. Sie wollten sich über die Lage hier informieren und wurden auch informiert. Sie sehen jedoch auch aus oben genannten Gründen enorme Schwierigkeiten, Hilfe zu bekommen (Kenia scheint auch intern nichts zu unternehmen). Außerdem werde das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn keine Hilfestellung geben, da Katastrophenhilfe nicht sein Ressort sei und Kenia nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehöre. Ein Beispiel für die verworrene Lage: dem KFFHC wäre es vor einigen Jahren möglich gewesen, aus EG-Beständen umsonst Milchpulver zu bekommen. Da es in Kenia damals Milchpulver gab, wurde die Einfuhr verboten. Über die aktuellen Bedingungen weiß ich jedoch nicht Bescheid.

Der Mitarbeiter des KFFHC machte mir den Vorschlag, einen genauen Bericht über die Lage im Norden – Anzahl der betroffenen Personen, erforderliche Nahrungsmittel (Art, Menge, Preisliste) und einen entsprechenden Antrag an das KFFHC zu schicken. Dies sollte dann mit entsprechenden Begleitschreiben an das Büro der deutschen Welthungerhilfe weitergeleitet werden.

Die Anzahl der betroffenen Personen versuche ich z.Z. zu ermitteln, ich fühle mich jedoch außerstande, Angaben zu machen über Menge Art und Preise der benötigten Lebensmittel – (soweit reicht die praktische Ausbildung in Biologie und bei ASA nicht...) Deshalb werde ich den Bericht – Schätzung der betroffenen Personen und Schilderung der Lage – nach Nairobi zum KFFHC schicken mit der Bitte, daß der Antrag da ergänzt und weitergeleitet wird.

Um was ich Euch bitten möchte: Versucht, Geld zu sammeln, möglichst schnell und viel und als Postanweisung an die

Diocese of Lodwar, Private Bag, P.O. Lodwar, via Kitale, Kenya

mit Vermerk „for food" zu schicken. Dort können dann Lebensmittel gekauft werden und über die Gesundheits-Zentren, die hier alle zur Mission gehören, verteilt werden. Das erscheint mir als der im Moment schnellste und sicherste Weg, Lebensmittel hierher zu bekommen."

H. S.

Soweit der Brief aus Kenia. Die Turkana sind ein momadisierendes Hirtenvolk, das etwa 200.000 Menschen umfaßt. Ihr im äußersten Nordwesten gelegener Lebensraum gehört zu den unwirtschaftlichsten ganz Kenias: bei einer durchschnittlichen Regenmenge von ca. 180 mm/qm im Jahr (zum Vergleich:im fruchtbaren Hochland sind es etwa 1250 mm/qm), die obendrein noch äußerst unregelmäßig fällt, hat das Land überwiegend den Charakter einer öden Halbwüste, die jeglichen Ackerbau unmöglich macht. Es existiert zwar ein Bewässerungsprojekt – das im Bericht erwähnte Turkwell-Projekt – jedoch ist es in seinem Umfang zu beschränkt, als daß es die landwirtschaftlichen Möglichkeiten wesentlich verbessern könnte.

Die Turkana leben daher ausschließlich von ihren Herden, d.h. vor allem von der Milch und dem in regelmäßigen Abständen abgezapften Blut der Rinder. Darüber hinaus liefern die Tiere auch Leder, Wolle und Knochen zur Herstellung von Kleidung und einfachen Haushaltsgeräten. Auf den Handel mit anderen Völkern sind die Turkana mithin kaum angewiesen, nur gelegentlich werden kleine Mengen von Eisen, Tabak und Getreide eingetauscht.

Die Herden bilden somit die Lebensgrundlage der Turkana, und das nicht nur in einem engen materiellen Sinne: auch das soziale Ansehen einer Familie bemißt sich nach der Größe der Herde – kann doch diejenige Familie, die über viele Tiere verfügt, in Notzeiten am ehesten anderen helfen. Darüber hinaus ist der gesamte Lebensrythmus der Turkana, ja sogar das Denken bis in die Mythen und Märchen hinein, geprägt von der täglichen Beschäftigung mit dem Aufbau und der Pflege der lebenswichtigen Herden.

Probleme mit dem kapitalistischen Staat

Versuche von außen, diesen relativen Viehreichtum für die „Volkswirtschaft" nutzbar zu machen (Fleischexporte!) scheiterten daher nicht nur an den kaum vorhandenen Transportmöglichkeiten: wo die Herden tatsächlich derart umfassend die Basis des Lebens bilden wie bei den Turkana, kann der Versuch einer Kommerzialisierung dieser Basis natürlich nur auf Ablehnung stoßen.

Die Turkana bilden also ein noch weitgehend in sich geschlossenes wirtschaftliches und gesellschaftliches System, das in den heutigen Staat Kenia so gut wie gar nicht integriert ist.
Diese gesellschaftliche Randstellung ist wahrscheinlich der Hauptgrund dafür, daß die Regierung bei der jetzigen Hungersnot noch nicht eingegriffen hat, obwohl das rein finanziell gesehen kein allzu großes Problem für sie darstellen dürfte. Denn die Turkana machen noch nicht einmal 2 % der Gesamtbevölkerung aus und Kenia gehört aufgrund seiner „liberalen" Wirtschaftspolitik zu den wenigen afrikanischen Ländern in die ein nahezu unerschöpflicher Strom von Entwicklungshilfe und Krediten fließt.

„Liberale" Wirtschaftspolitik bedeutet aber eben auch, daß solche marginalen Völker wie die Turkana schnell außerhalb des Blickfeldes der Regierung geraten, weil sie ökonomisch nicht interessant sind. Anders als die bekannten Masai, die sonst die gleiche Lebensweise führen, sind die Turkana bisher auch nicht für das Tourismusgeschäft einsetzbar gewesen.
Sicher spielen bei der Vernachlässigung der Turkana auch noch andere Faktoren eine Rolle: die schlechten Verkehrsverbindungen und die Tatsache, daß Dürreperioden im Norden Kenias an sich nichts Ungewöhnliches sind. Wirkliche Katastrophen werden von der Büro-

kratie daher immer erst nach einiger Zeit in ihrem vollen Ausmaß wahrgenommen – die kenianische Bürokratie hat sich noch nie durch eine besondere Flexibilität und Schnelligkeit ausgezeichnet, ihre Schwerfälligkeit und ihr mangelndes Einfühlungsvermögen sind hingegen notorisch.
Der Hauptgrund dürfte aber dennoch die fehlende ökonomische und soziale Integrierung der Turkana in den Staat sein, ein Umstand, der sich im übrigen auch auf der politischen Ebene niederschlägt. So gehört die Wahlbeteiligung bei den Turkana zu der niedrigsten in ganz Kenia, ein politisches Bewußtsein im modernen Sinne fehlt nahezu vollständig. Dementsprechend sind die Turkana auch nicht wie die meisten Völker Kenias durch einen „politischen Patron" in Gestalt eines Ministers oder wenigstens Staatssekretärs in der Regierung vertreten. Das Fehlen eines solchen einflußreichen „Stammes"-Patrons ist im Rahmen des politischen Systems Kenias aber besonders fatal. Nach der Devise „wer am lautesten schreit, bekommt Recht", werden nämlich in erster Linie diejenigen Gruppen und Regionen von der Regierung mit staatlichen Leistungen bedacht, die sich über solche politischen Mittelsmänner Gehör zu verschaffen wissen.

Bislang brauchte diese Tatsache die Turkana allerdings nicht zu stören, kamen sie doch auch ohne die Regierung stets zurecht. Eine Dürrekatastrophe aber, wie sie sich diesmal anzubahnen scheint, könnte allerdings selbst die Kapazität des sozialen Systems der Turkana überfordern, das an seine rauhe Umwelt an sich ideal angepaßt ist.

Was daher im Augenblick Not täte, wäre eine möglichst schnelle und unbürokratische Soforthilfe, die aber nicht dazu führen darf, daß die Turkana an Lebensmittellieferungen aus dem Ausland gewöhnt und damit langfristig ihrer bisherigen Lebensweise entfremdet werden. Auch darf sie nicht bedeuten, daß damit der Staat Kenia aus seiner prinzipiellen Verantwortung entlassen wäre. Die akute Notsituation – vor allem die der besonders gefährdeten Kinder – erfordert ein sofortiges Handeln, das den Turkana solange helfen müßte, bis sie wieder in der Lage sind, sich selbst zu helfen. fb

Sahel

Nahrungsmittelbilanz weiter defizitär

Zur Erntezeit gegen Ende der Anbauperiode 1979/80 legten die acht Sahelländer die neuesten Berichte zur Ernährungslage vor. Danach scheint das Nahrungsmitteldefizit dieser Länder (Gambia, Kapverden, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Tschad) eine Dauererscheinung zu werden. Dieses Jahr wird das Defizit auf ca. eine Million Tonnen Getreide geschätzt, wobei die Situation von Land zu Land stark unterschiedlich ist. Während Obervolta und Niger z.B. relativ große Anteile ihres Bedarfes selber erstellten, produzierten die Kapverden gerade vier Prozent.

Die Gründe für die Defizite sind ökologischer und politischer Natur. Die Niederschlagsmengen sind in der Regel nicht katastrophal gering gewesen, wenn auch meist deutlich unter dem langjährigen Mittel. Jedoch kann in den Sahelländern die Bodenbearbeitung und Aussaat erst unmittelbar nach einem Regen erfolgen. Die Regenzeit dauert — örtlich verschieden — etwa von Juni bis September. Auf den Kapverden hat es, von örtlich eng begrenzten Ausnahmen abgesehen, nur am 21. und 22.7., 27. und 28.8. sowie am 27.10.1979 geregnet. Jede Aussaat war wegen der anschließenden Trockenperiode erfolglos. Das Land bleibt völlig von Nahrungsmittelhilfe abhängig.

In der Region von Gao/Mali wurde die erste Aussaat von der Trockenheit, die zweite von einer Überschwemmungskatastrophe zerstört. Seit Ende Januar können kaum noch Lebensmittel - Transporte in das Gebiet durchgeführt werden. Die Rationen des Grundnahrungsmittels Reis betragen für Regierungsangestellte 1500 g pro Kopf und Monat. für die Bevölkerung 250 g. Da nur wenige die Schwarzmarktpreise für Reis bezahlen können, hat bereits eine Absatzbewegung der Bevölkerung nach Obervolta und Niger eingesetzt, wo sie Unterstützung zu finden hofft.

Letztlich haben diese Probleme jedoch ihre Ursache in der Kolonialpolitik, die durch die Versuche, aus den Kolonien Geld zu ziehen, das prekäre ökologische Gleichgewicht ins Wanken brachte. Wertvoller Ackerboden wurde für die Exportproduktion in Beschlag genommen, z.T. auch dadurch ruiniert. Im Sonderfall Kapverden wurde der Humus durch Abholzen und schlichte Vernachlässigung weitgehend vernichtet. Heute sind die meisten Regierungen dringend auf die Aufrechthaltung der Exportproduktion angewiesen, um Verwaltung und städtische Infrastrukturen erhalten zu können, obwohl dies den Bauern mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Einbeziehung der Bevölkerung in die Geldwirtschaft führt dazu, daß die Erträge vieler Ackerbau - Entwicklungsprojekte exportiert werden. So landen grüne Bohnen, die im Sahel für rund 80 Pfennig / Kilo angebaut werden, auf Pariser Märkten, wo sie 15 - 20 DM / Kilo kosten — wenn sie nicht gleich an die Elfenbeinküste reexportiert werden. Es ließen sich manche solcher Beispiele aufzeigen, die darlegen, daß es für die Produzenten im Sahel mehr einbringt, zu exportieren, als heimische Nahrungsmitteldefizite zu stopfen. Es wird nicht nur zu wenig, es wird auch für die falschen Märkte produziert.

Nahrungsmittelhilfe, so willkommen und notwendig sie kurzfristig auch ist, verschärft das Problem, da sie die Regierung im Sahel nicht zwingt, die Argrarproduktion zu reorientieren; dazu kommt, daß die Preise für Argrarprodukte durch Nahrungsmittelhilfe niedrig gehalten werden und die Erzeuger dadurch nicht gerade ermutigt werden. Ganz zu schweigen von den politischen Abhängigkeiten: ein Obervoltaischer Bauer drückte das angesichts der Nahrungsmittelhilfe - Lieferungen so aus: „Früher haben unsere Sklaven den roten Sorghum gegessen. Jetzt essen wir den roten Sorghum der Amerikaner. Also sind wir jetzt die Sklaven der Amerikaner".
Quelle: Informationen des Sahel - Projektes des Weltkirchenrates, Wagadugu, Obervolta



Zimbabwe

Das Volk hat gewählt!

Die Ende Februar 1980 international überwachten Wahlen in Zimbabwe hatten ein eindeutiges Ergebnis: Rund 93 % der geschätzten Anzahl der Wahlberechtigten nahmen an den Wahlen teil. Von den abgegebenen Stimmen waren 2649529 gültig. Auf nationaler Ebene erhielten

ZANU PF (Robert Mugabe)	**1668992 Stimmen**	**= 62,992 %**	**= 57 Sitze**
ZAPU PF (Joshua Nkomo)	**638879 Stimmen**	**= 24,113 %**	**= 20 Sitze**
UANC (Bischof von Muzorewa)	**219307 Stimmen**	**= 8,277 %**	**= 3 Sitze**
ZANU (Ndaba Sithole)	**53343 Stimmen**	**= 2,013 %**	**= 0 Sitze**

Die angegebenen Parlamentssitze wurden nach dem Wahlergebnis der einzelen Provinzen verteilt: erhielt so eine Partei in einer Provinz weniger als 10 % der abgegebenen Stimmen, bekam sie in dieser Provinz keinen Parlamentssitz.

Die beiden Partner der alten Patriotischen Front erhielten zusammen also 87 % der Stimmen. Die jahrelang als sogenannte Terroristen verunglimpften Befreiungsbewegungen erhielten eine klare demokratische Legitimierung. Und ebenso klar war die Absage des Volkes von Zimbabwe an diejenigen, die sich zu einem internen Abkommen mit der herrschenden weißen Minderheit hatten mißbrauchen lassen: Bischof Muzorewa und Pfarrer Sithole. Der Versuch, ein Volk zu täuschen, indem man sich Individuen kauft und sie sich in internen Wahlen bestätigen läßt, ist gänzlich gescheitert. Eine wichtige Feststellung in Hinblick auf die Turnhallen Allianz in Namibia oder auch die 'Bantustan - Führer' in Südafrika selbst.

Das eindeutige Wahlergebnis ließ keine Manipulationen durch den britischen Gouverneur mehr zu (etwa durch eine Koalitionsregierung der Minderheitsparteien unter Ausschluß der ZANU PF). Auch die oft angedrohte militärische Invasion durch Südafrika war in keiner Weise mehr zu rechtfertigen.

Bis zu der Unabhängigkeit am 18.4.1980 haben folgende Punkte Priorität:

1. die Aussonderung südafrikanischer Soldaten, ausländischer Söldner und der Selous Scouts aus der rhodesischen Armee
2. Wiederherstellung der Freizügigkeit von über 600 000 Menschen, die vom Minderheitsregime in Lagern zwangsüberwacht wurden ('protected villages')
3. Erste Schritte zur Rücksiedlung der Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten und der internen Flüchtlinge. Hier stellen sich große Aufgaben für die Solidaritätsbewegung und die humanitären Organisationen.

In welcher Weise sich die ZANU die folgende unabhängige Entwicklung Zimbabwes vorstellt, ist im ZANU - Wahlmanifest dargelegt. Wir geben daher im folgenden Auszüge daraus wieder.

Das Wahlmanifest der ZANU

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Der nationale Befreiungskampf des Volkes hatte als sein Hauptziel die Errichtung der Volksmacht. Darum muß unsere nationale Unabhängigkeit sich immer als kollektive Souveränität erweisen, so daß wir Herren unserer Zukunft werden können. Die wirtschaftlichen Ressourcen Zimbabwes müssen dem gesamten Volk gehören. Entsprechend müssen ihre Eigentumsrechte im Volk verankert sein, und ihre Ausbeutung muß den gemeinsamen Interessen des Volkes dienen.

Ideologisch glaubt ZANU an den Sozialismus. Wir glauben, daß die Gewinnung der politischen Macht durch das Volk hohl bleiben wird, wenn es nicht aus der materiellen wirtschaftlichen Entwicklung quantitative und qualitative Vorteile ziehen kann. Eine solche Umsetzung politischer Macht muß notwendig erfolgen auf dem Wege vergesellschafteter wirtschaftlicher Macht. ZANU glaubt also an die Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft. In dieser Situation muß die Eigennützigkeit individualistischen Kapitalismus der Selbstlosigkeit des kollektiven Sozialismus weichen. Ein jeder arbeitet für andere und damit auch für sich selbst.

ZANU wird als Regierung an der sozialistischen Umformung der zimbabwischen Gesellschaft arbeiten. Gleichwohl erkennt ZANU die historischen, sozialen und die anderen bestehenden praktischen Realitäten Zimbabwes. Eine dieser praktisch existierenden Realitäten ist das kapitalistische System, das nicht über Nacht umgestaltet werden kann. Während der Prozeß einer sozialistischen Umformung in vielen Gebieten des wirtschaftlichen Sektors in Gang gesetzt werden wird, sehen wir deshalb gleichwohl, daß privatwirtschaftliche Unternehmungen weiterhin arbeiten müssen bis die Bedingungen für einen sozialistischen Wandel gereift sind. In all ihren nationalen Programmen wird eine ZANU - Regierung angesichts der Verheerungen des Krieges und der Folgen der Wirtschaftssanktionen dem Wiederaufbau und der Rehabilitation der Wirtschaft in all ihren Sektoren größte Bedeutung beimessen...

Land und die Wiederansiedlung der Bauern

Jede Regierung wäre volksfeindlich und kriminell, wollte sie den akuten Landhunger im Lande ignorieren, besonders angesichts der Tatsache, daß 83 % unserer Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben und für ihren Unterhalt von der Landwirtschaft abhängen. Eine ZANU - Regierung wird die Landfrage mit größter Dringlichkeit behandeln und die folgenden Schritte unternehmen:

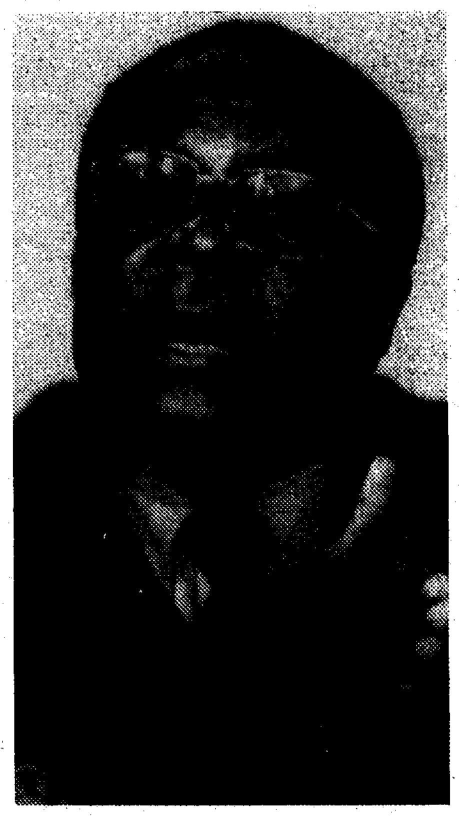
1. Die Gründung eines Land- und landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds, um Landkauf, Landansiedlung und landwirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen;
2. Landankauf vom privaten Sektor, um die Ansiedlung der bäuerlichen Bevölkerung zu ermöglichen, die gegenwärtig ohne Land ist oder unfruchtbares Land bearbeitet;
3. Die Errichtung von Gemeinschaftsdörfern und kollektiver Landwirtschaft auf neuerworbenem Land wird gefördert;
4. Das Land, das für die Notstands-, Umsiedlungs- und Landwirtschaftsprogramme genutzt werden soll, wird aus den folgenden Kategorien des privaten Sektors kommen:

a) ungenutztes oder verlassenes Land
b) uneffektiv genutztes Land
c) Land im Besitz von abwesenden Eigentümern

Landwirtschaft

Eine ZANU - Regierung wird eine einheitliche Landwirtschaftspolitik formulieren. Die bestehende Unterscheidung und Diskriminierung zwischen der sogenannten „europäischen" und der „afrikanischen" Landwirtscaft wird abgeschafft. Organisatorisch werden wir jedoch zwischen den folgenden Sektoren unterscheiden:

1. Staatliche Landwirtschaftsbetriebe
   Der Staat wird große Farmen betreiben, um sicherzugehen, daß bestimmte



Robert Gabriel Mugabe

Schlüsselprodukte in großem Maßstab angebaut werden, und um landwirtschaftliche Modelle aufzubauen.

2. Landwirtschaftliche Familienproduktion (Peasant Agriculture).
Dem Landvolk, seiner Umsiedlung und seiner landwirtschaftlichen Produktion wird hohe Priorität zukommen. Gegenwärtig findet die landwirtschaftliche Familienproduktion überwiegend auf privater Basis statt. Wir sehen in ihr die Grundlage zur kollektiven Produktionsweise. Aber eine derartige kollektive landwirtschaftliche Produktion wird auf dem Wege der Überzeugung, nicht des Zwanges erfolgen. Wir halten es für lebensnotwendig, daß das von den Familienbetrieben genutzte Land zusammengelegt wird zu kollektiven, wirtschaftlichen Einheiten der Produktion, denn auf dieser Basis kann technische und finanzielle Hilfe des Staates sinnvoll gewährt werden. Die Wahl, welches Produkt angebaut, welche Art von Viehhaltung betrieben werden wird, sollte unter Berücksichtigung der lokalen Marktbedürfnisse und staatlicher Beratung erfolgen.

3. Der privatkapitalistische Landwirtschaftssektor
Dieser Sektor wird beibehalten, jedoch auf effiziente Farmer beschränkt werden. Es wird notwendig sein, die Produktivität in diesem Sektor (der die ‚African Purchase Areas' einschließt) zu fördern durch technische Hilfe, Kredite, Schenkungen und Beihilfen. Die Produkte dieses Sektors sollten sich nicht allein auf die lokalen Marktbedürfnisse beziehen, sondern vor allem auf die Nachfrage der externen Märkte.

Die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter auf den privaten Farmen stehen unter der besonderen Kontrolle des Staates in zweierlei Hinsicht: bezüglich hinreichender Lohn- und Sozialleistungen ebenso wie der Bereitstellung von Ausbildungsstätten.

Bergbau

...Gegenwärtig ist die Bergbauindustrie nahezu vollständig in privater Hand. Es wird untersucht werden, inwiefern es notwendig ist, daß sich der Staat in der Bergbauindustrie auf Partnerschaftsbasis engagiert.

Der Rolle der Bergarbeiter muß ein korrekter Platz eingeräumt werden, bezogen auf angemessene Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, produktive Kapazität, sowie gewerkschaftliche Organisation. Wie jede andere Industrie darf die Bergbauindustrie nicht nur Arbeitsplätze stellen, sondern muß Ausbildungslehrgänge anbieten, um die technischen Fertigkeiten der Arbeiter zu fördern...

Industrie

...Die Rolle der gewerkschaftlich organisierten produktiven Arbeiterschaft muß anerkannt werden. Eine ZANU - Regierung wird sich um die Dezentralisierung der Industrie bemühen...



ANHÄNGER des künftigen Ministerpräsidenten von Simbabwe, Mugabe, brachen in Jubel aus, als die Ergebnisse der Parlamentswahlen bekanntgegeben wurden.

Finanzen und Banken

Eine ZANU - Regierung wird soweit wie möglich das bestehende Bankensystem erhalten mit Betonung starker zentraler Kontrolle durch die Landes -Zentralbank. Kreditgeschäfte werden gefördert, müssen aber die von der Regierung definierten Investitionsprioritäten berücksichtigen... Die gegenwärtigen Methoden, Einkünfte der öffentlichen Hand zu erheben, benötigen eine Revision und Korrektur. Das gegenwärtige System direkter Steuern muß da überholt werden, wo es ungerecht ist. Unfaire und ungerechte Besteuerung muß abgeschafft werden.

Erziehungswesen

Unter einer ZANU - Regierung wird der Staat ein einheitliches Erziehungssystem unterhalten und die Unterscheidung zwischen afrikanischer und europäischer Erziehung abschaffen ... Dies sind seine wichtigsten Prinzipien:

1. Die Abschaffung rassischer Erziehung und die Nutzung des Erziehungssystems, um in der jüngeren Generation nichtrassische Verhaltensweisen zu entwickeln, eine gemeinsame nationale Identität und Loyalität.
2. Freie und verpflichtende Primär-und Sekundärschulung aller Kinder unabhängig von Rassenzugehörigkeit.
3. Die Abschaffung von Diskriminierung nach dem Geschlecht im Erziehungswesen.
4. Die Ausrichtung des Erziehungssystems nach nationalen Zielsetzungen.
5. Das Grundrecht eines jeden Erwachsenen, der bisher geringe bzw. keine Gelegenheit zur Ausbildung hatte, auf Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungskurse.
6. Die besondere Rolle des Ausbildungssektors als wesentliches Instrument sozialen Wandels...

Ungleiche Startchancen

Ein Geschäftsmann in Salisbury bekommt zügig, 5 Tage nach seinem Antrag Anfang Februar, ein Telefon installiert; aber Mugabes ZANU PF und Nkomos ZAPZ - PF müssen sich zur selben Zeit noch drei Wochen nach ihrer Antragstellung trotz wiederholter Beschwerden immer noch ein Telefon teilen. Wahlbehinderung (FT 7.2.80). Doch nur ein Problem unter vielen. Ebenso schwer ist es für beide Parteien, Schreib- und Vervielfältigungsmaschinen aufzutreiben. Ihre Autos, die sie über die Grenze bringen wollen, werden vom rhodesischen Zoll festgehalten, — abgesehen davon, daß keine Versicherung bereit war, die Vehikel zu versichern — ahnten sie etwas von den Bombenanschlägen auf Robert Mugabes Leben? ZANUs Wahlbroschüren, Plakate, Flugblätter werden schon an der Grenze beschlagnahmt.

Der UANC des Bischof Muzorewa hat dagegen drei zentrale Wahlkampfbüros im Herzen von Salisbury und unzählige Telefonnschlüsse. Diese Partei kann über einen Wagenpark von rund 500 Bussen, PKW's, LKW's und Motorrädern, sowie über zwei Hubschrauber, zwei Sportflugzeuge und einen Exekutivjet verfügen. Scherwiegender noch: der Bischof hat die Unterstützung der gesamen rhodesischen Verwaltung; die rhodesische Luftwaffe wirft antikommunistische UANC - Propaganda über die Dörfer ab, einmal, Stunden bevor Mugabe in Gwelo seine Veranstaltung halten wird. (Guard. (Lond), 22.2.80) Des Bischofs Hilfstruppen — ein Teil der rhodesischen Armee — werden ungehindert in den entfernten Reservaten zu Propagandazwecken eingesetzt. In einem ihrer Lieder singen des Bischofs Soldaten: „Jeder muß den Bischof segnen, er rettet das Land vor dem Blutbad."

Gesegnet ist der Bischof zumindest von in- und ausländischem Kapital für seine Wahlkampagne (Monitor, 20.2.80). Nach OAU - Angaben bezog Muzorewa allein aus Südafrika runde 55 Millionen Dollar. Dagegen haben die Mitgliedstaaten der OAU der ZANU und ZAPU zusammen Zusagen gemacht, die die zwei Millionen Dollargrenze nicht überschreiten.

Den Medien und den mit dem Bischof sympathisierenden Regierungen in London und Pretoria wird klar, daß eine überlegene Wahlkampfmaschinerie keine Wahlsieg - Garantie für den Bischof darstellt.

Pressezensur im rhodesischen Wahlkampf

In den vergangenen 14 Jahren waren die rhodesischen Medien effektiv ein Organ der weißen Minderheitsregierung. Nachrichten von weißen oder schwarzen Journalisten, die regierungskritische Berichte veröffentlichten, wurden zunehmend zum Schweigen gebracht. Seit 1978 war es gesetzlich vorgeschrieben, daß alle Journalisten, die über das Kriegsgeschehen für die lokalen Medien berichten wollten, eine Kopie ihres Berichts den Presse - Zensoren der Regierung vorlegen mußten, bevor sie ihn veröffentlichen durften.

Für die Wahlkampf - Periode hob der britische Gouverneur in Rhodesien das Verbot einiger Publikationen und Zeitungen auf. Die Namen ZAPU und ZANU, von der Patriotischen Front und ihren Führern durften wieder in den Medien genannt werden — vorher war es verboten. Und eine Reihe von Jounalisten, die vorher aus dem Land ausgewiesen worden waren, durften nun vorläufig ins Land zurückkehren, ohne daß ihr Status als ‚verbotener Einwanderer' grundsätzlich aufgehoben wurde.

Aber das hieß nicht, daß die rhodesischen Medien eine faire Berichterstattung treiben durften. Täglich erschien zum Beispiel das Kommunique des Hauptquartiers der rhodesischen Armee auf den ersten Seiten der Zeitungen und an erster Stelle im rhodesischen Radio und Fernsehen. Diese Kommuniques vermittelten der Öffentlichkeit den Eindruck, daß es die Anhänger von Nkomo und besonders die von Mugabe waren, die täglich den Waffenstillstand brachen, und daß andererseits die Truppen der rhodesischen Armee und besonders die ‚Hilfstruppen' des Bischofs Abel Muzorewa sich vorbildlich und fehlerfrei verhielten. Ausländische Beobachter haben in ihren Berichten überzeugend dargestellt, daß dies nicht der Wirklichkeit entsprach.

Erst als sich die Bombe, die das Auto Mugabes und Mugabe selbst in die Luft sprengen sollte, als rhodesisches Armeematerial herausstellte, und erst, als die berüchtigten Selous Scouts der rhodesischen Armee dabei erwischt wurden, wie sie zwei Kirchen und die katholische Mambo - Press in die Luft sprengten, um diese Taten Mugabes ‚Terroristen' anhängen zu können, erst dann wurde die Glaubwürdigkeit der täglichen Kommuniques der rhodesischen Armee - Hauptquartiers in Frage gestellt. Aber das geschah erst in den letzten Tagen des Wahlkampfs.

Als der britische Gouverneur, Lord Soames, am 18. Januar die bestehende rhodesische Notstandsgesetzgebung um ein weiteres halbes Jahr verlängerte, hatte er damit auch entschieden, daß die Pressezensur aufrecht erhalten blieb.

Der britische Gouverneur sah sich nicht veranlaßt, diese Zustände vor der Wahl noch zu ändern. Bis zum Schluß war es das Hauptquartier der rhodesischen Armee und nicht die internationale Waffenstillstandskommisssion, welche die Pressemitteilungen zu militärischen Ereignissen herausgab.

Radio und rhodesische Presse sprachen weiterhin von ‚Terroristen', wenn sie über die Anhänger Mugabes oder Nkomos berichteten.

Der britische Gouverneur, Lord Soames kam am 12.12.79 in Rhodesien an, der Waffenstillstand begann am 28.12.79. Am siebten Januar berichtete die britische Presse, daß Lord Soames südafrikanischen Einheiten in Rhodesien offziell gestattet hatte, dort weiter zu operieren. — Ein offensichtlicher Bruch des Londoner Abkommens durch die britische Regierung. Die Neutralität des britischen Gouvernuers war damit in Frage gestellt. Proteste der Führer der Befreiungsbewegung, der Präsidenten der afrikanischen Frontstaaten, des Generalsekretärs der Commonwealth - Staaten und der Organisation für afrikanische Einheit sahen die Möglichkeit freier Wahlen in Rhodesien zu Recht in Frage gestellt. (Guard, 10. und 11.1.1980

Die britische Regierung ließ daraufhin die Meldung verbreiten, daß es sich bei dem südafrikanischen Truppenverband nur um rund 150 Mann handele, die die Beitbridge, Rhodesiens einzige Eisenbahnverbindung nach Südafrika, schützen sollten. Aufgrund wachsenden internationalen Drucks ließen die Südafrikaner melden, sie seien bereit, über ihre Truppenpräsenz zu verhandeln.

Die Resolution des Weltsicherheitsrats vom 2. Februar 1980 machte deutlich, daß es mit dem Abzug der südafrikanischen Truppe von Beitbridge nicht genug sei: auch die in rhodesicher Uniform operierenden südafrikansichen Soldaten und Kommandeure sowie alle Söldnerverbände müßten sofort, vollständig und bedingungslos zurückgezogen werden.

Die Südafrikaner räumten Beitbridge. Aber der Großteil der südafrikanischen Soldaten blieb im Land.

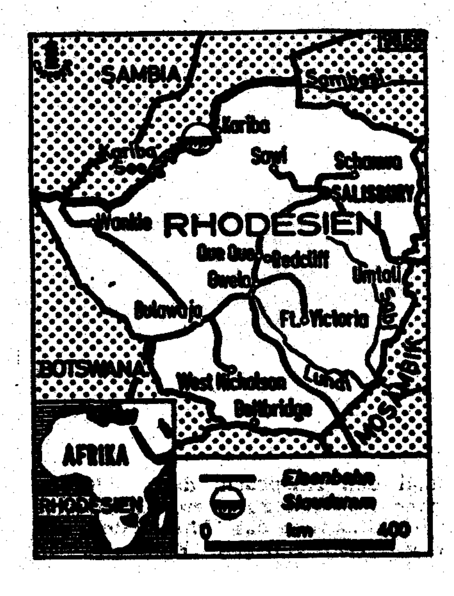
Der Pressesprecher von Lord Soames, Mr. Nicholas Fenn sagte am 14. Januar 80: „Abgesehen von dem kleinen Kontingent, das die Beitbridge schützt, gibt es innerhalb Rhodesiens keine südafrikanischen Truppen unter südafrikanischer Führung." Fenn gab allerdings zu, daß südafrikanische Truppen sich in den rhodesischen Streitkräften befinden — wie dieses auch von Truppen anderer Nationalitäten, sprich Söldnern, gesagt werden könne — aber sie stünden nicht unter südafrikanischem Kommando und stellten deshalb keine ‚ausländische Intervention' oder gar eine Beeinflussung der Wahlen dar. (BBC, 17.1.80) Ihre Zukunft müsse von der Regierung des unabhängigen Zimbabwe entschieden werden. (Guard, 16.1.80

Ein Bericht der konservativen Zeitung ‚Financial Times' zeigt dagegen auf, daß südafrikanische Truppeneinheiten unter rhodesischen Farben gerade im Südosten Rhodesiens eingesetzt worden sind, im sogenannten Operationsgebiet ‚Repulse', in dem vor dem Waffenstillstand die Guerrilla - Armee Mugabes die Kontrolle hatte. (FT, 11.3.80) Also doch Wahlbeeinflussung — oder eventuelle Vorbereitung einer militärischen Intervention Südafrikas. Daß Südafrika unter bestimmten Bedingungen eine Intervention plante, wurde von Pretoria mehrfach öffentlich angedroht — selbst Südafrikas Bürgerwehr (Citizen Force) war mobilisiert. (Guard [Lond.].1.3.80)

Die rhodesischen Militärs bestehen darauf, daß die jetzt zurückgezogenen südafrikanischen Soldaten als individuelle Freiwillige in der rhodesischen Armee gedient hätten. Dies gibt eine falschen Eindruck: denn es ist seit langem bekannt, daß die südafrikanische Armee offiziell ihre Soldaten dazu aufforderte, sich als ‚Freiwillige' nach Rhodesien zu melden; ihr Sold wurde weiterhin von Südafrika bezahlt, alle weiteren sozialen Bezüge, auch ihre militärischer Status blieben in Kraft, ihr ‚Freiwilligen' Dienst in Rhodesien wurde ihnen auf die südafrikanische Dienstzeit angerechnet. (Guard, 3.12.79; D.Mail, 3.12.79; Sunday Telegr., 2.12.79)

Auch Südafrikas materielle Unterstützung war in den rhodesischen Angriffen auf Nachbarstaaten unübersehbar: südafrikanische Mirage, Alouette- und Puma - Hubschrauber, von Südafrikanern geflogen, wurden gesichtet und z.T. abgeschossen, wie im vergangenen September in Mosambik. (Guard, 28.11.80; BBC 21.11.80)

Gottfried Wellmer



Südafrika

„Reformeifer" Bothas erloschen?

In seinem ersten Amtsjahr (1979) hatte Ministerpräsident Botha durch seine kosmetischen Reformen (siehe blätter Nr. 81, Nov. 79) und Reformversprechen versucht, die Weltöffentlichkeit von einer zukünftigen Liberalisierung und Abkehr von der Apartheidspolitik zu überzeugen. Jetzt wurde aber in der ersten Parlamentsdabatte im neuen Jahr klar, daß er und seine Nationale Partei im Rückzug mit seinen „Reformen" begriffen ist. In Kapstadt verteidigte er jetzt seine früher „Apartheid" genannte „getrennte Entwicklung" von Weißen, Schwarzen und Mischlingen, da diese am besten die „Identität der verschiendenen Völker" garantiere. Botha will „aus christlichen Erwägungen" bestenfalls „unnötige" Diskriminierungen abschaffen. „Notwendige Diskriminierungen" (wie etwa die Festlegungen getrennter Wohngebiete, z.B. überfüllte Reservate, genannt Homelands, für schwarze Bevölkerungsmehrheit und reiche, luxuriös ausgestattete weiße Städte) — hält er jetzt für unvermeidlich. Seine früher geäußerten Zweifel am Sinn des gesetzlichen Verbots sexueller Beziehungen und Ehen zwischen Schwarzen und Weißen sind jetzt dem Sicherheitsdenken gewichen: die Gesetze müssen bleiben, bestenfalls in verbesserter Formulierung. Der Forderung der Bevölkerungsmehrheit nach vollem Bürger- und Wahlrecht für alle Schwarzen erteilte er daher eine volle Absage.

Mahnungen aus dem Ausland nach möglichst raschen und wesentlichen Veränderungen werden als „Einmischung in interne Angelegenheiten Südafrikas" abgetan.

In Wachstumsprozessen, die Zeit brauchen, und in der Entwicklung von Denkmodellen zur Neuordnung der Verfassung mit Zugeständnissen für Mischlinge und Inder — nicht aber für die afrikanische Bevölkerungsmehrheit — sieht Botha den besseren Weg zur Sicherung des „in Afrika einzigartig wohlhabenden und starken" südafrikanischen Staates. (Bad. Ztg.,19.2.80)

Der Inhalt der Debatte unterstützt nur den Eindruck, den die bisherigen Reformvorhaben gaben, nämlich nur Gesichtskosmetik für die kapitalistische westliche Welt zu sein, um sich deren wirtschaftlichen Kapitalinvestitionen zu sichern. Der rasante Anstieg des Goldpreises und damit des Krügerrand hat offenbar das Selbstbewußtsein der weißen „Herren" gestärkt und daher die Notwendigkeit selbst zu dieser Gesichtskosmetik überflüssig gemacht. Ob sie es sich aber hinsichtlich des klaren Wahlsieges von Mugabe und der ZANU in Zimbabwe leisten können, eine solch starre politische Linie beizubehalten, wird doch sehr fraglich sein.

el

Iran

Bani - Sadr gegen die Rechtsklerikalen

Nachdem Khomeiny und seine Anhänger ihre Herrschaft abgesichert haben, bilden sich innerhalb dieses Lagers zwei rivalisierende Flügel heraus. Während der eine, vertreten durch die „Islamisch - Republikanische Partei" und die bewaffneten Revolutionsgarden, auf eine unumschränkte Herrschaft der Geistlichen und die rigide Einhaltung der religiösen Vorschriften abzielt, strebt der andere um den neugewählten Staatspräsidenten Bani - Sadr soziale Reformen und eine politische Liberalisierung an. Khomeiny hat sich etwas vom rechtsklerikalen Flügel gelöst und steht über diesen Fronten.

Richtungsänderungen in der Politik Khomeinys

Gegen Ende 1979 war es dem kleinbürgerlich - islamischen Lager um Khomeiny gelungen, seine das ganze Jahr über umkämpfte Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft zu verfestigen, so daß sie auf absehbare Zeit als gesichert gelten muß. Die verschiedenen gegnerischen Kräfte, die — wenn auch mit widersprüchlichen Zielsetzungen — gegen eine Verschmelzung von Politik und schiitischer Religion und für demokratische Freiheitsrechte eingetreten waren (linke Intellektuelle und Arbeiter, liberales Großbürgertum, nationale Minderheiten wie Kurden, Araber und Asserbeidschaner), wurden im Kampf um die Macht nach und nach ausgeschaltet, wobei das Khomeiny - Lager auch ausgesprochen repressive Mittel wie Pressezensur, militärische Gewalt usw. nicht scheute.

Die Regierung Bazargan trat Anfang November zugunsten des Geheimen Revolutionsrates zurück, dem mehrheitlich hohe Geistliche angehören. Die Anfang Dezember durch Volkabstimmung verabschiedete Verfassung garantiert kaum Autonomierechte für die nationalen Minderheiten. Khomeiny konnte seine bis dahin nur auf religiöses Charisma gegründete Führerschaft auch legal verankern. In die Verfassung wurde mit Artikel 110 das ganz auf seine Person zugeschnittene Amt des „Wali Faqih" aufgenommen, dem alle anderen Institutionen und Amtspersonen des Staates direkt oder mittelbar untergeordnet und verantwortlich sind. Bereits im Spätsommer hatte Khomeiny sich als Oberbefehlshaber an die Spitze der Armee gestellt und Soldaten, die ihm z.B. beim Unterdrückungsfeldzug gegen die kurdische Minderheit nicht bedingungslos zu folgen bereit waren, einerseits durch strenge Strafen und andererseits durch „Belohnungen" wie vermehrte Manöverspiele zu disziplinieren verstanden. Mit den linken, sozialistisch orientierten Kräften hatte er vor allem aufgrund der materiellen und ideologischen Rückständigkeit leichtes Spiel, in der das Schah - Regime das iranische Volk zurückgelassen hat. Die Bevölkerungsmehrheit ist aber auch deshalb sehr empfänglich für jede Art von anti - kommunistischer Aufhetzung, weil sie schlechte Erfahrungen mit der UdSSR und der VR China gemacht hat. Die Armeelastwagen, mit denen der Schah die Soldaten heranfahren ließ, die seinen Thron gegen das Volk beschützen sollten, waren sowjetischer Herkunft. Und die Chinesen ließen Mitte der siebziger Jahre auf Messen in Iran persisch - sprachige Broschüren verteilen, in denen der Schah als fortschrittliche Figur gelobt wurde.

Bei seinem erfolgreichen Kampf um die Macht hat sich das kleinbürgerlich - islamische Lager um Khomeiny vor allem auf zwei Organisationen gestützt: Politisch auf die „Islamisch - Republikanische Partei" (IRP), deren Generalsekretär der ebenso konservative wie ehrgeizige Ayatollah Beheschti ist, und militärisch auf die seit August zu den „Mujahedin der Islamischen Republik" (nicht zu verwechseln mit den linken „Volks - Mujahedin" oder „Mujahedin - Khalk") zusammengefaßten bewaffneten Revolutionsgarden, eine Art inoffizielle Armee, teilweise eher Schlägerbande, auch bekannt als „Wächter der Revolution" oder „Pasdaran". (Vgl. zu allen diesen Vorgängen blätter des iz3w, Heft 80, S.13ff und Heft 82, S.16ff)

Nachdem Khomeiny seine Herrschaft nach allen Seiten abgesichert hat, so daß sie gegenwärtig unanfechtbar ist, sind jetzt gewisse Richtungsänderungen in seiner Politik zu beobachten. Er selbst handelt teilweise so, daß einer weiteren Verschmelzung von staatlicher und schiitischer Hierarchie entgegengewirkt und eine politische Liberalisierung eingeleitet wird, was bisher eher auf der Linie seiner großbürgerlichen Rivalen Ayatollah Schariat - Madhari lag; und Khomeiny beginnt, sich von der Partei zu distanzieren, auf die er sich bei der Durchsetzung seiner Herrschaft bisher gestützt hat:

Zunächst entschied er, daß für das Amt des Staatspräsidenten kein Geistlicher kandidieren durfte, was eine Reihe führender Ayatollahs der IRP wie Beheschti von vorneherein aus dem Rennen warf. Dann ließ er zu, daß die IRP ganz kurz vor der Präsidentenwahl Ende Januar ihren allseits bekannten Kandidaten Farsi fallen lassen mußte, der während des Schah - Regimes der Verbindungsmann der oppositionellen Schiiten zur PLO gewesen war, ein Praktiker also. Es waren Zweifel an Farsis iranischer Staatsbürgerschaft aufgetaucht, die Khomeiny leicht hätte zerstreuen können, was er jedoch unterließ. Die IRP mußte dann in letzter Minute den weniger bekannten Hassan Habibi unterstützen, einen Intellektuellen, der mit dem modernen islamischen Philosophen und Theologen Ali Schariati befreundet war. (Zu Schariati vgl. den Artikel „Besonderheiten der islamischen Revolution im Iran" von M. Massarat, im nächsten Heft.) Schließlich gab Khomeiny auch keine Wahlempfehlung für Habibi ab, der — weit abgeschlegen hinter Bani - Sadr (rund 70 % der abgegebenen Stimmen!) — prompt nur auf etwa 6 % der Stimmen kam. Die IRP empfand die Wahl Bani - Sadrs als Niederlage. Ihr Generalsekretär sprach sich gegen eine offizielle Einsetzung des Staatspräsidenten vor den Parlamentswahlen aus. Dennoch vollzog Khomeiny die Einsetzungszeremonie sofort.

Daß Khomeiny auch dan Kandidaten der linken Volks - Mujahedin aus der Liste der Präsidentschaftsbewerber strich, zeigt einmal mehr, daß seine Toleranz kaum über das eigene politische Lager und dessen Umfeld hinausgeht. Für die Parlamentswahlen Mitte März hat er allerdings wieder alle politischen Kräfte zugelassen, auch die linken. (NZZ, 25.1., 27/28.1., 29.1., 1.2., 9.2., 15.2.80; Badische Zeitung, 14.3.80)

Innerhalb seines Lagers wendet sich Khomeiny seit Anfang 1980 offenbar mehr solchen Kräften zu, die sich weniger für die rigide Einhaltung der islamischen Vorschriften und die Konzentration der Macht in geistlicher Hand interessieren als für soziale Reformen und eine politische und ökonomische Modernisierung unter dem Vorzeichen des Islam. Möglicherweise tut Khomeiny das aus taktischen Gründen, vielleicht hängt es aber auch mit seiner religiösen Grundeinstellung zusammen, die für die „Schwachen" (pers. „Mustasafin") Partei ergreift. Nachdem die große Volksgruppe der Asserbeidschaner hinter Schariat - Madhari im Spätjahr 1979 ihren Unwillen demonstriert hat und bei der Masse der Unterpriviligierten nach der anti - amerikanischen Welle im November eine deutliche Ermüdung der revolutionären Begeisterung zu beobachten ist, sieht Khomeiny sich jetzt wohl gezwungen, auch den nicht - persichen Volksgruppen und abweichenden Auslegungen des Islam einen gewissen Spielraum zu lassen. Außerdem muß er den arbeitslosen und entwurzelten Massen über ideologische Identitätshilfen hinaus endlich auch materielle Perspektiven bieten. Daß er sich in letzter Zeit mit dezidierten Stellungnahmen zurückhält, könnte auch auf seine angegriffene Gesundheit zurückzuführen sein.



Außenminister Ghotbsadeh, Ajatollah Chomeini

Staatspräsident Bani - Sadr und sein Programm

Im kleinbürgerlich - islamischen Lager Khomeinys haben sich unterdessen zwei Fraktionen herausgebildet, die in immer schärfere Widersprüche zueinander geraten und ihre Konflikte immer offener austragen. Die eine ist rückwärtsgewandt, fanatisch - intolerant und an wirtschaftlichen und sozialen Fragen desinteressiert. Bani - Sadr hat sie gleich nach seiner Wahl sogar als „faschistisch" bezeichnet. Zu dieser rechtsklerikalen Gefolgschaft Khomeinys gehören die Führer der „Partei Gottes" („Hizb Allah"), deren Anhänger mit dem Knüppel zuzuschlagen pflegen, wenn sie „unmuslimisches Verhalten" wittern. Zwischen ihnen und den Besetzern der amerikanischen Botschaft bestehen Verbindungen, obwohl die Besetzer keine einheitliche politische Gruppe darstellen. An die Spitze der Botschaftsbesetzer wiederum hat sich der Ayatollah Mussavi - Khoini gesetzt, der einflussreiches Mitglied der staatlichen Rundfunk- und Fernsehkommission ist und den „Studenten" in der Botschaft Zugang zu den elektronischen Medien verschafft. Weiterhin ist zu dieser Fraktion der ehemalige Fernsehdirektor und jetzige Außenminister Sadegh Ghotbzadeh zu zählen, der schon im Exil auch persönlich in einer scharfen Rivalität zu Bani - Sadr stand. Der großmäulige Ghotbzadeh ist bei der Bevölkerung unbeliebt und hat als Präsidentschaftsbewerber fast gar keine Stimmen erhalten. Die konservativen Ayatollahs der IRP sind im großen und ganzen ebenfalls zu dieser Richtung zu zählen, auch wenn sie sich im Vergleich zu den islamischen Schlägerbanden vornehm zurückhalten. (NZZ, 31.1., 1.2., 9.2.80;)

Der wichtigste Repräsentant der anderen, sozialpolitisch interessierten Fraktion, die eine islamische Modernisierung konzipiert und anstrebt, ist Staatspräsident Abdolhassan Bani - Sadr. Es wäre allerdings völlig verfehlt, ihn für einen Sozialisten in islamischem Gewand zu halten. Zwar will er die hohen Profite der großen Unternehmer von Staats wegen und zugunsten der „Schwachen" beschneiden, aber die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel soll grundsätzlich erhalten bleiben. Er sagt nein zur Ausbeutung, wie es Koran 46 vorschreibt, aber er bejaht das private Eigentum an Erwerbsvermögen (Kapital), was ebenfalls auf der Linie der islamischen Tradition liegt. Daß seine Politik vor allem den Interessen des Kleinbürgertums entgegenkommt, zeigt sich u.a. daran, daß er als Wirtschaftsminister den Zinssatz für Kredite der nationalisierten Banken an Händler und kleinere Unternehmer von rund 14 Prozent auf 4 Prozent herabgesetzt hat (diese 4 Prozent werden, entsprechend dem Zinsverbot des Koran, als „Dienstleistungsgebühr" bezeichnet). Das hat Bani - Sadr bei den Präsidentschaftswahlen die Stimmen der kleinen Basaris eingetragen.

Es ist bezeichnend, daß heute viele Arbeitslose in den städtischen Slums einen Teil der Unterstützungsgelder, die sie vom Staat oder verschiedenen religiösen Stiftungen erhalten, dafür abgezweigt haben, sich einen kleinen Vorrat an Waren anzulegen. Diese bieten sie als fliegende Händler auf allen Gehsteigen Teherans zum Kauf an. Offensichtlich ist es das Ziel der Straßenhändler, zu richtigen Händlern und Geschäftsleuten aufzusteigen. Nur einige wenige können natürlich dieses Ziel erreichen, aber die Politik Bani - Sadrs hält vorläufig ihre Träume wach: Kredite sind leicht zu bekommen, und die Polizei, die früher streng gegen die fliegenden Händler eingeschritten ist, steht ihnen heute voll Verständnis und Wohlwollen gegenüber. (TAZ, 31.1.80; NZZ, 20.2.80)

Währenddessen ist die landwirtschaftliche Produktion weiterhin viel zu gering, Iran muß einen hohen Anteil seiner Lebensmittel importieren, was vor allem eine Folge der Argrarpolitik des Schah - Regimes und der dadurch bedingten Landflucht ist. (Vgl. dazu ebenfalls den Artikel von M. Massarrat im nächsten Heft.) Der Unterschied zu anderen Ländern der Dritten Welt hat Iran zwar wegen seiner hohen Öleinnahmen keine Probleme, diese Importe zu bezahlen. Aber auch bei gedrosselter Produktion werden die Bodenschätze eines Tages knapp werden und das Land ist schon jetzt von Ölexporten und Lebensmittelimporten, d.h. von aussen extrem abhängig. (Die USA haben ja bereits damit gedroht, ihre Getreidelieferungen einzustellen, um die iranische Regierung in der Geiselaffäre gefügig zu machen. So können sie natürlich auch an anderen Punkten vorgehen, wo ihre Interessen berührt sind.) Der Erfolg der iranischen Revolution in der Frage der Unabhängigkeit steht und fällt daher mit dem Gelingen des Versuchs, die eigene Lebensmittelproduktion anzukurbeln, d.h. die unproduktiven Massen in den städtischen Randzonen auf das Land zurückzubringen. Das Pol Pot - Regime in Kampuchea hat dies Problem, das sich für jedes auf Unabhängigkeit bedachte Land der Dritten Welt in ähnlicher Weise stellt, mit brutalem physischem Zwang „gelöst", dem hunderttausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Auch in Iran wird es sehr schwer werden, diese lebenswichtige Aufgabe in den Griff zu bekommen, wenn man die oben erwähnte Mentalität und Zielorientierung der „Schwachen" in den Vorstädten bedenkt. Hier hat Bani - Sadr bisher nicht viel mehr zu bieten als gute Absichten und gute Worte. Er vertritt zwar den Grundsatz, das Dorf sei die tragende Produktionseinheit der iranischen Gesellschaft, weshalb Bewässerung und Kleinindustrie auf das Land gebracht werden müßten. Vorläufig allerdings ist dies bloße Theorie. Die Dörfer Irans sind nach wie vor elende, isolierte Ansammlungen von Lehmhütten, von denen viele ganz oder halb leerstehen. Es dürfte sich hier auch keineswegs nur um ein ökonomisches Problem handeln, das allein mit Kreditpolitik etc. zu lösen wäre. Will man erreichen, daß die Bevölkerung tatsächlich in die Dörfer zurückkehrt, wird man dafür sorgen müssen, daß das Land wenigstens auch einige der Vorteile bietet, die die Lebensweise des Kleinbürgertums in den Städten mit sich bringt: Schulen, Ärzte, Krankenhäuser, Versorgung mit Nachrichten usw. (BfA/NfA 21.1.80; NZZ, 20.2.80)

Auf anderen Gebieten hat Bani - Sadr in letzter Zeit einige konkrete Maßnahmen ergriffen, um die Orientierung der iranischen Wirtschaft am Ausland abzubauen. Am 22. Januar erließ er ein Einfuhrverbot für eine große Palette von Spielzeugen, Kosmetika und anderen Luxusartikeln wie Billardtischen und Glücksspielen, Kronleuchtern, Schmuck usw. Mit der Einfuhr dieser Sachen würden nur Devisen vergeudet.

Außenpolitisch (-wirtschaftlich) strebt Bani - Sadr eine verstärkte Zusammenarbeit mit Europa und Japan unter der Bedingung an, daß diese nicht indirekt von US - Multis beeinflußt und gelenkt wird. Er will den Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte weiter führen („Die beiden Schlachten gegen den amerikanischen und gegen den sowjetischen Imperialismus sind untrennbar.") und alle Länder und Bewegungen unterstützen, die ähnliche Anstrengungen unternehmen. Dem afghanischen Volk will er sobald als möglich finanzielle, militärische, diplomatische und Nahrungsmittelhilfe geben; der Türkei hat er iranischen Beistand gegen den Druck der ausländischen Banken angeboten.



Was politische Freiheits- und kulturelle Autonomierechte angeht, setzt er sich für einen nachträglichen Verfassungsartikel ein, der die Gleichstellung der nationalen Minderheiten garantiert. Er spricht sich „prinzipiell gegen jede Beschränkung der Meinungsfreiheit" aus, was sich vor allem gegen die rechte Fraktion um Ghotbzadeh und Mussavi - Khoini richtet, die das Radio- und Fernsehprogramm zensieren. In einem Le Monde - Interview hat er angekündigt: „Ich überlege mir die Möglichkeit, das Volk zu einem Marsch auf die Radio- und Fernsehstationen aufzurufen, um sich von denen zu befreien, die sie kontrollieren." (TAZ, 31.1.80)

Mit Bani -Sadr hat sich das Volk einen Präsidenten gewählt, der im linken, sozialistischen Sinn keineswegs fortschrittlich ist. Weder kämpft er gegen das Privateigentum an Kapital, noch macht er sich z.B. stark für die Befreiung der iranischen Frau von traditionellen und kapitalistischen Benachteiligungen. Auch was den Auf- und Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens angeht oder die Bestimmung der Produzenten über die Produktion, hat man bisher wenig von ihm gehört. Zum letzten Punkt hat er sich gelegentlich im Sinne eines „Mitspracherechts" der Arbeiter geäußert, die sich zu „islamischen Komitees" zusammenschließen sollen. Hier sind Parallelen zur „Mitbestimmung" in der BRD zu erkennen, die ja eher die Interessengegensätze zwischen Lohnabhängigen und Kapital verschleiert als diese Widersprüche zur Lösung zu bringen.

Auch Bani - Sadrs islamisches Sozialprogramm ist deshalb sicher nicht geeignet, die zentralen Widersprüche der iranischen Gesellschaft dauerhaft zu lösen, im Gegenteil, wahrscheinlich wird es sie für eine Übergangsepoche von unbestimmter Länge zementieren, weil es das extreme Elend als ihre sichtbare Folge lindert: Bereits heute wird ein Teil der Öleinnahmen und der vom Staat abgeschöpften privaten Profite als Kredite oder Zuwendungen an die Kleinbourgeosie und die Arbeitslosen verwendet. Das hält diese unproduktiven Schichten in den Städten, deren Rückkehr auf das Land eine dringende Notwendigkeit für Unabhängigkeit und Fortschritt ist.

Andererseits drückt Bani - Sadrs Programm wohl jenes Maß an Unabhängigkeitsstreben und Toleranz aus, das sich gegenwärtig in Iran ohne Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung verwirklichen läßt. Für eine bestimmte historische Etappe ermöglicht es die Einheit des iranischen Volks gegen Abhängigkeit und Überfremdung, wobei es gleichzeitig die politischen Voraussetzungen dafür schafft, daß die oppositionellen Klassen (besonders die Arbeiter) ihre Kritik am bestehenden Ausbeutungssystem entwickeln und artikulieren können und damit der Übergang in eine neue Etappe (des Sozialismus?) eines Tages möglich wird.

Wird Bani - Sadr sich gegen den rechtsklerikalen Flügel durchsetzen?

Es ist allerdings noch längst nicht entschieden, ob Bani - Sadr sich mit seinem Programm durchsetzen kann. Mit seinem überlegenen Sieg bei der Präsidentenwahl hat er sofort Schritte unternommen, um seine Machtbasis zu verstärken: Er hat eine neue Partei gegründet, den „Einheitskongress", der zur „Islamisch - Republikanischen Partei" in scharfer Konkurrenz steht; während sich in der IRP die meist konservative hohe Geistlichkeit sammelt, werden Bani - Sadr und seine Partei von vielen Mullahs unterstützt, die einen niedrigen Rang in der geistlichen Hierarchie einnehmen. Oben wurde bereits erwähnt, daß Bani - Sadr versucht hat, das Volk zu Demonstrationen gegen die rechte Zensur bei den elektronischen Medien zu bewegen. Weiterhin hat er Kontakte zum Oberaufseher der Armee, Ayatollah Kameneyi, geknüpft, der bisher zu den konservativen Geistlichen gerechnet worden war.

Zu Anfang schien Bani - Sadr Erfolg mit diesen Bemühungen zu haben. Nachdem Khomeiny ihn feierlich in sein Amt eingesetzt hatte, zwang der Staatspräsident Mussavi - Khoini, den Vorsitz in der Radio- und Fernsehkommission niederzulegen. Die Botschaftsbesetzer hatten es von nun an schwerer, Rundfunk und Fernsehen als ihr Sprachrohr zu benutzen.

Dann erfolgte ein Beschluß des Geheimen Revolutionsrates, den auf Betreiben der Botschaftsbesetzer festgenommenen Informationsminister Minachi freizulassen, da der Vorwurf, dieser unterhalte illegale Kontakte zur CIA, offenbar haltlos war. Eine Mehrheit im Revolutionsrat schien sich nun auf die Seite Bani - Sadrs zu schlagen, was auch darin zum Ausdruck kam, daß der Staatspräsident zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt wurde, von dem das Land seit Anfang November offiziell regiert wird. (NZZ, 9.2., 20.2.80)

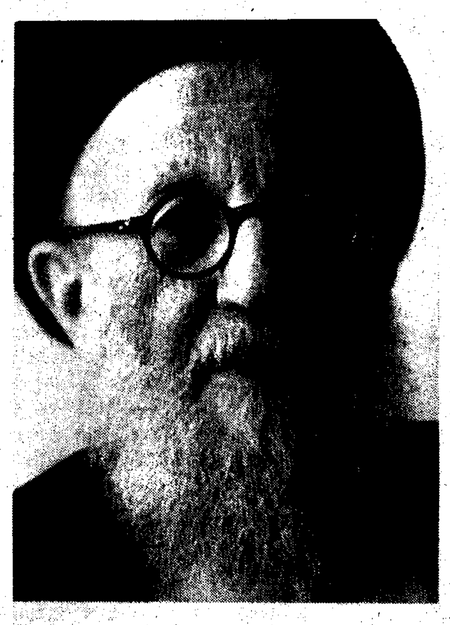
Ein noch größerer Erfolg Bani - Sadrs

bahnte sich in der Frage an, was nun mit den seit bald 5 Monaten festgehaltenen 50 amerikanischen Geiseln geschehen soll. Da die Geiselaffäre die Außenpolitik Irans gegenüber den meisten Staaten der Welt und gegenüber der UNO belastet und innenpolitisch nur noch insofern Bedeutung hat, als die Geiseln ein Faustpfand sind, mit dem der rechtsklerikale Flügel soziale Reformen und politische Liberalisierungen behindern kann, setzt sich Bani - Sadr energisch dafür ein, die US - Diplomaten endlich freizulassen und der unabhängigen Kommission der UNO zu vertrauen, die sich an Ort und Stelle über die Verbrechen des Schah - Regimes informiert hat. Die Übergabe der Geiseln an den Revolutionsrat stand kurz bevor. Dann schlugen die Absichten Bani - Sadrs aber doch fehl. Die Botschaftsbesetzer machten ihre Zusage in letzter Minute rückgängig, ein entscheidendes Machtwort von Khomeiny blieb aus, auch der Rundfunk unterstützte wieder die „Studenten", und schließlich reiste die UN - Kommission ab, ohne die Geiseln auch nur gesehen zu haben. Dieser Konfliktstoff schwelt also weiter. (Die Zeit, 14.3.80)

Langfristig vielleicht noch wichtiger ist der Umstand, daß der rechte Flügel sich im militärischen Bereich behauptet. Der berüchtigte Ayatollah Khalkali, der die „revolutionäre Gerichtsbarkeit" leitet und nicht lange fackelt, wenn es darum geht, „anti - islamische Elemente" wie Homosexuelle und Kurden an die Wand zu stellen, und Verteidigungsminister Chamran, der den repressiven Revolutionsgarden mehr Sympathie entgegenbringt als der regulären Armee, haben im Februar eine neue „Säuberungswelle" bei den Streitkräften offen angekündigt und auch durchgeführt. Das bedeutet in der Praxis: Erschießungen und massenhafte Entlassungen von unbequemen Soldaten, meist Linken, unter dem Vorwand, sie würden für das Schah - Regime arbeiten. Zahlreiche Angehörige der Armee haben daraufhin in der Universität von Teheran einen Sitzstreik durchgeführt. (NZZ, 19.2.80)


Revolutionsgardist

Das Tauziehen zwischen Bani - Sadr und den Rechten ist also noch lange nicht entschieden. Eine wichtige Rolle wird der Ausgang der Parlamentswahlen spielen. Tatsächlich können sich wie angekündigt alle politischen Parteien und Gruppen ungehindert daran beteiligen, sogar die „Demokratische Partei Kurdistans", die im vergangenen Jahr wiederholt verboten worden war. Ayatollah Schariat - Madhari hat seine aserbeidschanischen Anhänger zur Wahl der Bani - Sadr - Partei aufgerufen.


Chomeini-Gegner Schariat Madari

Der erste Wahlgang am 14. März brachte einen Erfolg für die IRP. Die Partei Beheschtis konnte eine große Zahl (mindestens 28) derjenigen Sitze erringen, die aufgrund der absoluten Mehrheit eines Bewerbers in einem Wahlkreis vergeben werden. Bani - Sadrs Partei kam dabei nur auf 10 Sitze, die DPIK auf 4 Abgeordnete. Der Staatspräsident hat schon angekündigt, daß möglicherweise einige Resultate annulliert oder sogar die ganze Wahl wiederholt werden muß, weil die rechtsklerikalen Kräfte Wähler eingeschüchtert und andere Wahlbetrügereien begangen haben. (Im ganzen Land häufen sich die Beschwerden.) Allerdings ist auch so für seine Partei noch nicht alles verloren, da eine große Zahl der insgesamt 270 Sitze des neuen Parlaments („Madschless") erst bei einer Stichwahl am 3. April vergeben wird. (Badische Zeitung, 14.3.80; NZZ, 19.3.80)

hpö

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD:		Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Türkei

Fast wie in Chile nach dem Putsch

Gleich nach der Regierungsübernahme von Demirel im November 1979 wurden die Generaldirektoren, leitenden Angestellten und Arbeiter von TARIS, einer genossenschaftlichen und vom Staat kontrollierten Textilunternehmung in Izmir, zugleich eine der größten in der Türkei, entlassen und durch Anhänger der Gerechtigkeitspartei und militante Rechtsextremisten ersetzt.

Demirel wollte weitere 6000 Arbeiter entlassen, den Betrieb privatisieren und von den „linksliberalen Gewerkschaftern" säubern. Die Antwort der Arbeiter auf diese Maßnahmen war am 22.1.80 die Besetzung der Fabrik. TARIS wurde daraufhin von bewaffneter Polizei und Militär gestürmt und die Arbeiter vertrieben. Zum ersten Mal griffen auch Arbeiter zur Waffe.

Die Reaktion der Regierung: die 11 000 streikenden Arbeiter sollten entlassen werden. Der Gewerkschaftsdachverband DISK rief als Protest zum Generalstreik auf — 45 000 Arbeiter in Izmir legten ihre Arbeit nieder. Studenten und Schüler boykottierten den Unterricht und erklärten sich solidarisch mit den Arbeitern. Es folgten tagelange Straßenschlachten. Die Armee sperrte daraufhin Hunderte von Demonstranten und Passanten in das Stadion von Izmir und behandelte sie mit Gestapo Methoden. (Fr. 29.2.1980).

Diese Vorgänge verdeutlichen die derzeitigen politischen Auseinandersetzungen in der Türkei, die im folgenden ausführlicher dargestellt werden sollen.



„Verhaftete Frau"

Demirels Wahlsieg
LM 16.10.79, AK 29.10.79

Am 14. Oktober fanden in der Türkei Teilwahlen statt. Sie endeten mit einer deutlichen Niederlage für die sozialdemokratische „Republikanische Volkspartei" (CHP) unter Bülent Ecevit, die die stärkste Fraktion (auch weiterhin) im Parlament stellt und bis dahin die Regierung bildete. Große Siegerin der Wahlen war die rechte „Gerechtigkeitspartei" (AP) von Süleyman Demirel: ihr fielen alle 5 neu zu wählenden Parlamentssitze zu sowie 33 der 50 zur Wahl stehenden Senatssitze. Gegenüber den Parlamentswahlen von 1977 verlor die CHP damit 11 Prozentpunkte (von 40 auf 29 %), während die AP im gleichen Maße dazugewann (von 35 auf 46 %). Die religiöse „Nationale Heilspartei" (MSP) von Erbakan erhielt 9,7 %, die faschistische „Nationalistische Aktionspartei" (MHP) des Alparslan Türkes 6,7 %; sie konnte damit ihre Ergebnisse von 1977 ein klein wenig verbessern. Erheblich gewonnen haben die kandidierenden „gemäßigten" linken Parteien und unabhängige linke Kandidaten; sie konnten sich von 0,5 auf 3,6 % steigern.

Die undogmatischen und revolutionären linken Gruppen hatten zu einem Wahlboykott aufgerufen. Ob dieser nun befolgt wurde, oder ob schlicht Verbitterung und Resignation wegen der Politik, die Ecevit seit der Regierungsübernahme im Januar 1978 betrieben hatte, maßgebend waren, die Wahlbeteiligung lag um 15 % niedriger als 1977, und diese Enthaltungen kosteten Ecevit den Sieg.

Daß Demirel seinen Wahlsieg kaum einem Überwechseln bisheriger CHP - Wähler zur rechten AP zu verdanken hat, wird am Beispiel Istanbuls deutlich, einer bisherigen CHP - Hochburg: die CHP verlor hier 400 000 Stimmen, während die AP nur 90 000 dazugewann.

Das Auslandskapital bestimmte Ecevits Politik

Die Ursachen der Enttäuschung vieler ehemaliger CHP - Wähler, die nun gar nicht erst zur Wahl gingen, liegen auf der Hand: galoppierende Inflation (70 bis 100 %), anhaltende hohe Arbeitslosigkeit (um 25 %), Verlust des Streikrechts in den 19 Provinzen mit Kriegszustand, drastische Sanierungsprogramme (Entlassungen und Preiserhöhungen bei Staatsbetrieben), Stillstand in den Außenhandelsbeziehungen (Devisenmangel, einschneidende Abwertungen) und daraus folgende Versorgungsschwierigkeiten in jeder Hinsicht.

Mit dem ausländischen Kapital im Nacken hatte Ecevit eine gegen die arme Bevölkerung und Arbeiter gerichtete Wirtschaftspolitik betrieben, um die Türkei aus der ausweglos scheinenden Krise herauszuholen. Der Gedanke ist nicht so abwegig, daß Demirel, der das Land so stark hatte ausbluten lassen, im Dezember 1977 unter dem massiven Druck des Weltwährungsfonds zu unpopulären Sanierungsmaßnahmen gerne die Regierungsgeschäfte an Ecevit übergab, damit dieser sich daran aufreibe. Und in der Tat: obwohl Ecevit den Forderungen der Imperialisten nachgekommen war — wenn auch mit Zögern —, hielten diese immer noch die Hälfte der zugesagten Kredite zurück.

Auch was die politische Repression betrifft, richtete sich Ecevits Politik mehr gegen die linken Arbeiter als gegen die Faschisten. Durch das Kriegsrecht, das im Dezember 1978 nach dem Massaker von Kahramanmaras in den politisch bewegten Provinzen verhängt worden war, waren hauptsächlich linke Organisationen betroffen: einige Zeitungen und Vereinigungen wurden verboten, deren Verantwortliche festgenommen, Büros geschlossen.

Besonders kraß: das Verbot der 1. Mai - Demonstration in Istanbul 1979, zu der die Linke und durchaus CHP - freundliche Gewerkschaftskonföderation DISK aufgerufen hatte; Ecevit ließ die Gewerkschaftsführer festnehmen und zum 1. Mai eine 29 - stündige totale Ausgangssperre über ganz Istanbul verhängen; etwa 2 000 Personen, die doch zu demonstrieren versuchten, wurden am 1. Mai verhaftet.
In weiten Teilen der Bevölkerung wurde Ecevits Vorgehen gegen die faschistische MHP als zu zaghaft angesehen. Zwar wurden MHP - Anhänger aus den Behörden entfernt; gegen die Killerkomandos aber konnte er wegen ihrer Verbindung zu Polizei und Militär, guter Organisation sowie Unterstützung vom Ausland (z.B. durch F.J. Strauß und FAZ) schlecht angehen. Trotz Kriegsrechtes, das ja den politischen Terror bekämpfen helfen sollte, nahmen die politischen Morde ständig zu, provoziert von Faschisten und religiösen Fanatikern.

Rechte Minderheitsregierung
NZZ 29.9.79, 26.10.79 und 15.11.79

Demirel ist nun wieder seit dem 12.11.79 Ministerpräsident, aber auch für ihn sind die Chancen gering, Herr der Lage zu werden. Und er weiß sehr wohl, daß immer diejenige politische Kraft für die Misere verantwortlich gemacht wird, die zuletzt an der Regierung war.

So hat er nach längerem Zögern eine Art Übergangsregierung gebildet, mit der er hofft, sich für die nächsten vorverlegten Wahlen eine günstige Ausgangsposition zu verschaffen. Da seine Partei nur über 181 der 450 Parlamentssitze verfügt, ist seine Minderheitsregierung auf die stille Unterstützung von MHP und MSP angewiesen, die diese aber auch befristet zugesagt haben. Diese Rückendeckung hat aber ihre Grenzen in dem nationalistischen Kurs, den diese Parteien im Gegensatz zu Demirels Imperialismusfreundlichkeit steuern. Vor dem Hintergrund der MSP - Parolen „Anti

- Kapitalismus", „Anti - Imperialismus" und ihrer generellen Ablehnung des wirtschaftlichen Anschlusses an den Westen überhaupt hatte der MSP - Führer Erbakan zuvor verlauten lassen, er würde lieber mit Ecevit als mit Demirel koalieren. Aber bisher wäre diese drittgrößte Partei wohl für AP wie CHP ein schlechter Koalitionspartner, der mit seiner Berufung auf die islamische Tradition nur die Handlungsunfähigkeit seiner westlich orientierten Regierung besiegelt.

Ein Regierungsprogramm für Ausbeutung mit „Law and Order"
NfA 14.11.79, Stgt Z 14.11.79

„Geben Sie mir einen Monat Zeit, und wir werden im Lande wieder genug Kaffee, Benzin, Öl und andere Güter des täglichen Bedarfs haben. Geben Sie mir sechs Monate Zeit, und ich werde die Terroristen zum Schweigen bringen", versprach Demirel Mitte November 1979. Er nennt eine Reihe von Zielen, aber keine realistischen Wege, um sie zu erreichen. Die wichtigsten Maßnahmen sollen sich auf 3 Bereiche konzentrieren:

1. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, Bekämpfung des Kommunismus
2. Bekämpfung der Inflation, Privatisierung der Wirtschaft
3. Neuregelung der Auslandsbeziehungen

a) Verschärfung der politischen Unterdrückung
NZZ 28.12.79, TAZ 3.1.80, Neue 4.1.80, TAZ 7.2.80, LM Dipl. Jan. 1980

Schon bald nach den Teilwahlen wurden in allen 67 Provinzen der Türkei die Gouverneure, die die Vertreter der Regierung auf Provinzebene sind, ausgewechselt. Die neuen Gouverneure stellte meist die rechte AP, z.T. aber auch, wie in Konya und Adana, die faschistische MHP.

Im Januar 1980 wurden dann die Ausnahmegesetze verabschiedet, die eine drastische Beschneidung der demokratischen Rechte darstellen: Das Streikrecht wird stark eingeschränkt, ebenso das Demonstrations- und das Vereins- und Versammlungsrecht; Strafmaße werden verschärft; die Polizeibefugnisse werden ausgeweitet, so daß sie nun mißliebige Personen bis zu 14 Tagen lang inhaftieren können, ohne sie einem Richter vorzuführen. Staatssicherheitsgerichte werden wieder eingeführt, so daß alle politischen Verfahren von Militärrichtern, die von der Regierung eingesetzt werden, verhandelt werden.

Innenminister Gülcügil erklärt offen, daß er hauptsächlich gegen die Linke vorgehen will: von den 47 verfolgten Terrororganisationen seien 10 kurdische, 24 sozialistische und kommunistische, 11 religiöse und nur 2 rechtsextreme Gruppierungen.

Angesichts der Repressionswelle, die sofort nach Demirels Regierungsübernahme einsetzte, war auch der Widerstand der Linken erfolglos. Um Weihnachten hatte der DISK - nahe Lehrerverband TÖB - DER zu einem eintägigen Streik gegen den Faschismus und die Antiterrorgesetze aufgerufen, dem 30 % der Lehrer und Schüler folgten. Reaktion des Staates: 12 Tote , 5 000 bis 20 000 Festnahmen und 1 700 Entlassungen von beteiligten Lehrern. Aus Protest streikten daraufhin etwa 50 000 Arbeiter der in der DISK zusammengeschlossenen Gewerkschaften.

Polizei und Militär wenden gegen die Inhaftierten z.T. sadistische Gewalt an; die Berichte zeugen von Folterungen, die stark an die Brutalität der chilenischen Junta erinnern (vgl. Kasten).

Demirel deutete schon an, daß dieses Vorgehen gegen den TÖB - DER - Streik nur ein weiterer Schritt zur verschärften Repression sei; der ganze Ausnahmezustand sei bisher viel zu locker gehandhabt worden. Es folgte einen Monat später der eingangs beschriebene Bürgerkrieg in Izmir.

Trotz dieser Gesetze ist der politische Terror nicht eingedämmt, sondern seit Anfang November 1979 erheblich verschärft worden. Täglich gibt es blutige Anschläge in allen Teilen der Türkei. Man versuchte diese unübersehbare Terrorwelle dadurch ein wenig herunterzuspielen, daß man nicht alle Morde bzw. die gesamte Zahl der Todesopfer bekanntgibt.

b) Unterdrückung der Bevölkerung durch wirtschaftliche Sanierungsprogramme

TAZ 20.11.79, Libé 12.11.79, Welt 12.2.80, FR 29.1.80 und 29.2.80

„Der Staat wird sich aus allen Angelegenheiten zurückziehen, die die Initiative der Bürger behindern", heißt es in Demirels Regierungsprogramm. Während seit Atatürks Zeiten der Staat als Investor in den Schlüsselindustrien aufgetreten war und die Staatsbetriebe seitdem einen wichtigen Faktor in der türkischen Wirtschaft darstellen, will Demirel mit dieser historischen Entwicklung brechen und staatliche und halbstaatliche Betriebe privatisieren, allen voran die Bergwerke. Die Ölbohrrechte sollen Privatfirmen zugestanden werden. Privatbetriebe sollen generell hinsichtlich Subventionen und Importerleichterungen begünstigt werden.

Entscheidender Anreiz für Privatinvestitionen ist aber eine verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen. Um diese zu verbessern werden die Preise erhöht, zunächst bei den Staatsunternehmen bis zu 120 %. Zynischer Kommentar des Finanzministers: „Indem wir die Preise erhöhen, stimulieren wir die Hersteller und Händler, und Sie werden sehen, daß nicht erhältliche Güter wieder auf dem Markt auftauchen werden." Ja vielleicht; aber wer kann sie sich dann noch leisten?

Die Preislawine mit inzwischen Steigerungen bis zu 400 % stellt schon das physische Überleben der einkommensschwachen Bevölkerung in Frage, da die Löhne nur mit erheblicher Zeitverzögerung und vor allem weit geringer steigen. Allein durch diese jüngsten von Demirel verordneten Preiserhöhungen sind die Reallöhne halbiert worden; und was diese Inflation erst für die 25 % Arbeitslosen bedeutet, ist kaum auszumalen.

Die Kindersterblichkeit ist in den letzten Monaten in Ostanatolien um 35 % angestiegen, da die ärmere Bevölkerung die Kosten für ihre Ernährung und für Medikamente, die bis zu 300 % teurer wurden, kaum noch aufbringen kann.

Die Löhne sind auch absolut gesehen sehr niedrig. Ein Arbeiter verdient etwa 4 000 bis 8 000 Türkische Lire im Monat, ein Universitätsassistent beispielsweise 12 000 T.L. Nach dem derzeitigen Umrechungskurs 1 DM = 40 T.L. sind das 100 bis 200 DM für den Arbeiter und 300 DM für den Assistenten. Zwischen 8 000 und 15 000 T.L. (200 bis 375 DM) bewegt sich aber die Monatsmiete für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung. Eine Unterkunft im Slumviertel kostet etwa 2 500 Türkische Lire.

Nach den erneuten 100 % - igen Preiserhöhungen für Kohle ist es trotz der grimmigen Winterkälte den meisten Familien schlicht unmöglich, ihre Wohnung zu beheizen. Nicht viel anders sieht es übrigens in Fabriken und Büros aus. Auch mit den täglichen Stromabschaltungen müssen Bevölkerung und Wirtschaft leben. Ein Kraftwerk bei Ankara mußte im Dezember zeitweise seinen Betrieb wegen Mineralölmangels einstellen, so daß in einigen Teilen der Hauptstadt zwischen 8 und 17 Uhr, in den anderen zwi-



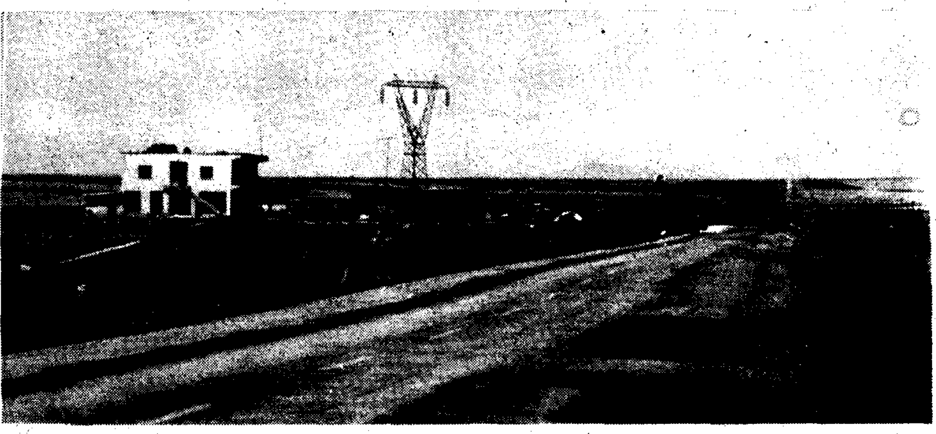
schen 12 und 21 Uhr der Strom regelmäßig abgestellt werden mußte.

Bei den 1oo % - igen Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr machte sich ein umfassender ziviler Ungehorsam breit: man demonstrierte spontan vor den Haltestellen und fuhr einfach schwarz.

Diese Inflationslawine wird für die lohnabhängige und arbeitslose Bevölkerung immer bedrohlicher. Der Kampf gegen die wirtschaftliche Unterdrückung wird auch zunehmend ein Kampf ums einfache Überleben, bei dem die Frauen wegen der großen Versorgungsschwierigkeiten die größte Last tragen.

durch solche Maßnahmen wesentlich verbessern könnte, ist eine Illusion: „Die Hauptexportartikel der Türkei, Tabak und Baumwolle, sind für Jahre im voraus als ‚Ausgleichszahlungen' für bereits früher eingeführtes Öl und andere Importgüter verplant, bzw. verkauft." (HB 5.2.80) Diese Maßnahmen können nur dazu dienen, die türkische Arbeitskraft billiger an das Ausland zu verkaufen (vgl. blätter des iz3w, Nr.77, S.60 - 63).

Das permanente Außenhandelsdefizit hat für die Türkei bereits verheerende Folgen. Nicht nur, daß die mindestens 16 Mrd. US - $ Auslandsschulden (Stand bei der Regierungsübernahme) ihren Kapitaldienst erfordern. Die dauernde Suche nach Krediten hat die Türkei durch den Imperialismus erpreßbarer gemacht. Entsprach 1 DM im Dezember 1978 noch rund 13 T.L., so waren es 14 Monate später bereits 40,5 T.L., das Dreifache! Die Terms of Trade, d.h. das Verhältnis vom Export- zum Importgüterpreisindex, fiel von 1973 (= 100 Punkte) über 71,9 Punkte 1977 auf nur 61 Punkte im Jahre 1979. Diese Verschlechterung der Terms of Trade soll der Türkei in den Jahren 1972 bis 1977 etwa 2,6 Mrd. US - $ Einnahmedefizit gebracht haben. Berechnet man die Produktionsausfälle in der türkischen Industrie, die ihre Kapazitäten aufgrund ausbleibender Rohstoff-, Produktionsmittel- und Ersatzteilimporte nur zu 35 bis 50 % auslasten kann, so gingen der türkischen Volkswirtschaft 1978 und 1979 insgesamt 10 Mrd. US - $ am Bruttosozialprodukt verloren (HB 5.2.80)



„Traktorenschlange wartet auf Diesel"

c) Öffnung des Landes für das ausländische Kapital

NfA 30.1.80, HB 5.2.80, FT 7.2.80, TAZ 7.2.80

Neben der Förderung der türkischen Privatwirtschaft sieht Demirels Stabilisierungsprogramm vom 24. Januar 1980 auch die verstärkte Förderung von ausländischen Investitionen vor. Bisher hat es relativ wenig Auslandsinvestitionen in der Türkei gegeben: Ende 1977 hatte 98 ausländische Firmen in der Türkei Investitionen im Wert von lediglich 137 Mio. US - $; nur 0,75 % der westdeutschen Auslandsinvestitionen waren in der Türkei. Nun sollen bürokratische Hemmnisse, die zuvor erheblich gewesen sein sollen, wegfallen; allerding dürfen die ausländischen Anteile nur 10 bis 49 % der Gesamtinvestition ausmachen. Die Vorteile, die den fremden Investoren geboten werden, sind nach Aussage der „Welt" (vom 12.2.80) „beträchtlich".

Die im Falle der Türkei bedeutsamere Öffnung gegenüber dem Ausland geschieht über die Handelsbeziehung. Unter Ecevit war die Türkei mehr oder weniger einem Wirtschaftsboykott durch den Westen ausgesetzt. Nach einer erneuten kräftigen Abwertung der T.L. zu Anfang dieses Jahres, bei der sich die Devisen um weitere 50 % verteuerten, hat man auch verschiedene Exportförderungsmaßnahmen getroffen, durch die man angeblich Devisen beschaffen will.

Aber daß sich die bisherige Devisensituation

Das Militär als wirtschaftlicher Faktor

FR 23.2.80, TAZ 4.1.80, TAZ 7.2.80

Angesichts des großen Angebots an Vergünstigungen für das Auslandskapital kam für Demirel die sog. Afghanistankrise gerade recht. Mit der Vertreibung von amerikanischen Soldaten aus dem Iran und dem Einmarsch der sowjetischen Truppen nach Afghanistan gewann die Türkei erheblich an geopolitischer Bedeutung für den Nahen bis Mittleren Osten. Zur Abwehr gegen die sowjetische Gefahr — oder vielleicht eher gegen drohenden Bürgerkrieg in der Türkei! — soll die Türkei weiter aufgerüstet werden. Die BRD bot sogleich Starfighter sowie 60 bis 70 Leopard - Panzer aus alten Beständen an. Als arbeitsplatzschaffende Investition erwägt man in Bonn außerdem eine türkische Produktion des Kampfpanzers „Leopard I". Dafür, daß die Türkei die westeuropäischen Länder an der Südflanke der NATO schützt und dafür erhebliche Kosten trägt, gibt man ihr als Gegenleistung die zu Rüstungsfinanzierung erforderlichen Kredite.

Die türkischen Offiziere dürften weitgehend mit der Politik Demirels übereinstimmen. Am 2.1.80 hatten führende Offiziere ein vielbeachtetes Memorandum veröffentlicht, in dem sie von den Politikern ein entscheidendes Vorgehen gegen „Anarchie, Separatismus und Subversion" und für die nationale Einheit forderten. Mit ganz ähnlichen Erklärungen waren auch die Militärputsche

Nicht nur das Gesetz wird mit Füßen getreten.

Im Militärgefängnis der Stadt Diyarbakir in Türkisch - Kurdistan wurde eine junge Frau, Gülden Gülkan, gefoltert. Nachdem sie dreieinhalb Monate in den Polizeistationen von Van, Tatvan, Bitlis und Diyarbakir auf unvorstellbar grausame Weise gefoltert worden war, brachte man sie, am 21. Januar in das Militärgefängnis Mamak bei Ankara. Dort verfaßten 106 Frauen eine Protestresolution, die auch an amnesty international geschickt wurde.

„In Van wurden unserer Freundin die Fußsohlen mit Rasierklingen aufgeschnitten und sie mußte mit blutenden Füßen anderthalb Tage auf Salz herumlaufen. Auf ihrem Körper wurden Zigaretten ausgedrückt. In Diyarbakir wurde sie in das Krankenhaus für geisteskranke Soldaten transportiert. Sie mußte sich nackt ausziehen und wurde vergewaltigt. Im Gefängnis von Diyarbakir haben ihr die Soldaten ihre Geschlechtsorgane mit Rasierklingen zerschnitten."

Das geschundene Mädchen meldete die Folterungen in Ankara der Staatsanwaltschaft. Die winkte ab: „So unmenschlich können unsere Soldaten nicht sein". Dabei weiß die Staatsanwaltschaft, daß selbst in Mamak häufig gefoltert wird, besonders mit Elektroschocks. Im Winter stellten die Militärs bei klirrender Kälte in den Zellen die Heizungen ab. Gefangene wurden zusätzlich mit kaltem Wasser abgespritzt. Auf Kleidern und Decken der Gefangenen bildete sich eine Eisschicht. Und in Artvin verhafteten die Polizisten einen Lehrer, Orhan Karaova, schleppten ihn zum Coruh - Fluß und warfen ihn, nachdem sie ihn zuvor festgebunden hatten, in den Fluß. Dann zogen sie den Lehrer wieder hinaus. Zwei Stunden dauerte diese Foltermethode. (FR. 29.2.80.)

von 1960 und 1971 eingeleitet worden. Diesmal schien ihre Absicht zu sein, die Verabschiedung der von der Regierung vorbereiteten Ausnahmegesetze zu beschleunigen und möglicherweise Demirel und Ecevit zu einer großen Koalition zusammenzubringen.

Doch das Militär spielt in der Türkei nicht nur eine gewichtige politische Rolle; über den sog. Unterstützungsfond OYAK, in den Offiziere des Heeres Geld eingelegt haben, hat die Armee großes wirtschaftliches Gewicht. OYAK gehören große Fabriken, Hotels und landwirtschaftliche Güter. Über das türkische Renault - Werk, daß beispielsweise einen Großteil der einheimischen PKW - Produktion stellt und in der Hand von OYAK ist, ist das Militär auch mit ausländischem Kapital verflochten. Als zweitstärkster Konzern in der Türkei ist OYAK von allen wirtschaftlichen Problemen — geringe Kapazitätsauslastung, Streiks etc. — unmittelbar betroffen.

Ein Marshall - Plan für die Türkei?

FR 19.2.80, FR 23.2.80, Rhein. Merkur 15.2.80, Stgt. Ztg. 12.2.80, Bonner Gen. Anz. 4.3.80

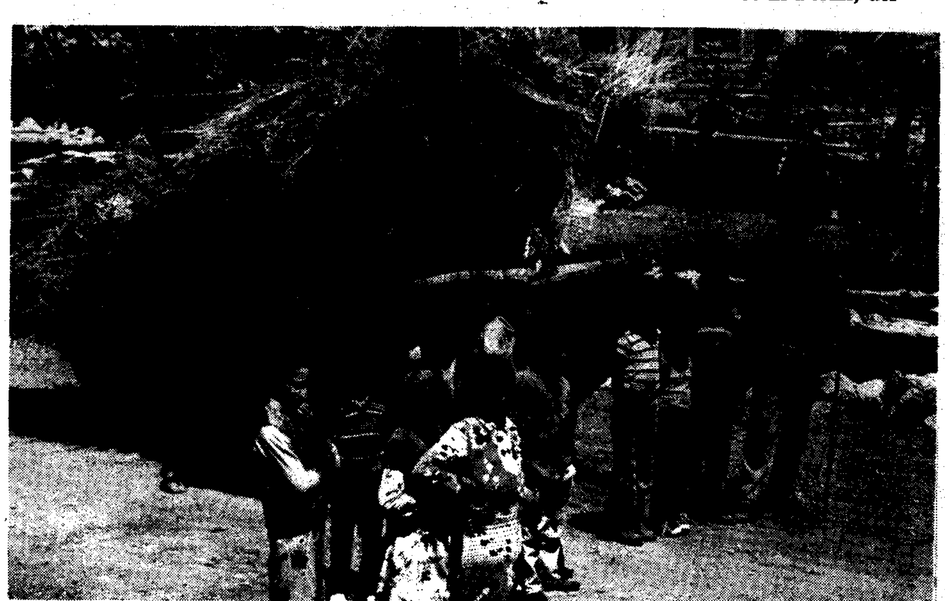
So ist es kein Zufall, daß die türkische Regierung sich als ausländische Hilfe vorrangig Militärhilfe und Waffenlieferungen wünscht. Deutsche Politiker scheinen wegen der traditionellen deutsch - türkischen Freundschaft dafür besonders geeignet, zwischen der türkischen und den westlichen Regierungen zu vermitteln.

Bereits im Frühjahr 1979 war der niedersächsische CDU - Finanzminister Walter Leisler Kiep rund um die Welt geflogen, um Hilfskredite in Höhe von 1 Mrd. US - Dollar für die sozialdemokratische CHP - Regierung zu sammeln. Diese Mission blieb aber wegen des grundsätzlichen Mißtrauens, das man gegenüber Ecevit hegte, erfolglos. Nun, wo der konservative Demirel Ministerpräsident ist, versucht man nochmals derartige Hilfsaktionen. Anfang Februar 1980 war CDU - Generalsekretär Heiner Geißler in der Türkei, um auf Einladung der AP die Lage zu sondieren. Sein Fazit: Demirel „kann ein Ludwig Erhard der Türkei werden. Aber es braucht einen Marshall -Plan", und vor allem müsse die NATO rasch helfen. Eine Woche später kam SPD - Bundesfinanzminister Hans Matthöfer in internationaler Mission nach Ankara. Er war in der Unterstützung der rechten Regierung und der Aufrüstungspläne gegenüber der Öffentlichkeit etwas vorsichtiger, faktisch aber wird sie wohl auch von der Bundesregierung betrieben werden, wie die 6 Punkte des beschlossenen Hilfsprogramms verdeutlichen:

1. beschleunigte Auszahlung der 1979 (für Ecevit) zugesagten Kredite
2. neue Kredite und Investitionshilfen der westlichen Industrieländer
3. zusätzliche Hilfen internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank, OECD und EG
4. Umschuldung privater und öffentlicher Kredite
5. militärischer Beistand
6. Hilfen anderer Länder, z.B. der OPEC - Mitglieder

Selbst systemimmanent wird solch ein Hilfsprogramm wenig Erfolgsaussichten haben; immerhin braucht die Türkei nach Expertenschätzungen 15 Mrd. US - Dollar Kredite zur Sanierung, davon die Hälfte kurzfristig, und in diesen Dimensionen mag niemand so recht der Türkei Kredite geben.

Demirel baut auch auf eine andere Hoffnung: den Beitritt zur EG. Während Ecevit versucht hatte, mit einer gewissen Absperrung nach außen Investitionen in der türkischen Wirtschaft anzukurbeln, will Demirel das Land dem Weltmarkt total öffnen und vor allem die Freizügigkeit für seine Arbeiter innerhalb der EG erreichen, um den sozialen Spannungen etwas Luft abzulassen. Ein EG - Diplomat klagt: „Das schlimmste, was Ankara uns antun könnte, wäre ein türkischer Beitrittsantrag zur Gemeinschaft".



Die politischen Auseinandersetzungen in der BRD

TAZ 10.1.80, Stgt. Z. 6.3.80

Die politischen Spannungen in der Türkei wirken sich auf die BRD aus. Angesichts der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung verlassen viele Türken fluchtartig das Land, um meist in der BRD ein Existenzminimum zu finden, d.h. um Schutz vor den gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen und um wirtschaftliche Überlebensmöglichkeiten zu haben. Viele junge Menschen werden von den Eltern, die in der BRD arbeiten, hierher geholt.

Die meisten aber, die in der BRD bleiben wollen, stellen einen Asylantrag. Angesichts der Schwemme von Asylsuchenden versuchen insbesondere die süddeutschen CDU/CSU - Landesregierungen, den Zustrom zu stoppen. Asylbewerber, häufig als Wirtschaftsasylanten abqualifiziert, werden teilweise schon an der Grenze abgewiesen. Für diejenigen, deren Antrag angenommen wird, plant Baden - Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth bereits Sammellager, in denen die Asylsuchenden nur Unterkunft, Nahrung und ein kleines Taschengeld, nicht jedoch wie bis jetzt Arbeitserlaubnis bzw. Sozialhilfe sowie ein bestimmtes Maß an Freizügigkeit haben sollen. Die Spannungen hier nehmen auch unter den Türken laufend zu. Zum einen wenden sich die Desintegrierten verstärkt religiösen, bzw. fanatischen Gruppen zu. Faschistische Schlägertrupps treten stets militanter auf, ermutigt durch die stille Duldung deutscher Behörden (vgl. blätter des iz3w, Nr. 79, S.37 - 39). An der Haltung der deutschen Polizei war nichts außergewöhnliches, als am 19.1.80 bei einer von den Rechten provozierten politischen Schlägerei im württembergischen Balingen die Polizei nur 11 linke Türken verhaftete und nun die Anklage allein auf die Aussagen von deren Gegner begründet.
Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ermordung des türkischen Lehrers Celalettin Kesim am 5.1.80 in Berlin, der auf einer Kundgebung gegen den Faschismus und die politische Unterdrückung in der Türkei Flugblätter verteilte. Die deutsche Polizei soll tatenlos dabei zugesehen haben. Dieser Mord an einem linken Türken war nicht der einzige in der BRD. Im Februar 1980 wurde in Hannover ein weiterer Türke, Mitglied in einem Arbeiterverein, aus politischen Gründen ermordet.

So wie die Behörden hierzulande das Treiben der türkischen Faschisten dulden, unterstützt die Bundesregierung auch in der Türkei stillschweigend, aber tatkräftig — nicht zuletzt mit der laufenden Waffenhilfe — die unterdrückerische Politik der Demirel - **Regierung**

Weitere Quellenhinweise:

Hakki Keskin: Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat — Werdegang einer Unterentwicklung. Berlin 1978 (Verlag Olle & Wolter; DM 19,80)
sowie laufende Artikel in „Frankfurter Rundschau" und „die tageszeitung", besonders von Jürgen Roth

Kolumbien

Wer sind die Botschaftsbesetzer?

KOLUMBIEN, dieser Andenstaat gelegen an zwei Küsten, dieses traditionelle Land des Kaffeexports, das jedoch inzwischen seine ökonomischen Aktivitäten immer mehr auf illegalen Marihuanahandel und Schmuggel von Gegenständen im Wert der offiziell eingehenden Kaffeedevisen umgestellt, diese formal parlamentarische Demokratie mit den Militärs an den politischen Schaltstellen, dieses **MACONDO** mit den freien Wahlen der gekauften Wahlstimmen und einer höheren Stimmenthaltung als Wahlbeteiligung (ca. 80 : 20), dieser Förderer des goldenen und des schwarzen Goldes — **KOLUMBIEN** ist in die Schlagzeilen der Weltpresse gerückt, nicht wegen eines dritten Erd- bzw. Meeresbebens, sondern wegen der Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá durch ein Kommando der Guerilla - Gruppe **M - 19**, die die Freilassung ihrer Compagneros aus den Klauen des Kolumbianischen Militärs verlangt.

Spektakuläre, volksnahe Aktionen

Die M - 19 (Movimiento 19 de Abril = Bewegung des 19. April) ist eine der fünf aktiven Guerillagruppen in Kolumbien. Im Gegensatz zu den übrigen Gruppen liegt ihr Haupaktionsradius kaum auf dem Land, sondern schwerpunktmäßig in den Städten.

Die Gruppe hat sich gegründet nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. April 1970, bei denen der eigentliche Wahlsieger und populäre Ex - Diktator des Landes Rojas Pinilla durch einen Wahlbetrug um seinen Sieg gebracht wurde. Die Gründer der M -19 sollen sich vor allem aus jugendlichen Unterstützern der Wahlkampagne von Rojas Pinilla rekrutiert haben.

Die M - 19 ist vor allem durch ihre spektakulären, volksnahen Aktionen bekannt. Den Auftakt ihrer Tätigkeit bildete im Januar 1971 der Raub des Schwertes des Unabhängigkeitskämpfers Simon Bolivar aus einem Museum. Mit dieser Aktion wollte die Gruppe das Erbe ihrer kämpferischen Vorfahren aus der Zeit der Befreiungskriege übernehmen. Die kolumbianische Regierung erschien ihr des Besitzes dieser Reliquie nicht würdig genug. Die M - 19 versteht sich als anti - imperialistisch und marxistisch, ihr Potential ist jedoch keiner der bestehenden linken Parteien und Gruppierungen zuzurechnen. Vielmehr scheinen sich in ihr vor allem Intellektuelle, Studenten, Schüler und auch Angehörige der armen Volksschichten zu vereinen. Ihre Verankerung in den Armenvierteln muß nicht unerheblich sein, denn in diesen Stadtteilen liegt das Hauptbetätigungsfeld der M - 19. Hier halten sie von Zeit zu Zeit Lastwagen mit Lebensmitteln (Milch, Schokolade etc.) an, um deren Fracht zusammen mit politischen Flugblättern blitzschnell unter die Bewohner zu verteilen. Nach derartigen Aktionen bleiben jedoch die anschließenden Hausdurchsuchungen in den Armenvierteln durch Militärs und Polizei nicht aus; und nicht selten werden den betroffenen Bewohnern bei diesen Razzien ihre einzigen Wertgegenstände wie Uhren, Radio- und Fernsehgeräte, elektrische Küchenmixer etc. einfach beschlagnahmt, wenn nicht gar Hausbewohner unter dem Versdacht der Kollaboration mit der M - 19 einige Stunden zur Einschüchterung festgenommen werden. Das zweite größere Unternehmen der M - 19 war die Entführung des der liberalen Partei (eine der beiden großen Regierungsparteien) zugehörigen Gewerkschaftsführers José Raquel Mercado. Dieser wurde von der Gruppe vor ein „Volksgericht" gestellt, das ihn wegen Verrats an der Arbeiterklasse zum Tode verurteilte. Daraufhin erfolgte seine Hinrichtung.

Die M - 19 hat auch schon oft durch ihre Aktivitäten bei der Unterstützung von Kämpfen der kolumbianischen Arbeiter mitgewirkt. So wurde von ihr z.B. im August 1977 der Geschäftsführer des damals im Streik befindlichen Palmölkonzerns INDUPALMA entführt und erst nach Erfüllung der Streikforderungen wieder freigelassen. Kurze Zeit später, beim Streik der Erdölarbeiter des nationalen Fördererunternehmens ECOPETROL war neben anderen Guerillagruppen auch die M - 19 Urheber der Sprengung von Erdölleitungen gewesen: Damit wollte sie zur völligen Lahmlegung der Förderung beitragen.

Ihre bisher jedoch folgenschwerste Aktion unternahm die M - 19 um die Jahreswende 1978/79, als einige ihrer Mitglieder in der Silvesternacht eine Militärbase in Bogotá untertunnelten und deren gesammeltes Waffenlager ausräumten. Dieser Überfall löste im ganzen Land die seit Jahren größte Durchsuchungs- und Verhaftungswelle gegen sämtliche Teile der kolumbianischen Linken aus — dies unter dem rechtlichen Schutz des im September 1978 zum Regierungsantritt von Turbay Ayala, dem derzeitigen kolumbianischen Präsidenten, erlassenen „Sicherheitsgesetzes". Ein Ausnahmegesetz für dieses Land des über 20jährigen fast ununterbrochenen Ausnahmezustandes und Kriegsrechts, das rechtlich freie Hand bietet zu willkürlichen Festnahmen, Einberufung von Kriegsgerichten und vor allem die Aussetzung drastischer Strafen bei jeglicher angeblichen „Störung von Recht und Ordnung", worunter in einem Land wie Kolumbien Streiks, Landbesetzungen, Volksaufstände gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und Protestdemonstrationen jeder Art gezählt werden. Viele der im „Sicherheitsgesetz" festgehaltenen Maßnahmen fanden jetzt übrigens in der Ende Februar dieses Jahres durchgesetzten Strafrechtsreform direkten Eingang in das bisher geltende Strafrecht Kolumbiens.

Die Gewalt von oben: Unterdrückung und Folter

Die dem großangelegten Schlag der M - 19 auf das Militär folgende Verhaftungswelle und Militarisierung ganzer Zonen auf dem Land bedeutete einen staatlichen Totaleinsatz gegen alle politisch aktiven Teile des kolumbianischen Volkes. Unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in subversiven Gruppen wanderten neben einigen namhaften Uniprofessoren, Künstlern, Jesuitenpatern, führenden Mitgliedern des CRIC (die bedeutendste Indianerorganisation) auch hunderte von politisch engagierten Gewerkschaftsaktiven, Ärzten, Lehrern, Schülern und Studenten in die Gefängnisse. Eine wahre Hexenjagd begann. Einigen der bewaffneten Gruppen in Kolumbien wurden durch diese Aktion schwere Schläge erteilt. Von den in den ersten drei Monaten nach dem Waffenraub festgenommenen 936 Personen mußten aber beispielsweise 616 wegen mangelnder Beweise kurze Zeit später wieder freigelassen werden. Die Zahl der insgesamt in diesem Zusammenhang im Jahr 1979 in Kolumbien Festgenommenen beläuft sich auf ca. 3000. Viele dieser Gefangenen wurden vor die Kriegsgerichte gestellt und schon verurteilt. Neun der sogenannten Kriegsräte (Consejos de guerra) gegen politische Gefangene fanden bereits im vergangenen Jahr statt, gegen insgesamt 472 Angeklagte. Der davon umfangreichste Kriegsprozeß läuft seit November 1979 gegen 216 angebliche Mitglieder der M -19. Mit der Übergabe der gesamten politischen Prozesse an die Militärgerichtsbarkeit wurde das Jahr 1979 aber auch für Kolumbien zum Jahr der Folter. Dieses, in fast allen Ländern Lateinamerikas schon lange zum politischen Alltag gehörende brutalste Repressionsmittel, war bisher in dieser massiven Form wie seit Anfang des letzten Jahres in Kolumbien nicht angewandt worden.

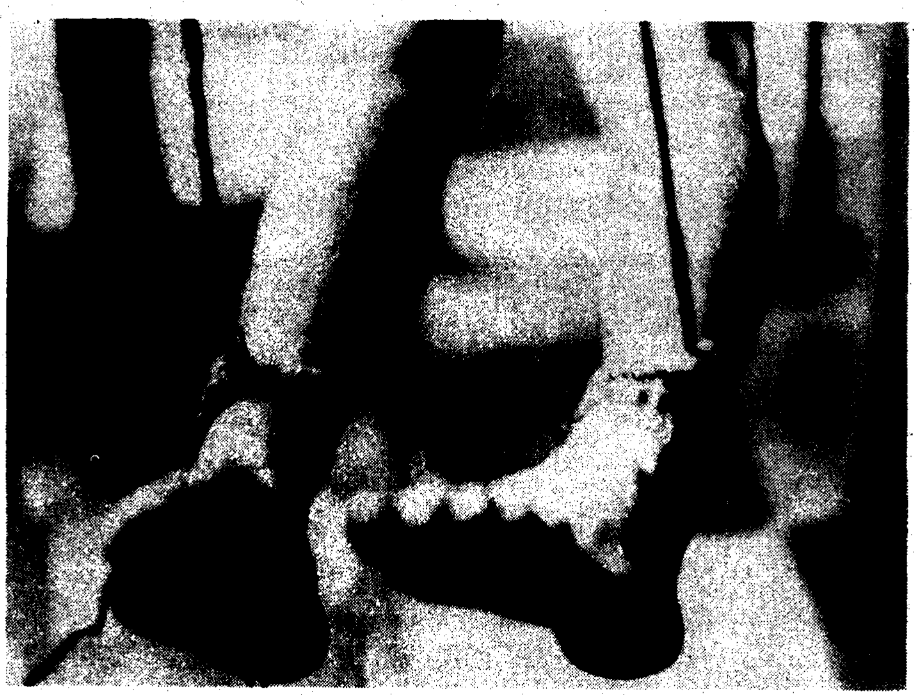
Schon Ende März 1979 hatten sich verschiedene politische und gewerkschaftliche Gruppierungen zusammen mit demokratischen Parlamentsabgeordneten zu einem breiten Massenrechtsforum in Bogotá zusammengefunden, um dort ihren Protest auszudrücken über die inzwischen bekannt gewordenen Fälle von Folterungen und die ständigen Versuche seitens der Regierung, die demokratischen Grundrechte im Lande noch weiter einzuschränken. Eins der Ergebnisse dieses Forums bestand in der Gründung eines „permanenten Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte" in Kolumbien, das seither laufend über die gravierendsten Fälle informiert und entsprechende Kampagnen für die Betroffenen organisiert.

Trotz hitziger Debatten im Parlament und der Berichterstattung über nachgewiesene Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den Massenmedien wurde jedoch lange Zeit die Anwendung von Folter im Land von den verantwortlichen Militär- und Polizeiobersten sowie dem liberalen Präsidenten Turbay Ayala rundum abgestritten. Der Mythos vom Funktionieren einer formalen Demokratie in Kolumbien sollte aufrechterhalten werden.

Kommando Marcos Zambrano für Freiheit und Demokratie

Beispiele für die Opfer der Folter gibt es in Kolumbien aber so viele, daß ein Totschweigen und Vertuschen dieser Fälle nicht mehr länger möglich ist. Auch wenn vor allem in der letzten Zeit versucht wird, an Folterungen zu Tode gekommene Gefangene verschwinden zu lassen. Die Zahl der dem Kolumbianischen Staatsrat für 1979 vorliegenden Klagen zur Aufklärung von Morden an Gefangenen durch Polizei- und Militärangehörige beläuft sich auf ca. 37 Fälle. Diesem Schicksal erlag auch am 24. Februar 1980 Jorge Marcos Zambrano, ein Student aus Cali und Mitglied der M - 19, der nach einem gescheiterten Entführungsversuch zusammen mit drei weiteren Guerilleros festgenommen und zu einer Militärstation gebracht wurde. Am nächsten Tag fand man ihn weit außerhalb der Station ertrunken auf, seine Leiche trug deutliche Spuren von Folterungen: die rechte Hand war zerschlagen, Quetschungen und Blutergüsse auf Armen und Rücken, ein geschlagener Hinterkopf, zerquetschte Hoden. Das Kommando der M - 19, das die dominikanische Botschaft zur Zeit in Bogotá besetzt hält, ist nach diesem toten Companero benannt.

Ein weiteres schweres Opfer von Folterungen ist die 19jährige Arbeiterin Maria Etty Marin, eine der Angeklagten im Militärprozeß gegen die M - 19. Sie steht auf der Liste derjenigen politischen Gefangenen, deren Freilassung von den Botschaftsbesetzern verlangt wird. Ende Juni 1979, einen Monat nach ihrer Verhaftung gab sie der Öffentlichkeit einen Bericht über die von ihr erlittenen Foltern ab. Diesen bestätigte sie nochmals bei der Prozeßeröffnung im November 1979, zu dem sie, von drei Wächtern gestützt und an Krücken gehend, geführt werden mußte. Denn ihr rechtes Bein wurde durch die Schläge der sie verhörenden Militärs damals total zerstört. Maria Etty Marin erzählte unter anderem: „Sie ließen mich mehrere Stunden im strömenden Regen stehen, sie schlugen mich am ganzen Körper mit Stöcken, gaben mir Fußtritte, schlugen mich mit ihren Waffen ...; sie hoben mich auf, zogen mir die Bluejeans und die Unterwäsche aus und stellten mich in einen Ameisenhaufen, wobei sie mir Ameisen in die Genitalien einführten ...; einige Minuten später brachten sie mich an den alten Ort zurück, dort zogen sie mich halb aus, zwangen mich die Beine breit zu machen und vergewaltigten mich, wobei sie mich abwechselnd hinknien ließen ...; als Folge dieser Behandlungen bekam ich starke Blutungen, die Freitag morgens begannen, aber bis



Samstag nachmittag wurde ich weder behandelt noch zum Waschen geführt ...; ich behielt davon Ausfluß zurück, Schmerzen im Unterleib, Durchfall, Erbrechen, mein rechtes Knie und mein Rückgrat, auf welche sie mich ziemlich fest geschlagen hatten, schmerzten sehr." Eine Delegation von Amnesty International hat Ende Januar dieses Jahres bei ihrem Aufenthalt in Kolumbien eine genaue Untersuchung zu den zahlreichen Fällen von Menschenrechtsverletzungen durchgeführt.

Das wohl hervorstechendste Beispiel des Versuchs, die im Land aufkommenden Stimmen des Protests sogar über die Einschränkung der Pressefreiheit mundtot zu machen, zeigt der Fall der Direktorin der Morgenzeitung „El Bogotano", in der wiederholt Berichte zu Übergriffen der Militärs und Einheiten der Geheimpolizei veröffentlicht wurden: Consuelo de Montejo wurde im November letzten Jahres unter Anwendung der Bestimmungen des „Sicherheitsgesetzes" zu einem Jahr Haft wegen angeblichen Waffenbesitzes verurteilt. Nach über dreimonatiger Haft, die jedoch begleitet war von nationalen und internationalen Protesten, und da das Erscheinen kritischer Artikel in ihrer Zeitung auch weiterhin nicht unterbunden werden konnte, setzte man sie wieder auf freien Fuß.

Die Fälle von Eingriffen in die Verteidigerrechte gipfelten Anfang Dezember 1979 in der Festnahme von zwei Rechtsanwälten in einem der neun laufenden Militärprozesse. Sie hatten Aufklärung über die Festnahme dreier als Entlastungszeugen geladener Prozeßteilnehmer vom Gericht verlangt, da diese plötzlich selbst als Angeklagte sich im Prozeß verantworten sollten.

Das Dekret Nr.2282, das durch die Aufhebung der Lesung Prozeßakten in den Militärprozessen zur Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten für die Angeklagten und zur schnelleren Durchziehung der politischen Prozesse erlassen worden war, ist am 3.Dezember 1979 nach entsprechenden Anstrengungen der verteidigenden Anwälte endlich als nicht vereinbar mit der Verfassung erklärt worden. Im Prozeß gegen die M - 19 konnte es schon keine Anwendung mehr finden. Die gesamte Prozeßdauer war bisher, gerade auch wegen der Lesung des in diesem bisher größten Militärprozeß vorliegenden Prozeßmaterials, auf mindestens 1 Jahr geschätzt worden. Der am 21. November in einer Gefängniskapelle in Bogotá begonnene Prozeß gegen mehr als 200 angebliche Mitglieder der M - 19, bei dem die Angeklagten unter Anstimmen revolutionärer Lieder in einem einstündigen Marsch unter gegenseitigen Solidaritätsbekundungen und Rufen politischer Parolen einzogen, dessen jedere weitere Sitzung mit dem Singen der kolumbianischen Nationalhymne von den Angeklagten begonnen wurde, dieser Militärprozeß soll nun allerdings durch die Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik durch ein Kommando der M - 19 zu einem unerwartet schnellen Ende kommen.

U.S., Cartagena, Kolumbien

TOURISMUS

Viel Spaß beim Lesen Dom

Bis bald? Anita
13. April

Im Frühjahr 1979 nahmen wir, der Arbeitskreis Tourismus, die Arbeit an der folgenden Artikelserie zum Thema „Tourismus und Dritte Welt" auf. Fast alle von uns waren schon mindestens einmal in der Dritten Welt: Benedikt in Nord- und Westafrika sowie im Nahen Osten, Biggi in Nordafrika, Burkhardt ebenfalls in Nordafrika sowie in der Türkei; Dominique bereiste Indien und Südamerika, Helga und Hendrike Südostasien, Peter Westafrika und Ägypten. Evi und Joachim waren noch nicht in der Dritten Welt.

Joachim stieß bei der Vorbereitung zu seiner Ostafrika - Reise zu unserem Arbeitskreis. Wir baten ihn, der unvoreingenommen war und unsere Diskussionen noch nicht kannte, seine Erwartungen und Beweggründe für die bevorstehende Reise aufzuschreiben. Wir haben nicht versucht, ihm die Reise auszureden, denn unser Ziel war und ist es nicht, ihm oder sonst jemand eine Reise zu vermiesen. Unsere Absicht ist vielmehr, die Beweggründe einer Reise kritisch zu durchleuchten, die Folgen für die Gastgeber in der Dritten Welt aufzuzeigen, die Diskussion über das Für und Wider des Alternativ - Tourismus in seinen verschiedenen Formen anzuregen. Wir wollen erreichen, daß unsere Leser ihre Reisepläne überprüfen, ihre Verhaltensweisen auf vergangenen und zukünftigen Reisen selbstkritisch in Frage stellen und an der Schaffung von Alternativen mitarbeiten.

In zahlreichen Diskussionen haben wir zunächst ein Konzept für den Themenblock erarbeitet: Wir wollen schwerpunktmäßig die Art von Tourismus, die auch unsere Leser praktizieren, analysieren und kritisieren. Das vielschichtige Thema behandeln wir unter einzelnen Aspekten; jeder von uns übernahm die Abfassung eines Artikels. Die Artikel wurden dann gemeinsam besprochen, überarbeitet und allen Mitarbeitern des „iz3w" zur Diskussion vorgelegt. Weitere Überarbeitungen folgten. Auch von außen erhielten wir zahlreiche Anregungen, eine wahre Literaturflut überschwemmte uns. Viele der aufgenommenen Kontakte konnten wir nicht weiterführen, zumal unser „Organisationschef" Peter ein Auslandsstipendium in Frankreich wahrnahm. Die Arbeit wuchs uns zeitweise über den Kopf.

Leider erlaubt es der Umfang des Themenblocks nicht, alle Artikel in einem Heft zu veröffentlichen. Zu unserem Bedauern müssen wir deswegen die als Einheit konzipierte Artikelserie zerreißen: der zweite Teil der Serie wird im übernächsten Heft — zusammen mit etwaigen Stellungnahmen und Leserbriefen — veröffentlicht.

Im folgenden geben wir einen Überblick über die einzelnen Artikel und ihre Stellung im Rahmen des Gesamtkonzepts. Der einleitende Artikel „Tourismus - eine kritische Bestimmung" weist darauf hin, daß der Tourismus ein Produkt der Industrieländer ist. Kritik am Tourismus, die nur dessen Auswirkung in der Dritten Welt bejammert und zu korrigieren versucht, greift zu kurz. Wer den Tourismus und seine Folgen für die abhängigen Länder verändern will, muß deswegen auch die Lebensverhältnisse in den Industrieländern, die Bedürfnisse der Touristen, in die Kritik einbeziehen. Im folgenden Artikel werden die ökonomischen Asuwirkungen des Tourismus auf die Länder der Dritten Welt dargestellt. Er widerlegt dabei die häufig ins Feld geführte Argumentation, daß der Tourismus für die abhängigen Länder zumindest wirtschaftlich von Vorteil sei. Derartige Analysen werden inzwischen auch von staatlichen Entwicklungsexperten weitgehend übernommen. Die Haltung des Staates zum Dritte - Welt -Tourismus wird im anschließenden Aufsatz untersucht. Dabei wird auf einige Ungereimtheiten in der bisherigen Konzeption und Praxis hingewiesen.

Im anschließenden Teil wenden wir uns dem Thema Alternativtourismus zu. Joachim hat, wie schon erwähnt, seine Erwartungen und Hoffnungen vor der Reise aufgeschrieben. Unser Redaktionsmitglied Horst wurde durch Joachims Artikel und die Diskussion des Themenblocks im allgemeinen angeregt, den Konflikt, den der Tourismus für die meisten von uns aufwirft, dazustellen. Im anschließenden Reisebericht „Klar, es war schön, aber..." sind aus kritischer Distanz Erlebnisse und Erfahrungen aufgeschrieben, die in den meisten Reiseerzählungen unterschlagen werden. Im Anschluß an diese persönlichen Stellungnahmen wird der Alternativ - Tourismus im allgemeinen unter die Lupe genommen. Die Kritik zielt dabei insbesondere auf die Globetrotter und Rucksackfreaks, die sich selbst oft nicht als Touristen ansehen, weil sie unorganisiert und auf eigene Faust reisen; durch diese falsche Selbsteinschätzung bleibt diesen Alternativ - Touristen oft ihre Wirkung auf die abhängigen Länder verschlossen. Die einzelnen Verhaltensweisen sind in einem einzigen Artikel natürlich längst nicht alle zu erfassen; der Leser ist deswegen aufgefordert, seine eigenen Erfahrungen noch einmal aufzuarbeiten. In dem folgenden Abdruck aus dem Tourismus - Kalender „Von einigen, die auszogen es anders zu machen" stellen wir die Vorschläge der „Gruppe Neues Reisen" zur Diskussion. Einige kritische Anmerkungen haben wir gleich angehängt. In unserer Gruppe ist die Diskussion zum Thema Alternativ - Tourismus noch nicht abgeschlossen. Uns scheint jedoch klar, daß es keine Patentlösung für die beschriebenen Probleme, Widersprüche und Konflikte gibt.

Für den zweiten Teil des Themenblocks sind bisher folgende Artikel vorgesehen:

- *Das Tourismusgeschäft der Multis*
- *Sozio - kulturelle Auswirkungen des Tourismus am Beispiel Tunesien*
- *Kritik der Tourissmus - Werbung*
- *Reiseberichte / Diskussionsbeiträge von anderen Redaktionsmitgliedern*
- *Literaturverzeichnis (teilweise kommentiert)*
- *Leserbriefe*

Noch ein Hinweis: In den einzelnen Artikeln werden einige wichtige Begriffe untrschiedlich verwendet. Insbesondere die Begriffe „Alternativ - Tourismus" und „Reisen" haben nicht in allen Artikeln genau die gleiche Bedeutung. Was jeweils gemeint ist, muß aus dem Kontext erschlossen werden. Es soll jedoch ausdrücklich betont werden, daß mit „Tourismus" keinesfalls „Reisen schlechthin" gemeint ist; „Tourismus" ist für uns vielmehr eine historisch und gesellschaftlich spezifische Form des Reisens. Nur den Tourismus haben wir untersucht.
Viel Spaß beim Lesen! Für Anregung und Kritik sind wir dankbar!

AK Tourismus, März 1980



„Up, up and away ..."

Tourismus – eine kritische Bestimmung

Immer schon war es die Not, waren es biologische und wirtschaftliche Zwänge, was die Menschen veranlaßte zu wandern.
Enzensberger: Eine Theorie des Tourismus

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als bürgerliche Revolution („Freiheit!") und industrielle Revolution („Produktivität!") ihre expansive Kraft entfalten, entsteht auch die Bewegung, die man „Tourismus" nennt. Im Jahre 1811 taucht der Begriff zum ersten Mal in Wörterbüchern auf; 1836 veröffentlicht John Murray einen modernen Reiseführer, knapp zehn Jahre später gründet Thomas Cook das erste Reisebüro[1]).
Heute ist der Massentourismus in den Industrieländern bereits der zweitgrößte Wirtschaftszweig[2]), bis zum Jahr 2000 könnte er nach Angaben der Welt-Tourismus-Organisation der wichtigste sein[3]).

Entstehung und Ursachen

Der gewaltige Aufschwung des Tourismus von den Anfängen des Cook'schen Reisebüros, bis hin zu einem Industriezweig, in dem 1978 weltweit etwa 65 Milliarden Dollar umgesetzt wurden, vollzieht sich parallel zur Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse. Im Mutterland des Kapitalismus, in England, entstanden, ist der Tourismus heute in allen fortgeschrittenen Industrieländern verbreitet. Die industrielle Revolution schafft durch die ungeheure Steigerung der Effizienz der Produktion mit der Zeit auch für die breiten Massen die Voraussetzungen des Tourismus:(Frei-) Zeit, Geld und ein gut ausgebautes, billiges Verkehrssystem. (vgl. Tab. 2) (vgl. Tab. 3)

Und die industrielle Revolution schafft gleichzeitig die Notwendigkeit zum Tourismus:
Die Verkürzung der Arbeitszeit wird durch die Steigerung der Intensität der Arbeit ermöglicht. So entspricht der verkürzten Arbeitszeit auch ein gesteigertes Bedürfnis auf Erholung und Entspannung – in der Freizeit. (vgl. Tab. 4)

Tabelle 1: Anstieg des internationalen Tourismus[4])

Jahr	Touristenankünfte	Umsatz im internationalen Tourismus
1961	72 Mio.	6,8 Mia. US-$
1967	139 Mio.	13,4 Mia. US-$
1973	215 Mio.	27,6 Mia. US-$
1977	245 Mio.	52,4 Mia. US-$
1978	265 Mio.	65 Mia. US-$

Tabelle 2: Entwicklung des Tarifurlaubs in der Metallindustrie[5])

Werktage (sechs Tage je Woche)

Jahr	Grundurlaub	Endurlaub
vor 1933	3	15
nach 1933	6	18
nach 1945	12	21
1962	15	21
1970	19	25
1974	24	31
1977	25	32

1975 hatten 50 % der Arbeitnehmer mindestens 24 Tage Grundurlaub und mindestens 30 Tage Endurlaub.[6])

Wenn Arbeitszeitverkürzung oder Urlaubsverlängerung zur Wahl stünden, würden vorziehen:[7])

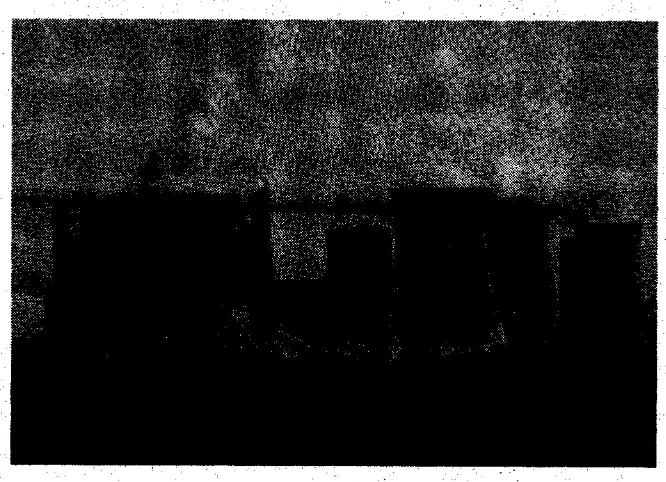
Verkürzung der Arbeitszeit	25 % der Arbeitnehmer
Verlängerung des Jahresurlaubs	68 % der Arbeitnehmer
keine Angabe	7 % der Arbeitnehmer

Tabelle 3: Anstieg der Löhne und Gehälter[8])

Jahr	Nettolohn und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer und Monat
1960	431 DM
1965	644 DM
1970	887 DM
1975	1 355 DM
1978	1 584 DM

Als persönlich wichtigste betriebliche Sozialleistung nannten:[9])

Weihnachts- und Urlaubsgeld	71 % der Arbeitnehmer
Betriebliche Altersversorgung	45 % der Arbeitnehmer
Zusatzversicherung	22 % der Arbeitnehmer



Aus der Industriegesellschaft...



...mit Maschinen...

Dem Anstieg der Kaufkraft der breiten Massen in den Industrieländern entspricht ein Eindringen der Warenbeziehungen in alle Lebensbereiche: in der Freizeit wird konsumiert – muß konsumiert werden, um die Produktion absetzen zu können. Auch die (Gebrauchs-)Werte Erholung und Entspannung, Spaß und Erfahrungen einer Reise werden auf vielfältige Weise in Konsumgüter transformiert und als Waren vermarktet.

Tabelle 4: Ursachen/Arten der Arbeitsbelastung[10])

Bei einer Umfrage wurde als „Kritik am Arbeitsplatz" am häufigsten genannt:

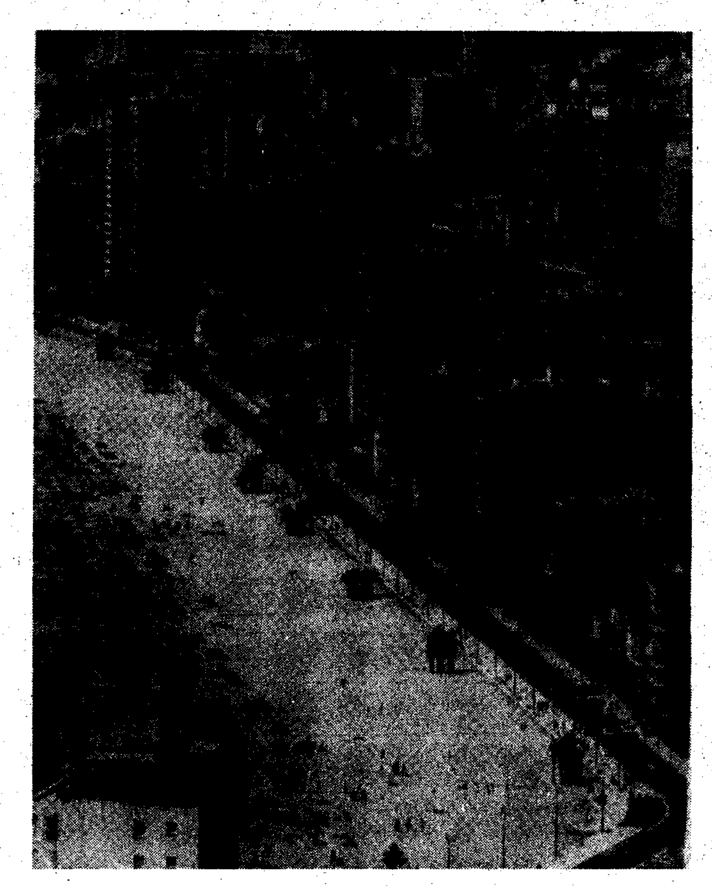
Nervliche Belastung	42 % der Arbeitnehmer
Hektik und Zeitdruck	36 % der Arbeitnehmer
Schmutz, Staub, schlechte Luft	22 % der Arbeitnehmer

Bei einer Umfrage nach Ursachen der „Unzufriedenheit am Arbeitsplatz" wurde am häufigsten genannt:

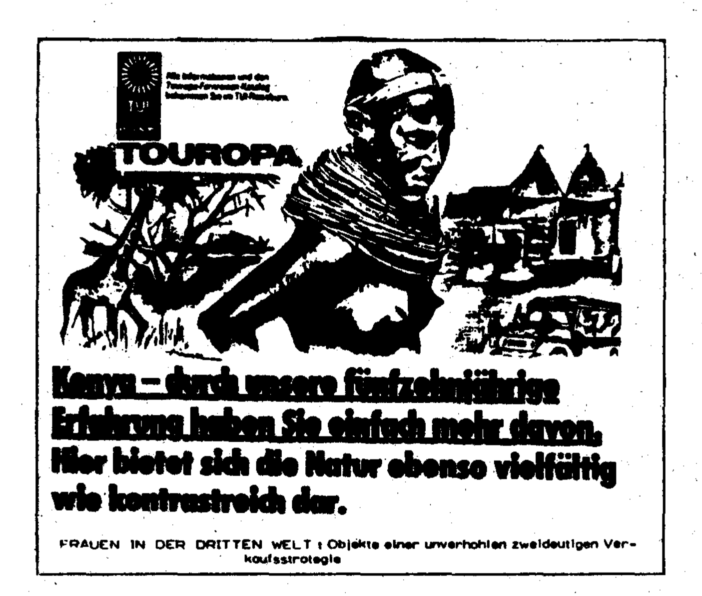
Arbeitstempo, Belastung, Streß	31 % der Arbeitnehmer
Aufstieg und berufliche Fortbildung	21 % der Arbeitnehmer
Verdienstmöglichkeiten	20 % der Arbeitnehmer

Und schließlich: Das Streben nach Effizienz führt zur Zentralisation der verschiedenen Lebensbereiche. Die Produktion wird in den Industriegebieten, die Reproduktion in den Wohn- und Schlafstädten, der Konsum in den Einkaufsparadiesen zentralisiert. Der Verbesserung der Verkehrssysteme entspricht somit die Notwendigkeit, sich zwischen diesen Zentren hin- und herzubewegen. Da in den industriellen Ballungsräumen Erholung vom Alltag kaum noch möglich ist, begibt sich die Bevölkerung im Urlaub in die – effizienten – Erholungszentren.

Die durch bürgerliche und industrielle Revolution geschaffenen, die kapitalistischen Verhältnisse haben den Tourismus hervorgebracht. Als Produkt der kapitalistischen Verhältnisse trägt der Tourismus auch alle deren Eigenschafften in sich.



... in die Urlaubsfabrik...



FRAUEN IN DER DRITTEN WELT: Objekte einer unverhohlen zweideutigen Verkaufsstrategie

Die geheimen Verführer lassen durchblicken:
„Kenya – auch unsere Fünfzehnjährigen haben schon Erfahrung . . .“

Der Tourismus als Produkt

Touristische Reisen werden wie Industrieprodukte – als Pauschalreisen sogar standardisiert und normiert – massenhaft produziert. Der größte Teil des Geschäfts wird von wenigen, vertikal und horizontal konzentrierten [11]), multinationalen Unternehmen abgewickelt. In den touristischen Zentren werden Hotel- und Appartementhochburgen einzig nach Profitgesichtspunkten hochgezogen.
Touristisches Reisen ist, da Freizeitbeschäftigung, dem Konsumbereich zugeordnet. Das Bedürfnis, die Ware „Reise und Erholung“ käuflich zu erwerben, wird durch Werbung und Berichte in den Massenmedien stimuliert. Die Verkaufsstrategen der Tourismus-Branche schneiden ihre Produkte auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten ihrer Kundschaft zu: Exklusivität des Reiseziels und/oder Anzahl der Sternchen des Hotels am Urlaubsort sind geeignet, die Stellung in der sozialen Hierarchie auch in der Urlaubszeit wirkungsvoll zu demonstrieren bzw. dem Prestigebedürfnis des Konsumenten genüge zu tun.

Tabelle 5: Einkommen und Ausgaben für Urlaub 1978[14])

Rentnerhaushalt mit monatl. Einkommen unter 1350 DM	ca. DM 270
Vier-Personen-Arbeitnehmer Haushalt mit monatl. Einkommen zwischen 2000 und 3000 DM	ca. DM 1360
Vier-Personen-Beamten-Haushalt mit monatlichem Einkommen zwischen 2800 und 5100	ca. DM 2450

Der Genuß der Freiheit

Die im Zuge der bürgerlichen Revolution errungenen Freiheiten – Denk-, Rede- und Gewissensfreiheit – ermöglichten es, „eine veraltete materielle und geistige Kultur (den Feudalismus; Verf.) durch eine produktivere und rationalere (die „moderne Industriegesellschaft“ [12]); Verf.) zu ersetzen.“ Die moderne Industriegesellschaft ihrerseits brachte auch für die Masse der Bevölkerung die Freiheit von materieller, wirtschaftlicher Not. In den Industrieländern sind heute im Vergleich zur Dritten Welt die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung und Mitbestimmung weitgehend gestillt.
Die moderne Industriegesellschaft erzwingt jedoch eine weitgehende Unterwerfung des einzelnen sowie der Gesellschaft als Ganzes unter die Erfordernisse der Produktion: der Arbeiter und Angestellte muß sich den Maschinen – dem Takt des Fließbandes oder der Schreib- und Rechenmaschine – anpassen; der „freie“ Unternehmer ist den Bedingungen der Konkurrenz unterworfen; die „unabhängigen“ staatlichen Instanzen müssen sich den durch Weltmarkt und technischen Fortschritt geschaffenen „Sachzwängen“ beugen[13]). Bei der Produktion, während der Arbeitszeit herrscht „der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“.
Die Unfreiheit bei der Produktion wird erträglich durch die Freiheit, die im Konsum, in der Freizeit, realisiert werden kann: Die Freiheit, am Feierabend den eigenen Interessen nachgehen[15]) und zwischen einer Vielzahl von Konsumgütern wählen zu können, entschädigt für die Unfreiheit im Arbeitsprozeß.
Der Tourismus ist ein Resultat der Beschränkung der Freiheit auf den Konsumbereich. Beschränkte Freiheit und Konsum sind seine wesentlichen Aspekte. Die funktionale Zergliederung der Gesellschaft und die Arbeitsteilung ermöglichen den Tourismus. Die im Tourismus realisierte Freiheit ist dementsprechend immer nur eine individuelle, private Freiheit – auf die Dauer des Urlaubs beschränkt.

Die Industriegesellschaft hat die Zahl der Güter vervielfacht,



In Kanada wird die Freiheit (aus-)verkauft

die Freizeit verlängert – und damit die Freiheit des Auswählens geschaffen. Doch diese Freiheit ist für die meisten beschränkt: der größte Teil des Einkommens muß nach wie vor für die Abdeckung der Grundbedürfnisse verwandt werden, der größte Teil der Freizeit für die körperliche und geistige Erholung. So bestimmt die Produktion weitgehend die Reproduktion, die entfremdete Arbeitswelt drückt auch der Freizeit ihren Stempel auf.
Hat der einzelne die Freiheit, im Urlaub seinen Interessen nachgehen zu können[15]), so kann er faulenzen oder Sport treiben, abschalten oder sich bilden, sich der Familie widmen oder sexuelle Abenteuer suchen.
Auch die Art der Reise kann frei gewählt werden: billig oder teuer, allein oder in Gruppen, organisiert und privat; mit jedem Verkehrsmittel, das ganze Jahr, überall hin.
Doch: „Freie Auswahl unter einer breiten Mannigfaltigkeit von Gütern und Dienstleistungen bedeutet keine Freiheit, wenn diese Güter und Dienstleistungen die soziale Kontrolle über ein Leben von Mühe und Angst aufrechterhalten – das heißt die Entfremdung“[16]). Die Freiheit im Tourismus aber muß i. a. mit einem Leben von Mühe und Angst erkauft werden – der Arbeitszeit.
Das Bedürfnis nach Freiheit wird von den Managern der Tourismusindustrie in den Urlaubsparadiesen zu überhöhten Preisen vermarktet. Die Glitzerwelt der Ferienzentren übersteigt die normalen gesellschaftlichen Möglichkeiten: Im Urlaub wird „einer draufgemacht“ – und vom vorher Abgesparten etwas draufgelegt. Und sie übersteigert die Ansprüche: Mit dem Schlaraffenland der Ferienwelt als Maßstab wird politische Arbeit in und an der heimatlichen Gesellschaft zur unsinnigen Sysiphos-Arbeit. Der Vereinzelte sucht und findet im Urlaub die Freiheit, für die allein zu arbeiten sich lohnt. Er genießt die Freiheit im Urlaub als käuflichen Konsumartikel – anstatt sie emanzipatorisch weiterzuentwickeln.

Massentourismus – eine un-heimliche Droge?

Der Massentourismus ist eine alle befriedigende Droge:

– Staatlich genehmigt, denn wer für den Urlaub arbeitet, hat wenig Zeit für andere Gedanken. Die Freizügigkeit im Reiseverkehr, die die Bürger durchgesetzt haben[17]), zeichnet die westlichen Gesellschaften im Systemvergleich vorteilhaft aus.
– von der Industrie befürwortet, denn Reisen macht süchtig, und das Reisefieber steckt an. So können die Urlaubsprofis fast an jedem verdienen – und ihm mit ihrem differenzierten Angebot auch den letzten Pfennig aus der Tasche ziehen.
– vom Konsumenten gefordert, denn nur als Urlauber kann er den Zwängen und Nöten des Alltags und der Umwelt entfliehen. Als Tourist kann er den Traum von einer anderen Welt für ein paar Wochen er-leben.

Tabelle 6: Reiseintensität der Deutschen (in Prozent)[18])

Von Hundert Deutschen reisten (mehr als 5 Tage)		davon ins Ausland
1962	26,4	39
1966	33,9	37,5
1970	37,5	42,5
1974	52,5	56,4
1978	57,0	56,5

Tabelle 7: Tourismus als Konsumgut[19])

Bei finanzieller Bedrängnis würden von hundert Europäern sparen beim:

Reisen	6 %
Essen	14 %
Auto	27 %
Garderobe	28 %

Ist die „Touristenlawine“ an die Arbeitsplätze zurückgelenkt, sichten die Behörden die Flurschäden, die Industrie macht Kassensturz. Der Heimkehrer, braungebrannt und abgebrannt, stellt ernüchtert fest, daß der Urlaubsrausch wie immer viel zu schnell vorüberging. Ihm bleibt die Arbeit – und das Schwärmen von vergangenen und zukünftigen Abenteuern.



Mit markerschütterndem Gebrüll kommt eine Gruppe lehmverschmierter Gestalten aus dem Dschungel gerannt. 16 Deutsche zucken zusammen.

Zwischen dem Daulo-Paß und Komiafe im Hochland von Neuguinea liegt das Asaro-Tal, die Heimat der „Mud men“. Am 16. Tag ihrer Rundreise durch Australien, Neuseeland und Neuguinea wartet eine Gruppe Deutscher gespannt auf das, was die „Mud men“, die Schlamm-Menschen, zeigen werden.

Und plötzlich brechen sie aus dem Unterholz. Nackt bis auf einen Lendenschurz. Von oben bis unten mit Schlamm beschmiert. Den Kopf unter einer grotesken Maske verborgen. In den Händen Pfeil und Bogen schwingend. Sie stoßen tierische Laute aus.

Den Deutschen ist nicht ganz wohl in ihrer Haut. Zu unrecht, wie sich bald herausstellt. Denn die martialische Aufmachung, die einschüchternden Geräusche und das drohende Imponiergehabe erinnern zwar ganz an frühere Zeiten, als es Feinde einzuschüchtern galt.

Doch hier, nach Beendigung ihrer „Vorstellung“, verneigen sich die „Mud men“ artig und zerstreuen sich gemessenen Schritten.

Die Besucher sind Mitglieder einer JETOURS-Reisegruppe, wie man sie zur gleichen Zeit in Feuerland und Patagonien, auf den Galapagos-Inseln, in Bhutan, Alaska oder im Jemen, dem einstigen Land der Königin von Saba, antrifft.

[illegible]

[illegible]



Neckermann macht's möglich: Abenteuer aus dem Versandkatalog

Der Massentourist, Nutznießer/Opfer der kapitalistischen Verhältnisse, kann auch im Urlaub diese Verhältnisse nicht überwinden:
Nutznießer ist er, denn als Tourist kann er – für die Dauer des Urlaubs – leben und konsumieren ohne zu arbeiten, kann sich bedienen lassen.

Doch Opfer auch: die kapitalistischen Verhältnisse sind für den Massentouristen nicht aufgehoben, sondern nur – für ein paar Wochen – umgekehrt. Der Entfremdung, der Ausbeutung, der Zerstörung der Natur entkommt, wer als Tourist auf Reisen geht, nicht; er erfährt sie nur – umgekehrt.
Indem der Tourist die Freiheit nur als exotisches Freizeitvergnügen genießt, schafft er sich keine neuen Freiräume.

Tourismus und Dritte Welt

Die expansiven Kräfte, die bürgerliche und industrielle Revolution freigesetzt haben, treiben die kapitalistischen Metropolen im Laufe des 19. Jahrhunderts zur imperialistischen Unterwerfung der übrigen Welt. Die im Zuge dieser Unterwerfung aufgebauten (Abhängigkeits-)Strukturen haben sich – zumindest auf ökonomischem Gebiet – bis auf den heutigen Tag gehalten.
Der Tourismus gibt die Strukturen, die allgemein zwischen der Dritten Welt und den Industrieländern bestehen, wieder und verfestigt sie.
Der weitaus größte Teil des weltweiten Tourismusgeschäfts wird nach wie vor **innerhalb** der kapitalistischen Metropolen abgewickelt. Gut 200 Millionen Touristenankünfte, das sind mehr als 80 % aller weltweit registrierten Ankünfte, wurden 1977 in den USA und Europa verzeichnet[20]). Die „Eroberung" der Dritten Welt durch den Tourismus wird nur in absoluten Zahlen deutlich: Verbrachten 1962 nur knapp sechs Millionen Menschen ihren Urlaub in „Entwicklungsländern", so stieg diese Zahl bis 1978 auf weit mehr als 30 Millionen Touristen an[21]).
Die Expansion des Tourismus in die abhängigen Länder der Dritten Welt installiert bzw. fördert die kapitalistischen Verhältnisse auch in diesen Ländern und integriert sie gleichzeitig in die weltweiten Abhängigkeitsstrukturen. Einige Länder, wie z. B. Tunesien, in denen der Tourismus als eine Art Monokultur die gesamte Wirtschaft dominiert, hängen stark vom Zustrom der Touristen aus den Industrieländern ab.

Tabelle 8: Anteil des Fremdenverkehrs an Exporteinnahmen[22])

Mexico:	31 %
Tunesien:	28 %
Spanien:	21 %
Griechenland:	20 %

Der Wirtschaft der Industrieländer erschließt der Tourismus neue Absatzmärkte: Die Devisen, die die Touristen im Ausland lassen, sind für den Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanzen notwendig. Sie ermöglichen den Industriestaaten, Waren zu exportieren, den unterentwickelten Staaten, Waren zu importieren. So sichert der Tourismus in die Dritte Welt nicht nur dem Touristen die Verwirklichung seines Anspruchs auf Freizügigkeit, er fördert auch den freien Warenverkehr (die Entfaltung des Kapitals).

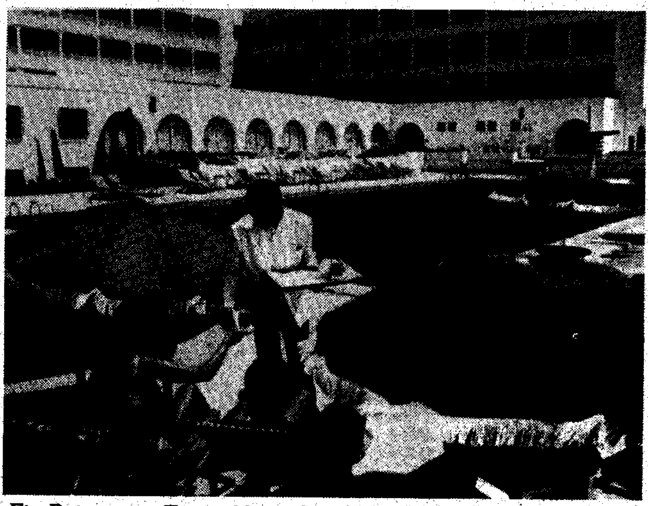
Tabelle 9: Reiseverkehrsbilanz der BRD[23])

Jahr	Ausgaben der Deutschen Touristen im Ausland	Passivsaldo der Reiseverkehrsbilanz
1957	?	Überschuß
1961	3,5 Mia. DM	?
1962	?	2,4 Mia. DM
1974	18,4 Mia. DM	12,2 Mia. DM
1978	28,9 Mia. DM	19,2 Mia. DM



Goldener Sandstrand – für wen?

Die Expansion des Tourismus in die Länder der Dritten Welt wurde von den „Entwicklungsexperten" ideologisch untermauert und gefördert. Im Bereich des Tourismus sollten sich – so ihre unabhängige Meinung – die Interessen der Industrieländer und der Entwicklungsländer auf ideale Art ergänzen. Die Entwicklungsländer sollten ihre „natürlichen Reichtümer" – Sonne, Strand, unberührte Natur und exotische Menschen – durch den Bau von Touristen-Hotels „kapitalisieren". Die Touristen sollten diese natürlichen (Tausch-)Werte in Anspruch nehmen und dafür in klingender Münze, den dringend benötigten Devisen, bezahlen. Darüber hinaus sollten durch den Tourismus viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Den Industrieländern versprach die Förderung des Ferntourismus auf ideale Art das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden: Die Erholungsbedürftigen sollten ihre Arbeitskraft fernab vom Streß der Metropolen kostengünstig regenerieren und genau dadurch – also quasi im Schlaf – einen Beitrag zur Entwicklung ihrer Gastländer leisten. Als ideologischen Zuckerguß


Ein Beitrag zur Entwicklung der abhängigen Länder?



Die Armen tragen die Last der Reichen

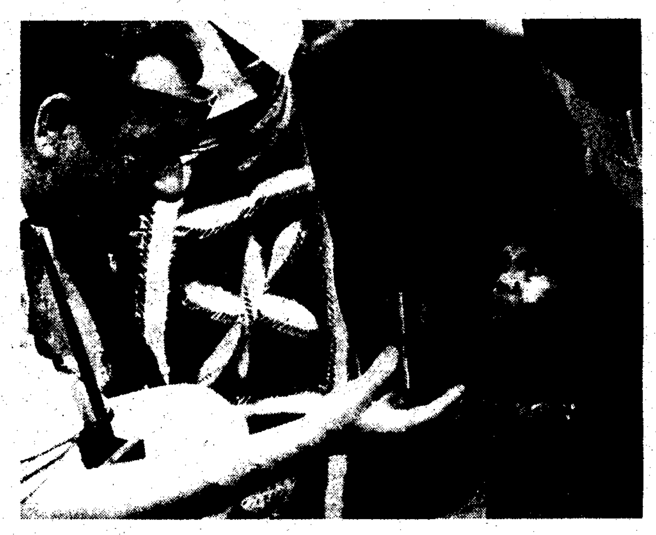
postulierten die Experten den förderlichen Einfluß des Tourismus auf die Völkerverständigung.
Inzwischen hat sich gezeigt, daß es keinen Urlaub vom Kapitalismus gibt. Der Tourismus hat sich in den vormals unberührten Ländern als kapitalistischer Wirtschaftszweig etabliert und die kapitalistischen Verhältnisse auch in diesen Ländern verankert und verfestigt. Zwischen diesen Ländern herrscht nun ein teilweise ruinöser Konkurrenzkampf um die Touristen, die Abhängigkeit von den Metropolen hat sich verstärkt. Die klingende Münze verdienen zum größten Teil die multinationalen Konzerne der Metropolen, die den lukrativen Teil des Tourismusgeschäfts fest in der Hand behalten. Als voll in die kapitalistische Wirtschaft integrierte Branche ist der Tourismus auch relativ kapitalintensiv, so daß Investitionen in den Tourismus in den unterentwickelten Ländern nur relativ wenig Arbeitsplätze schaffen.

Andere Länder – andere Sitten

Die durch die ökonomische Struktur bedingte Abhängigkeit tritt in den direkten Beziehungen von Touristen und Bevölkerung der Gastländer offen zutage: das in der Struktur vorgegebene Herr-Diener-Verhältnis fördert nicht die Völkerverständigung sondern vielmehr Ressentiments und Rassismus; Vorurteile werden aufgebaut und verfestigt.
Die Werbung der Reiseveranstalter sowie die Massenmedien im allgemeinen bauen häufig systematisch falsche Vorstellungen von den Gastländern auf: die Reisekataloge täuschen meistens paradiesische Zustände mit gastfreundlichen, unzivilisiert-natürlichen Menschen vor. Die Enttäuschung über die vorgefundene Realität – zerstörte Natur und Slums, Armut und Krankheit, gerissene Händler und Prostitution – kann dann leicht in Ablehnung und Widerwillen umschlagen.
Doch auch, wer sich nicht in seinen Erwartungen getäuscht sieht, wird in der Fremde durch die unverstandenen Sitten und Verhaltensweisen der Gastgeber, die eigenen Sprachschwierigkeiten und die Angst vor ansteckenden Krankheiten ständig verunsichert. Dazu kann eine mehr oder minder bewußte Furcht vor der Rache der unterprivilegierten Gastgeber kommen. Enttäuschung und Angst, fehlende Einsicht und schlechtes Gewissen sind jedoch eine Quelle von Vorurteilen. In ihrer Unsicherheit ziehen viele Fernreisende es vor, auf „Nummer Neckermann" zu gehen – und sich in die Touristenghettos zurückzuziehen; dort werden im Gespräch mit dem Landsmann die eigenen Erfahrungen bestätigt.
Im Gegensatz zur rauhen Wirklichkeit sind die Touristen-Oasen den Bedürfnissen des Urlaubers angepaßt: die gepflegten Hotel- und Parkanlagen entsprechen seinem Erholungs- und Prestigebedürfnis, die foto- und filmgerecht dargebotenen Folkloreabende und Besichtigungsprogramme stillen seinen Informations- und Erlebnishunger. Der Urlauber, der seine Reise meist in ganzjähriger Arbeit verdienen mußte, läßt sich nun selbst bedienen; denn die Dienste von Kellner und Zimmermädchen, Fremdenführern und Hostessen, Rikschakulis und Freudenmädchen sind für den reichen Gast billig.
Den plötzlichen Reichtum – in vielen unterentwickelten Ländern sind 1 000 Mark schon ein Vermögen – vermögen viele der Gäste intellektuell und moralisch nicht zu verkraften: Die Rückständigkeit der Entwicklungsländer wird mit der Unfähigkeit, Faulheit und Dummheit der Bevölkerung erklärt, der gegenüber hochmütiges und überhebliches, großspuriges und gönnerhaftes, beleidigendes und verachtungsvolles Benehmen gerechtfertigt ist: andere Länder – andere Sitten!

Nichts ist in der Fremde exotischer als der Fremde selbst[24])

Den Mißverständnissen der Touristen entspricht das fehlende Verständnis der Einheimischen für den Touristen und seine Situation: „Während die Touristen stets wieder abreisen, werden im Umgang mit wechselnden Besuchern immer von neuem die gleichen Einheimischen mit unkorrigierten Demonstrationen westlicher Verhaltensweisen konfrontiert . . . . Für die Einheimischen . . . . erscheinen die Ferientage der Touristen als deren normaler Alltag . . . . Dieser „Demonstrationseffekt" kann bei den Einheimischen ver-



Nichts ist in der Fremde exotischer...



... als der Fremde selbst

schiedene Folgen zeitigen. Bei dem Teil der Bevölkerung, der in den touristischen Zentren zwar den „Schaustellungen" der Touristen ausgesetzt ist, ohne jedoch unmittelbar und dauernd mit den Reisenden zu tun zu haben, führt die interkulturelle Konfrontation zu Inferioritätskomplexen... Hingegen entdecken die Einheimischen, die in einem Dauerkontakt mit den Touristen stehen, bald deren menschliche Schwächen und deren Unsicherheit in der ihnen fremden Umwelt!"[24]) Auch hier können Verachtung und Hochmut das Ergebnis der Begegnung ungleicher Partner sein.

Alternativ-Tourismus – eine Alternative?

Wer es sich leisten kann, einen besseren Geschmack zu haben, der meidet in der Heimat wie in der Fremde die Betonsilos und Wohnmaschinen. Andere verzichten von vorneherein und frei-willig auf die Errungenschaften der fortschrittlichen Gesellschaft.
Wer sich die Freiheit nimmt, der macht aus seiner nur geringen Reisebörse eine Tugend und entsagt als Alternativ-Tourist den kommerziellen Urlaubsparadiesen und den gezwungenen Vergnügungen der Unterhaltungsprofis. Nicht nur Neckermann macht Tourismus möglich, denn die Errungenschaften der modernen Industriegesellschaften – gesichertes Minimumeinkommen, Infrastruktureinrichtungen und relativ viel Freizeit – stehen auch dem gesellschaftlich Unangepaßten zur Verfügung.
Doch wie die Industriegesellschaft Tourismus (fast) allen ermöglicht, macht sie ihn auch für (fast) alle notwendig: Die Verhältnisse, die auch den Angepaßten auf die Reise treiben, bedrücken den gesellschaftlichen Outsider erst recht. Die Versprechungen, die selbst den mit sich und seiner Welt Zufriedenen in die Ferne locken, beflügeln den Unzufriedenen umso mehr. Je stärker der Druck und je größer die Sehnsucht, desto verlockender erscheint die Aussicht, für eine Zeitlang auf einen Trip zu gehen. So ist auch der Alternativ-Tourismus ein Produkt der Industriegesellschaften; er ist keine Alternative zum „normalen" Tourismus, sondern alternativer Tourismus.
Im Gegensatz zum „Massentouristen" schlägt der Alternativ-Tourist seine Zelte möglichst in „touristisch unverseuchten" Zonen auf; denn die Fiktion, kein normaler Tourist zu sein, bricht in der Begegnung mit Landsleuten schnell zusammen. Kommt der „Massentourist", der mit künstlicher Folklore, vorgefertigten Besichtungsprogrammen und industriell erzeugten Souvenirs abgespeist wird, auch im Urlaub kaum zu individuellen Erlebnissen, sucht der Alternative durch Bereisen ungewöhnlicher Routen und Sammeln authentischer Erlebnisse seinen Anspruch auf Individualität einzulösen. Das einmalige Erlebnis wird ihm zum Leistungsmaßstab.
Um den Trip richtig genießen zu können, läßt oft auch der, der der heimischen Gesellschaft skeptisch, kritisch oder ablehnend gegenübersteht, für den Urlaub sein (selbst-)kritisches Bewußtsein zu Hause. Im Land seiner Träume angelangt, entrückt der Zivilisationsflüchtling oft vollends in seine Traumwelt: Träume erscheinen ihm nun als Wirklichkeit – Wirklichkeit (v)erklärt sich ihm durch sein Wunschdenken.

Erfüllung der Träume – oder Phantasie?

Auf seinen Fahrten sucht und findet der mit landesüblichen Transportmitteln Reisende Kontakt zu den arbeitenden Menschen. Was in der Heimat oft unrealisierbar – oder eigentlich auch gar nicht gewollt! – ist, scheint in der Fremde, unter anderen Verhältnissen (!) auf einmal möglich: unvoreingenommener, gleichberechtigter Erfahrungsaustausch mit Bauern, Handwerkern und Marktfrauen. Die Sprachschwierigkeiten stellen dabei die Verständigung der Völker nicht in Frage: Skeptikern erklären die Sprachunkundigen wortreich die Vorzüge der non-verbalen Kommunikation. Das Hochgefühl wird häufig noch dadurch bestärkt, daß der Entdecker unberührter Gegenden noch in den Genuß der traditionellen Gastfreundschaft gelangt. Nichts ist dem Rucksack schleppenden Globetrotter, der sich vom Kommerz ja gerade distanzieren will, willkommener.
Die Sehnsucht nach menschlicher Wärme und Verbundenheit versagen dem Zugereisten oft das Gefühl dafür, daß der freundliche Empfang nur einer seiner Eigenschaften gelten kann – seiner Eigenschaft, ein Fremdling zu sein. Dem aus einer entfremdeten Welt Stammenden reicht's allemal zur Selbst-bestätigung. Aus den (Reise-)Geschichten erkennt später dann auch der Zurückgebliebene: Ein phantastischer Urlaub!

Wunschdenken und objektive Wirkung

Der subjektive Wunsch des Alternativ-Touristen, sich vom „normalen" Touristen zu distanzieren, schlägt oft in das Gefühl um, gar kein „richtiger" Tourist zu sein: der Alternativ-Tourist bildet sich oft ein, mehr Einheimischer als Tourist zu sein. Die wahre Struktur des Verhältnisses zwi-

schen (Alternativ-)Touristen und Einheimischen tritt jedoch spätestens bei der Abreise zutage: der Urlauber bestimmt, wie lange das „freundschaftliche" Verhältnis währen darf, denn er bestimmt den Tag der Abreise.
Seine und nur seine ökonomischen Verhältnisse bestimmen, wohin er reist und wie lange er sich die Gastfreundschaft angedeihen läßt – auf die er im Prinzip gar nicht angewiesen ist. Sein und nur sein Ego hat er aufgepäppelt, wenn er nach einiger Zeit vollbeladen mit exotischen Erlebnissen und Souvenirs die Heimreise antritt. Zurück läßt er ein paar Plastiktüten Wohlstandsmüll und den Wunsch seiner Gastgeber, in gleicher Weise die Verhältnisse bestimmen zu können; zumindest aber ebenfalls über Kaugummi und Schuhe, Medikamente und Sozialversicherung, Fotoapparat und Flugticket, über Freiheit und Wohlstand zu verfügen.



Einige Mitglieder des AK Tourismus mit ihren Reisetrophäen

Nicht jede Reise ist Tourismus

Tourismus – das heißt Reisen. Doch nicht jede Reise ist touristisch, auf Konsum und Illusionen aus. Für den Geschäftsmann, Konferenzbesucher, Politiker ist Reisen Teil seiner (mehr oder weniger) produktiven Tätigkeit. Auch für den (noch) Nicht-Berufstätigen gibt es Möglichkeiten, nicht als Tourist zu reisen und dennoch den Spaß einer Reise zu genießen und Welter-fahrung zu gewinnen. Eine Reihe nichtkommerzieller Gruppen versucht, dem Reiselustigen und Bildungshungrigen eine weniger touristische und mehr produktive Form des Reisens anzubieten.
Dennoch wirft jede Reise in die Dritte Welt Fragen und Probleme auf, denn sie zeigt immer auch Wirkung auf die mehr oder minder freiwilligen Gastgeber in diesen Ländern: Der Reiselustige muß sich klar werden, wieso er Lust erst auf der Reise erhofft – wieso er sie in der Ferne sucht und daheim nicht finden kann. Der Bildungshungrige muß fragen, wem sein Wissen letztlich nützt. Wer in die Dritte Welt fährt, muß sich bewußt werden: der eigene Spaß am Reisen bedeutet oft das Leid der Gastgeber; die eigene Welterfahrung stiftet bei dem Gastgeber aufgrund der unerwarteten Konfrontation oft Verwirrung und Desorientierung.
Wer reist, um seinen eigenen Problemen zu Haus zu entfliehen, der schafft in der Dritten Welt mit seinen unbefriedigten Ansprüchen für die Menschen dort Probleme. Wer reist, um Probleme zu be-greifen, greift unumgänglich in die Lebensverhältnisse der traditionellen Gesellschaften ein. Auch wer reist, um beim Bau von Schulen und Krankenhäusern mitzuhelfen, baut letztlich bei seinen ärmeren Partnern Komplexe und Ansprüche auf.
Wer in die Dritte Welt reist, um zu reisen, der könnte auch woanders reisen.

Benedikt

Anmerkungen:

1) vgl. Enzensberger, H.-M.: Eine Theorie des Tourismus, in: Einzelheiten I, Bewußtseins-Industrie, Frankfurt 1962. Auch bei den Römern soll es allerdings schon eine Art Tourismus gegeben haben.
2) Diese auf den ersten Blick überraschende Größenordnung (zitiert nach DIE ZEIT vom 26. 10. 1979, S. 17) erklärt sich vermutlich dadurch, daß bei dieser Rechnung alles, was zum Tourismus dazugehört – von der Urlaubskleidung über Sport- und Fotoausrüstung bis hin zu den Infrastruktureinrichtungen – berücksichtigt wird.
Nach einer Studie von E. Moths im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums entfallen in folgenden Bereichen folgende Prozentsätze auf den Tourismus: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe: 35; Straßenfahrzeugbau: 20; Feinmechanik, Foto usw.: 23; Luftfahrt: 80; Luftfahrzeugbau: 20; Musikinstrumente, Sport- und Spielzeugherstellung: 20; Bekleidungs-Nahrungs-, Genußmittelindustrie: je 7. Zitiert nach Fischer Weltalmanach 1976.
Die in Tabelle 1 aufgeführten Zahlen beziehen sich hingegen nur auf die Tourismusindustrie im engeren Sinne, also Reiseveranstalter und Hotellerie.
3) vgl. Angaben der Welt-Tourismus-Organisation O.M.T., Madrid nach Le Monde 7. 10. 1978
4) Die Zahlen wurden aus folgenden Quellen zusammengestellt: Fischer Weltalmanach in Zahlen, Ausgaben 1976 und 1980 Wirth, A.: Massentourismus und Abhängige Entwicklung, Dissertation, Marburg 1976, S. 44
Technical Bulletin, Januar-Februar 1979, Hrsg.: World Tourisme Organisation, Madrid, S. 5
Die Zahlenangaben sind wegen der Abgrenzungs- und Erhebungsprobleme nur dazu geeignet, Größenordnungen anzudeuten.
5) Gesellschaftliche Daten 1977, Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1977, S. 153
6) ebda.
7) ders., S. 144
8) Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1979, Hrsg.: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 1979, S. 18 (der Anstieg ist mit der Inflationsrate zu relativieren.)
9) Gesellschaftliche Daten, S. 143
10) ebda., S. 138
11) Vertikale Konzentration bedeutet, daß verschiedene Dienstleistungen wie z. B. Verkauf von Reisen, Transport (mittel) und Hotels in einem Unternehmen konzentriert sind; horizontale Konzentration bedeutet, daß gleichartige Unternehmen wie z. B. Touropa und Scharnow-Reisen zu einem Unternehmen zusammengeschlossen werden. vgl. dazu den Artikel von Peter Schmid
12) vgl. Marcus, H.: Der eindimensionale Mensch, 13. Aufl. Darmstadt und Neuwied 1979, S. 21
13) vgl. z. B. die Diskussion um die Nutzung der Kernenergie
14) Angaben errechnet nach Statistisches Jahrbuch 1979, Wiesbaden 1979. Die Einkommen sind Brutto-Einkommen.
15) Die „eigenen Interessen" dürften allerdings zum großen Teil von den Massenmedien und dem Anpassungszwang gelenkt werden.
16) vgl. Der eindimensionale Mensch, S. 27 f.
17) Nicht nur für sich . . . sondern auch für ihr Kapital!
18) Angaben zusammengestellt nach Gesellschaftliche Daten 1977 und Fischer Weltalmanach 1976 und 1980
Bei der Entscheidung für eine Reise und ein bestimmtes Reiseziel spielen vor allem die Gespräche mit Verwandten und Bekannten eine Rolle. vgl.: A. Vielhaber: Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Tourismus, in BMZ Materialien Nr. 54 S. 28 ff., hier S. 47 f.
19) Nach einer Umfrage der WTO, zitiert nach Fischer Weltalmanach 1980
20) vgl. Technical Bulletin, a.a.O., Tabelle I und II; (siehe dazu auch Anmerkung 4)
21) nach Angaben der Welt-Tourismus-Organisation
22) vgl. Fischer Weltalmanach in Zahlen 1980, a. a. O., S. 695; für einige kleinere Länder und insbesondere Inselstaaten wie Fidschi-Inseln, Barbados etc. dürfte die Abhängigkeit noch wesentlich stärker sein. Vgl. Wirth, a.a.O., S. 52; neuere Daten liegen jedoch nicht vor.
23) Zahlen zusammengestellt nach Fischer Weltalmanach 1964, 1970, 1976, 1978, 1980
Geben die Deutschen Touristen im Ausland mehr Geld aus, als die ausländischen Touristen in Deutschland, also ergibt sich für die deutsche Reiseverkehrsbilanz ein Passivsaldo.
24) Zitat aus Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung
25) vgl. Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 54, Hrsg.: BMZ, Juli 1976, S. 8

Tourismus – ein Weg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit?



1950 gab es in aller Welt 25 Millionen Touristen, 27 Jahre später waren es bereits 265 Millionen (1): eine Verzehnfachung! 1973 war der Anteil der Touristen, die ihren Urlaub in der Dritten Welt verbrachten, mit 10 % noch relativ gering (2). Die Länder der Dritten Welt konnten sich mit wenigen Ausnahmen erst sehr spät, Ende der sechziger Jahre, in den Tourismusboom einschalten. Dies wurde nämlich erst durch den Aufschwung des Luftverkehrs und die Herabsetzung der Flugpreise ermöglicht. In einigen Ländern der Dritten Welt, die sich vom Tourismus eine schnelle Lösung für ihr Problem des Massenelends erhofften und ihn stark förderten, kann man eine enorme Zunahme der Besucherzahlen innerhalb weniger Jahre feststellen. Das eindrucksvollste Beispiel sind die Bahamas, wo es schon 1957 etwa 200 000 Touristen gab. Ihre Zahl stieg bis 1971 auf 1.5 Millionen (5), und 1980 werden über 2 Millionen erwartet.

	1970	1974	1977
Bali	33 000	54 000	120 000
Singapur	317 000	652 000	765 000
Mexiko	1 986 000	3 362 000	3 500 000
Peru	133 000	260 000	265 000
Marokko	746 000	1 200 000	1 502 000
Ägypten	358 000	680 000	1 004 000
Sri Lanka	31 000	76 000	105 000
Tunesien	181 000 (1965)	764 000	1 004 000

Tabelle: Anzahl der Touristenankünfte

Den Touristen der Industrieländer bieten die entfernten Urlaubsparadiese unglaubliche Reize: sonniges und warmes Klima, grandiose Landschaften, exotische Kulturen. Die Touristen kaufen sich diese Annehmlichkeiten und meinen, den armen Völkern damit zu nützen: das Geld, das sie ausgeben, schaffe Arbeitsplätze, bringe wertvolle Devisen ins Land und helfe beim Bau der Infrastruktur.

Kann der Tourismus wirklich einen Beitrag zur Beseitigung der Armut leisten? Fördert er tatsächlich die Unabhängigkeit?
Oder sind die Länder der Dritten Welt, die seit Jahrhunderten unter den Angriffen der Militärs, der Wirtschaftsunternehmen und der Kirchen der westlichen Länder haben leiden müssen, nicht noch einmal einer neuen Form der Eroberung durch die Industrieländer ausgesetzt?

Tourismus als Lösung für die Unterbeschäftigung?

Eins der Hauptargumente, die für den Tourismus ins Feld geführt werden, ist die Behauptung, daß er eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schaffe. Bis 1978 wurden beispielsweise in Kenia 25 000 (5), in Sri Lanka 32 000 (6), in Tunesien 50 000 (7) und auf den Bahamas 42 000 Arbeitsplätze (8) direkt (Hotels, Reiseunternehmen und andere) oder indirekt (Transport, Handwerk usw.) durch den Tourismus errichtet. Für die Länder der Dritten Welt mit einer hohen Unterbeschäftigung, die die offiziellen Arbeitslosenzahlen in der Regel weit übertrifft, scheint dies auf den ersten Blick eine wichtige Hilfe zu sein. Bei näherer Betrachtung wird dies allerdings sehr fragwürdig.
Für die einheimische Bevölkerung, die im Tourismus eine Stelle findet, handelt es sich meistens um unqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeiten: Handlanger, Hausmeister, Dienstmädchen, Putzfrau ....., während die qualifizierten Stellen: Architekten, Ingenieure, Direktoren, Planer, Bauführer ..... von Ausländern aus den Industriestaaten besetzt werden. Im Vergleich zu anderen Branchen ist die Zahl der ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich hoch: 1974 betrug in Gambia und in der Elfenbeinküste der Anteil der Nicht-Afrikaner, die in der Tourismusbranche arbeiteten, 8,0 % bzw. 10,9 %, während er in der Industrie nur bei 4,2 % lag (9). Um auch Einheimische zu qualifizieren, versuchen einige Länder, Berufsausbildungszentren für die Reisebranche aufzubauen, was natürlich mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Dieser Weg führt also zu verstärkter Kreditaufnahme. Außerdem schafft er neue Kanäle für den Transfer westlicher Technologie.
Eine überragende Bedeutung des Tourismus für den Arbeitsmarkt hat schwerwiegende Auswirkungen auf die anderen wirtschaftlichen Bereiche: Auf den Bahamas waren 1970 62,9 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt (10), während dieser Anteil in Kenia nur 15 % und in Senegal 5 % ausmachte (11). Auf den Bahamas waren vor Beginn des Tourismusbooms noch 29 % der männlichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. 1970 waren es nur noch 6,9 %, heute dürfte der Anteil noch niedriger sein (12). Der auf fremde Bedürfnisse zugeschnittene Tourismus ver-

drängt hier also Arbeitsplätze, die der Produktion für den eigenen Bedarf vorbehalten bleiben müßten.
Bezeichnend für die Tourismusbeschäftigung ist ihr saisonaler Charakter. In Gambia können nur 24 % der Angestellten ihren Arbeitsplatz über das ganze Jahr hinweg behalten, die anderen werden nur für einige Monate beschäftigt (13). Da diese Arbeitskräfte zu einer kontinuierlichen Tätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen des Landes nicht mehr in der Lage sind, läßt sich sogar die Behauptung rechtfertigen, daß auf diese Weise ein gewisses Maß an saisonaler Unterbeschäftigung verfestigt wird.



Das Problem der Arbeitsplatzbeschaffung stellt sich nicht zuletzt als das Problem der Kosten, die für die Herrichtung eines Arbeitsplatzes aufgewendet werden müssen. Im Tourismus sind diese Kosten vergleichsweise sehr hoch. 1978 betrugen sie in Sri Lanka zwischen 6 000 und 24 000 DM je Arbeitsplatz, während in der Großindustrie weniger als 6 000 DM und in der Kleinindustrie sogar nur zwischen 30 DM und 300 DM ausgegeben werden müssen (14). Statt eines Arbeitsplatzes im Tourismus könnten also mindestens 20 Arbeitsplätze in der Klein- und Mittel-Industrie geschaffen werden!
Im großen und ganzen zeigt sich also, daß eine Entwicklungsstrategie, die auf eine Verminderung der Unterbeschäftigung durch den Tourismus setzt, auf sehr kostspielige Weise verhindert, daß die für den eigenen Bedarf notwendige Produktion (Landwirtschaft, kleine und mittlere Industrie) ausgeweitet werden kann. In einigen extremen Fällen (Bahamas) führt der Tourismus sogar zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in lebensnotwendigen Wirtschaftsbereichen.

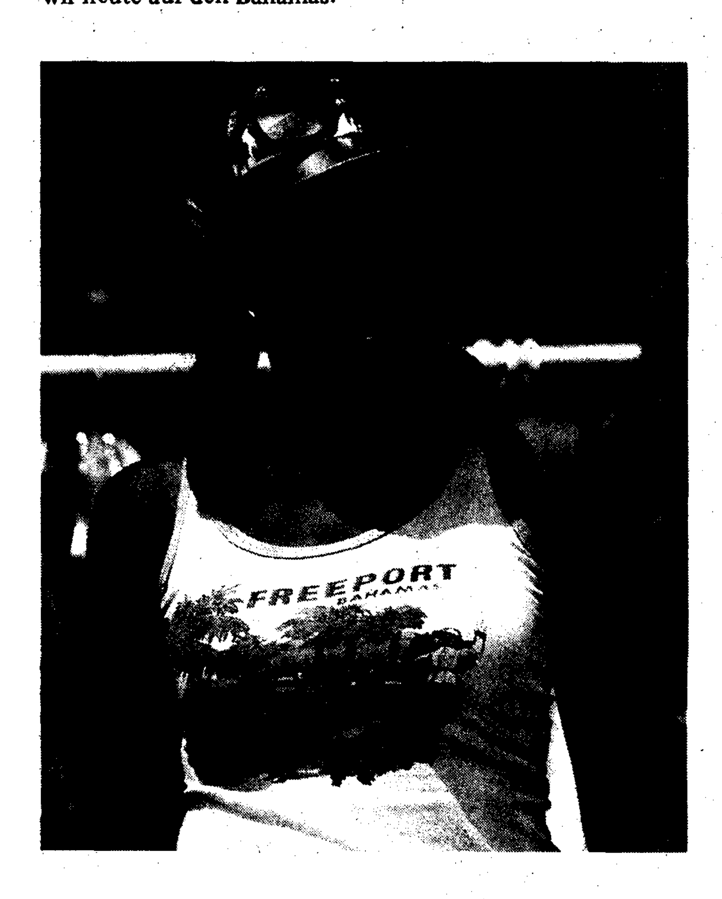
Tourismus als Deviseneinnahmequelle?

Zitiert wird sehr oft als ein positiver Aspekt, daß die Länder der Dritten Welt durch den Tourismus wichtige Devisen einnehmen, die sie dringend benötigen, weil sie mit ihren eigenen Währungen auf dem Weltmarkt kaum etwas kaufen können. In der Tat ist Tourismus, wie Rohstoffe, für viele Länder eine Exportindustrie. Die Exportwaren des Tourismus sind vor allem Dienstleistungen, für die die Länder als Bezahlung Devisen erhalten. Für Kenia ist Tourismus nach Kaffee der zweitwichtigste Exportzweig (20 % der Exporteinnahmen (15), für Tunesien (16) und die Bahamas (17) (1972: 300 Millionen US-Dollars) steht er sogar an 1. Stelle.
Egal, ob US-Dollars oder DM, zuerst muß untersucht werden, welchen Nutzen die Tourismusdevisen für die Länder der Dritten Welt tatsächlich haben. Ein großer Teil davon fließt sofort in die Industrieländer zurück, und zwar für Importgüter, die von den Touristen verbraucht werden, und für Investitionen zur Erschließung des Landes für den Tourismus. 43 % der Einnahmen durch den Tourismus werden auf den Bahamas für den Import von Konsumgütern ausgegeben (18): Getränke, Obst, Gemüse, Autos . . . . . .

„Als Watzel seine Butter aus der Verpackung wickelte, las er darauf, daß die Butter aus Dänemark kam. Dann öffnete er die in Plastik gegossene Marmelade, die sich als englisches Produkt erwies. Das Käsedreieck, in Stanniol gewickelt, war aus Frankreich importiert. Der Kaffee kam vielleicht aus Kenia oder Brasilien. Das Getreide, aus dem die Brötchen gebacken waren, wuchs auch nicht auf den Kanarischen Inseln ... Fest stand, daß keine einzige Zutat seines Frühstücks ein kanarisches Produkt war. Eine Banane wurde nicht serviert ... Während Watzel das Frühstück verzehrte, stellte er sich die Kette der Charterflugzeuge vor, die pausenlos auf den Kanarischen Inseln landeten. Aus den Bäuchen der Flugzeuge strömten die Touristen mit den begehrten Devisen in den Portemonnaies. Auf der anderen Seite sah Watzel die Kette der Handelsschiffe, mit denen all das gebracht wurde, was für den Aufenthalt der Touristen notwendig war: Stahl, Zement, Generatoren, Klimatechnik, Vorhänge, Geschirr und nicht zuletzt Lebensmittel, Coca Cola und deutsches Bier. Wenn die Touristen den Heimflug antraten, waren die von ihnen ausgegebenen Devisen längst wieder in ihre Länder zurückgeflossen. Die Handelsbilanz blieb unausgeglichen, von Entwicklungshilfe durch Tourismus keine Spur. Als Exportkaufmann war Watzel der Kreislauf des Kapitals geläufig, doch erst seit er als Inspektor herumreiste, sah er die Auswirkungen genauer." (Bergmann/1977/20).

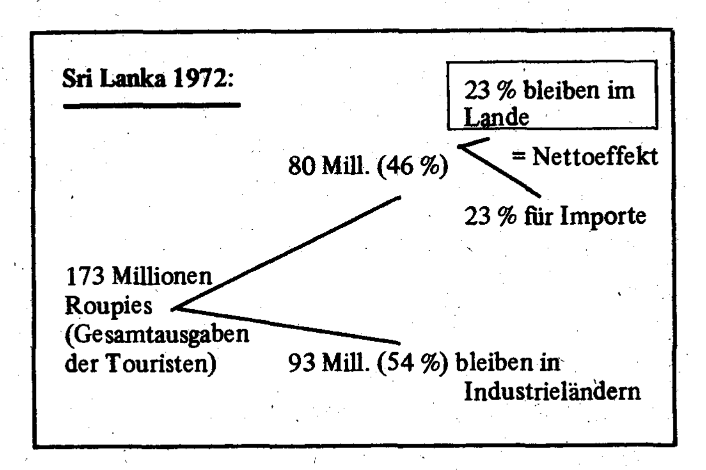
Nicht so extrem hoch sind die Ausgaben für Konsumgüterimporte in Ländern, deren Wirtschaft weniger stark vom Tourismus bestimmt sind (18 % in Kenia) (19). Der hohe Devisenrückfluß für touristische Importgüter beruht einerseits auf den Profitinteressen der westlichen Herstellerfirmen (Coca Cola, Nestlé . . .), andererseits darauf, daß die Besucher nicht auf ihren gewohnten Konsum verzichten wollen. So kommt es sogar dazu, daß Güter importiert werden, die im Lande selbst reichlich vorhanden sind (Nescafé nach Kenia!). Obwohl sehr teuer, verdrängen diese Importgüter die einheimischen Produkte. Die großen Hotelketten, wie Hilton oder Intercontinental, ignorieren die nationalen Erzeugnisse weitgehend. Diese verachtende Haltung ist nicht nur gegenüber Konsumgütern, sondern auch gegenüber Ausstattungsmaterial deutlich zu beobachten. Komfort und sogar Luxus gehören zum Aufenthalt der Touristen in den Urlaubsparadiesen: ein krasser Gegensatz zur elenden Situation der Länder, die Luxus der westlichen Zivilisation kaum selbst hervorbringen können, also importieren müssen. Rohbaumaterialien (Zement, Stahl, Bagger, Kräne usw. . . .) und Innenausstattung (Möbel, sanitäre Installation, Küchengeräte, Klimaanlage usw. . . .) müssen vielfach eingeführt werden. Tunesien z. B. importiert 60 % der Rohbaumateria-

lien und 40 % der Innenausstattung (20). Aber nicht nur nicht vorhandene Güter werden importiert, sondern oft auch solche, die im Lande selbst hergestellt werden, wie in West-Afrika Korbmöbel aus Italien.
Weitere Devisenrückflüsse, die der Tourismus selbst verursacht, ergeben sich aus den Kosten für Planung und Werbung, die die staatlichen Stellen der „Urlaubsländer" in den „Urlauberländern" durchführen müssen, um Touristen anzulocken.
Außerdem schrumpfen die Deviseneinnahmen durch Löhne für ausländisches Personal in der Tourismusindustrie, Zuwendung an Geschäftspartner in den Industrieländern und Rückzahlung von Krediten samt Zinsen. Wenn die Kredite einst zurückgezahlt sein werden, sind die Hotels, die damit finanziert wurden, nicht mehr viel wert, weil der Hauptstrom der Touristen sich stets in die modernsten Unterkünfte ergießt.
Gegenwärtig noch relativ unbedeutend, für die Zukunft aber immer wichtiger, wenn das momentane Wachstum des Tourismus anhält, ist der sogenannte „**Demonstrationseffekt**"; neben den Massenmedien sind nämlich auch die Touristen ein ständiger Anreiz, sich mit seinen Wünschen und Bedürfnissen an den Konsumgewohnheiten des westlichen Kapitalismus zu orientieren. Ein Beispiel dafür finden wir heute auf den Bahamas:



„Wichtiger noch als die Besitzverhältnisse sind die sozialen Konsequenzen einer solchen Dienstleistungs- und Fremdenverkehrswirtschaft. Sie führt zu soziokultureller Überfremdung und Adaptation an die Gewohnheiten der Touristen, bewirkt, daß aufgrund der Komfort- und Luxusgewohnheiten amerikanischer Touristen nicht nur die Preise im Fremdenverkehrssektor selbst, sondern auch die Lebenshaltungskosten der Gesamtgesellschaft ausgesprochen hoch sind." (Rainer Olaf Schulze, Bahamas). Die Orientierung am Lebensstandard der Touristen macht einen verstärkten Import von Gebrauchsgütern (Autos, Jeans . . .) notwendig, was wiederum den Devisenhaushalt belastet.

Der Tourismus in die Dritte Welt ist also hauptsächlich für die Industrieländer das große Geschäft: ein großer Teil des Geldes, das die Touristen ausgeben, bleibt von vornherein in den Industrieländern hängen (Reisegesellschaften, Fluggesellschaften . . .). Aber auch von den Devisen, die die Dritte-Welt-Länder erreichen, fließt ein erheblicher Teil für Importe, Kreditrückzahlung . . . in die Industrieländer zurück.



Von den gesamten Ausgaben der Touristen steht dem jeweiligen Gastland schließlich nur ein kleiner Teil zur Verfügung, um den Staatshaushalt auszugleichen und Importe, Entwicklungsprojekte und Kredite außerhalb des Tourismus selbst zu finanzieren.

Aufbau der Infrastruktur, aber für wen?

Das dritte Argument für den Tourismus behauptet, daß er Infrastrukturen aufbauen helfe, die den Ländern der Dritten Welt zugute kommen. Diese Länder müssen ja Flugplätze, Straßen, Elektrizitätsnetz, sauberes Trinkwasser, Telefonverbindungen usw. schaffen, damit Touristikunternehmen überhaupt bereit sind, Investitionen zu tätigen. In dieser Situation fühlen sich viele Regierungen veranlaßt, einen großen Teil der Staatsausgaben, die dem Aufbau der Infrastruktur vorbehalten sind, für Projekte bereitzustellen, die im Zusammenhang mit dem Tourismus stehen. Ein gutes Beispiel dafür ist Kenia, das für die Jahre 1969 – 74 100 Millionen DM für Infrastruktur ausgab (22).
Davon entfielen auf:
– Erweiterung der Abfertigungsgebäude des Flughafens Nairobi, weitgehender Neubau des Flughafens Mombasa (55 Mill. DM)
– Anlage neuer oder Verbesserung bestehender Straßen in den Tierreservaten (30 Mill. DM)
– Bau von Zugangsstraßen zu den touristisch besonders attraktiven Küstenabschnitten;
– Ausbau der Wasser- und Elektrizitätsversorgung der bestehenden Hotels;
– Verstärkung der Werbeaktivität in Übersee und Erstellung von Studien und Planungsunterlagen über den weiteren Ausbau des Tourismus, wie zum Beispiel die Anlage neuer Rundreiserouten, insbesondere im bisher wenig erschlossenen kenianischen Norden und am Viktoriasee sowie in anderen Gebieten Westkenias.
(Erhard Neueler, Unterentwicklung, Reinbek 1974)

Anstelle eines internationalen Großflughafens wäre der Bevölkerung Kenias mit einem Ausbau der dezentralen Wasserversorgung im ganzen Land allerdings mehr gedient gewesen. Bei einer am Tourismus orientierten Ausgabenstruktur muß es auch im Bereich der Infrastruktur an der Versorgung

mit Gütern fehlen, die für die ganze Bevölkerung notwendig wären.

Die Elfenbeinküste bietet ein markantes Beispiel für eine Politik der Tourismusförderung, die sowohl kostspielig als auch schädlich für die Befölkerung ist.

Hotel Elfenbein – Abidjan
Dieses Hotel ist das größte in ganz Afrika: 750 Zimmer, 2 Schwimmbäder, ein Eisstadion (mit Kurlingbahn) künstliche Kanäle mit Motorcanoes, Shopping Center, Kinos, Bars, Night Club.

Kapital:	aus Israel (Mafit Gruppe, Genf) und Staat Elfenbeinküste.
Lizenzgeber:	Intercontinental Kette.
Personal:	830 feste Angestellte 30 Europäer auf den wichtigsten Posten
Energie:	größte Energieverbraucher der Elfenbeinküste, 16,5 Millionen Kw im Jahr. (Die Strompreise wurden vor kurzem im Land erhöht. Die Regierung übernimmt die dadurch zusätzlich entstandenen Kosten für das Hotel, wie auch andere anfallende Defizite).
Wasser:	600 Liter werden pro Tag und pro Zimmer verbraucht.
Geschäftsaktivitäten 1976:	212 325 Übernachtungen; 696 288 Essen.
Ausgaben für Nahrung:	3 Millionen DM
Ausgaben für Getränke:	1,25 Millionen DM.

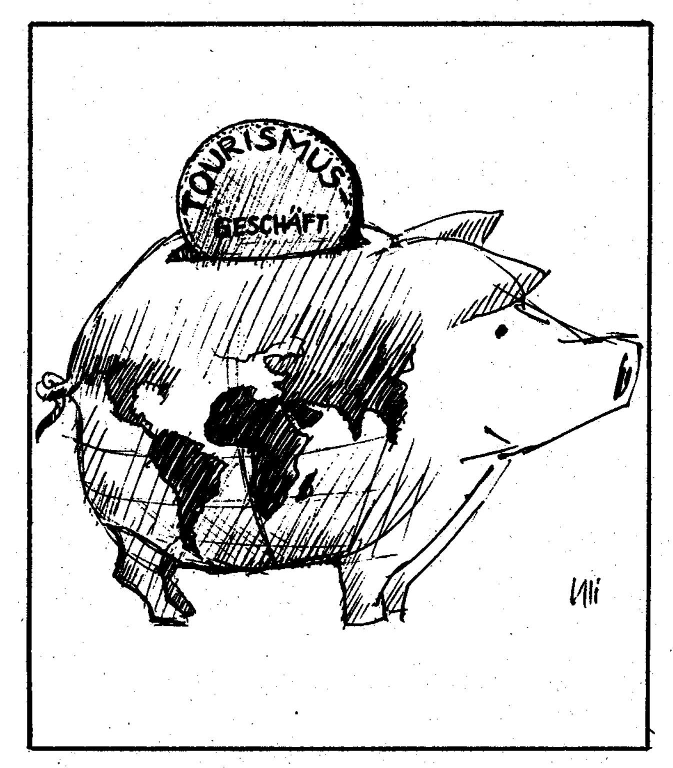
(Aus: J. L. Maurer, F. Mellah, J. P. Rapp, Tourisme dans le Tiers Monde – Mythes et Realités, August 1977, Genf.)

Die attraktiven Küstengebiete Tunesiens sind mit Strom, Straßen usw. hervorragend versorgt, während die Bevölkerung im Inneren des Landes unter denselben Bedingungen wie vor dem Tourismusboom lebt. Hier werden regionale Ungleichgewichte geschafffen, die verhindern, daß die ländliche Bevölkerung sich in erster Linie um eine Steigerung ihrer Produktivität bemüht, von der die Wirtschaft des Landes letztlich abhängt. Statt dessen entwickelt sie die Tendenz, in die Touristenzentren abzuwandern. Offenbar überwiegen auch hier die negativen Effekte des Tourismus die positiven bei weitem.

Tourismus als instabiler Wirtschaftsbereich

Tourismus wird als Wachstumssektor betrachtet. Gewiß wachsen die Deviseneinnahmen im Tourismusbereich bisher viel schneller als in anderen Bereichen der Exportproduktion: in Tunesien sind sie von 1975 bis 1977 um 75 % gestiegen gegenüber 6 % des Gesamtexports (23). Diese Entwicklung kann man in vielen Ländern verfolgen. Solche Zahlen verleiten zu der Schlußfolgerung, daß sich diese Entwicklung auch in der Zukunft fortsetzen wird und zu unterstützen ist. Außerdem berührt der Tourismus die ganze Wirtschaft des Landes und kann einen Multiplikatoreffekt haben: Wachstum im Tourismusbereich zieht Wachstum in der Landwirtschaft (Konsum von Fleischprodukten, Obst und Gemüse), in der Industrie (Bauindustrie) und im Tertiärsektor (Handel, Verkehr . . .) nach sich. Wenn auch viele der von Touristen konsumierten Güter importiert werden, wird doch ein relativ geringer Anteil im Land produziert.
So hoch diese durchschnittlichen Wachstumsraten in gewissen Phasen der Entwicklung auch sein mögen, der Tourismus ist ein Wirtschaftssektor, der besonders empfindlich gegenüber Schwankungen der internationalen, politischen und wirtschaftlichen Lage ist. Er ist vollständig vom Pegel des Lebensstandards in den Industrieländern abhängig, da Reisen in die Dritte Welt erst für den einzelnen von einem gewissen Einkommensniveau an möglich sind. In nationalen und internationalen Krisensituationen nimmt der nicht unbedingt notwenige Massenkonsum zuerst ab. In solcher Situation versiegt der Touristenstrom in die Dritte Welt oder verstärkt sich zumindest nicht in dem erwarteten Maße. Die sogenannte „Ölkrise" und die Erhöhung der Treibstoffpreise in den letzten Jahren hat eine Erhöhung der Reisekosten zur Folge gehabt. Dadurch wurde das erwartete Wachstum nicht erreicht und für einige Länder wie die Elfenbeinküste oder Senegal konnte sogar eine Abnahme beobachtet werden.
Eine ähnliche Rolle wie Wirtschaftskrisen spielen politische Unsicherheiten und militärische Bedrohungen. Sobald irgendwelche Bedrohungen im Gastland auftreten, bedeutet dies eine Abnahme der Touristen- und Deviseneinnahme. In Äthiopien sank im Jahr 1973 – 74 die Touristenzahl von 47 686 auf 30 114, als Eritrea, nach der Hungerkatastrophe, seinen Unabhängigkeitskampf gegen die Regierung führte.(24)
Um die touristische Nachfrage stabil zu halten, müssen die Gastländer ein Bild des Friedens und der Stabilität geben. Die Sicherheit der Touristen muß gewährleistet werden, wofür die Regierungen entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese können bis zur Unterdrückung von öffentlichen Freiheiten und zur Verstärkung reaktionärer Kräfte gehen.

Auch wenn es mit Hilfe von Repressionen und Werbung gelingt, politische und soziale Ruhe zu erzwingen oder auch nur vorzutäuschen, bleiben viele für die Entwicklung des Tourismus bestimmende Faktoren, auf die die Länder der Dritten Welt keinen Einfluß haben: Epidemien, Umweltverschmutzung, Naturkatastrophen . . . . Weitere beeinflussende Faktoren sind Modetrends in den Industrieländern, aufgrund derer gewisse Regionen der Dritten Welt zeitweilig ein besonders gutes oder schlechtes Image genießen. Diese Modetrends spielen bei der Entscheidung für einen bestimmten Urlaubsort eine große Rolle und zwingen die Gastländer zu immer größeren Ausgaben für Werbekampagnen, um nicht von anderen Urlaubsländern vom Markt verdrängt zu werden. Mit einer Entwicklungsstrategie, die auf Tourismus setzt, wird die Konkurrenz als typisches Element einer kapitalistischen Wirtschaft übernommen. Thailand, Malaysia, die Karibik, Seychellen, Kenia, Indonesien . . . , alle Länder, die die „4 S" (Sonne, Sand, See, Sex) anzubieten haben, sind in Hinsicht Exportware Tourismus erbitterte Konkurrenten auf dem Weltmarkt und müssen ständig versuchen, die Preise der anderen zu unterbieten.
Es gibt zwar zahlreiche Analysen, die die Grenzen des Tourismus als Entwicklungsfaktor aufzeigen. Aber diese Studien behandeln die entstehenden Probleme meist nur isoliert und in einer kurzfristigen Perspektive. Erst wenn die Auswirkungen des Tourismus im Rahmen der Gesamtwirtschaft eines Landes langfristig analysiert werden, lassen sich die anfallenden sozialen Kosten in voller Höhe abschätzen und die Bedeutung des Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung ermessen. Wie wir gesehen haben, erfordert die Förderung des Tourismus einen großen Einsatz von Ressourcen sowohl menschlicher als auch finanzieller Art,



die dadurch von anderen Wirtschaftsbereichen abgezogen werden, deren Entwicklung für das Wohl der Bevölkerung wichtiger ist.
Die aktuelle Politik mit dem Tourismus ist ein Ergebnis der Abhängigkeit: die multinationalen Firmen und die Industrieländer bestimmen sie nach ihren eigenen Interesse, während die Länder der Dritten Welt sie durchführen und dabei auch ihre eigene Umwelt zerstören. Die Abhängigkeit der Dritten Welt wird durch den Tourismus eindeutig verstärkt.

Dominique

Anmerkungen

1) Technical Bulletin, Jan-Feb 1979. Hrsg.: World Tourism Organisation, Madrid, S. 5
2) Angaben der World Tourism Organisation
3) D. Nohlen und F. Nuscheler. Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, S. 37, Hamburg 1976
4) Zusammengestellt aus: Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte; Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Indonesien 1978, Singapur 1979, Mexiko 1979, Peru 1977, Marokko 1979, Ägypten 1978, Sri Lanka 1979, Tunesien 1978.
5) E. Neueler, Unterentwicklung, S. 322. Reinbek 1974.
6) Effect on Employment, Economic Review June/July 1979, Colombo.
7) Neueler, S. 322
8) Nohlen, Nuscheler, S. 41
9) J. L. Boutillier, W. Fieloux, J. L. Ormieres, Le Tourisme en Afrique de l'Ouest – Panacée ou Nouvelle Traite? S. 30, Paris, 1978
10) Nohlen, Nuscheler, S. 40
11) Boutillier, Fieloux, S. 31
12) Nohlen, Nuscheler, S. 40
13) Boutillier, Fieloux, S. 32
14) Tourism – Growth of a new Industry, Economic Review June/July 1979, Colombo
15) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht, Kenia 1979
16) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht, Tunesien 1978
17) Nohlen, Nuscheler, S. 42
18) Boutillier, Fieloux, S. 25
19) Boutillier, Fieloux, S. 25
20) Boutillier, Fieloux, S. 26
21) Tourism – Growth of a new Industry, Economic Review June/July 1979
22) Muerler, S. 325
23) Länderkurzbericht – Tunesien 1978
24) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Äthiopien 1977

TOURISMUS – ein Beitrag zur Entwicklung der 3. W 3. Welt-Länder?

Wenn wir uns nun die Wirkungen des Tourismus beurteilen wollen, müssen wir wissen, welche Entwicklung wir unterstützen wollen. Es stehen sich bei den verschiedenen Standpunkten in der Debatte um die Entwicklungspolitik zwei Konzepte von Entwicklung gegenüber:

Konzept 1	Konzept 2
Unterentwicklung	
Materielle Armut (als Zustand)	**Abhängigkeit / Auseinanderentwicklung der Strukturen** (als fortlaufender Prozess)
Messgrösse	
Bruttosozialprodukt Land mit weniger als 500 Dollar pro Kopf = Entwicklungsland	**Absolute Armut** **Ungleichgewichte/ Gegensätze** politisch: Unterdrückung ökonomisch: Ausbeutung kulturell: Entfremdung
Entwicklung	
Wachstum des Bruttosozialprodukts Modernisierung der Produktionsmittel Einsatz von Kapital, Technik, Know-how	**Beseitigung der absoluten Armut** Befriedigung von Grundbedürfnissen, etc. **Integration, Befreiung** Umverteilung und Dezentralisation von Macht, etc.

(Rudolf H. Strahm, Überentwicklung - Unterentwicklung, Nürnberg 1975)

Das ältere Konzept versteht Unterentwicklung als Zustand materieller Armut. Es versteht „Entwicklung" vor allem wirtschaftlich als Wachstum des Bruttosozialprodukts (= Marktwert der Güter, und Dienstleistungen, die während eines Jahres produziert werden). Unterentwicklung kann nach ihm durch Modernisierung des Produktionsapparats, durch Kapitalhilfe und technisches Wissen im Sinne der Industrieländer behoben werden.
Das zweite Konzept versteht Unterentwicklung vor allem als Abhängigkeit der Unterschichten von den Oberschichten und als einen fortlaufenden Prozeß der Desintegration (Auseinanderentwicklung) des sozialen Gefüges: zum Beispiel zwischen Stadtzentren und Landgebieten, zwischen sozialen Klassen, als Zerfall von Dorfgemeinschaften und Familien. Sie wird mit ungleichgewichtigen (asymmetrischen) Beziehungen gemessen. Entwicklung ist Beseitigung absoluter Armut durch Befriedigung von Grundbedürfnissen (s. S. 21) und zugleich ein Prozeß der Integration, der Befreiung und der Umverteilung von Macht und Reichtum.

Tourismusförderung im Rahmen der entwicklungspolitischen Konzeption der BRD

Die offizielle Stellungnahme der BRD zum Tourismus in die Dritte Welt ergibt sich aus einem 1975 ausgearbeiteten Vortrag von Dr. W. B. Hasselblatt, dem Leiter des Referats Industrie, Banken, Tourismus im Bundesminsiterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Diese Grundsatz-Position ist in den „BMZ-Materialien" Nr. 54 abgedruckt. Sie geht zurück auf interne Arbeitspapiere (1) des BMZ aus dem Jahr 1974, die in die folgende Betrachtung miteinbezogen werden.

Blasser Glanz der Goldader Tourismus

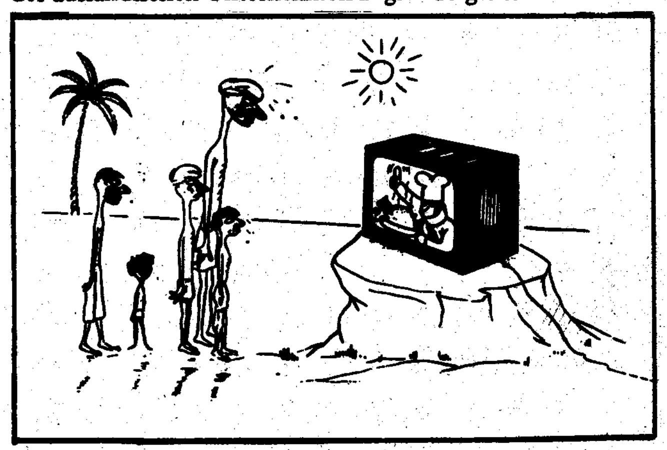
In den Hasselblattschen Darlegungen ist von hohen Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer aus dem Tourismus die Rede, wobei zutreffend auf die Wichtigkeit des **Netto-Effekts** hingewiesen wird. Die für den Devisenabfluß angegebenen Zahlen sind erheblich niedriger als in den in unserem Artikel angebenen Untersuchungen: beispielsweise sollen in Sri Lanka und Marokko jeweils 80 % der offiziell vereinnahmten Devisen im Lande bleiben (2). Bei dieser Berechnung werden, wie der erstaunte Leser aus den zugrundeliegenden Arbeitspapieren des BMZ erfährt, die **indirekten Devisenkosten** gar nicht einbezogen. Das sind zum Beispiel die aufgewendeten Devisen für die erhöhte Produktion von Benzin aus importiertem Rohöl oder für Elektrizität aus importierten Generatoren. Außer Betracht bleibt somit ein großer Teil der Mehrausgaben, die durch Touristen verursacht werden. Das offizielle Argument dazu lautet, die Kosten seien „zu schwer quantifizierbar". Die Rechenprobleme der Volkswirtschaftler ergeben so einen Vorwand, den wirtschaftlichen Nutzen des Tourismus durch Aussparen von Kostenfaktoren günstiger darzustellen, als es der Realität entspricht.

Die hohen Investitionskosten hingegen für **Infrastruktureinrichtungen** werden nicht geleugnet, aber mit dem Hinweis vom Tisch gewischt, wie nützlich solche Einrichtungen beispielsweise für den Aufbau von Industriebetrieben seien (3). Ob Fabrikhallen neben dem Luxushotel am Palmenstrand die Attraktivität des Urlaubsangebotes erhöhen sollen?

Einen hohen Stellenwert für die Beurteilung des Tourismus in der Dritten Welt durch das BMZ nimmt auch der erwartete **Beschäftigungseffekt** ein. Dessen Bedeutung wird aber im internen Arbeitspapier differenzierter beurteilt als in der an die Öffentlichkeit gerichteten Darstellung von Hasselblatt. Darin erscheint der Tourismus als Mittel zur Hemmung der Landflucht, weil Arbeitsplätze in wirtschaftlich benachteiligten Regionen geschaffen würden. Dagegen wird intern auch die mangelnde Arbeitsintensität der entsprechenden Investitionen angesprochen, die den Beschäftigungseffekt relativiere.

Dazu kommt die Feststellung: „Sicherlich sind in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer Arbeitsplätze billiger und erfordern selbst bei der Einführung moderner Technologien weniger Devisen." (4)

Die ökonomischen Vorteile aber der Tourismusindustrie entfalten laut BMZ erst ihren Glanz im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen — **„intersektoralen Vergleich"** nennt man das. Verglichen wird mit Bereichen, in denen ansonsten Privatinvestitionen aus Industrieländern getätigt werden. Der Nutzen dieses „privaten Kapitaltransfers" soll nach der „Entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung" (5) darin bestehen, durch Ergänzung einheimischer Produktionsstrukturen den Bedürfnissen der Bevölkerung das notwendige Warenangebot gegenüberzustellen. Unsere schon früher geäußerte Kritik (6) hingegen verweist unter anderem darauf, daß diese Produktion, sofern überhaupt für den inländischen Bedarf bestimmt, an den Kaufmöglichkeiten der reichen Oberschichten ausgerichtet wird und das einheimische Gewerbe durch die Konkurrenz der ausländischen Unternehmen zugrunde geht.



In dem vom BMZ angeführten intersektoralen Vergleich bestätigt sich diese Auffassung, weil die Vorzüge der Tourismus-Industrie gleichzeitig die negativen Auswirkungen anderer Investitionen beleuchten. Es heißt in dem Arbeitspapier, daß

- der Deviseneffekt beim Tourismus deutlich stärker sei als in anderen Investitionsbereichen;
- der Tourismus die Ausweitung des Angebots zur Deckung des einheimischen Massenbedarfs weniger behindere (!) als Export- und Substitutionsindustrien;
- ausländische Kapitalbeteiligungen im Tourismusbereich die Regierungen in ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen weniger behindere (!)
- die Krisenanfälligkeit des Tourismusbereichs geringer sei als die mit Nachfrage- und Preisschwankungen auf dem Weltmarkt verbundene Gefahr wirtschaftlicher Einbußen. (7)

Ob diese Behauptungen inhaltlich zutreffen, ist mehr als zweifelhaft (8).

Selbst wenn man aber von relativen Vorzügen des Devisenbringers Tourismus ausgeht, bleibt die Abhängigkeit von ausländischen Investoren und von den Marktstrategien der ausländischen Reiseunternehmen. Die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zählen schon gar nicht zu den Nutznießern. Der Tourismus teilt damit die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Verflechtung von Industrie- und Entwicklungsländern, die für letztere zur Stabilisierung der Abhängigkeit führen. Ein Vergleich von anderen negativen Auswirkungen der ungleichgewichtigen Beziehung zwischen Erster und Dritter Welt mit denen des Tourismus und die

Schlußfolgerung, letzterer sei positiv einzuschätzen, mutet an wie die Behauptung eines Arztes, daß Bauchschmerzen empfehlenswert seien, weil eher erträglich als Kopf- und Zahnschmerzen. Das BMZ hat nicht vor, die Krankheit, nämlich das Grundmodell abhängiger Entwicklung, als Übel anzuerkennen, wie sich aus der vergleichenden Gegenüberstellung ergibt.
Die Tourismusindustrie in Dritte-Welt-Ländern ist daher durchaus nicht förderungswürdiger als Exportindustrien.

Schattenseiten mit Weißmachern

Aber die BMZ-Experten haben auch Schattenseiten des Tourismus entdeckt, nämlich die sozialen Auswirkungen: Demonstrationseffekte und deren Konsequenzen (Nachahmung der europäischen Kultur) werden schichtenspezifisch dargestellt (9). Daraus resultiert jedoch nicht etwa eine generelle Infragestellung des Tourismus. **Rechtfertigungen** sind gleich zur Hand:

- Überall dort, wo traditionelle Sozialstrukturen mit modernen Leistungsgesellschaften konfrontiert würden, entstünden „schmerzhafte Akkulturationsprozesse"; den Kritikern dieser Auswirkungen wird gar „sozialromantische Verlogenheit" entgegengehalten (10);
- Der Einfluß anderer Faktoren wie z. B. westlicher Filme sei gravierender (11);
- Die sozialen Unterschiede innerhalb der Bevölkerungen der Entwicklungsländer und ihre innenpolitischen Konsequenzen seien ebenfalls schwerwiegender (12);
- Solche „Friktionserscheinungen" würden von den Regierungen der Entwicklungsländer in Kauf genommen;
- Die Konfrontation mit modernen Wertbegriffen könne als Gegenreaktion eine – wünschenswerte – Besinnung auf die nationale Identität zur Folge haben (13).

Nach Lektüre der ersten Argumente bewegt den stirnrunzelnden Leser die Frage, ob die kulturelle Dominanz der Industrieländer als **Teil der imperialistischen Ausbeutung** wohl eine gute Rechtfertigung bildet, um sie durch Tourismusförderung zu verstärken. Die Berufung auf das freundliche Einverständnis der nationalen Regierungen klingt wie ein Hohn: Dieses ist gerade ein Zeichen der Unterdrückung, die von einheimischen Eliten ausgeht. Nicht, daß diese dem BMZ unbekannt wäre: an anderer Stelle im Arbeitspapier ist von einem „Interessentenverbund zwischen ausländischen Investoren und einheimischen Minoritäten" (14) (gemeint sind die zahlenmäßig kleinen Eliten) die Rede. Aber das ist natürlich ein „nationales Problem", für das man sich flugs für unzuständig erklärt. Daß die bestehenden, durch koloniale Strukturen geprägten Herrschaftsverhältnisse durch die tourismusbezogenen Investitionen stabilisiert werden und daher kein „nationales Problem", sondern ein Ergebnis der Abhängigkeit von den Industrieländern sind, steht nicht dahinter.
Das Argument der „Rückbesinnung auf die nationale Identität" ruft einiges Erstaunen hervor: Eine antiimperialistische Bewußtseinsbildung ist da wohl gemeint, und was könnte diese anderes zur Folge haben als die Befreiung auch von den Touristen, die die fremde Identität und die Ausbeutung verkörpern ... Ob die Bundesregierung über die Bombenattentate des ETA in spanischen Touristengebieten hocherfreut war?

Das Ei des Kolumbus

Welche Konsequenz folgt nun aus den dargestellten Überlegungen von offizieller Seite?
Eine Politik des „Ja, aber ...", die sich nennt: „Konzept der korrektiven Tourismusförderung", d. h. „positive Wirkungen sollen verstärkt, negative Begleiterscheinungen eingeschränkt oder verhindert werden" (15).
Und das sieht so aus: Deutsche Kapitalanlagen für Einrichtungen des Fremdenverkehrs und deren Betrieb sind seit dem 1. 1. 74 von der Begünstigung durch das Entwicklungsländer-Steuergesetz ausgenommen. Dieses sieht für andere Kapitalanlagen eine steuerfreie Rücklage in der Steuerbilanz vor, um einen Investitionsanreiz zu schaffen. Der dürfte durch die Rentabilität von Tourismusinvestitionen allerdings auch so gegeben sein.
Ansonsten gibt es auch andere Mittel, der Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen:

Mit Steuermitteln

Hotel auf den Kanaren

Entwicklungshilfe einmal anders

Der zweitgrößte Deutsche Reiseverantsalter, Neckermann und Reisen (NUR), baut mit deutschen Steuermitteln ein Hotel auf Fuerteventura (Kanarische Inseln). Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) in Köln errichtet NUR auf Fuerteventura eine Bungalow-Anlage im Gesamtwert von 30 Millionen Mark. Neben NUR und spanischen Geldgebern beteiligt sich die bundeseigene DEG an diesem Projekt mit sieben Millionen Mark. Der größte deutsche Reiseveranstalter, die Touristik Union International, hat nach Angaben der DEG in Afrika eine Hotelanlage im Gesamtwert von elf Millionen Mark errichtet. Hieran ist die Entwicklungsgesellschaft mit zwei Millionen Mark beteiligt. Sie prüft außerdem gegenwärtig die Beteiligung an Hotelneubauten auf Kreta und in der Türkei. Die DEG ist von der Bundesregierung gegründet worden, um den wirtschaftlichen Aufbau in Entwicklungsländern durch private Direktinvestitionen vor allem der mittelständisch-gewerblichen Wirtschaft zu fördern. Ihr Kapital stammt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. rtr

Im Rahmen der Entwicklungspolitik des BMZ erhält die Förderung des Tourismus in Ländern der Dritten Welt in der Regel keine Priorität. Tatsächlich ist der quantitative Stellenwert der Tourismusförderung gering: In den vergangenen zwei Jahren wurde gar keine Kapitalhilfe zum Beispiel für Hotelbauten gewährt. 1978 flossen Mittel der Technischen Hilfe in Höhe von 7,5 Mill. DM und 1979 6,1 Mill. DM etwa in die Ausbildung von Hotelpersonal oder in touristische Gesamtplanungen. Im Vergleich: Der Sektor „Gesundheit" wurde 1978 mit 65 Mill. DM gefördert (16).

Als Maßstab für die **Förderungswürdigkeit von Tourismusprojekten** – Vorhaben der Technischen Hilfe oder der Kapitalhilfe – gilt ein Katalog von Grundsätzen (17) (die systematische Gliederung stammt von der Autorin):

- Negative Begleiterscheinungen müssen in einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen stehen, anderenfalls ist die Förderung ausgeschlossen;

Voraussetzungen von seiten des Nehmerlandes:

- Das Land soll besonders dringenden Devisenbedarf haben, wobei mögliche Alternativen mit stärkerem Deviseneffekt zu beachten sind;
- Die Tourismusplanung muß in den Gesamtentwicklungsplan des Landes integriert sein;
- Der Tourismusentwicklung soll Priorität unter den wirtschaftlichen Zielen zukommen;

Maßnahmen des BMZ im Rahmen der Förderung:

- Der Krisenanfälligkeit des Tourismusgeschäfts soll durch umfassende Marktanalysen vorgebeugt werden;
- Infraksturktureinrichtungen, die nicht auch anderen Bereichen dienen, sollen besonders sorgfältig auf ihren Wert geprüft werden;
- Die Förderung soll Auswirkungen auf andere Bereiche, z. B. Nahrungsmittelverknappung, durch einen Verbund der Förderung von Zulieferbetrieben, z. B. zur Steigerung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, auffangen.

Unabhängig von konkreter Förderung soll zudem tourismusbezogene Aufklärungs- und Informationsarbeit zur besseren Vorbereitung der Fernreisenden in der BRD geleistet werden.

Dieser Katalog antwortet auf die vom BMZ selbst erhobenen Bedenken, die oben geschildert wurden. Der Ansatz, nämlich die von uns als Modell der Abhängigkeit kritisierte Vorstellung von der weltwirtschaftlichen Verflechtung, bleibt dabei unberührt. Abgesehen von dieser prinzipiellen Ablehnung bieten die Grundsätze aber auch als solche Anlaß zur Kritik. So erscheint die zugrundeliegende Vorstellung, den Gefahren und negativen Auswirkungen durch entsprechende Gegenmaßnahmen begegnen zu können, reichlich blauäugig.

Es stellt sich die Frage, was das „vertretbare Verhältnis" von Nutzen und Nachteilen sein soll. Wird es bestimmt von den BMZ-Experten, die mit der nationalen Regierung zusammenarbeiten, so ist schwer vorstellbar, daß beide Aspekte eine gleichwertige Berücksichtigung erfahren. Denn der Bevölkerungsteil, der im Elend lebt und am ehesten für den Tourismus Opfer bringen muß, zum Beispiel bei Nahrungsmittelverknappung, wird gar nicht gefragt. Dies gilt um so mehr, als die angeblichen Vorteile sich bei näherem Hinsehen eher als Nachteile erweisen, wie wir bereits gesehen haben.

In den Grundsätzen werden auch innere Widersprüche sichtbar. Wie sollen etwa ausländische Kapitalbeteiligungen in Grenzen gehalten werden, wenn man eigens zu ihrer Förderung Investitionsanreize schafft?

Der Katalog wird einer kritischen Tourismuseinschätzung daher kaum gerecht.

Fernreisende als Sympathisanten

Die in den Grundsätzen angekündigte Öffentlichkeitsarbeit des BMZ erfolgt im wesentlichen durch den **„Studienkreis für Tourismus e. V."** in Starnberg. Dort werden Seminare für Reiseleiter veranstaltet und sogenannte **„Sympathie-Magazine"** herausgegeben, die mit bunten Bildern und netten Geschichten Verständnis für das Reiseland wecken sollen. Diese Broschüren werden von Reiseveranstaltern an ihre Kunden verteilt und können auch einzeln vom BMZ bezogen werden. Inzwischen sind sechs davon erschienen zu den Ländern Kenia, Ägypten, Thailand, Tunesien, Mexiko und Sri Lanka.

Je jünger die Ausgabe eine solchen Magazins, desto mehr hat die Kritik am Tourismus und anderen Phänomenen abhängiger Entwicklung dort Berücksichtigung und Antwort gefunden. Beispiel dafür ist das „Sympathie-Magazin Nr. 4 – Tunesien verstehen" aus dem Jahr 1978. Hier wird der Tourist immerhin durch Darstellung des kulturellen Hintergrunds und der von ihm selbst ausgehenden Demonstrationseffekte hinsichtlich seiner eigenen Verhaltensweisen sensibilisiert. Auch fehlt im Rahmen einer Skizzierung des

ET SPANIEN – LEED

Spanien-Olé!

1. Jedes Johr em Sommer jeit dat Spillche widder loß
Met Sack un Pack noh Spanien weil et do jo nit vill koß
Mer flejen dann mem Neckermann von Wahn noh Benidorm
Do wedde mer schön brung und sin su richtich jroß in Form
Refr.: Nä, nä, Marie es dat he schön
üvverall nur kölsche Tön
Näh, he süht es wirklich us
wie bei uns zohuss
He fählt nur vum Balkon
Die Aussich op d'r Dom

2. Am eeste Ovend weed direk e Babekju gemaat
Et weed jejrillt die Wöschjer hammer selver metjebraat
Mer drinke Cubra libre und Sangria bes zum Schluß
Als echte Kölsche föhlt mer sich doch üverall zohuss
Refr.: Nä, nä, Marie es dat he schön
la la la ...

3. Am nächste Morje triff mer sich öm zehn Uhr dann am Strand
En Zeidung us d'r Heimat un et Radio em Sand
Öm zwölf Uhr jitt et Meddach, em Hotel es wärm jekoch
Ähzezupp met Hämmche jitt et einmol in d'r Woch
Refr.: Nä, nä, Marie es dat he schön
la la la ...

4. Nomeddachs öm zwei do mache mir dann eesch en Tur
Met achzich Mann em Bus un dat für paar Pesete nur
Drei Stunde durch de Stadt do krißte wirklich vill ze sin
Un eines dat es jetzt schon klor he fleje mer widde hin
Refr.: Nä, nä, Marie es dat he schön
la la la ...

Ähzezupp	Erbsensuppe
Hämmche	Rippchen
eetste	der, die, das erste
Wöschjer	Würstchen

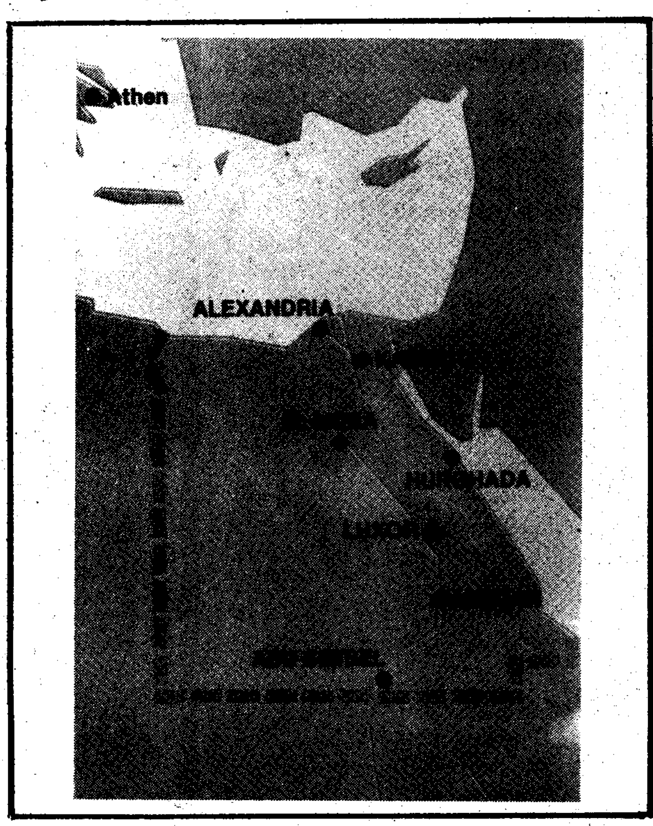
Das Lied wird von der Kölner Gruppe „De Bläck Fööss" (Die nackten Füße) gesungen.

politischen Systems nicht der Hinweis auf (illegale) oppositionelle Gruppen und die repressive Politik des Regimes Bourguiba. Letztere wird kommentiert mit dem Satz, die offizielle Begründung sei, „daß solche Maßnahmen – auch angesichts der wichtigsten Devisenquelle Tourismus – zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig seien" (18). Ob dem Pauschaltouristen die Bedeutung dieses Satzes bewußt wird?
Der neugierige Leser entdeckt aber auch einen Hinweis auf die **Praxis** der Tourismusförderung durch die BRD. Er erfährt, daß die Bundesregierung „an diesem wichtigen Wirtschaftszweig" beteiligt sei. So sind 2 Flughäfen, mehrere Straßen und eine Fährverbindung mit Krediten der deutschen Entwicklungshilfe eingerichtet worden. In welcher Weise diese Infrastruktur anderen Nutznießern als Tourismusinvestoren dienen soll, steht leider nicht dabei.

Ein tatsächlich abschreckendes Beispiel von Öffentlichkeitsarbeit lieferte noch das „Sympathie-Magazin Nr. 2 – Ägypten verstehen" von 1976. Es bestand weitgehend aus Lobeshymnen auf Land und Leute – die tatkräftige Mitarbeit des Amtlichen Ägyptischen Fremdenverkehrsbüros war nicht zu verkennen. Wohl nicht zuletzt als Anwort auf das negative Echo der bürgerlichen Presse (19) ist dieses Magazin 1979 in einer Neuauflage erschienen. Es enthält sogar einen Verhaltenskodex für Touristen, dessen Beherzigung zu wünschen ist („Wenn Sie es in Ägypten wie zu Hause haben wollen, dann verschwenden Sie Ihr Geld nicht fürs Reisen") (20). Die aktuelle Nahost-Politik, in der ersten Auflage noch inexistent, findet darin Erwähnung durch einen vornehm-zurückhaltenden Hinweis auf Sadats „Friedenspolitik". Bezüglich des eingeschlagenen „Entwicklungs-" weges ist eine, wenn auch vorsichtige, Kritik erkennbar, die aber – wie nicht anders zu erwarten – niemals grundsätzlich wird. Schließlich ist diese Politik so günstig für die BRD, daß Ägypten einen der Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik bildet.

Theorie und Wirklichkeit

Und da macht, wie der staunende Leser am Ende der Broschüre erfährt, auch der Tourismus keine Ausnahme: Da gibt es den „Masterplan" Ägypten, fertiggestellt im Mai 1978. Ein solcher Masterplan (21) hat die Funktion, Grundlagen für die planvolle Lenkung der Tourismusentwicklung eines Landes zu schaffen. Hier hat eine bundesdeutsche Consulting-Firma im Auftrag der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit; über diese bundeseigene Gesellschaft werden Projekte der Technischen Hilfe des BMZ abgewickelt) eine Studie erstellt, die die Ausweitung bestehender touristischer Kapazitäten in Kairo, Luxor, Assuan und Abu Simbel und die Erschließung neuer Anlagen an der Mittelmeerküste westlich von Alexandria sowie am Roten Meer und in einigen Oasen vorsieht. Kultur-, Tauchsport- und Badetourismus sollen gleichermaßen auf zahlungskräftige Kundschaft aus Europa/USA/Japan angelegt werden.
Im Rahmen dieses Artikels ist es nicht möglich, eine umfassende Untersuchung dieses Plans zu machen; einige kritische Hinweise am Maßstab der BMZ-Konzeption erscheinen jedoch angebracht.
Touristische Gesamtplanungen sind laut BMZ dann sinnvoll, wenn sich ein Land im Anfangsstadium der Tourismusentwicklung befindet; Ägypten verzeichnete bereits 1976 eine Mill. Ausländerankünfte mit 6,8 Mill. Übernachtungen, die (Brutto!)Deviseneinnahmen rangierten 1979 an vierter Stelle hinter denen aus Ölexport, Gastarbeiterüberweisungen und Gebühren für den Suez-Kanal (22). Hier geht es also nicht um die Grundlage, sondern die **Expansion der Tourismusindustrie**. Das legt den Verdacht nahe, daß nicht zuletzt die Profitinteressen deutscher Reiseveranstalter, die eine Steigerungsmöglichkeit ihrer Ägypten-Klientel von 75.000 im Jahr 1977 auf eine knappe Million bis 1983 im Auge haben (23), unterstützt werden sollen.



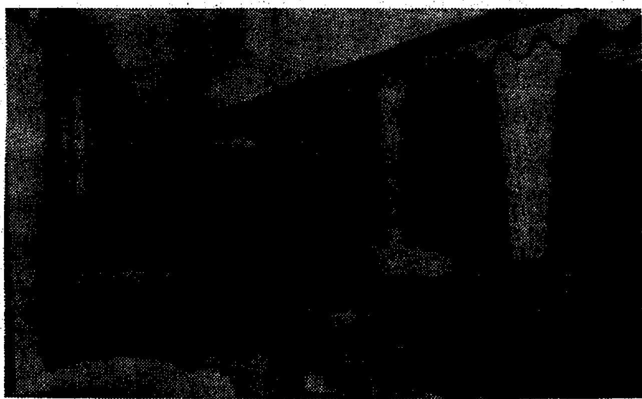
Die dem Plan zugrundeliegende Marktanalyse projiziert für 1990 eine quantitative Steigerung der Ausländerankünfte um rund 150 %. Dabei soll der Anteil arabischer Kunden, bisher 55 %, geringfügig absinken, die absolute Zahl insgesamt also beträchtlich steigen. Nun hat sich aber gezeigt, daß die als Antwort auf die Camp-David-Politik von 17 arabischen Staaten beschlossenen Boykottmaßnahmen auch im Bereich des Fremdenverkehrs empfindliche Wirkungen haben: „Araberboykott – Freie Betten am Nil" lautete der Titel eines „Zeit"-Artikels vom 27. 7. 79 dazu (24). Ungeachtet des Optimismus auf seiten des ägyptischen Tourismusministeriums, wo man auf einen Sinneswandel der Araber oder auf israelische Reisegruppen als Lückenbüßer hofft, muß die Eignung solcher **Marktanalysen** als bombensicherer Schutz vor **Fehlinvestitionen** also immerhin bezweifelt werden.

Das Musterland

Was die vom BMZ geforderte Integration der Tourismusentwicklung in die gesamtwirtschaftliche Strategie des Entwicklungslandes angeht, so ist angesichts der in zunehmendem Maß auf Exportförderung, Import von Luxusgütern und Förderung ausländischer Direktinvestitionen gerichteten Wirtschaftspolitik (25) eine „erfreuliche" Kohärenz sichtbar. Auch soll der Tourismusbereich nach dem Fünfjahresplan 1980 – 84 einen der **Schwerpunkte der Investitionspolitik** darstellen (26).
Das zeigt sich in der Praxis bereits jetzt:
Ägypten hat ein Darlehen in Höhe von 64 Mill. DM von der IDA (Internationale Entwicklungsorganisation, eine Welt-

banktochter) erhalten für den Aufbau von Tourismusprojekten in Luxor und Abu Simbel; vorgesehen sind der Ausbau der Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes (27).

Dazu gehören des näheren Elektrifizierung bzw. deren Erneuerung, die Anlage „moderner" Straßenbeleuchtungen, die Einrichtung einer Telefonzentrale am Flughafen von Luxor und Parkplätze, asphaltierte Zufahrtsstraßen, Aufenthaltsräume mit sanitären Anlagen, Einrichtungen von Gaststättenbetrieben im Umfeld der Sehenswürdigkeiten, kurz alles, um den „Erfordernissen des modernen Fremdenverkehrs gerecht zu werden" (28). Ausländische Unternehmer sind zu Angeboten aufgefordert, versteht sich.
Der irritierte Leser greift zur Lupe und sucht die anderen Nutznießer dieser Infrastruktur.



IM LUXUS NACH LUXOR: Eisenbahnreisende in Ägypten können künftig im Luxus auf der fast 1000 Kilometer langen Strecke von Kairo über Luxor nach Assuan reisen. Verpflegt und betreut werden sollen die Touristen in der neuen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entwickelten Schlafwagenflotte wie bei Luftfahrtgesellschaften. Die ägyptischen Eisenbahnen bestellten bei MBB insgesamt 60 Schlafwagen, zwölf Clubwagen und zwölf Generatorenwagen für die Energieversorgung des gesamten Zuges. Der erste Schlafwagen, der mit zwölf Zweibett-Abteilen mit fließend Warm- und Kaltwasser ausgestattet ist, wurde jetzt in München vorgestellt. Die Auslieferung der gesamten Flotte, über deren Preis keine Angaben gemacht wurden, soll bis Ende 1980 beendet sein. Die Arabische Republik Ägypten, in der der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren ist, entschloß sich zu diesem Kauf, da fast alle touristischen Sehenswürdigkeiten außerhalb Kairos nur über Luxor und Assuan zu erreichen sind. Da andere Transportmöglichkeiten kaum vorhanden sind, konzentriert sich der Verkehr auf die Eisenbahn, die zur Zeit jedoch kapazitätsmäßig nicht imstande ist, den Anforderungen des Tourismus zu entsprechen.

Des weiteren sollen an der Nordküste 3 Hotels mit 3000 Betten und ein Feriendorf mit 4000 Betten entstehen (29).

Am Roten Meer, in Hurghada, plant der Sheraton-Konzern, sein 1960 erbautes und bis letztes Jahr aufgrund der Kriegsereignisse leerstehendes Luxushotel attraktiver zu machen durch Angebote für Tauchsportler. Bis 1983 soll ein Feriendorf mit mehr als 250 Bungalows, einem Restaurant und Tennisplätzen entstehen. 5 km südlich davon will der Club Méditerranée ein Feriendorf mit 200 Zimmern errichten inklusive Unterwasserstation mit Tauchschule (30).
Der Profit lockt.

Wo gehobelt wird, da fallen Späne

Und mit dem (im Masterplan vorgesehenen) „Subaqua-Tourismus" sind wir beim nächsten Punkt: **Auswirkungen des Tourismus auf andere Bereiche**, zum Beispiel das **ökologische System** der Korallenriffs. Diese sind durch Kriegsschiffe weiter nördlich im Golf bereits angegriffen. Eine Horde von Tauchern, die Jagd auf Korallenfische machen, kann leicht eine Art ausrotten und damit ein ökologisches System zerstören, das 30 Jahre zur Regeneration braucht. Es gehört nicht viel dazu, ein Korallenriff zu vernichten. Nach Abnutzung der ersten Riffe werden die Taucher ihre Aktivitäten tiefer ins Meer verlegen. Man wird das Rote Meer dann bald als Beispiel dafür zitieren können, daß der Tourismus seine eigene Grundlage zerstört.

An alle Globetrotter – Weltreisende

Wir suchen eine Insel oder Teil eines Landes – landschaftlich reizvoll und leicht erreichbar, zu pachten oder zu kaufen.
Wer kann uns gegen entsprechende Belohnung einen Hinweis geben.
Wir sind eine Gemeinschaft, die auf der Suche nach einem alternativen Leben ist. ZF 1877 DIE ZEIT Postfach 10 68 20, 2000 Hamburg 1

aus: ZEIT 7.3.1980
(unter Spalte „Investieren – Bauen – Wohnen")

Entscheidender Kritikpunkt an dem Masterplan aber sind die **soziokulturellen Auswirkungen**, die das BMZ in seiner Konzeption immerhin zu beachten vorgibt.

Der hier anvisierte Nobeltourismus wird Enklaven schaffen, in denen Angehörige der privilegierten Schichten Europas und Japans und der arabischen Oberschicht sich dem eigens für sie organisierten Urlaubskonsum widmen. Ägypter lernen die Fremden kennen als Boten einer fernen Traumwelt. Die vergleichsweise gut bezahlten Arbeitskräfte (Kellner, Zimmermädchen, Fahrer), die den Touristen das Leben angenehm machen, werden deren organisiertes Nichtstun zum Maßstab eigenen Wunschdenkens machen. In ihren Köpfen wird daher eine Vorstellung von „Entwicklung" des eigenen Landes entstehen, die einen Griff nach dem Rockzipfel westlichen Konsums darstellt. Damit werden sie auch die gesellschaftlichen Verhältnisse gutheißen, die eine solche Kultur – oder vielmehr das, was die Ägypter von ihrer unmittelbaren Anschauung dafür halten müssen – hervorgebracht haben.
Ein besonderer Einfluß seitens der europäischen Touristen ist wie in anderen arabischen Ländern
auf das Verhalten gegenüber Frauen zu erwarten
bzw. in den bestehenden Gebieten bereits deutlich erfahrbar. Touristinnen werden zum begehrten Objekt sexueller Aggression. Dagegen haben die Ägypterinnen durch die Konfrontation mit nicht-moslemischen Frauen jedenfalls keine Vorteile.





Wegen der – hier nur angedeuteten – Folgen wird in dem Sympathie-Magazin auch auf eine (vom Masterplan unabhängige) Studie zu den sozialen Auswirkungen des Tourismus verwiesen, deren Empfehlungen „für die ägyptische Regierung in jedem Fall bedenkenswert" seien. Die einheimische Bevölkerung sollte über die Möglichkeiten informiert werden, die Chance einer „sozialen und ökonomischen Teilnahme" am Tourismus zu nutzen. Offenbar haben die deutschen Entwicklungsexperten eine rührende Vorstellung von der fürsorglichen einheimischen Elite, der das Wohlergehen der armen Massen besonders am Herzen liegt.

Der geneigte Leser erwartet nun, in dem fünfbändigen Expertenratschlag, der sich Masterplan nennt, eine den Empfehlungen entsprechende Planung zu finden. Weit gefehlt. Zwar gibt es in den Köpfen der Planer eine Vorstellung in dieser Richtung, die heißt „Alternativtourismus" (31). Verstanden werden darunter „alle Tourismusformen, die zu einem verstärkten gegenseitigen Kennenlernen, gegenseitigem Verständnis, gegenseitigem Annehmen zwischen Reisenden und Bevölkerung führen". Ein Vertreter der Consulting-Firma aber erklärt, warum diese Humanisierung des Massentourismus nicht ins Konzept paßt. Die „Sachzwänge" stehen ihr entgegen – wer wäre darauf gekommen! –, denn die kommerzielle Zielsetzung läßt keine Mittel übrig für einen derartigen Luxus. Im übrigen lege „der Ägypter" – gemeint ist offenbar die ägyptische Ministerialbürokratie – keinen Wert darauf, neugierige Auslandsbesucher hinter die Kulissen blicken zu lassen. Deutlicher können die Interessen der Kapitalisten und ihrer Büttel in den politischen Institutionen wohl kaum zu Tage treten.
Bleibt anzumerken, daß der Masterplan als Zielgruppe für Strand- und Naherholungstourismus auch Ägypter erfaßt, und zwar die „Ober- und obere Mittelschicht" .... Und das Ganze nennt sich dann Entwicklungshilfe. Oder sollte es doch Ausbeutungshilfe sein?

Zusammenfassung:
Die Tourismuskritik hat in Konzeption und Praxis der Tourismusförderung durch die Bundesregierung Eingang gefunden und wurde beantwortet mit dem „Konzept der korrektiven Tourismusförderung". Das bedeutet Förderung auf Sparflamme (mit Schwerpunkten auf Planung und auf Ausbildung von Fachkräften), die gleichzeitig nachteilige Auswirkungen zu bekämpfen sucht. Gerechtfertigt wird diese Politik mit dem Hinweis auf negative Folgen von Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen. Diese sind aber charakteristisch für die Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industrieländern, die damit nicht in Frage gestellt wird. Bezeichnenderweise taucht der Vergleich nur auf in den internen Arbeitspapieren des BMZ, während in der offiziellen Darstellung in den „Materialien" Nr. 54 (herausgeg. 1975) die Hinweise auf Nachteile des Tourismus recht pauschal durch Gegenbehauptungen relativiert werden.

Den soziokulturellen Auswirkungen des Tourismus versucht das BMZ durch auf Fernreisende bezogene Öffentlichkeitsarbeit zu begegnen. Dieser Ansatz von Bewußtseinsbildung ist zu begrüßen, wenn er auch, gemessen am Problem, unbedeutend ist.
Wie wir am Beispiel des Masterplans für Ägypten gesehen haben, wird die Praxis der Tourismusförderung dem BMZ-eigenen Maßstab nicht gerecht, weil die hehren Ziele hinter Profitinteressen verschwinden. Aus diesem Widerspruch hat man jetzt offiziell Konsequenzen gezogen:
In der Neubearbeitung der „Entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung", die diesen Sommer erscheinen wird, ist Tourismus als Bereich genannt, der mangels positivem Entwicklungseffekt nicht mehr gefördert werden soll. Diese neue Position wirft ein denkbar schlechtes Licht auf die Reisebranche, die von Devisenquelle und Völkerverständigung redet. Nur wird sie dadurch keineswegs gehindert, ihr lukratives Geschäft auf dem Rücken der als exotische Kulisse benutzten Menschen weiter zu betreiben.

Biggi



Kenia-Touristen, Eingeborene

Anmerkungen:

1) BMZ-Arbeitspapier „Förderung des Tourismus in Entwicklungsländern", Bonn 1974
2) Hasselblatt, W., in: BMZ-Materialien Nr. 54, Bonn 1975
3) ebenda S. 5
4) Arbeitspapier II, S. 47
5) Dritter Bericht der Bundesregierung, 1977, S. 55 ff.
6) Entwicklungspolitik: Hilfe oder Ausbeutung, hrsg. vom iz3w Freiburg, 1977, S. 150 ff.; 273 ff.
7) Hasselblatt S. 4, Arbeitspapier II, S. 55 ff.
8) Vgl. „Tourismus – ein Weg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit?" in diesem Heft
9) Hasselblatt S. 8 ff.
10) Arbeitspapier III, S. 50
11) Hasselblatt S. 9
12) Arbeitspapier II, S. 59
13) Ebenda S. 63
14) Ebenda S. 54
15) Hasselblatt S. 10
16) Entwicklungspolitik Jahresbericht 1978, S. 37
17) Hasselblatt S. 11 ff.
18) Tunesien-Magazin S. 8
19) Die Zeit 15. 10. 76
20) Dieser Kodex findet sich auch im „Sympathie-Magazin Nr. 6 – Sri Lanka verstehen", das seine Qualität im übrigen nicht zuletzt dadurch beweist, daß unter „Literaturhinweisen" die als „sehr informativ" und „politisch-kritisch" bezeichnete Nummer 75 „Sri Lanka" der „blätter des iz3w" Freiburg zu finden ist...
21) Aus Respekt vor der deutschen Sprache bleibe ich beim Fachchinesisch der Entwicklungsexperten; eine wörtliche Übersetzung scheint mir zu gewaltsam.
22) Die Zeit 27. 7. 79
23) GTZ-Presseinfo 14/78
24) Siehe auch FAZ 10. 7. 79; HB 8. 8. 79 und 30. 10. 79
25) NfA 8. 3., 24. 4. 9. 5., 23. 7., 18. 10. 1979; Beilage NfA Feb. 79; NZZ 24. 6., 20. 9. 1979; LM dipl. März 79
26) NfA 18. 10. 79
27) Beilage zu NfA 24. 7. 79
28) NfA 24. 10. 79
29) Die Zeit 27. 7. 79
30) FT 18. 8. 79
31) Die Vermarktungsmöglichkeiten des Wortes „alternativ" sind offenbar unbegrenzt.


KENYA
[redacted]
Guadeloupe
Die Badeferien-Perle.
TÜRKEI
Ein wahres Märchenland
HAITI
Die unbeschwert Fröhliche.
Indonesien–
das Land der 3000 Inseln
SÜD KOREA
Land der Morgenstille
...und dennoch lächelt Indien
BALI Insel der Götter und Dämonen
BRASILIEN
Wie es swingt und singt.
Tunesien
Schönste Oase für "Wintermuffel".
Moscheen, Basare und Oasen!
Bangkok–
das Tor zum Fernen Osten
Cayman Islands
Zwölf Kilometer Strand, 245 Banken und 10000 Schildkröten
MAROKKO
Märchen, Bazare moderner Orient.
NEPAL
Auf dem Dach der Welt...
...wo die Götter wohnen
TOGO
Schwarzes, ursprüngliches, heisses Afrika.
SRI LANKA
das Tropenparadies «par excellence»
Palmen, Orchideen, Tee und 15000 Mönche.
Buddhas, Tempel, Teeplantagen!
Antigua
Antillenperle

Auch Alternativtouristen sind Touristen

Im folgenden Artikel wollen wir über den Reisestil nachdenken, der von einer stark wachsenden Zahl von Leuten betrieben wird, die mit dem normalen Pauschaltourismus nicht einverstanden sind und der als Individual- oder sogar alternativer Tourismus bezeichnet wird.

„Pauschaltouristen lehne ich ab. Ich distanziere mich auf ganzer Linie von ihnen und verurteile sie als unoriginell, einfallslos oder hoffnungslos beschränkt. Der Pauschaltourismus als Wirtschaftszweig des Kapitalismus ist mir zuwider. Es widerstrebt mir sowieso, Urlaub und Erlebnisse zu konsumieren, zu kaufen. Ich glaube, daß ich mit meiner Form des individuellen alternativen Reisens den Strukturen und Zwängen entkommen kann, die ich in der BRD kritisiere." So reden wir Alternativtouristen häufig reichlich arrogant.
Wenn wir stolz alternativ reisen, machen wir uns nicht klar, daß jeder so reist, wie es seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage in der BRD entspricht. Die Pauschaltouristen benötigen körperliche Regeneration und fahren zur Sonne und Strand, werden bedient und brauchen sich um ein Freizeitprogramm nicht selbst zu kümmern. Und wenn wir als Alternativreisende unorganisiert losziehen, uns eher fremden und nicht planbaren Situationen aussetzen, als es Pauschaltouristen für gewöhnlich tun, dann suchen wir Selbstbestimmung und Selbsterfahrung, Dinge, mit denen wir auch in der BRD eher als Pauschaltouristen die Chance haben, uns zu beschäftigen. Da Alternativreisen privilegiertes Reisen ist (mehr Zeit, bessere Vorbereitungsmöglichkeiten) , gibt es keinen Grund, abfällig gegenüber Pauschaltouristen/Neckermanntouristen aufzutreten.

Interesse an den Zielländern?

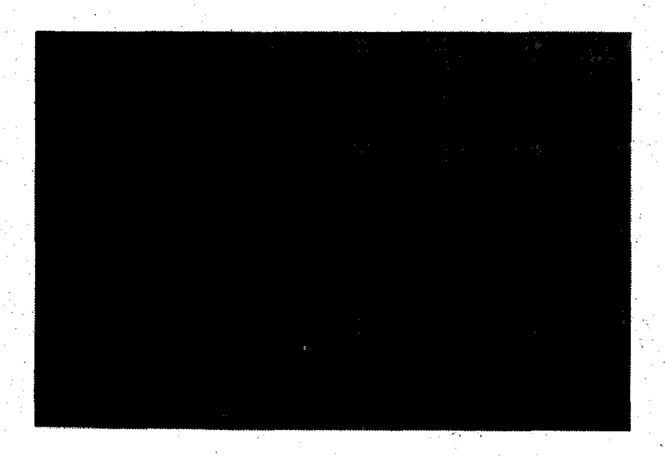
Die meisten von uns reisen aus genauso ichbezogenen Gründen weg, wie es jeder Pauschaltourist auch tut. Die einen müssen ihre Arbeitskraft regenerieren, wir wollen unsere zermürbte Psyche aufmöbeln, uns mit neuen Reizen umgeben. Außerdem ist der Prestigegewinn nicht unerheblich. Auch bei den Alternativtouristen ist zuerst der Wunsch da, wegzukommen, ehe sie ein konkretes Reiseziel haben. Der Reiz liegt in der Fortbewegung, der scheinbaren Ungebundenheit. Selten bleibt ein Alternativtourist lange an einem Fleck, um seinen Gastort gründlicher kennenzulernen und tiefergehende Kontakte zu knüpfen. Typischer ist eigentlich, daß in der vorgegebenen Zeit oft Riesenstrecken oder sogar mehrere Länder bereist werden. Wenn die Alternativtouristen wirklich Interesse daran hätten, einen bestimmten Landstrich und die dortigen Lebensverhältnisse kennenzulernen, dann gäbe es nicht die vielen sogenannten Alternativreiseführer, die oftmals für ganze Kontinente Reisetips und Reiserouten bereithalten und die massenhaft gekauft werden.

Individuelles Reisen ....

Nach allgemeinen Hinweisen über Formalien wie Visa- und Impfbestimmumgen und meist total verzerrenden Kurzdarstellungen über das jeweilige Gebiet werden in diesen Führern Billighotels genannt und die günstigsten Verkehrsverbindungen zum nächsten Ort. Auch wegen dieser Reiseführer gibt es inzwischen wahre Touristenstrassen quer durch ganze Kontinente. Es ist schon merkwürdig, wenn sich dann zwei unabhängig voneinander gereiste Leute hinterher zum Beispiel über eine spezielle Speise in einer bestimmten Kneipe vorschwärmen oder beide dick Freundschaft geschlossen haben mit dem so natürlichen, vom Tourismus ganz und gar unverdorbenen Strassenhändler vor jenem Hotel. Eigentlich ist das alles auch Massentourismus, nur mit Selbstbetrug.

.... oder alternativtouristische Trampelpfade?

Selbst wenn wir bestrebt sind, immer wieder in Gebiete vorzustoßen, wo noch wenige andere Europäer vor uns waren, müssen wir gestehen, daß wir auf eine gewisse Art touristischer Infrastruktur sogar genauso angewiesen sind wie jeder Pauschaltourist. Wir benötigen die Einrichtungen des Massentourismus (Flugplatz, Tourist Information, Wechselstuben, etc.) .
Darüber hinaus haben wir uns noch unsere eigene Infrastruktur geschaffen. Denn wir würden uns in den meisten Dritte- Weltländern wohl nie zurechtfinden, wenn es nicht in jedem Ort entlang der Reisestrecke Hotels und Lokale gäbe, die auf Rucksacktouristen eingestellt sind, wo, oft nur wegen der Touristen, jemand englisch, französisch oder spanisch spricht oder aber andere Reisende mit weiteren Tips und Informationen anzutreffen sind.
Nur so kann man sich die Dreistigkeit erlauben, in ein Land zu reisen, wo man weder Sprache, Schrift noch den kulturellen Hintergrund genau kennt.
Auch als Alternativtourist hat man es so außerordentlich schwer, aus der Europäerklave auszubrechen, die meisten wollen es eigentlich gar nicht.
Und wer jetzt stolz denkt, er habe es auf seiner Reise geschafft, hat das Netz der Reisemöglichkeiten doch nur erweitert für andere, die schnell nachkommen werden.



Was für ein Verhältnis haben wir zu den Leuten, mit denen wir auf der Reise in Kontakt kommem?

Pauschaltouristen wird vorgeworfen, sie würden ohne Verständnis für das Land, das sie besuchen, reisen. Einheimische lernen sie nur in Form von Hotelangestellten kennen oder erleben sie bei Rundreisen durchs Land als exotische Kulisse.
Ebenso wie Pauschaltouristen profitieren auch wir von den Abhängigkeitsstrukturen, die zwischen unserem Herkunftsland als Vertreter der Industrienationen und dem Dritte-

Weltland bestehen. Der Westen wird in den Massenmedien der abhängigen Länder glorifiziert, der Weiße ist nach wie vor ein bewundernswerter Mensch. In vielen Dritte-Welt-ländern hat es einen großen Prestigewert, mit so einem Weißen bekannt oder sogar befreundet zu sein. Und wir spekulieren auch darauf, überall gerngesehen zu sein. Denn wenn man sich uns als Vertreter eines Industrielandes ablehnend gegenüber verhalten würde, würde das Reisen wohl kaum Spaß machen.

Von diesem Hintergrund muss man auch die Gastfreundschaft uns gegenüber sehen, die in vielen Gegenden herrscht.

Erlebt man sein Gegenüber wirklich als gleichwertig, wenn man sich ihm gegenüber so verhält, wie man es sich selbst nie gefallen lassen würde? In einem Alternativreiseführer über Süd-Ost-Asien wird bei einem Besuch von Sarawak, Ostmalaysia z.B. folgendes empfohlen, wenn man privat unterkommen will:

„Höflich ist es, den Langhausbewohnern kleine Geschenke mitzubringen, Süssigkeiten für die Kinder, Zigaretten für die Erwachsenen. Da du wahrscheinlich zum Essen eingeladen wirst, während du da bist, wird es dir nicht wehtun, ein paar Dosen mit Essen als Gegengabe mitzunehmen. Falls du planst, dort auch zu übernachten, nimm so viel mit, wie du selbst essen wirst. Eine persönliche Einführung brauchst du nicht, die Leute auf dem Boot wissen meist, zu welchen Häusern man so gehen kann. Du gehst einfach hin, grinst, und dann wirst du eingeladen, dir alles anzuschauen. Um ein richtiges Gefühl fürs Langhausleben zu kriegen, bleib über Nacht da, oder auch länger, oder reise von Langhaus zu Langhaus die Flüsse hoch."

(SE-Asia in a shoestring, lonely planet publications, australia 1977)

Und ein deutscher Alternativreiseführer berichtet über das gleiche Gebiet:

„Sarawak, das ist vor allen Dingen die Begegnung mit Menschen, mit Stammangehörigen, die vom Tourismus (nur einige zehntausend pro Jahr) unverdorben sind. Stämme mit dem typischen Mönchshaarschnitt, die Männer tätowiert, die Frauen barbrüstig und mit scheren Ohrgehängen, welche die Ohrläppchen zu Ohrlappen in die Länge ziehen – bis auf die Schultern. Die Dayaks und andere Stämme wissen noch mit Blasrohr und vergifteten Pfeilen umzugehen und waren bis vor wenigen Jahrzehnten noch Kopfjäger. Menschenhaare verzieren ihre Kampfschilde, die Totenschädel ihrer Feinde hängen auf der Veranda ihrer longhouses. Diese Langhäuser sind eine der Hauptattraktionen."

Und weiter unten:

„Klar, daß Gäste zum Essen und Übernachten eingeladen werden!"

BORNEO im Einbaum

Zigaretten, Eier und eine Tüte Bonbons öffneten die Langhäuser der Iban-Kopfjäger

Auf zum Zoobesuch. Falls man vorher noch Hemmungen hatte, einfach von total Fremden, deren Sprache man auch nicht spricht, Gastfreundschaft zu erwarten, so sind sie spätestens nach dieser Lektüre beseitigt. Was dem einen sein sightseeing ist, ist dem anderen sein lifeseeing.

Es stimmt, daß die Langhausbewohner, die hier beschrieben werden, eine stark ausgeprägte gegenseitige Gastfreundschaft pflegen und es auch ehrenrührig wäre, einem Fremden Essen und Schlafstelle zu verwehren. Dieser Moralkodex hat sich aus der Notwendigkeit heraus entwickelt, zum Beispiel auf dem Weg zum mehrere Tage entfernten Markt Zwischenstationen machen zu müssen. Für die Leute mit ihren schlechten Transportmöglichkeiten ist Gastfreundschaft lebensnotwendig. Eine ganz andere Situation ist es, wenn Touristen diese Gastfreundschaft ausnützen. Langhausbewohner sehen das so: (Bericht aus der regionalen Zeitung Borneo Bulletin, 19. 2. 1977)

„Die Touristen glauben wohl, daß sie durch die Langhäuser spazieren gehen können, ihre Nasen in Privaträume (Schlaf-Wohn-Koch- und Essräume in einem) stecken können. Dabei sind es schlechte Manieren für jedermann, diese Räume zu betreten, solang man nicht dazu aufgefordert wird. Ich bin mir sicher, daß sie die Vorstellung nicht so gut fänden, einen Haufen Langhausleute bei sich zu Hause zu haben, die überall rumlaufen und alles genauestens inspizieren würden. Die Leute bedenken nie unsere Schwierigkeiten, sie erwarten von uns, daß wir Reisschnaps und Essen servieren und daß unsere Frauen sich traditionell anziehen. Reisschnaps, Essen und Zeit kosten Geld, und Geld kommt nicht leicht zu uns Langhausleuten."

Er fügte hinzu, daß jeder Tourist das Langhaus etwa einen malayischen Dollar koste (1 DM), während das Langhaus nichts als Gegenwert erhalte.

„Ein Besuch kann lustig sein, der zweite erträglich, aber mehrere Male in der Woche über Monate hinweg kann eine schreckliche Nerverei sein."



Hat er die Lösung für unsere Probleme?

Kontakt auf Gegenseitigkeit?

Wir nützen unsere Gastgeber aber nicht nur wirtschaftlich aus. Wir üben auch Einfluss auf soziales Zusammenleben und gesellschaftliche Normen aus. Wir verändern Lebensformen, und damit gleichzeitig auch die Basis für unsere Bedürfnisbefriedigung:

Der Traum des Alternativtouristen ist es ja, in möglichst ursprüngliche Gebiete vorzustossen. Dort kommt er noch in den Genuss traditioneller Gastfreundschaft. Er wird auch

nicht mit der Wirklichkeit, nämlich mit den Folgen des eigenen Reisens konfrontiert.

Hier kann er sich der Illusion hingeben, er sei seiner Zivilisation entkommen, Gast und Gastgeber ständen sich als Individuen unvoreingenommen gegenüber. Endlich kann man an einer existenzialistischen unentfremdeten Lebensweise teilhaben. Mit dem Rückflugticket in der Tasche, Medikamenten im Körper und „zweiter Existenz" in der BRD wandert der Tourist, vielleicht selbst auch barfuß (die Stiefel dann im Rucksack) mit seinen Gastgebern auf die Felder, ißt mit ihnen zusammen ihre ärmliche Kost und schläft auf harten Matten.

Die Wirklichkeit des Verhältnisses zwischen Alternativtourist und Gastgeber tritt besonders kraß zutage, wenn ersterer befriedigt seine Heimreise antritt. Er lässt seine Gastgeber fasziniert und verwirrt zurück. Sie sind beeindruckt von den Möglichkeiten ihres Gastes, Länder und Menschen kennen lernen zu können. Sie selbst können nicht wie er zwischen verschiedenen Kontinenten und Lebensstilen hin-und-hergondeln und wählen. Sie werden nun lediglich versuchen können, auch etwas an den Errungenschaften des „Fortschrittes" teilzunehmen, selbst wenn es nur in wenigen Teilbereichen möglich sein wird.

Die Veränderungen, die der Alternativtourist bewirkt, sind ihm selbst deutlich und unangenehm. Er versucht, immer wieder in Gebiete vorzustoßen, wo noch nicht zu viele andere Touristen vor ihm gewesen sind, um dort „Ursprünglichkeit" zu erleben.

Außer daß der Altenativtourist die Einheimischen wirtschaftlich ausnützt (nicht zuletzt deswegen sind solche Reisen erschwinglich) und in nicht gleichberechtigten Kontakten einseitig von ihnen profitiert, unterstützt er also noch ein Verständnis vom Leben in den Industrieländern, das viele Punkte unberücksichtigt lässt. Als relativ junger Mensch , oft nur in der Ausbildung, kann er es sich leisten, durch die Welt zu gondeln, und bewahrheitet schon damit die Vorstellung vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Er wird nicht vermitteln können, wieviele Leute auch in der BRD sich eine solche Reise nicht leisten können, wieviele negative Aspekte sein Leben zuhause beinhaltet und vor allen Dingen, auf wessen Rücken unser Wirschtschaftswachstum letztlich ausgetragen wird. So unterstützt er in der Dritten Welt den Glauben an die Vorzüge kapitalistischer Verhältnisse und verfestigt sie so, selbst wenn der Tourist selbst sie vielleicht kritisiert.

Hendrike

Touristen zu Besuch

Natürlich fotografieren Touristen. Das gehört zum Urlaub dazu, um den Daheimgebliebenen zeigen zu können, wo man gewesen ist. Allerdings sind sich Urlauber, auf der Suche nach dem Ungewöhnlichen, oft nicht bewußt, wie taktlos und unsensibel sie sich verhalten. Ihnen hat unsere Leserin Gerti Wöhe ihren Beitrag gewidmet.

Ich hatte mir meine ältesten Klamotten angezogen und war gerade mit Gartenarbeit beschäftigt, als sie vor unserem Gartenzaun erschienen — zwei dunkelhäutige Gestalten. Jedem von ihnen baumelte ein Fotoapparat vor dem Bauch. Abwartend blieben sie stehen und sahen mich an. Vielleicht hatten sie sich im Weg geirrt?

Etwas zögernd ging ich näher. Sie grinsten mich aufmunternd an. Der eine von ihnen zog etwas aus der Hosentasche und reichte es mir. Vielleicht ein Zettel mit der Adresse, die sie suchten? Es war ein Bonbon, das er mir in die Hand schob.

Während ich es noch ratlos-verwirrt anblickte, fingen sie an, in abgehacktem Englisch auf mich einzureden. Ihr Englisch war nicht besser als meines, dennoch entging mir das Wort „Foto" nicht, und auch ihre Geste war eindeutig: sie wollten ein Foto von mir machen. Ein Foto von mir? Was sollte das, sie kannten mich doch gar nicht? Und überhaupt, in dem Aufzug! Sie hätten gern ein Bild, erklärten sie, um Bekannten daheim zu zeigen, wie Deutsche aussehen. Auch die Häuser, in denen man hier wohne, wollten sie denen daheim zeigen — und überhaupt alles hier bei uns sei ja so interessant und anders als bei ihnen in Afrika. Niemand daheim könne sich das vorstellen. Deshalb müßten sie in ihrem Deutschland-Urlaub so viel wie nur irgend möglich fotografieren.

Während der eine mir sein Anliegen mühsam auseinandersetzte, nützte der andere die Zeit und fotografierte Haus und Garten von allen Seiten. Wieder baten sie, ein Foto von mir machen zu dürfen. Halb einverstanden wandte ich ein, ich müsse mich ja wenigstens erst umziehen, sonst würden die Leute in ihrer Heimat ja denken, Deutsche tragen schmutzige, alte Kleider. Als ich mich anschickte, ins Haus zu gehen, fragten sie mich, ob sie nicht vielleicht mitkommen dürften, sie würden gern einmal ein deutsches Haus von innen sehen.

Also gut, ungastlich gegenüber Fremden wollte ich nicht sein. Kaum im Haus angekommen, war ihrer Begeisterung kein Einhalt zu gebieten. Das Haus gehörte ihnen. Unaufgefordert zogen sie von Zimmer zu Zimmer, und überall flammte das Blitzlicht auf. Ich zog mir inzwischen mein bestes Kleid an und frisierte mich. Als ich fertig war, hatten die beiden ihren Rundgang beendet und warteten im Wohnzimmer auf mich. Ich setzte mich in Positur und wartete mit verkrampftem Lächeln auf das erlösende „Klick". Doch ein Bild müßten sie mir wenigstens schicken, verlangte ich dann von ihnen. Sie versprachen es, und ich schrieb ihnen meine Adresse auf.

Die beiden waren mir inzwischen gar nicht mehr so unsympathisch. Ich ging in die Küche, machte Kaffee und holte den restlichen Sonntagskuchen. Als ich alles vor sie hinstellte und sie bat, zuzugreifen, herrschte peinliches Schweigen. Schließlich gaben sie mir zu verstehen, sie würden lieber nichts bei mir essen. Von unserem Essen würde ihnen vielleicht schlecht werden — und zu trinken hätten sie sich auch selbst etwas mitgebracht, ich solle ihnen nicht böse sein. Mit diesen Worten zogen sie zwei Kalebassen aus dem Ledersack, den sie bei sich trugen, und tranken.

Natürlich war ich böse. Wer hört schon gern, daß anderen vom eigenen Essen schlecht wird. Dennoch ließ ich mir aus Höflichkeit nichts anmerken. Meine beiden Besucher waren noch immer nicht ganz zufrieden. Sie fingen nun an, mich auszufragen. Wie alt ich sei, wollten sie wissen, was mein Mann mache, wieviel er verdiene und ob er noch andere Frauen habe. Ich fand die Fragen alle zu persönlich und antwortete etwas verlegen lächelnd. Als ich auf ihre Frage nach der Zahl meiner Kinder erklärte, ich hätte gar keine, fragten sie mich erstaunt, ob ich unfruchtbar sei. Aus dieser peinlichen Situation rettete mich meine Nachbarin, die in diesem Augenblick gerade zu Besuch kam. Sie trug ein Dirndl, und die beiden Afrikaner waren begeistert von dem Nationalkostüm, das sie offensichtlich schon kannten, denn sie waren fest davon überzeugt, daß meine Nachbarin auch jodeln könne. Eindringlich baten sie die verdutzte Frau, ihnen etwas vorzujodeln, sie würden es gern auf Tonband aufnehmen, um denen daheim eine Kostprobe deutscher Volksmusik zu geben. Um ihnen eine Freude zu machen und auch um sie endlich loszuwerden, beschlossen wir, ihnen statt dessen „Am Brunnen vor dem Tore" vorzusingen. Sie schienen begeistert von unserer Darbietung und spielten uns anschließend unser auf Tonband aufgenommenes, etwas falsch gesungenes Volkslied noch einmal vor.

Dann verabschiedeten sie sich. Am Gartentor drückte mir einer von ihnen zum Abschied zehn Mark in die Hand — fürs Foto, sagte er und versprach nochmals, mir einen Abzug zu schicken. Das war vor zwei Jahren. Ich habe das Bild bis heute nicht erhalten.

(FR, 22.12.79)

Erwartungen vor der großen Fahrt

„Zwei Monate nach Ostafrika – was willst Du dort eigentlich machen?", werde ich fast immer gefragt, wenn ich jemandem über meinen Plan erzähle. Um meine Motivation zu erklären, möchte ich erst beschreiben, wie sich dieses Vorhaben entwickelt hat.

Als ich auf der Schule war, habe ich mir oft vorgenommen, nach meinem Abitur nicht gleich in die nächste Lehranstalt, sprich Uni, zu gehen, sondern erst einmal die Chance zu nützen, eine große Reise machen zu können, um etwas ganz anderes kennenzulernen und frei zu sein von allen Alltagsverpflichtungen.

Verstärkt hatte sich dieser Wunsch dadurch, daß ich einiges über Entwicklungsländer gelesen, gesehen und gehört habe, Reiseberichte, wie auch Berichte über die Schwierigkeiten, mit denen die Entwicklungsländer zu kämpfen haben. In vielen Gesprächen und Diskussionen hörte ich völlig verschiedene Ansichten. Aber irgendwie ließ es mich unbefriedigt, mich nur theoretisch damit auseinanderzusetzen. Ich wollte selbst einmal kennenlernen, wie es in diesen Ländern wirklich aussieht, vor allem wie die Menschen dort leben.

Warum ich aus den vielen fernen Ländern gerade Ostafrika als mein Reiseziel auswählte, hat viel Gründe.

In Ostafrika wird neben der Landessprache auch englisch gesprochen, die einzige Fremdsprache, in der ich mich einigermaßen verständigen kann. Auf dem Land werde ich wohl trotzdem leichte Sprachschwierigkeiten haben.

Zudem reizt es mich sehr, die dortige Natur und den Wildreichtum zu erleben. Es muß unbeschreiblich schön sein, durch die Savannen- und Buschlandschaft zu streifen, Tiere, die man ansonsten nur im Fernsehen oder im Zoo beäugen kann, in ihrem natürlichen Lebensraum zu beobachten, oder an einem bizarren Riff entlang zu schnorcheln. Wenn ich viel Glück habe, treffe ich vielleicht auch irgendwo eine zoologische Forschungsgruppe, die in einem Dorf gerade Vorräte besorgt, und die man dann ja ansprechen könnte. Da ich auch sehr stark politisch interessiert bin, möchte ich in jedem Fall Tanzania und Kenia besuchen. Ich bin unheimlich neugierig, wie sich die beiden Nachbarstaaten unter völlig verschiedenen Regierungsformen entwickelt haben und mit ihren Problemen fertig werden.

Ein Rolle bei meiner Wahl spielte natürlich auch, daß ich ein Land besuchen wollte, wo ich nicht befürchten muß, einen Kopf kürzer zu werden, was beispielweise in Uganda leicht der Fall sein könnte. Kenia und Tanzania haben auch die Begleiterscheinung, daß sie ein Klima haben, welches für den Europäer noch relativ erträglich ist.

Zu guter letzt möchte ich etwas davon spüren, wie sich der Tourismus für ein Land der „dritten Welt" auswirkt. Ich bin nämlich selbst sehr stark davon betroffen, da ich seit mehreren Monaten in einem Reisebüro jobbe und nach meiner Afrikareise eine Reisebürolehre machen will.

Was wird mich nun dort unten erwarten? Wie wird der Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung aussehen? Mir schwirren viele Bilder durch den Kopf: gemütliches Beisammensein vor oder in einer Hütte irgendwo in einem Dorf, Austausch über die unterschiedlichen Lebensweisen, Gespräche in den Überlandbussen, gemeinsames Essen und Feiern, Begegnungen in einem Café, in einer Kneipe oder in einem kleinen „Hotel", wo man für wenig Geld übernachten kann, Lachen und Feilschen auf dem Markt beim kritischen Betrachten der für mich völlig fremden Kost, Mitarbeit in der Landwirtschaft. Ich bin allerdings nicht sicher, ob letzteres aufgrund einheimischer Gebräuche überhaupt möglich ist. Falls ich mal irgendwo eingeladen werde, möchte ich mich auch revanchieren. Mit einem Gegenbesuch ist ja fast nichts drin. Ich habe aber gehört, daß ein kleines Geschenk beim Verabschieden ganz gut ankommt.

Neben all diesen schönen Bildern frage ich mich auch manchmal, ob ich nicht öfters einsam sein werde und nicht verstanden. Ich hoffe auch ein wenig, daß ich Gleichgesinnten begegne, die genauso durchs Land reisen wie ich.

Vor einiger Zeit habe ich ausführlich mit einem Studenten aus Tanzania gesprochen, der mir sehr viel aus seinem Land erzählte, mir viele Tips gab und die Adresse seiner Familie in Dar es Salaam. Vor allem über letzteres bin ich unheimlich froh. Wenn ich mit dem Flugzeug in Tanzania ankommen werde, werde ich mich dann erst mal an diese Familie wenden und mich von dort aus vortasten. Überhaupt haben mich Gespräche mit Leuten, die selbst für längere Zeit in Ostafrika waren, in meinem Fall neben dem tanzanischen Studenten ein ehemaliger Entwicklungshelfer und ein Mädchen, das in einem „Work-camp" in Kenia mitarbeitete, sehr stark für mein Vorhaben begeistert. Inzwischen kann ich es kaum erwarten loszufahren. Ich habe auch gemerkt, wie sich gerade durch diese Gespräche meine Erwartungen und Vorstellungen geändert haben, und vor allem haben sie sich viel mehr konkretisiert. Dies hatte allerdings zur Folge, daß ich diesen Artikel alle paar Wochen umschreiben konnte. Am Anfang meiner Vorbereitungszeit für die Reise war ich äußerst enthusiastisch. Je näher aber der Tag meiner Abreise heranrückte, und je intensiver ich mich folglich damit auseinandersetzte, desto mehr Fragen tauchten auf. Manchmal war es mir nicht so ganz geheuer, was ich da eigentlich vorhatte. Ich sah alles viel rationaler. Aber die oben erwähnten Gespräche beseitigten manche Unsicherheiten und Ängste, und haben eine Vorfreude geschaffen, die von Tag zu Tag größer wird.

Nun gehen meine Vorbereitungen langsam dem Ende zu. Die Impfungen habe ich schon artig über mich ergehen lassen. Das Tansaniavisum habe ich auch schon. Der Flug ist gebucht, das Geld habe ich mir durch das Arbeiten im Reisebüro verdient.

Ansonsten muß ich mich von all dem, was da auf mich zukommt, überraschen lassen.

Eines macht mir allerdings Sorgen. Wie wird es sein, wenn ich wieder zurück nach Deutschland komme? Wird da nicht erst einmal der große Frust einsetzen?– Eingewöhungsscheierigkeiten, wie man das so schön sagt. Ich weiß, daß ich vieles von dem, was ich in Afrika an Positivem erfahren werde, nicht in unser Leben hinüberretten kann. Aber vielleicht zeigen mir manche Anregungen aus Afrika, in welche Richtung ich hier gehen soll, um mehr Mensch zu werden.

Joachim

Tourismus – das ist auch Reisen

Es gibt wohl niemanden, der am Abend vor seinem Abflug nach Peru, Ceylon oder Ostafrika kein Reisefieber hätte. Auch ein wacher Verstand, der die Bedingungen und Folgen des eigenen Tuns kritisch erwägt, schützt nicht gegen die Vorfreuden und Vor-Ängste, die uns angesichts des Unbekannten beschleichen. Der oben abgedruckte Text drückt solche (vor allem positiven) Phantasien unmittelbar aus. Das unterscheidet ihn von den anderen Artikeln des Themenblocks, die aus einer intellektuell-distanzierten Haltung geschrieben sind. Mich hat dieser Text zu Überlegungen angeregt, die in unserem Themenblock sonst fehlen, die ich aber wichtig finde, um dem Tourismus in die Dritte Welt gegenüber eine überzeugende Haltung zu finden.
Ich nehme an, daß alle Touristen – egal, ob „organisiert" oder „alternativ" – Glücksansprüche an ihre Reise stellen, die den oben geäußerten ähnlich sind: Ästhetische Eindrücke, bewußtseinserweiternde Erfahrungen, menschliche Begegnungen, Distanz vom Streß, körperliche und seelische Entspannung. Und ich halte diese Erwartungen auch für berechtigt. In Neugier und Erlebnishunger steckt nämlich mehr als nur Überdruß und Flucht aus der kapitalistischen Gesellschaft, die den Einzelnen erschöpft und seiner menschlichen Natur entfremdet. Darin äußert sich auch Hoffnung und Freiheitsdrang, also die menschliche Natur selbst, die umso stärker gegen ihre Knebelung durch Profitrationalität und Leistungszwang aufbegehrt, desto greifbarer die Entwicklung der Technik die Möglichkeit ihrer Verwirklichung macht.
Berechtigt sind diese Ansprüche aber auch insofern, als kein Zweifel bestehen kann, daß viele davon sich auf einer Reise in die Dritte Welt tatsächlich erfüllen lassen. Sonne und Wärme, freilebendes Großwild in einer Savannen- und Buschlandschaft, bizarre Riffe und den schneebedeckten Kilimandscharo gibt es in Ostafrika wirklich. Und nicht nur



in gelehrten Büchern zu lesen, sondern zu erleben, daß man sich (z.B. gegenüber Fremden) anders, freundlicher und gelassener verhalten kann, als unsere „westlichen" Werte und Normen es nahelegen, kann tatsächlich ein starker Beweggrund sein, das eigene Leben und die eigene Gesellschaft als veränderbar begreifen zu lernen. Zu den Erfahrungschancen, die eine Reise in die Dritte Welt bietet, gehört auch die unmittelbare Konfrontation mit den Verwüstungen, die unser Imperialismus dort anrichtet: Elend, Abhängigkeit, Identitätsverlust bei der einheimischen Bevölkerung, aber auch der aufflammende Stolz auf die eigene Kultur und der verzweifelte Mut, sich gegen das übermächtige Fremde zu wehren. Viele, die heute an den „blättern des iz3w" mitarbeiten, sind durch eine (mehr oder weniger touristische) Reise zur politischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen gelangt.
Ich hege daher den Verdacht, daß es weniger Zweifel am Tourismus begründete als an unserer eigenen Erlebnisfähigkeit, wenn wir Erwartungen wie die oben geäußerten als Illusionen abtun würden. Das hätte etwas von dem blasierten Skeptizismus an sich, der konservative Schriftsteller wie Henry de Montherland oder Gottfried Benn zu Polemiken gegen das Reisen überhaupt veranlaßt hat. Dem Tourismus jegliche Qualität des Reisens abzusprechen, hieße überdies, seinen kapitalistischen Verwertungszusammenhang kulturkritisch mißverstehen, der ja jeder Ware einen Kern von Gebrauchswert belassen muß, damit sie an den Käufer-Verbraucher gebracht werden kann. Dem Nihilismus Benns oder Montherlands stehen z.B. die Bilder entgegen, die der Maler August Macke kurz vor dem Ersten Weltkrieg von seinem Aufenthalt in Nordafrika mitgebracht hat. Ich glaube, daß auch Touristen heute beim Anblick einer Wüstenlandschaft oder der traditionellen arabischen Architektur jenen ästhetischen Genuß haben können, den der Maler kreativ umgesetzt hat.
Das alles ändert allerdings gar nichts daran, daß der Tourismus in die Dritte Welt eine moderne Erscheinungsform des Imperialismus ist, der die dort lebenden Völker in Elend und Abkängigkeit stürzt und ihre Lebensweise zerstört. Nichts, was in unseren Artikeln über die verheerenden Auswirkungen des Tourismus festgestellt wird, ist deswegen weniger richtig oder weniger ernst zu nehmen. Wer in die Dritte Welt reist, um seine Neugier und seinen Erlebnishunger zu stillen, tut das auf Kosten der Einheimischen, so berechtigt Neugier und Erlebnishunger auch sind. Das gilt sogar besonders für „alternative" Reisende, die verständlicherweise gerade in noch wenig vom Kapitalismus berührte Gebiete gehen und so zur Vorhut dessen werden, dem sie entkommen wollen. Die Gesellschaft, aus der wir kommen, ist wie eine ansteckende Krankheit, mit der wir infiziert sind. Auch wenn wir sie gar nicht haben wollen, wenn wir sie bekämpfen, bleiben wir ihre Überträger. Dagegen hilft nur der Entschluß, sich von denen fernzuhalten, die noch nicht angesteckt sind.
Ob man in die Dritte Welt reisen soll oder nicht, halte ich daher für einen Verzichtskonflikt. Entweder, man verzichtet auf berechtigte Glücksansprüche, bleibt hier und trägt nicht – wenigstens nicht als Tourist – dazu bei, anderen die Lebensgrundlage zu entziehen. Oder man verzichtet eben nicht und setzt sich über moralische und politische Skrupel hinweg, die man bereit ist um seiner eigenen Ansprüche willen auszuhalten. Beide Haltungen muß man akzeptieren. Ganz und gar nicht akzeptabel finde ich dagegen das ideologische Verfahren, als „alternativer" Tourist loszureisen und sich über seine Selbstzweifel mit der bequemen Lüge hinwegzutäuschen, eigentlich sei so eine Reise ja wichtige Solidaritätsarbeit.
Womit ist nicht bestreiten will, daß die Solidaritätsarbeit unmittelbarer Informationsquellen bedarf. Aber das ist ein anderes Problem, das an anderer Stelle zu erörtern ist.

hpö

„Klar, es war schön, aber...”

Bist Du nicht zurechtgekommen, wurde ich neulich wieder gefragt, als ich meine Reiseerfahrungen darlegte. Alles klingt so negativ.

Vier Monate war ich unterwegs gewesen, seither ist ein Jahr vergangen. Anders als in den ersten Wochen nach meiner Rückkehr schilderte ich nicht mehr einzelne Begebenheiten, vermied ich es, bei meinen Erzählungen Oh-Rufe zu provozieren.Damit konnte ich den Alltag, der mich umgeben und nachhaltig beeindruckt hatte, nicht richtig vermitteln. Die Erlebnisse verdichteten sich zu Stories, die letztendlich nichts mehr mit mir zu tun hatten. Denn sie waren nicht das Bestimmende, Wesentliche meiner Reise gewesen. Wichtig war für mich das geworden, was ich nicht erwartet hatte, mir nicht hatte vorstellen können, was weniger fassbar war. Deshalb erzähle ich jetzt mehr von diesem ständigen Gefühl der Verunsicherung und Unsicherheit, das dauernd in mir brodelte, mich nie losließ, meine Reise immer mehr in Frage stellte.

Von Vornherein war jedoch eins klar gewesen. Wenn ich schon länger unterwegs sein würde, dann in Asien, da war ich durch mein bisheriges Wissen einfach einseitig vorbelastet. Eine touristische Vergnügungsreise mit Garantie-Abenteuer wollte ich nicht, auch sollte es keine Informationsreise mit hohem Bildungsanspruch werden. Ich suchte nicht Erholung, Entspannung für kurze Zeit. Andererseits wollte ich mich nicht durch ein genau abgestecktes Ziel oder einen festgelegten Plan im voraus in meinen Erfahrungsmöglichkeiten einschränken. Klar, ich war meines

Tourist, don't take my picture

Tourist, don't take my picture
Tourist, don't put me in.
I'm too ugly.
I'm too dirty.
I'm much, much too thin,
Don't take my picture, white man.
For Mr. Eastman's sake
Don't take it: he wouldn't like it
I'm too dirty. I'm too ugly.
Your Kodak, I'm sure, will break.

I'm too black, tourist.
Leave me alone. White.
Don't take the picture of my donkey;
This animal's overloaded,
Feeble and small of limb;
He hasn't eaten, this donkey
Don't take a picture of him.

Tourist, don't snap my dwelling,
Neither the one of straw
Nor the one of mud and guinea-grass
Both are falling apart.
Go take a shot of the Palace
Or the Bicentennial's art.

Don't take a picture of my garden.
I haven't got any plough
I haven't got a tractor.
I haven't any machine.
My trees are worthless.
My bare feet are too dirty to be seen.

My clothes? Nothing left to tear ...
The por Negro doesn't look a White
In the face, tourist. Look at my hair;
Your Kodak isn't used to that color
Your barber wouldn't dare
To even try straightening it.

Tourist, don't take my picture
You don't understand my pose
You don't understand a thing
It's none of your business, I say.
Gimme five cents, tourist,
And then – be on your way!



Tourist, mach kein Bild von mir/ Tourist, steck' mich nicht in den Fotokasten/ Ich bin zu häßlich/Ich bin zu schmutzig. /Ich bin viel zu dürr./ Mach kein Foto von mir, weißer Mann. /Denk an den Erfinder deiner Kodak / er hatte was anderes im Kopf. / Ich bin zu schmutzig, zu häßlich / Deine Kodak würde glatt zerspringen.
Ich bin zu schwarz, Tourist. / Laß mich in Frieden, Weißer. / Mach' kein Bild von meinem Esel. / Dieses Tier ist überladen, / entkräftet und schmächtig; / Er hat nichts im Magen, dieser Esel. / Mach kein Bild von ihm.
Tourist, bann' meine Behausung nicht auf die Platte, / weder die Strohhütte noch die aus Schlamm und Schilf/ beide fallen halb zusammen. / Geh' und mach einen Schnappschuß vom Palast / oder von der Viktorianischen Kunst.
Mach' kein Bild von meinem Garten. / Ich habe keinen Pflug. / Ich habe keinen Traktor. / Ich habe keine Maschine. / Meine Bäume sind wertlos. / Meine nackten Füße sind zu schmutzig zum Ansehen.
Meine Kleider? Daran gibt's nichts mehr zu zerreißen.../ Ein armer Neger tritt einem Weißen / nicht unter die Augen, Tourist. Sieh' dir meine Haare an; / Deine Kodak kennt diese Farbe nicht / Und dein Friseur würde nicht mal versuchen sie glatt zu kämmen.
Tourist, mach' kein Bild von mir. / Du verstehst meine Haltung nicht. / Du verstehst überhaupt nichts. / Das alles geht dich einen Dreck an, sag' ich dir. / Gib' mir 'nen Fünfziger, Tourist. / Und dann mach dich aus dem Staub!

aus: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 24, Dezember 1979

studentischen Alltags überdrüssig geworden, wollte 'raus. Die ständig theoretische Auseinandersetzung in der Ethnologie mit der Dritte-Welt-Problematik verlangte nach praktischen Erkenntnissen, einer persönlichen Betroffenheit. Der Entschluß zu reisen reifte mit Freunden, entsprach schließlich einer Herausforderung an mich selbst. Große räumliche Distanz, viel neue Erlebnisse versprachen meine gesteigerten Problemstellungen auf ein Normalmaß zu reduzieren, ich tauchte in Gedanken bereits unter in einer fremdartigen, von anderen Selbstverständlichkeiten geprägten Welt. Aus der Entfernung hoffte ich wieder klarer zu sehen, Sinn und Unsinn in meiner täglichen Situation, meinen Zukunftsplänen wieder unterscheiden zu lernen. Vielleicht würde es möglich sein, auf einer längeren Reise eine Verschnaufpause zwischen den ständig präsenten Forderungen der Uni einzulegen, mein Selbstvertrauen wiederzufinden.

Im Grunde ein Vorhaben, das verdammt selbstverständlich klingt. Da blieb immer noch die Unsicherheit, ob Reise wirklich mehr als eine Flucht sein könne.

Ich benötigte, um die letzten Zweifel auszuräumen, noch eine Rechtfertigung nach außen, schloß mich einem Uniprojekt an. Meine Reisevorbereitungen bekamen einen wissenschaftlichen Touch untergejubelt, die amtliche Absegnung verlieh mir neue Stärke. Die Vorfreude wechselte mit Reisefieber. Als ich Flugticket und Reiseschecks in der Tasche hatte, verflachten sämtliche Bedenken. Ich fuhr los mit den Abzeichen eines Globetrotters: wenig Geld, dafür umso mehr Zeit.

Mein ständiger Reisebegleiter: die Angst vor fremder Wirklichkeit. Um bestehen zu können, war ich bereit, mich auf neue Rollen einzulassen.

Tourist war ich von Anfang an, ohne mich dagegen wehren zu können, oder vielleicht gerade deshalb, weil ich mich nicht neckermännisch geben wollte. Dabei war ich angewiesen auf touristische Erleichterungen: den günstigen Wechselkurs des Touristdollars, das tourist office, Reiseführer, englisch sprechende Leute, Taxen mit Taxometern, billige Unterkünfte. Überall fiel ich auf, konnte mich nicht verkriechen. Alleinsein war ausgeschlossen. Um der Flut von neuen Eindrücken zu entkommen, floh ich in europäische Freakparadiese. Dort fand ich Gleichgesinnte, tauschte Erfahrungen aus, führte lange Gespräche, knüpfte neue Freundschaften.

Die mangelnde Beherrschung der Landessprache versagte es mir nämlich, in engeren Kontakt zu den Einheimischen zu treten. Lächeln wurde zu dem wichtigsten Ausdrucksmittel. Anfänglich tat es gut, das Strahlen der vielen fremden Gesichter ganz einfach erwidern zu können. Ich erahnte darin die Möglichkeit, alle und jeden kennenlernen zu können. Lächeln, das ging immer. Es war Zeichen der Anteilnahme, des Einverständnisses, der Freude, der Hilflosigkeit, der Verständnislosigkeit. Mit der Zeit wurde es nichtssagend durch seine Vielfältigkeit und Undifferenziertheit. Ich kam den Leuten in keiner Weise näher. Als während einer Zugfahrt ein Gespräch mit Frauen wieder einmal in mimischem Grimassenschneiden und gestikulierenden Fuchteleien steckenblieb, kämpfte ich mit den Tränen: aus Wut, immer außerhalb stehen zu müssen, Genießerin der Vorgänge sein und bleiben zu müssen.

Wichtig war ich für Jugendliche, die meinen T-Shirts nachjagten und mit mir über Abba diskutiernen wollten. Mit ihnen wiederholte ich ständig gleiche Gesprächsabläufe tausendmal. Um nicht verletzend zu sein, beschäftigte ich mich mit Dingen, die mich zu Hause kalt lassen würden. Stundenlang ging ich mit modebewußten, jungen Chinesinnen shopping in den großartigsten Kitschläden, begutachtete ihre Lidschatten, verbrachte etliche Zeit in amerikanischen Freizeitcentren. Ich spielte, ich wäre jemand anders, warf Prinzipien über den Haufen. Erlebte meine Verwirrung als Befreiung von altgesetzten Grenzen und auch wieder als Behinderung.

Denn ganz egal, wie ich mich verhielt, es war falsch. Ob ich Trinkgeld gab oder zurückhielt, ob ich Souvenirs kaufte oder überging, entweder beleidigte ich meine Ansprüche oder ich verletzte mein Gegenüber. Meine Verunsicherung ging so weit, daß ich mir selbst Gedanken über meine Kleidung machte. Sollte ich statt meiner Jeans lieber einen landesüblichen Sarong tragen, oder wirkte ich darin genauso lächerlich wie bei uns der Amerikaner in Lederhosen? Nie war ich ganz sicher, ob ich eine Einladung wirklich annehmen, sie nicht besser ablehnen sollte. Welche Erwartungen waren an meinen Besuch in der Familie geknüpft, wann fiel ich zur Last? Wie sollte ich mich erkenntlich zeigen, wie meinen Gastgebern eine Freude bereiten?

Es fiel mir schwer, fremde Leute einzuschätzen. Unsere Welten waren zu verschieden. Sie fragten mich über den Wohlstand in Deutschland aus. In meine Antwort packte ich Verkehrstote, die Verinsamung der Menschen, die zerstörte Natur, die monatlichen 500,-DM, mit denen ich mein Studentendasein fristete. Ich erzählte es nur einmal. Bereits der Kugelschreiber in meiner Hand zeugte von Besitz. Als sie sich nach dem Preis meines Flugtickets erkundigten, gab ich verschämt Auskunft. Wir tauschten Informationen. Doch ich merkte, wie ich nur Klischees aus Fernsehen und Kino verstärkte. Nie paßte ich in ihre Welt, zumindest nicht so, wie es meiner Realität entsprochen hätte.

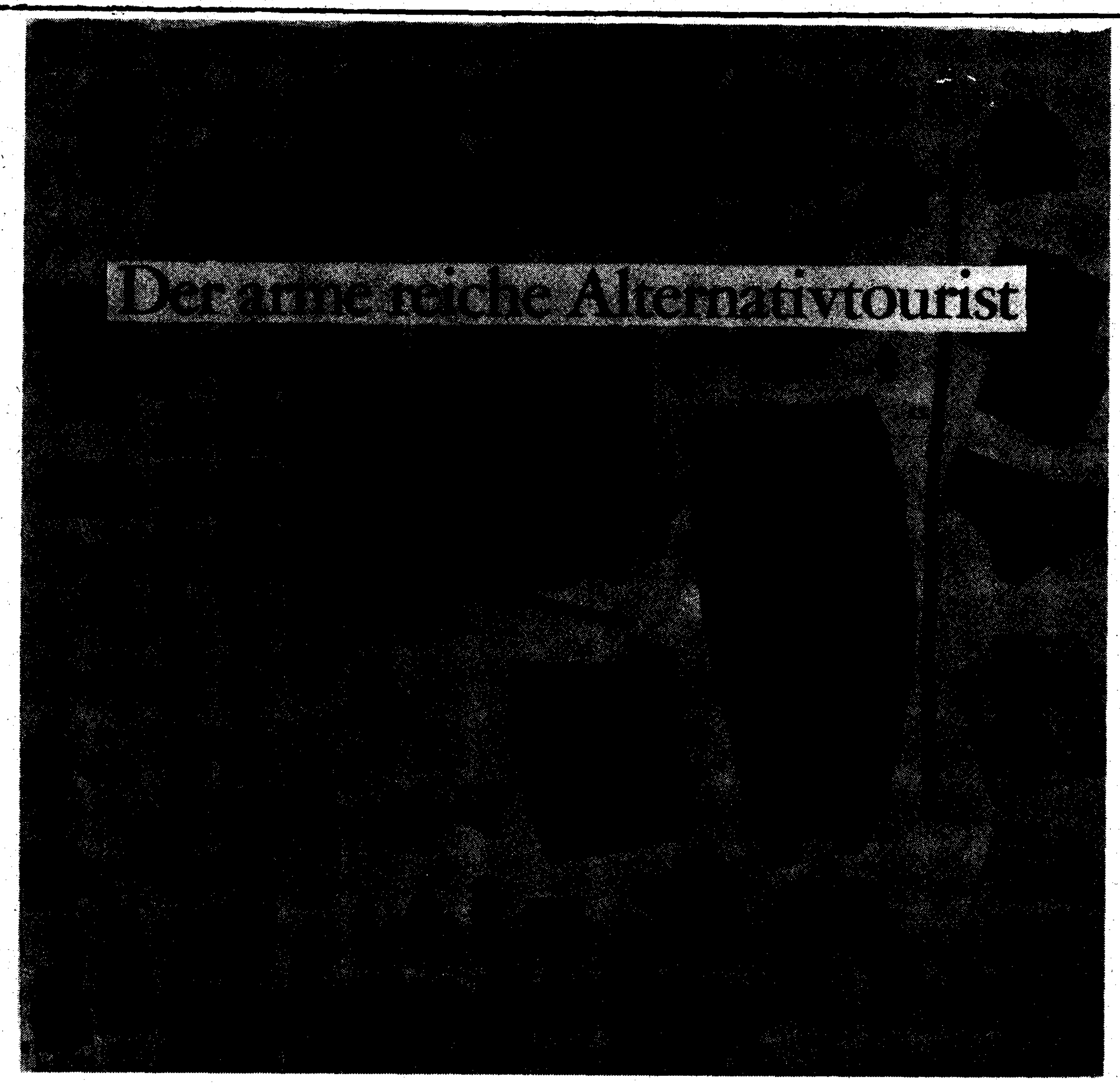
Die Art meiner Kontaktaufnahme – mal hinfahren, mal sehen – verfehlte mein Bestreben, mehr über eine fremde Lebensart zu erfahren. Im Grunde lebte ich mein von der westlichen Kultur geprägtes Bedürfnis nach „Reisen" aus, ohne meinen Gastgebern Gegenwerte bieten zu können. Spontan mochte ich immer all das, was ich in Deutschland vermisse. Den engen Hautkontakt zu den Menschen, deren zärtlichen, liebevollen Umgang mit Kindern. Arbeitende Kinder zerstörten meinen Eindruck von der gewaltigen Kinderliebe nicht. Daß die bereits die Verantwortung von Erwachsenen trugen, übersah ich einfach. Bei Störfaktoren schaltete mein Denkapparat gerne ab.

Ich gewann an Breite, nicht an Tiefe. Die Dinge gingen an mir vorüber, ich war nicht mehr Teil der mich umgebenden Wirklichkeit, sondern nahm daran Anteil wie bei einem Besuch eines vielversprechenden Kinofilms. Ich konsumierte Landschaft, Leute, Folklore, Probleme. Sinnlos raste ich von einem Markt zum anderen, schluckte bis zu fünfmal am Tag meine aufstoßende Unzufriedenheit wieder hinunter. Ich strapazierte meine beschränkte Aufnahmefähigkeit, bis sie Abgestumpfheit glich.

Meine Reise sollte eine Zeit der Eigenbestimmung sein. sie wurde zu einer Flucht nach vorn. Nirgends hielt ich es länger aus als ein paar Tage, drängte ständig weiter. Zu deutlich spürte ich, wie sich alltägliche Zwänge austauschen lassen. Wie wenig das Leben der Leute mit meinem zu tun hat und wie sehr es ihm doch wieder gleicht. Wie fern Europa war und doch so greifbar in den Bierdosen. Beim Gedanken an den Gästeplattler auf einem bayrischen Waldfest schaudert mich nicht mehr. Die Aufforderung meiner Gastgeber, ihre traditionellen Tanzbewegungen mitzumachen, unterscheidet sich in nichts darin. Ich wollte sehen, daß alles ganz anders ist. Und entdeckte, daß es alles auch in Deutschland gibt. Nur nicht so deutlich in den Gegensätzen und Unvereinbarkeiten.

Ob ich zurechtgekommen bin? Ich glaube ja. Denn ich versuche jetzt, mich selbst nicht mehr hauptsächlich während meiner Reisezeit zu erfahren.

Helga



Ausgaben	DM
Impfungen vor der Reise	80,00
Reisekrankenversicherung (ärztliche Behandlung, eventuell Heimtransport)	25,00
Reisegepäckversicherung	50,00
Reiseapotheke: Verbandsmaterial, Schere, Pinzette, Fieberthermometer, diverse Medikamente	40,00
Rucksack, Schlafsack, evtl. Schlafmatte	150,00
Stiefel, Regenschutz	120,00
Feuerzeug, Trinkflasche, Taschenmesser, Nähzeug, Dosenöffner	30,00
Nagelfeile, Sonnenbrille, Vorhängeschloss, Taschenlampe, Klebestreifen, Seife, Haarwaschmittel, Waschmittel, Zahnbürste, Zahnpasta	50,00
Sprachführer, Reiseführer, Karten	30,00
Kameraausrüstung und Filme	600,00
Flug	1000,00
Jeans, Hemden, Pullover, Unterwäsche	200,00
Bargeld (pro Monat)	400,00
Summe	2775,00

„Tut mir leid, ich hab selbst kein Geld"

Im Vergleich zum größten Teil der Bevölkerung in allen abhängigen Ländern ist selbst ein unvollständig ausgerüsteter Alternativtourist noch unvorstellbar reich. Ein Alternativtourist wird für eine dreimonatige Reise mit kaum weniger als 2.700,– DM auskommen. Er besucht Länder, in denen fast 70 % der Bevölkerung als „sehr arm" einzustufen ist. „Sehr arm" sind nach einer Definition der ILO (Internationales Arbeitsamt) diejenigen Menschen, deren Einkommen pro Jahr unter der Grenze von 180 US $ (Lateinamerika) 115 US $ (Afrika) oder 100 US $ (Asien) liegt.

Der „einfach" reisende Alternativtourist gibt in 3 Monaten Reise mehr aus als 70 % der Gesamtbevölkerung in abhängigen Ländern in 4 Jahren.
Der Alternativtourist wünscht, Nähe und Gleichheit zu den Einheimischen herzustellen. Er möchte sich auf die gleiche Stufe stellen wie sie, sich mit ihnen solidarisieren.
Wenn sie seinen Reichtum bewundern, erzählt er, daß er doch auch kein Geld habe, eigentlich auch ein armes Schwein sei, letztlich genauso schlecht dran wie sie selbst. Was für den Alternativtouristen subjektiv stimmen mag, muß den Besuchten wie der reine Hohn erscheinen.

Von einigen, die auszogen, es anders zu machen

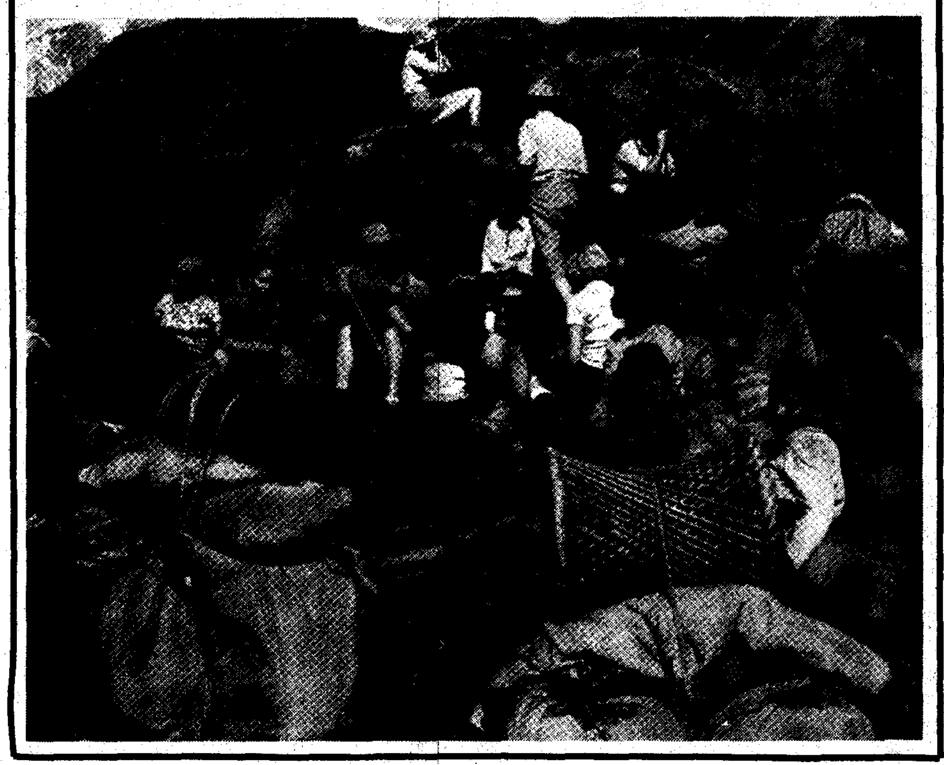
„Die Antitouristen irren darin, daß sie einseitig und übelwollend sind. Sie streichen nur die schäbige Seite des Tourismus und seine verderbliche Wirkung auf die menschliche Gemeinschaft heraus und verbergen dabei vor sich selbst die wesentlich touristische Natur ihrer eigenen Fahrten zu den 'wirklichen' Sehenswürdigkeiten."
(McCannell, 1976)

Der Tourismus ist eine Veranstaltung der bürgerlichen Gesellschaft wie nur irgendeine, Produkt der zwanghaften Arbeit, die den erweiterten Urlaub nötig und möglich macht. Die Alternativtouristen wollen dem entrinnen. Sie suchen die eigenen Wege, das einzigartige Erlebnis und bleiben doch im touristischen Bann, auch wenn sie sich ihm enthoben wähnen.



Die antitouristische, tourismusverachtende Haltung vieler „alternativer" Urlaubsreisender will nicht wahrhaben, daß es sich beim Massentourismus um den gleichen Vorgang der Suche nach Gegenwelt, Entspannung, Echtheit, um Flucht aus dürftiger Zwischenmenschlichkeit, aus der Plackerei in eine besonnte, fest-intime Sozialwelt handelt. Nur verfügen die, die so reden und so handeln, im Gegensatz zu ihren armen massentouristischen Vettern über mehr Zeit, Phantasie und Bildung. Die von ihnen gesuchten „letzten Paradiese" sind selbst in den besuchten Ländern meist soziale und geographische Randzonen. Sie kritisieren den Massentourismus und bedienen sich sowohl seiner Segnungen (billigere Flugreisen z.B.) wie sie auch als Vortrupp an seinen zersetzenden Wirkungen teilhaben. So ursprünglich die Begegnung mit den abseits hausenden kretischen Bergbauern sein mag, so sehr steht sie schon im touristischen Kreis: Der Besucher weilt zu Erholungs- und Erlebniszwecken dort, wo der Besuchte seinen Arbeits- und Lebensort hat, und Geld ist allemal der Mittler der Begegnung. Im Grunde will man nur sein Privileg des individuellen und ungetrübten Zugangs zum anderen nicht verderben lassen. Es ist Kritik und Alternativverhalten, das selbst noch das Markenzeichen des bürgerlichen Tourismus trägt. So richtig das Bestreben ist – auf diese Weise entkommt man nicht. Es handelt sich um keine echte Alternative, sondern um eine subkulturelle Variante des modernen Massentourismus, die grundsätzlich dessen entfremdete Züge teilt, nur daß sie den Einheimischen weniger Geld bringt. Kultur- und Massenkritik, gepaart mit Sozialromantik, stellen eine spezifische Form der Realitätsflucht dar, die häufig ganz im Gegensatz zu politischen Anschauungen und Handlungen zuhause steht, auch hierin eben klassische touristische Gegenwelt.

Die Wahrheit und Vergeblichkeit der Absetzbewegung tritt spätestens dann zutage, wenn lauter solche Leute massiert auftreten (z.B. in Südkreta, Kabul, Neu-Dehli, Caxaca). Die größeren Wegstationen auf dem Indien-Nepal-Trail etwa stellen einen solchen subkulturellen Mikrokosmos dar, der sich in einschlägigen Reiseführern spiegelt und verbreitert. Dort werden Tips gehandelt, sich möglichst billig durchs Land zu schlagen, an ganz „unverfälschte" Leute „ranzukommen" und „Stoff" zu kriegen. Auf diesen Märkten herrscht unter der sorglosen Oberfläche dieselbe Gleichgültigkeit gegenüber Mitreisenden und Besuchten wie im „offiziellen" Tourismus auch. Sonst wäre es kaum erklärlich, daß immer wieder Einzelne aus diesen Scharen herausfallen, an Unterernährung oder Rauschgift umkommen und z.B. in Kabul verscharrt werden – um nur das Krasseste zu nennen.



Ein solcherart „antibürgerliches" Reisen verdrängt die Zusammenhänge des modernen Tourismus nur. Die Ohnmacht linker Tourismuskritik zeigt sich auch in der linken Reisepraxis, wo gangbare Altern ativen nur selten verwirklicht werden, echte Alternativen, die soziale Isolierung und künstliche politische Enthaltsamkeit aufheben wollen, ohne deswegen gleich leistungsbetont und lustfeindlich zu sein.
Nun gibt es Leute, die der vorgebrachten Kritik zustimmen, daraus aber den Schluß ziehen, dann dürfe und solle eben gar nicht mehr gereist werden. Das ist auf andere Weise ebenso idealistisch wie das Treiben der Alternativtouristen. Der „Ratschlag resigniert vor den Problemen des Tourismus, indem er ihn einfach abschaffen will. Was aber anliegt, ist nicht eine Alternative zum Tourismus, sondern die Suche nach Alternativen innerhalb des Tourismus" (Jochen Denkinger, 1979). Klar gibt es Argumente fürs Zuhausebleiben, die Philosophen und Literaten bringen sie oft vor. Sie plädieren fürs innere Reisen, demgegenüber das Äußere nichtig und flüchtig sei. Aber solange diese Welt als solche der Konkurrenz, Sinnenfeindschaft, Leistung und Frostigkeit funktioniert, solange wird es Tourismus geben. Und wir können versuchen, auf seinem Boden, mithin auf dem der bestehenden Gesellschaft, ein besseres Reiseerlebnis zu ermöglichen, ein befriedigenderes, befreienderes, belehrenderes. Das heutige Reisen ist Flucht und Illusion in einem. Die Flucht noch, bemerkt Enzensberger, ist Kritik dessen, wovon sie sich abwendet. Und sie ist in ihrer Abwendung geleitet vom Bild eines besseren Lebens.

Kritik und Sehnsucht gehen auch in anderen Reisen um. Alternativen im Tourismus begreifen Reisen als Feld der Lust und des Lernens, als Chance, die Welt kennenzulernen und sich zu verändern. Sie wollen mit dem Boden dieser Zustände in Verbindung bleiben, sie wollen gerade aus den widersprüchlichen Erfahrungen von Arbeit und Urlaub und des Urlaubs selbst Kraft zur Veränderung dieser gesellschaftlichen Zustände ziehen, wissend, daß kein Glücksanspruch, sei es der Liebe, der Geborgenheit, der Erkenntnis, der Arbeit, der Begegnung wie eben auch des Reisens sich realisieren kann, ohne an die Grenzen der Profit- und Leistungsgesellschaft und über sie hinaus zu stoßen.

Es gibt Ansätze von solchen Alternativen. Sie sollen hier nicht im Detail aufgeführt werden: sie selber herauszufinden und zu verwirklichen, ist bereits eines ihrer Merkmale. Sie zeigen sich, wenn Arbeiter und Angestellte zu ihren ausländischen Kollegen in Urlaub fahren. Die gewerkschaftlich oder parteimäßig organisierten Arbeiterreisen haben nur noch im Bereich der Gewerkschaftsjugend überlebt, wo sie an verschiedene Jugendverbandsreisen der Kirchen und anderer Organisationen anknüpfen. Einige Gemeinden oder Bezirke führen Partnerschaftsreisen durch (ein möglicher Bestandteil von Stadtteilarbeit?). Schließlich lassen sich Reisen gemeinsam auch politisch, selbst organisieren und erleben. (Aus einem Kalender der Gruppe Neues Reisen, Hallgartenstraße 5, 6000 Frankfurt 60).

Von allen Vergnügen ist die Reise das traurigste. Es ist kaum zu glauben, bis zu welchem Grade man mit so einfachen Mitteln unglücklich sein kann. Aber es wird sich stets einer finden, der bezeugt, daß Sie nicht unglücklich sind, daß Sie nur so tun. . . .

Etwas anderes. Wenn ich Schlechtes über das Reisen sage: „Sie sind nicht neugierig!" wird man behaupten. Im Gegenteil, wer neugierig ist, verachtet die Reise, weil man dabei nur an der Oberfläche bleibt und nicht eindringt. Die Reise lehrt uns, die Dinge rasch und flüchtig einzuschätzen, und die sich damit zufrieden geben, sind Dilettanten; die Seele sträubt sich dagegen. Daher geht man heute soviel auf Reisen. Man sagt, es zerstreue. Es zerstreut das Wichtige, in der Tat... Man glaubt zu gewinnen, weil man an Breite gewinnt, und man verliert es an Tiefe. Man kehrt zurück, aufgeblasen von einem elenden Halbwissen, das schlimmer ist als Unwissenheit, da es Nichtvorhandenes vortäuscht. Übrigens: die Mittelmäßigen lieben die Reise. . . .

Fügen Sie die Tatsache hinzu, daß wir uns auf Reisen, beinahe gezwungenermaßen für Dinge interessieren müssen, die nicht unserer Sphäre entsprechen. Tausend Nichtigkeiten, die wir zu Hause nicht beachten, aber man muß hineilen, weil es weit weg ist.

Henry de Montherlant, französischer Schriftsteller und Philosoph
• 1896 – 1972 † (Selbstmord)



Einige Adressen:

Arbeitskreis Entwicklungspolitik
Postfach 1763, 4973 Vlotho

Arbeitsstelle Gerechtigkeit und Frieden e.V.
Postfach 102, 4710 Lüdinghausen

Arbeits- und Studienaustausch (ASA)
Postfach 3001, 6140 Bensheim

Development Education Service
Herik 12
6391 Rjubach ofer Worms
Niederlande

Europäische Studienreisen
c/o Institut für Studienreisen
Ulmenstr. 15, 2390 Flensburg

Evangelische Akademie
7325 Bad Boll

Experimente .Ev. Vereinigung für praktisches Zusammenleben der Völker
Breslauer Str. 5, 4990 Lübbecke/Westf.

Gesellschaft für landnahes Reisen
Nordendstr. 42, 8000 München-Schwabing

Jugendgemeinschaftsdienst und Jugendreisen des Kolpingwerkes
Kolpingplatz 5-11, 5000 Köln 1

Missio Reisedienst
Hermannstr. 14, 5100 Aachen

Nothelfer der Freunde e.V.
Auf der Körnerwiese 5, 6000 Frankfurt

Reisende Schule („das notwendige Seminar")
Fleetrade 10, 2800 Bremen 1

Reisende Schule 3. Welt e.V.
Eyershausen 1a
8742 Bad Königshofen

Service Civil International
Burbacher Str. 193, 5300 Bonn

Spontan Jugendferien und Freizeit e.V.
Wolbeckerstr. 2, 4400 Münster

Travelling Folk High School
in Juelsminde
Kystroy 15
7130 Juelsminde
Dänemark

Travelling Folk High School Tvind
Postbox 10
6990 Ulfborg
Dänemark

Auch die Gruppe „Neues Reisen" arbeitet an Alternativen im Tourismus. Sie hat einen Jahreskalender herausgegeben, zu bestellen bei Gruppe Neues Reisen, Hallgartenstraße 5, 6000 Frankfurt 60

Gemeinsam ist den meisten dieser Initiativen, daß sie ihre Reisen selbsttätig planen und durchführen, daß sie als Kollektive fahren, daß sie die häusliche Arbeits- und die fremde Urlaubswelt, Lust und Politik miteinander vermitteln wollen, damit Kennenlernen und Selbsterweiterung gelingen und auf das Zuhause zurückwirken. Vielleicht kommt so die realutopische Kraft des Reisens an den bürgerlichen Wegelagerern vorbei in die Scheuern.

Kritische Bemerkungen

Die Reisen der oben genannten Gruppen, gemeinsam vorbereitet, oftmals gemeinsam durchgeführt, münden häufig in Multiplikatortätigkeiten, Solidaritätsaktionen, Sammlungen oder Engagement in einer Dritte-Welt-Aktionsgruppe. Das Fragwürdige dieser alternativen Tourismuskonzepte besteht in der Unsicherheit, inwieweit die formulierten Intentionen von Völkerverständigung, Friedenspolitik, Gleichheit von Besuchern und Besuchten, entwicklungspolitischer Sensibilität tatsächlich eingelöst werden. Der grundsätzliche Widerspruch – Eigene Reisebedürfnisse einerseits, Reaktionen der unfreiwilligen Gastgeber andererseits – wird nicht gelöst werden können.
Reisen in Reisegruppen kann leicht verhindern, daß man sich Angstgefühlen und Verunsicherungen aussetzt, man flüchtet sich bei solchen Konflikten emotional in den Schutz der Gruppe – der Gleichaltrigen. Man ist ja nicht angewiesen auf die Einheimischen. Ein weiterer Punkt ist der gruppendynamische Prozeß unter den Teilnehmern selbst. Die unbekannten Gruppenmitglieder müssen sich kennenlernen etc. ... Je interessanter die Kontakte innerhalb der Gruppe sind, desto besser ist es für das „Reiseerlebnis". Viel Energie und Neugierde wird dadurch von innen absorbiert und die Gruppe tritt als geschlossener Block nach außen hin auf. Das macht Kontakte noch schwieriger.

Ferner werden sich Reisen, auch wenn mit den demütigsten Absichten vorangetrieben, immer in einem durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten vorgegebenen Rahmen abspielen: „Arme" Studenten eines Industrielandes bringen die Mittel auf, in ein Entwicklungsland zu fahren, in dem sie reich sind. Die Gastgeber können die Kosten für einen Gegenbesuch nie und nimmer aufbringen.
Es wird kein Geben und Nehmen auf gleicher Ebene, denn in Wirklichkeit besteht keine ökonomisch fundierte Gleichheit. Dafür ist es ganz gleich, ob sich der Tourist mit solidarischen oder verachtenden Gefühlen nähert – seine Farbe, sein Geld und seine Bildung machen ihn zwangsläufig zum Überlegenen, zum Vertreter des imperialistischen Systems. Gerade wenn die Bevölkerung nicht aggressiv reagiert, werden Schamgefühle und Erniedrigung hervorgerufen, denn die Anwesenheit der Touristen konfrontiert schmerzhaft aufs Neue mit den Normen und Wertmaßstäben der herrschenden Gesellschaft.
Was passiert weiterhin, wenn sich in Zukunft vier mal pro Jahr ein Bus voll Alternativtouristen entlädt, die sich nicht mehr wie die Ghettotouristen in Zwei, drei Straßen des Ortes bewegen, sondern ihre Nasen in jeden Winkel stecken?
Viele Fragen mehr sind noch offen! Schreibt uns Eure Meinung! Nur die Auseinandersetzung bringt uns weiter!

AK Tourismus

Überischt über den Themenblock

Teil I (Heft Nr. 84):
Tourismus – eine kritische Bestimmung
Tourismus – ein Weg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit?
Tourismusförderung in der Entwicklungspolitik
Erwartungen vor der großen Fahrt
Tourismus – das ist auch Reisen
„Klar, es war schön, aber..."
Auch Alternativtouristen sind Touristen
Von einigen, die auszogen, es anders zu machen
Buchbesprechungen

Teil II (Heft Nr. 86, erscheint Ende Juni 1980)

Torismusförderung in der Entwicklungspolitik
Kritik der Tourismus-Werbung
Das Tourismusgeschäft der Multis
Sozio-kulturelle Auswirkungen des Tourismus am Beispiel Tunesien
Reiseberichte/Diskussionsbeiträge von anderen Redaktionsmitgliedern
Literaturverzeichnis
Leserbriefe

AFGHANISTAN UND DIE FOLGEN

Mit den folgenden beiden Artikeln setzen wir die Diskussion um Afghanistan, den sowjetischen Einmarsch und die Folgen dieser Entwicklungen fort. Insbesondere der Artikel „Die Erfahrungen des afghanischen Volkes mit der Sowjetunion" in der letzten Ausgabe der „blätter des iz3w" wurde in der Redaktion kontrovers diskutiert.
Der folgende Artikel „Diskussionsthesen zu Afghanistan" wurde von zwei Redaktionsmitgliedern verfaßt, die starke Bedenken gegen den zuerst genannten Artikel hatten. Sie greifen einige Fragen unserer Diskussion auf: die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion (wobei die Kritik an vagem oder schlampigem Umgang mit Quellen zu den wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu Afghanistan nicht mit der Position verwechselt werden darf, diese Beziehungen wären frei von Ausbeutung gewesen), die Frage, ob das Verhalten der Sowjetunion als imperialistisch bezeichnet werden kann, ohne diesen Begriff seines ökonomischen Inhalts zu entleeren, die Einschätzung des Islams, die Rolle des islamischen Widerstands und die Frage, ob dieser Widerstand von uns unterstützt werden kann. Ein Teil dieser Fragen wird von uns kontrovers diskutiert, ohne daß sich diese Kontroversen auf Fraktionen reduzieren ließen. Wir werden versuchen, uns in der weiteren Diskussion der Wahrheit zu nähern. Der zweite der folgenden Artikel „Neue Militärstrategien der USA nach Afghanistan" stellt die Reaktionen der USA auf den Einmarsch in Afghanistan dar. Er zeigt auf, daß von Seiten der USA die jetzige Situation als Vorwand genutzt wird, wieder offener eine auch militärische Wahrnehmung ihrer Interessen in der Dritten Welt vorzubereiten.
Vielleicht muß es ausdrücklich gesagt werden: Die Darlegung der Interessen und der Politik der USA stellt keine Abschwächung der Verurteilung des sowjetischen Einmarsches dar, durch den die jetzige Situation geschaffen wurde, die die USA auszunützen versuchen.

Red.

Diskussionsthesen zu Afghanistan

Auseinandersetzung und Polemik zu dem Artikel „Die Erfahrungen des afghanischen Volkes mit der Sowjetunion" in der letzten Ausgabe der „blätter des iz3w"

Quellen – „die Wahrheit in den Tatsachen suchen" oder: Belege für die richtige politische Linie zusammensuchen?
Die Frage nach Belegen und Quellen spielt in der redaktionsinternen Diskussion der „blätter des iz3w" immer wieder eine Rolle. Bei unserer aktuellen Berichterstattung sind wir auf verfügbares gedrucktes Material angewiesen: Die bürgerliche wie linke Presse stützt ihre Berichterstattung auf eigene Korrespondenten oder diejenigen der großen Nachrichtenagenturen (afp, reuter, upi, dpa; eventuell noch tass und Tanjuc). Diese Korrespondenten sitzen meist in den Hotels der Hauptstädte – im Falle der Afghanistanberichterstattung zum großen Teil noch nicht einmal im Lande selbst, sondern in Pakistan. Sie sind angewiesen auf allerlei Gerüchte, um ihre täglichen Berichte mit immer neuem Material zu füllen. So entstehen halt auch die diversen „Enten". Um ihre eigene Uninformiertheit zu kaschieren, werden dann die Gerüchte mit Floskeln bedacht: „wie auch gewöhnlich gut informierte Kreise", „wie aus diplomatischen Quellen verlautete", etc. Hinter diesen „Kreisen und Quellen" verbergen sich oftmals Geheimdienste, die an der Verbreitung der einen oder anderen Meldung ein ganz spezifisches Interesse besitzen. Dieser Umstand wird – auch von uns – oftmals übersehen.
Und dennoch: Wir sind auf diese Korrespondentenberichte der Zeitungen und Nachrichtenagenturen angewiesen bei unseren Berichten und Einschätzungen der Vorgänge in Ländern der Dritten Welt. Unsere bisherige Praxis war es: einerseits vorsichtig mit diesen Quellen umzugehen, andererseits unsere Aussagen durch diese Quellen zu belegen und nachprüfbar zu machen. Nicht so jedoch der Artikel von Felizita Bantle: „Die Erfahrungen des afghanischen Volkes mit der Sowjetunion". Um es gleich vorweg zu benennen: Der Artikel ist nicht nur schlampig recherchiert, in ihm werden Quellen zu unzulässigen Schlüssen mißbraucht, Angaben als Tatsachen hingestellt, die nirgendwo belegt sind und sich belegen lassen, sowie Aussagen gemacht, deren Gegenteil sich leicht belegen läßt.

Quellenfälschung zur ländlichen Entwicklung
„In Artikel 21 schließlich heißt es, daß die Regierung die Gebiete für verschiedene spezielle Anbauprodukte sowie für Weideland und Forstland festlegt. In der Praxis k ö n n t e das nach Meinung von Beobachtern bedeuten, daß kein Bauer künftig selbst darüber entscheiden kann, wie er seinen Boden nutzen will." (BfA/Nachrichten für Außenhandel vom 3.1.1979, Hervorhebungen von uns). Im Artikel von Felizita Bantle wird dann daraus: „In Artikel 21 des Dekrets über die Landreform war festgelegt, daß die Regierung bestimmt, was auf der verteilten landwirtschaftlichen Nutzfläche angebaut wird" (blätter des iz3w, Nr. 83, Seite 20/2. Spalte). So einfach ist dies und schon ist die Landreform entlarvt als von russischen Beratern aufoktroiert mit dem einzigen Ziel, landwirtschaftliche Flächen für die Exportproduktion zu schaffen. Schon vorher hatten ja die sowjetischen Berater die landwirtschaftliche Entwicklung Afghanistans voll in ihren Händen: „Seit 1955 werden von russischen 'Beratern' Fünfjahrespläne für die Landwirtschaft ausgearbeitet. Seit der Zeit wird immer weniger Weizen angebaut. Inzwischen müssen 40 % der Nahrungsmittel importiert werden, vorher war das Land Selbstversorger. Statt dessen werden große Flächen mit Baumwolle bepflanzt, die zum Hauptexportartikel Afghanistans geworden ist und zu 90 % in die Sowjetunion geliefert wird. 1970 wurde für 8,4 Millionen US-Dollar Baumwolle exportiert,

1974 schon für 34,2 Millionen US-Dollar. In dieser Zeit verhungerten eine halbe Million Menschen." (Als Quelle hinter diesem Absatz wird angegeben: „Länderkurzbericht Afghanistan, Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden".

Gut, schauen wir uns die angegebene Quelle an: Länderkurzbericht Afghanistan (1979)

Ausfuhr von Rohbaumwolle in Millionen US-Dollar:

„1970: 8,4
1971: 12,4
1972: 11,1
1973: 7,1
1974: 34,2"

Da aber der Ausfuhr w e r t gar nichts über die Vergrößerung von Anbauflächen aussagt – es bestände immerhin auch die Möglichkeit, daß der Hauptabnehmer Sowjetunion höhere Preise für die afghanische Baumwolle zahlt, auch wenn dies partout nicht ins Weltbild der Autorin paßt – schauen wir uns doch auch die Statistik über den afghanischen Baumwollertrag an:

„Ertrag an Rohbaumwolle, entkörnt
1972: 33 000 t
1973: 45 000 t
1974: 48 000 t
1975: 54 000 t
1976: 54 000 t"

Und in der Tat: Die Ertragssteigerung an Baumwolle zwischen 1972 und 1976 ist vorhanden, jedoch läßt sich mit dem vorhandenen Zahlenmaterial nicht belegen, daß in Afghanistan mehr Baumwolle für den Export in die SU angebaut wurde. Im Gegenteil, Afghanistan hat 1974 bei einem gegenüber dem Vorjahr um weniger als 10 % gesteigerten Ertrag an Rohbaumwolle seinen Ausfuhrwert im Rohbaumwollexport mehr als vervierfachen können. Aber diese Zahlen sagen nichts weiter aus, weil sich daraus allein nicht ableiten läßt, welche Ursachen zu dieser Exportwertsteigerung auf dem Baumwollsektor geführt haben und welcher Abnehmer welchen Preis für welche Menge Baumwolle an Afghanistan – bei welchem Weltmarktpreis – bezahlt hat.

Weitere wirtschaftliche Fakten, welche von der Autorin für die witschaftliche Ausbeutung Afghanistans durch die Sowjetunion angegeben werden, sind nirgendwo belegt, wie die Aussage: „Dabei bezahlte die Sowjetunion für afhanisches Erdgas 16,8 Dollar für 1000 cbm, und lieferte gleichzeitig an Polen Erdgas zu einem Preis von 38,5 Dollar je 1000 cbm", oder aber: „dabei befindet sich der Zähler für die gelieferte Menge (Erdgas) auf sowjetischer Seite." Vielleicht finden wir ja bald diese Aussagen belegt mit der Quellenangabe: „blätter des iz3w, Nr. 83, Feb. 1980". Toll! Toll! Dafür, daß die Autorin sich diese Aussage aus den Fingern gesaugt hat bzw. gerüchteweise von afghanischen Rebellen gehört haben will.

Dies ist schon deswegen wenig glaubhaft, weil auch andere Aussagen, die in dem Artikel gemacht werden, nicht stimmen: „Gleichzeitig sank die Lebensmittelproduktion seit 1970 ständig." (Seite 28, ohne Quellenangabe) oder: „seit 1955 werde immer weniger Weizen angebaut." (s.o.) Die Weizenproduktion blieb zwischen 1973 und 1978 in etwa konstant, die Reis-, Gerste- und Maisernte konnte leicht gesteigert werden: Die Hirseernte verdoppelte sich – so jedenfalls der zitierte Länderkurzbericht Afghanistan 1979, Seite 16.

Soweit zu den Quellen des Artikels von Felizita Bantle; natürlich haben wir uns nicht die Mühe gemacht, die Unrichtigkeiten und Verfälschungen aufzuzeigen, weil wir für wertneutrale Wissenschaft wären.

Wir glauben auch nicht an die „Unschuldsweste" der Sowjetunion. Die „brüderliche Hilfe" der UdSSR nützt vermutlich dem „großen Bruder" mehr als dem „kleinen", in diesem Fall Afghanistan. Aber auf Vermutungen und unbelegte Tatsachen gestützt, läßt sich die Rolle der Sowjetunion nicht ernsthaft und glaubwürdig diskutieren, schon gar nicht mit Befürwortern und Verharmlosern des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Wer in Diskussionen auf F. Bantles Argumente und Behauptungen baut, läuft Gefahr, sehr schnell baden zu gehen.

„Russen" oder „Sowjet"? – Eine Frage des Stils oder eine politische Frage?

In dem Artikel „Die Erfahrungen des afghanischen Volkes mit der Sowjetunion" wird die Sowjetunion öfters als „Russland" bezeichnet. „Russen", „russische Berater", etc. wird für Sowjets gebraucht. Einmal davon abgesehen, daß die sowjetischen Truppen, die Ende letzten Jahres in Afghanistan einmarschiert sind, gar keine russischen Soldaten sind, sondern hauptsächlich aus turkmenischen und tadschikischen Einheiten bestanden (vgl. SZ 9.1.80), halten wir die Titulierungen 'Russen' und 'Russland' für Bezeichnungen, die aus dem Kalten Krieg stammen. Sie werden heute im deutschen Sprachraum meist von denjenigen politischen Kräften gebraucht, die sich in die Zeit des Kalten (oder gar des Heißen) Krieges (zurück)sehnen. Dieser Begriff aus dem Sprachschatz der Reaktion hat – unserer Meinung nach – nichts in einer fortschrittlichen Dritte-Welt-Zeitschrift zu suchen.

Ist der islamische Widerstand fortschrittlich?

Die zentrale Frage in der Afghanistan-Diskussion ist momentan die Bewertung der Widerstandsgruppen, die sich selbst Mujadin (= Freiheitskämpfer) nennen. Sind diese islamischen Widerstandsgruppen allein dadurch fortschrittlich, daß sie sich gegen ein von außen eingesetztes und mit ausländischer Militärmacht gestütztes Regime zur Wehr setzen, also für die nationale Unabhängigkeit (zumindest von der Sowjetunion) kämpfen? Wohl kaum! Mit dem Prädikat „fortschrittlich" verbinden wir mehr als den Kampf gegen ein Zentralregime und eine ausländische Militärmacht. Fortschritt bedeutet auch immer soziale Veränderungen, konkret die Abschaffung von Feudalismus, Frauenunterdrückung, Befreiung aus Analphabetismus, Schaffung von einem dem Volk nützenden Bildungs- und Gesundheitswesen usw. Sind solche Programme und Veränderungen vom islamischen Widerstand zu erwarten? (F. Bantle gibt zum Schluß in ihrem Artikel den Rat, sich die Programme des islamischen Widerstandes genauer anzuschauen, wahrlich ein toller Tip, wir haben diese Programme weder in ihrem Artikel noch sonst irgendwo gefunden.)

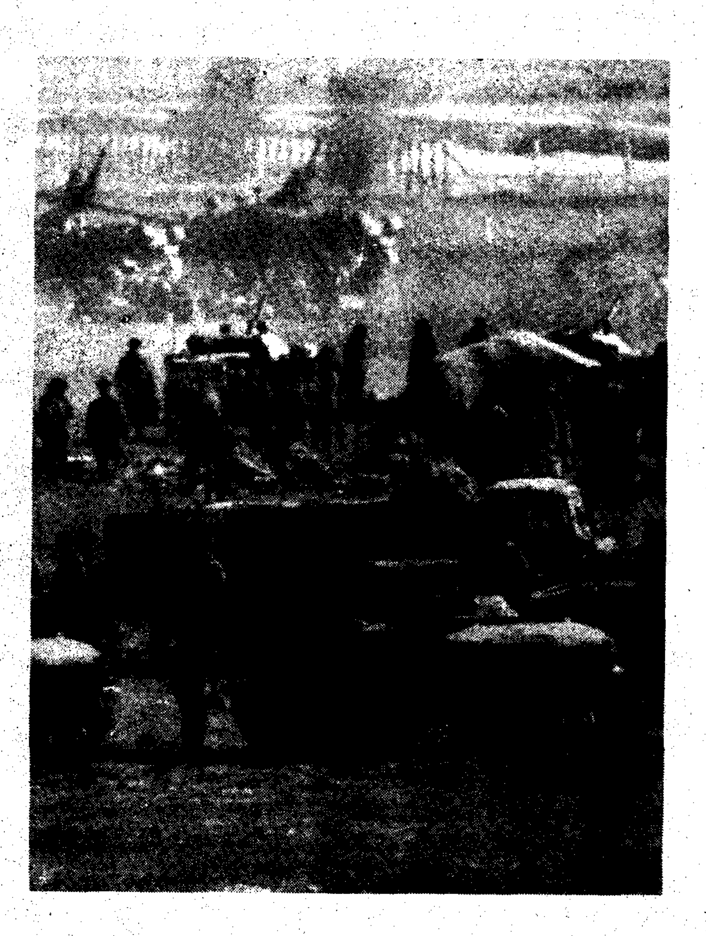
Ist der Islam als Religion von sich aus/aus sich selbst heraus eine fortschrittliche Kraft?

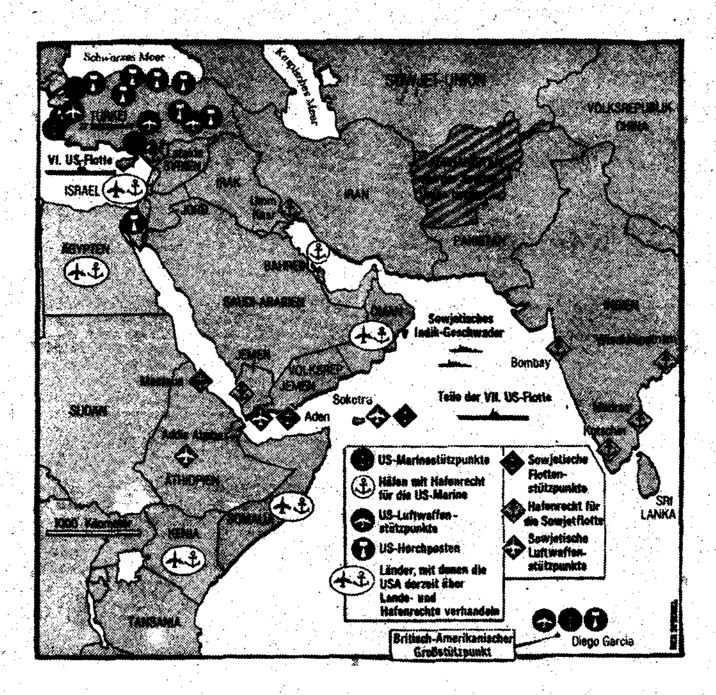
Unbestreitbar ist, daß es fortschrittliche Personen und Gruppen innerhalb von Religionsgemeinschaften gibt. Aber eine Religion in ihrer Gesamtheit läßt sich sowohl für fortschrittliche wie auch für reaktionäre Positionen gebrauchen. Den reaktionären Strömungen das Recht absprechen zu wollen, sich auf die (jeweils in Frage kommende) Religion zu berufen, bedeutet für uns, uns ständig in theologische Streitigkeiten aller möglichen Religionen einzumischen. Nehmen wir ein Beispiel aus der in unserem Kulturkreis vorherrschenden Religion, dem katholischen Christentum: zu dieser Religion bekennen sich (neben vielen anderen) sowohl der fortschrittliche lateinamerikanische Priester Ernesto Cardenal – heute Kultusminister in Nicaragua, wie auch der reaktionäre Pole Woityla – heute Papst in Rom. Uns kann es nicht darauf ankommen, Johannes Paul II das 'Wahre Christ Sein' absprechen zu wollen.

Vielmehr interessieren die sozialen und politischen Inhalte und Handlungen, die jemand aus seiner/ihrer religiösen Überzeugung ableitet: Daher bezeichnen wir Ernesto Cardenal als „fortschrittlich" und Woityla als „reaktionär". Warum sollte dies beim Islam nun anders sein? Sowohl die pakistanische und saudiarabische Staatsführung berufen sich auf den Islam, die libysche und iranische nicht minder. Wer von ihnen den r i c h t i g e n Islam repräsentiert ist völlig 'schnuppe', die konkreten Inhalte ihrer Politik sind die meßbaren Kriterien.

Der sich auf den Islam berufende Widerstand in Afghanistan ist – trotz aller Koordinierungs- und Zusammenschlußversuche – nach wie vor zergliedert und gespalten. Das einzig einende Band ist der Kampf gegen die sowjetische Armee und das von der UdSSR eingesetzte Regime. Neben der regionalen Spaltung in die getrennt kämpfenden Ethnien kommt eine ideologische hinzu: Während die eine – zahlenmäßig wohl stärkste Gruppe des Widerstandes für die islamische Republik kämpft, möchte eine Minderheit die Rückkehr des im römischen Exil lebenden Königs erreichen. Eine noch kleinere Gruppe besteht aus dem chinesischen Kommunismus nahestehenden Widerstandskämpfern.

Quintessenz: Solange uns nicht konkrete Programme und Handlungen des islamischen Widerstandes vorliegen, die sozialrevolutionäre Veränderungen für die Bevölkerungen anstreben – wie bspw. in Erithrea, wo wir die EPLF unterstützen, welche in den befreiten Gebieten Volksmachtorgane, Erziehungs- und Gesundheitsprogramme in Angriff genommen hat; im übrigen auch eine Widerstandsbewegung, die gegen eine von oben ausgeführte und von der Sowjetunion militärisch unterstützte Reform, die in Äthiopien, kämpft – (vgl. „blätter des iz3w", Nov. 1979, Nr. 81) – solange also kein sozialer Fortschritt im afghanischen Widerstand sichtbar ist, solange ist für uns diese islamische Bewegung nicht fortschrittlich und nicht unterstützbar!





Ist die Sowjetunion imperialistisch?

Auf der Erscheinungsebene ist das Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan ähnlich der bisherigen Aggressionen der USA gegen Länder der Dritten Welt –. Und dennoch ist dies nur die Erscheinungsebene. Kann auf Grund dieses Einmarsches in Afghanistan der Sowjetunion das Prädikat „imperialistisch" aufgedrückt werden?

Wohl kaum! Auch wenn die Lenin'sche Definition des „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" überholt ist und neuerer Imperialismustheorien bedürfen, so ist der Begriff „Imperialismus" doch zumindestens soviel wert, daß er auf die UdSSR angewandt, die Herrschaft einer bestimmten Klasse (Bourgeoisie) und einer bestimmten Wirtschaftsform (Kapitalismus) impliziert. Die Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt ist für imperialistische Staaten eine systemimmanente und systembedingte Notwendigkeit, ohne diese Ausbeutung anderer Länder ist das System des Imperialismus zum Zusammenbruch verdammt – soweit Lenin.

Für uns – die Autoren dieser Thesen – ist die Frage nach der herrschenden Klasse und der Definition des (Wirtschafts)Systems der UdSSR noch in der Diskussion und noch nicht beantwortet. Einige „Belege" für die Ausbeutung Afghanistans durch die Sowjetunion sind, wie oben gezeigt wurde, nicht ausreichend, zum Teil aus den Fingern gesogen oder gefälscht.

Wir sind jedoch der Meinung, daß die UdSSR mit ihrer ökonomischen und militärischen Außenpolitik eine Machtpolitik betreibt, die ihr wirtschaftliche Vorteile einbringt. Trotzalledem bleibt für uns ein Unterschied zwischen dem Imperialismus wie ihn die USA und Westeuropäische Staaten betreiben und dem Eingreifen der UdSSR in die Entwicklungen der Länder der Dritten Welt auch nach dem Einmarsch in Afghanistan.

Dieser qualitative Unterschied hat analytische Bedeutung für unsere Diskussion, von daher lehnen wir es ab, die Sowjetunion als imperialistisch zu bezeichnen. Für das afghanische Volk macht es jedoch keinen Unterschied, von welcher ausländischen Militärmacht sie unterdrückt werden.

Wo

Neue Militärstrategien der USA nach Afghanistan

USA – AFGHANISTAN

Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ist es besonders deutlich geworden, daß der Westen, geführt von den USA, Monopolanspruch auf die Macht in der Welt erhebt. Jegliche Änderung in der weltpolitischen Konstellation oder in der innenpolitischen Situation einzelner Länder zuungunsten des Westens wird als „Bedrohung der lebenswichtigen Interessen der demokratischen Industrieländer" interpretiert. Hinter diesen „lebenswichtigen Interessen" verbergen sich aber weniger Gefahren, die das physische Überleben bedrohen, als vielmehr machtpolitische Ansprüche, wovon die Wirtschaftsinteressen ein Teil sind.

Von taktischer Panikmache war die Reaktion der USA auf die Geschehnisse in Afghanistan. Präsident Carter versuchte, gegenüber der Öffentlichkeit im In- und Ausland glaubhaft zu machen, daß die USA direkt bedroht seien. „Kriegsgefahr" hieß es Anfang dieses Jahres. Objektiv gesehen ist dies eine Erfindung, teilweise sicher auch dadurch bedingt, daß dieses Jahr Präsidentschaftswahlen in den USA stattfinden. Durch die Invasion Afghanistans sind die USA nicht direkt berührt. Es scheint auch nicht die Absicht der UdSSR zu sein, die Ölfelder in dieser Region für sich aneignen oder an den Indischen Ozean vordringen zu wollen. Trotz dieser Tatsachen wird die Angstmacherei Carters und das Anstreben einer Vormachtstellung von den USA und ihren engsten Verbündeten, z.B. von der BRD, als selbstverständlich akzeptiert.

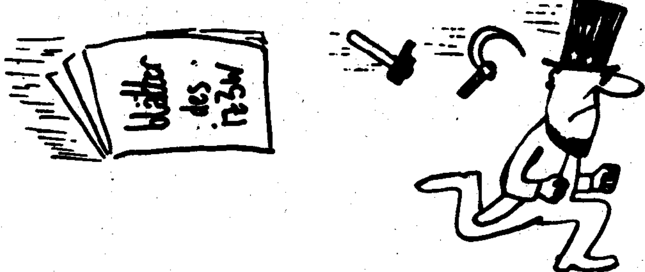
Die Äußerungen und Kommentare haben den Anschein, als ob die Sowjetunion und die nicht antisowjetisch eingestellten Länder keine Existenzberechtigung auf dieser Erde hätten. So fordert die CDU/CSU von der Bundesregierung, die Entwicklungshilfe an Länder, die mit der UdSSR kooperieren, zu streichen (SZ 19./20.1.1980).

In seiner Rede über die Lage der Nation im Januar betonte Carter, daß die USA „um jeden Preis" die stärkste Nation der Welt bleiben müsse (SZ 23.1.1980). Konkret heißt das: den USA muß die Rolle des Weltpolizisten erhalten bleiben, der als Einziger die Entscheidungsgewalt in der Welt hat. Dieses Ziel impliziert also die Überlegenheit gegenüber der UdSSR; es bleibt zu fragen, wie Entspannungspolitik und Abrüstung unter Ungleichen möglich sein soll. Die Gleichheit darf natürlich nicht durch eine Verschärfung der sowjetischen Militärpolitik erreicht werden. Die Frage nach der moralischen Berechtigung jener Führungsrolle der USA klingt naiv und müßte aus der inneren Logik der USA und ihrer Geschichte her erklärt werden.

Da die Vormachtstellung der USA in den letzten Jahren mehrere Rückschläge erlitten hat (z.B. Iran, Nicaragua, Angola, Mozambique), sind die USA dabei, neue Strategien zu entwickeln. Diese Strategien enthalten verschiedene Komponenten, deren gemeinsames Ziel die überlegene militärische Durchsetzungskraft ist, um den im amerikanischen Sinne definierten Frieden (Frieden durch Abschreckung) aufrechtzuerhalten. Die Afghanistan-Affäre ist keine Ursache für die Entwicklung neuer Strategien; sie bot lediglich Legitimation für die Durchsetzung und Beschleunigung der geplanten Maßnahmen.

Neue Militärstrategien – die Carter-Doktrin

Bei den neuen militärischen Strategien können vorläufig drei Ebenen unterschieden werden: Maßnahmen, die die Angriffsbereitschaft und -fähigkeit der USA als Ziel haben, zweitens direkte militärische Aktivitäten außerhalb des Landes und drittens die Neuformulierung der politischen Beziehungen zu ausgewählten Ländern.



1. Erhöhung der Militärausgaben

a) Zu den auf USA bezogenen Maßnahmen gehört die Registrierung der Wehrpflichtigen, auch von Frauen. Die USA hatten 1973, nach dem Vietnam-Krieg, die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und unterhalten seitdem eine aus Freiwilligen rekrutierte Berufsarmee. Durch die neue Verordnung schafft sich die Regierung die Möglichkeit, die Wehrpflicht jederzeit wieder einzuführen. Somit wäre die USA personell in der Lage, in verschiedene Orte gleichzeitig Truppen zu verlegen.

b) Die geplanten Eingreiftruppen von 100.000 Soldaten dienen ebenfalls der flexibleren Angriffsbereitschaft der USA. Diese Truppen sollen ihre Stationen in den USA haben, aber jederzeit in Krisengebieten im Ausland einsetzbar sein.

c) Die Erhöhung der Militärausgaben: In seiner Rede zur Lage der Nation hatte Carter hervorgehoben, daß der Vorrang nunmehr den Militärausgaben und verteidigungspolitischen Maßnahmen gelte. Der Verteidigungsetat wurde um 20 Mrd. Dollar auf 160 Mrd. Dollar erhöht (SZ 1.12.1979). Künftig sollen die Militärausgaben jährlich um 12 % bzw. 3 Prozent real (d.h. „inflationsbereinigt") erhöht werden (TAZ 22.2.1980). Diese Erhöhung geschieht tatsächlich „um jeden Preis", gerade wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage (hohe Arbeitslosenquote, 15 % Inflation 1979), da die Rüstungsindustrie Schaffung von Arbeitsplätzen und höhere Profite verspricht.

Die amerikanische Opposition und die Gewerkschaftsbewegung sind zu schwach bzw. zu opportunistisch, sich gegen diese Art von Wirtschaftssanierung zur Wehr zu setzen. Das Globalziel ist, ein Stadium zu erreichen, in welchem die USA in der Lage wären, sofort auch in den entlegendsten Gebieten in Krisenfällen tätig zu werden, denn „nicht jede Demonstration von Entschlossenheit ziehe ein potentielles Vietnam nach sich". (Carter, laut SZ 14.12.1979). Neben dem personellen Ausbau sind auf der technischen Ebene u.a geplant:

- Ausbau von nuklearen Waffen und Flotten, die die Ausrüstung von drei Marinebrigaden schnell transportieren können
- Bau von neuen Großraumflugzeugen für den interkontinentalen Panzertransport (SZ 14.12.1979).

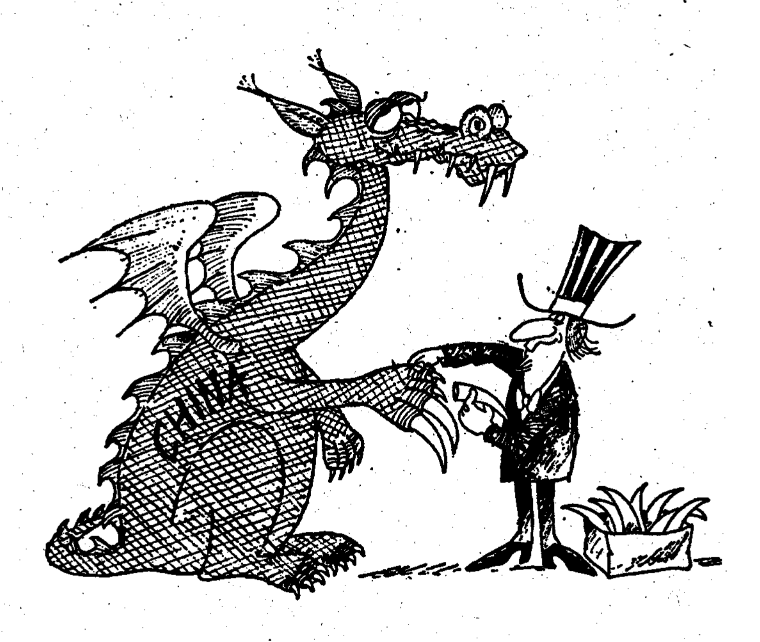
2. Militärhilfe und direkte Militärische Präsenz im Ausland

Aufgrund der subjektiv empfundenen Bedrohung durch die UdSSR in Afghanistan werden die militärischen Aktivitäten im Persischen Golf und Indischen Ozean sowie in den anliegenden Ländern der Region verstärkt.
Begründet werden diese Strategien durch die Angst, daß die UdSSR die Erdölquellen besetzen und die Seetransportwege kontrollieren würde, und somit die Erdölversorgung des Westens nicht mehr gesichert sei. In diesem Falle würden die USA das Militär einsetzen.
Es erscheint aber sehr unwahrscheinlich, daß die UdSSR ein so waghalsiges Unternehmen eingehen würde, das unweigerlich einen Krieg zwischen den beiden Supermächten nach sich zieht.

Im Einzelnen sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Die Militärstützpunkte in der Region sollen weiter ausgebaut werden. Neben den vorhandenen Militärbasen (in der Türkei, auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean) werden weitere in Kenia, Somalia, Ägypten, Israel, Oman und in Pakistan angestrebt (Das Parlament, 26.1.1980, Schaubild S. 2). In der T ü r k e i sind 26 amerikanische Stützpunkte; zwei davon sind direkt für die Informationsbeschaffung über Atomrüstung und Truppenbewegungen in der UdSSR zuständig. Nach dem neuen Zusatzabkommen mit der Türkei werden jetzt noch vier neue Militärbasen eingerichtet (SZ 10.1.1980).
An P a k i s t a n boten die USA Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 400 Mio. Dollar. Vorgesehen war insbesondere neben Nahrungsmittelhilfe die Lieferung von Luft- und Panzerabwehrwaffen (FR 5.2.1980, SZ 16.1.1980). Pakistan hat aber verlauten lassen, daß es an der Hilfe nicht interessiert sei (FR 7.3.1980). Die NATO-Länder berieten neulich über verstärkte Unterstützung Pakistans bei der Nuklearenergie und über Rundfunkpropaganda unter den Moslems, von denen rd. 50 Mio. in der Sowjetunion leben (SZ 29./30.12.1979).
Mit der V R C h i n a wird die militärische Zusammenarbeit verstärkt. Die USA werden eine Bodenstation für das Erdbeobachtungssatellitensystem Landsat D liefern, das auch für militärische Zwecke benutzt werden kann (SZ 8.1., 9.1. 1980).
Für den Fall eines sowjetischen Angriffs wurde dem I r a n Hilfe zugesichert (SZ 21.1.1980). Seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan haben die USA dem Iran gegenüber ihre Einstellung geändert trotz der Tatsache, daß die 50 Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran weiterhin gefangengehalten wurden. Es ist allerdings fraglich, ob die iranische Führung an einer Hilfe aus den USA interessiert sei, da sie damit wieder in die alte Abhängigkeit vom US-Imperialismus geraten würde.
Als weitere Aktivitäten sind der verstärkte Einsatz von Anti-Satelliten geplant, die die Satelliten der Gegenseite unschädlich machen können (SZ 12./13.1.1980). Außerdem sollen die Geheimdienste eine größere Bewegungsfreiheit erhalten, um der Regierung bessere und schnellere Informationen über verdächtige Aktionen des Feindes zu schaffen (SZ 25.1.1980).
Die offizielle „Auslandshilfe" der USA beträgt 10,4 Mrd. Dollar, wovon 4,9 Mrd. Dollar für die Militärhilfe bestimmt sind. Davon fließen wiederum 75 % in den Nahen Osten (SZ 7.2.1980).

3. Neuformulierte außenpolitische Aspekte

Die Afghanistan-Krise bietet den USA einen willkommenen Anlaß, Verbündete und Freunde jetzt auch in Ländern zu



suchen, die bisher für sie weniger attraktiv waren. Carter hat lange die islamischen Länder mit Mißtrauen betrachtet, da viele von ihnen antiamerikanich eingestellt sind. Um ihre Haltung zu ändern, entdeckt Carter neuerdings seine Liebe für den Islam und wirft der Sowjetunion vor, jetzt sogar ein islamisches Land überfallen zu haben. Inwiefern er mit diesem taktischen Liebäugeln Erfolg bei den islamischen Ländern haben wird, bleibt abzuwarten.
Was die Entspannungspolitik und Abrüstungsverhandlungen betrifft, so bdnutzen die USA Afghanistan als Waffe, um die Verhandlungen zu verzögern (Im Herbst letzten Jahres waren es die 2000 sowjetischen Soldaten in Kuba, s. dazu „blätter des iz3w, Nr. 81). Diesmal ist die Präsenz der Sowjets in Afghanistan ein Vorwand, die SALT-VErträge nicht zu ratifizieren. Es kann aber angenommen werden, daß die USA an der „Entspannung" gar nicht interessiert sind.
Um an Stärke zu gewinnen, versuchen die USA auch, Hilfe bei dem Feind des Feindes zu suchen, in diesem Fall bei VR China. Da die VR China seit langem mit der UdSSR verfeindet ist und seit einigen Jahren Zusammenarbeit auf verschiedenen Bereichen mit den USA hat, ist die Afghanistan-Krise ein willkommener Anlaß, die Beziehungen zu intensivieren. Nun wird die militärische Zusammenarbeit verstärkt, da dies „ein notwendiges Element der Ausgeglichenheit sei". Zwar seien die USA weiterhin an ausgewogenen Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zu China interessiert, jedoch sei nach dieser Philosophie „Ausgewogenheit nicht identisch mit Gleichartigkeit" (SZ 8.1.80).
Die Beziehungen zur Sowjetunion sind derzeit gekennzeichnet durch Versuche, sie auf allen Ebenen zu isolieren. Der geplante Boykott der olympischen Sommerspiele ist nur ein Aspekt davon. Stärker versucht man die UdSSR auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu schwächen. Der Getreideboykott, das Streichen von Phosphatlieferungen, Einschränkung des Fischfangs im amerikanischen Hoheitsgebiet, die Verweigerung von Computer-Lieferungen, der Versuch, der UdSSR Kredite im westlichen Ausland zu verwehren usw. haben langfristig das Ziel, die UdSSR wirtschaftlich zu schwächen.
Aber im Falle des Wirtschaftsboykotts geht Carters Rechnung nicht auf: die Solidarität unter den amerikanischen Freunden ist nicht haltbar. Einige Länder sehen die Möglichkeit, sich durch Getreidelieferungen an die UdSSR Devisen zu beschaffen (Argentinien). Auch entgeht durch den Boykott vielen amerikanischen Firmen ein gutes Geschäft.

—rs—

Das Rote Kreuz und die Kinder

KRITIK AM KAMPUCHEA – PROJEKT IN BAD DÜRRHEIM

Viel Lob und Anerkennung erntete das Deutsche Rote Kreuz (DRK), als im August 1979 107 kambodschanische Kinder aus einem thailändischen Flüchtlingslager in die BRD geflogen wurden. Ein halbes Jahr später verzichteten 38 von 50 Mitarbeitern des Kampuchea-Projekts in Bad Dürrheim auf eine Verlängerung ihrer Arbeitsverträge.
Der Versuch des DRK, sich auch auf dem sozialpädagogischen Sektor, der Betreuung und Integration von Südostasien-Flüchtlingen, zu profilieren, scheint gescheitert. Um den Weg vom Prestige – zum Problemprojekt geht es in folgendem Bericht.

Die „Befreiung" der Kambodschaner aus dem thailändischen Flüchtlingslager war eine Soforthilfeaktion des thailändische und deutschen Roten Kreuzes. Das Schicksal der Kinder in der bundesrepublikanischen Realität wurde weitgehend offen gelassen. Da es sich um unbegleitete Kinder handelte, übernahm das DRK die Vormundschaft. War es schon gewagt, die Kinder überhaupt hierher zu holen, verlangte die Integration der Kambodschaner in der BRD ein extrem hohes Maß an Verantwortlichkeit.

Mögen die Humanisten des DRK auch aus besten Motiven gehandelt haben, bei der Arbeit mit den Kindern drängte sich mir die Frage auf, ob es sich bei der Aktion nicht um eine Form modernen Kidnappings handelte. Egal wie man's nennt, eine gehörige Portion kultureller Arroganz gehörte schon dazu, unmündige Kinder einer fremden Kultur in unser Musterland zu verpflanzen.

Die kambodschanischen Kinder wurden zunächst im DRK-eigenen Kinderheim in Bad Dürrheim untergebracht. Von dort – so der ursprüngliche Plan – sollten sie innerhalb von 3 Monaten an deutsche Familien vermittelt werden. Die Betreuung übernahm ein Team von Sozialpädagogen und Erziehern, dazu kamen 2 Ärzte für die medizinische Versorgung, 4 Psychologen, die in Zusammenarbeit mit den Sozialpädagogen die Pflegevermittlung abwickeln sollten und ab November 8 Lehrer für den Sprachunterricht.

Insgesamt ca. 50 Leute, die sich z.T. durchs Studium kannten oder informell miteinander [illegible]

Ebenso wie das DRK hatten sie alle keine spezifischen Erfahrungen mit der Mentalität kambodschanischer Kinder, mit der Problematik der Pflegevermittlung. Doch während die in Dürrheim Arbeitenden nach einigen Monaten des Zusammenlebens mit den Kambodschanern Kriterien erstellten (z.B. die Wichtigkeit der Gruppe, grundsätzlich andere Realitätserfahrungen als gleichaltrige deutsche Kinder ...) an denen sich die weitere Zukunftsplanung orientieren sollte, hielt das DRK an seinem bereits vor der Ankunft der Kinder gefaßten Plan fest. Auch eine fundierte wissenschaftliche Betreuung des Projekts – es handelte sich immerhin um das erste mit kambodschanischen Kindern in der BRD – schien dem DRK nicht nötig. Eine Haltung, die letztlich zum Eklat führte. Am 1. März mußte eine beinahe vollständig neue Besetzung für das Dürrheimer Projekt gesucht werden.

Zur bisherigen Sozialisation der Kinder

Die in Bad Dürrheim untergebrachten Kinder waren zwischen 5 und 14 Jahren alt und lebten in Kampuchea in ländlichem Milieu. Die meisten stammten aus Provinzen um Phnom Penh, Gebieten, in die vietnamesische Truppen einmarschiert waren. Eine Geschichte, die für viele steht: Chy, 11 Jahre alt, 3 Geschwister; die Mutter starb durch Krankheit, er hat keine Schulbildung und kommt aus der Provinz Takeo:

„Er war zunächst einer Arbeitsgruppe von Kindern im eigenen Distrikt zugeteilt; mußte aber, zusammen mit seinen Kameraden kurze Zeit später in die Provinz Pursat, Distrikt Leach laufen, um dort zu arbeiten. Während eines vietnamesischen Angriffs floh die Kindergruppe durch die Wälder, wobei einige ihr Leben lassen mußten. Im Juni 1979 erreichte der Rest der Gruppe KHAO LAN, nachdem sie sich die letzten 6 Wochen vor Erreichen des Lagers nur noch von dem, was sie in der Natur vorfanden, ernährten. Von seiner Familie hörte er seit seiner Arbeitsverpflichtung nichts mehr." (UN-Befragung)

Dem ist zu entnehmen, daß viele Kinder unter Pol Pot in Arbeitslagern, getrennt von der Familie, lebten. Konkrete Arbeitserfahrung in der Landwirtschaft oder handwerklichen Berufen ist bei allen ebenso selbstverständlich vorauszusetzen, wie, daß sie andererseits keinerlei Schulbildung hatten. Wichtig erscheint mir, daß alle beim Angriff der Vietnamesen flüchteten und von daher der Schluß, sie seien der Zwangskollektivierung unter Pol Pot entwichen – wie das in der BRD-Presse dargestellt wurde –, nicht unbedingt richtig ist. Die Kinder zu politischen Flüchtlingen zu machen, ist nötig, um ihre Überführung in die BRD zu rechtfertigen. Sicher ist jedenfalls, daß sie einen anderen Flüchtlingsstatus haben als die Vietnamesen. Das Schicksal ihrer Eltern ist bis zum heutigen Zeitpunkt ungeklärt. Den Kindern darf die eigene Entscheidung über eine Rückkehr nicht genommen werden. Es kann deshalb nicht angestrebt werden, zugunsten einer vollständigen Integration in die deutsche Kultur die Kinder zu zwingen, ihre kambodschaniche Identität aufzugeben.

Will man das nicht – und darüber waren sich alle Seiten zumindest theoretisch einig – dann heißt das, die bisherige Sozialisation der Kinder zu respektieren und sie behutsam an die Selbstverständlichkeiten der BRD-Wirklichkeit heranzuführen. Dazu ist es nötig, sie sowohl in ihrer eigenen Sprache und Kultur zu unterrichten, wie auch ihnen beim Erlernen unserer Kulturtechniken behilflich zu sein. Beides verlangt eine gesonderte Beschulung – die Integration in eine Regelschule ist zumindest bei den Kindern ab 8 Jahren nicht möglich – und die setzt die Unterbringung in einem möglichst kleinen regionalen Raum voraus.

Die Dürrheimer Unterbringung war äußerst schlecht, weil 2 Betreuer pro Schicht für 25 Kinder nicht ausreichten und die Abgelegenheit des Hauses und die Aufsichtspflicht natürliche Kontakte zu deutschen Kindern fast unmöglich machten. Trotzdem entsprach sie vereinzelt oben entworfenen Vorstellungen. Khmer-Unterricht war ebenso selbstverständlich wie ein differenzierter, auf die Bedürfnisse der Kinder abgestellter Deutschunterricht. Improvisierte „Kulturveranstaltungen" mit kambodschanischer Musik und Tanz waren gewöhnlich, wie auch, daß die Kinder z.B. durch's Körbeflechten – einer Fähigkeit, die sie mitbrachten – mit deutschem Geld in Berührung kamen.



Letzte Entwicklung

Am 14. Februar beendete das DRK die bis dahin noch über den Dürrheimer Projektleiter gelaufene Diskussion und verfügte, daß bis Ende April möglichst alle kambodschanischen Kinder an Pflegefamilien vermittelt werden sollen. 20 Kinder kommen demnach in 2 Zentren in Nordrhein-Westfalen, 10 sollen nach Berlin, die restlichen werden auf mehrere Schwerpunkte in Baden-Württemberg verteilt.
Für das DRK sicher die billigste Lösung und eine Möglichkeit, die übernommene Verantwortung rasch an die Familien weiterzugeben. Verbandsinteressen, die zu befriedigen waren (Nordrhein-Westfalen) und der Druck der Springerpresse waren weitere Richtlinien, an denen sich das vorgelegte Konzept orientierte. Die „Berliner Morgenpost" hatte seit Ankunft der Kinder 800 000 DM gesammelt und forderte mit großem publizistischem Aufwand: Kambodschanische Kinder nach Berlin.
Die Dürrheimer Mitarbeiter des DRK waren nicht bereit, dieses von falschen Interessen geleitete Konzept mitzutragen. Ihre Forderungen, zuerst mehr von den Kindern zu erfahren, um dann zusammen mit Fachleuten die Beschulung und Unterbringung der Kinder zu klären, ließen sich nicht mehr verwirklichen. Denkbar schien, alle Kinder in einen möglichst kleinen regionalen Raum zu vermitteln.
Für nicht vermittelbare Kinder wäre ein Kinderdorf, Wohnkollektive mit Patenfamilien o.ä. vorstellbar gewesen. Der soziale Rückhalt in der Gruppe hätte so weiter bestanden. Das DRK-Konzept beschnitt diese Möglichkeiten.
Für die in Bad Dürrheim Arbeitenden hieß das, Trennung von den Kindern, zu denen sich enge Beziehungen hergestellt hatten, bei gleichzeitig drohender Arbeitslosigkeit. Man nahm den Vorwurf in Kauf, die Kinder verantwortungslos im Stich gelassen zu haben, weil man nicht aktiv an der Zerstreuung der Kinder über das ganze Bundesgebiet mitarbeiten wollte.
Einer der ersten deutschen Sätze, den die Kinder während des Flugs nach Deutschland im Chor sprechen lernten, war: „Wir sind glücklich hier zu sein". Man kann nur hoffen, daß bei bewußtem Gebrauch der deutschen Sprache ihnen dieser Satz immer noch so locker von den Lippen geht.

Klaus Kaps

MEDIEN

Das koloniale Erziehungssystem in Afrika

Mock, Erwin
Afrikanische Pädagogik
Peter Hammer Verlag, Wuppertal / Misereor Vertriebsgesellschaft, Aachen, 1979

Mock beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Erziehungssystems in den französischsprachig kolonisierten Ländern Afrikas. Insofern ist der Titel seiner Untersuchung irreführend. Ihren Bedürfnissen entsprechend haben die Kolonisateure über die Kolonisierten ein Erziehungssystem gestülpt, daß darauf zielte, die Kolonisierten ihrer Identität zu berauben. Ihre Identität, das ist bei aller Verschiedenheit der unterdrückten Völker das Gefühl, als Mensch in eine Gemeinschaft eingebettet zu sein und nur durch sie und in ihr leben zu können. Es handelt sich um eine Gemeinschaft geprägt von Solidarität und gegenseitiger Abhängigkeit. Alle Dinge sind beseelt, es gibt keine Trennung zwischen einem Ding und seiner Bezeichnung. Diese traditionelle Welt existiert immer noch und befindet sich in ständiger Auseinandersetzung mit der übergestülpten Kultur der Kolonisateure.

Mock legt dar, wie jeder Versuch, die Afrikaner zu schwarzen Franzosen (oder Belgiern) zu machen, sie entwurzelte, ihre Kultur entfremdete. Ungeheuer sind die psychischen Schäden, die daraus entstanden. Ausführlich erläutert Mock das Entstehen neuer Schulkonzepte (auf internationalen Konferenzen) und ihr Scheitern (in der Anwendung). Der Unsinn der herkömmlichen Schule ist offenbar. Die Ausrichtung auf eine Verwaltungs-/Wissenschaftslaufbahn führt dazu, daß fast alle Schüler irgendwann frustriert mit einer Ausbildung aufhören, mit der sie wenig anfangen können. Ferner ist ein Primarabschluß ein wirksames Mittel, einen Schüler zu veranlassen, in die Städte zu gehen und dort das Arbeitslosenheer zu vergrößern.
Das Erreichen einer formalen Qualifikation ist alles: während es dringend an Handwerkern und mittleren Fachkräften fehlt, machen sich allenthalben Verwaltungsbeamte breit, die der Ansicht sind, sie brauchten (fast) nicht mehr zu arbeiten, weil sie ja so lange in der Schule gearbeitet haben. — Bildung wird nach den Erfahrungen der Kolonialzeit als Status erfasst, der Privilegien gibt, nicht als Mittel zur Bewältigung der Umwelt. Auf derselben Linie liegen die zahlreichen Studentenstreiks um höhere Stipendien — obwohl diese bereits ein Mehrfaches des gesetzlichen Mindestlohnes betragen.
So werden mit Hilfe des Schulwesens unproduktive Verwaltungskader produziert, die mancherorts schwerer auf dem Volk lasten als Fürsten und Könige des Absolutismus.
Ökonomisch sind die Bildungsinvestititionen kaum zu tragen, mit der Folge, daß die Chancenungerechtigkeit zwischen Stadt und Land enorm ist. So wurde vor einigen Jahren festgestellt, daß die Einschulungsquote in Obervoltas Hauptstadt Wagadugu 40 % beträgt, im Norden des Landes dagegen 3 %. Von diesen 3 % waren wiederum 3 % Mädchen, das sind neun von zehntausend. Führt der weitere Ausbau des Bildungswesens zur Produktion von Bildung, die nicht gebraucht wird und zum Bankrott des Staatshaushaltes, so ist ein Stop der Verbreitung von Bildung ungerecht und politisch aufgrund der Aufstiegserwartungen der Bevölkerung auch gar nicht durchzusetzen.
Mock plädiert — mit Recht — für einen gemeinwesenpädagogischen Ansatz. Bildung ist nur sinnvoll, wo sie an den tatsächlich auf der Dorfebene empfundenen Bedürfnissen ansetzt. Nur auf einer solchen Basis kann ein Bildungssytem errichtet werden, das den Möglichkeiten und Bedürfnissen eines Entwicklungslandes entspricht. Mock erwähnt einige Beispiele , darunter die Arbeit des Bernard Lédéard Ouedraogo im Norden Obervoltas. Der Autor dieser Rezension hatte selbst Gelegenheit, sich mit dieser Arbeit auseinanderzusetzen und kann die positive Einschätzung von Mock nur unterstützen. Nach einer Basiserziehung (Alphabetisierung in Französisch, Landwirtschaft etc.) werden die Schüler ermutigt, sich innerhalb der traditionellen Strukturen der Dörfer zu Altersklassen zu organisieren. Mit Billigung der Alten bringen sie ihre neuen Kenntnisse in das Dorf ein, verbessern Ackerbau, Viehzucht, betreiben Aufforstungsprogramme und beleben das dörfliche Kulturleben. Die Dörfer, ausgeblutet durch Landflucht und saisonnale Abwanderung, erleben eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte.

as

„Wir fangen wirklich an, uns als Menschen zu fühlen"

Film: Kapverdische Inseln unabhängig.
2. Teil: Die landwirtschaftliche Kooperative von Varzea de Santana
16 mm, Farbe, Magnetton, R, B. Schn., K.: Günter Heidrich, Sophie Kotanyi, Tamara Wyss. L: 90 min. P: DFFB, BRD 1976-78, V: Verleihgemeinschaft Film, Alphonsstr. 1, 8000 München 19 (089/187019), Matthias-Film, Stuttgart

Noch fast jeder von europäischen Filmemachern produzierte Film über die Dritte Welt kommt mit dem Anspruch einher, für die 'Betroffenen' zu sprechen, Verständnis für ihre Situation und Bedürfnisse zu wecken oder gar sie selbst zu Worte kommen zu lassen. Oft genug bleibt jedoch dieser Anspruch stecken im Gestrüpp des eigenen Kommentars der Filmemacher, des Erklärens von Zusammenhängen, ja der Besserwisserei: zu Wort kommt allenfalls die Belesenheit oder das 'Einfühlungsvermögen' des europäischen Filmemachers, während die 'Betroffenen' Stichwortlieferanten bleiben.

Mit dieser schlechten Tradition des 'Dritte-Welt'-Films, wie sie zumeist im Fernseh-Feature grassiert, bricht ein Film, der mit einem trockenen, ja eher abschreckenden Titel einherkommt und der zu den bisher besten bundesdeutschen Filmen über die Situation von Bauern in Afrika gerechnet werden muß.

Der Inhalt des Dokumentarfilms ist einfach und zugleich dramatisch: es geht um die Probleme, die Arbeitsweise und den Alltag einer Kooperative von 16 Familien mit rund 90 Menschen, die auf etwa 24 Hektar arbeiten, der ersten Kooperative auf den Kapverden, entstanden bereits vor der Unabhängigkeit des Landes 1975 aus dem Wunsch der Bauern, nicht mehr nur als Pächter auf fremdem Boden zu arbeiten.

Der Film enthält kaum Informationen über die allgemeine Situation der Kapverden (diese sind in einem weiteren Film desselben Teams enthalten): er bleibt konkret bei dem Beispiel der Kooperative, der ersten auf den Kapverden, die zu 95 % Lebensmittel für die Bevölkerung einführen müssen, wodurch allein schon die Bedeutung der landwirtschaftlichen Kooperative erklärlich wird. Thema des Films ist daher nichts weniger als eine Verdeutlichung des Mottos: 'Kooperative ist die Kraft der Schwachen', gezeigt an der Alltäglichkeit der Veränderung und zugleich ihrer Schwierigkeit.

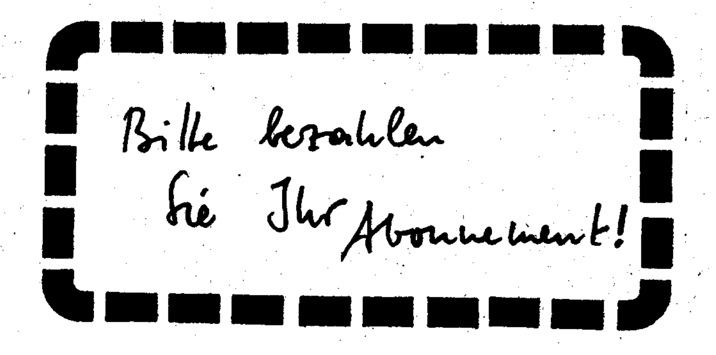
Exemplarisch ist der Film gerade in der Beschränkung auf das Konkrete, auf das Prozeßhafte von Veränderung: statt langweiliger, abstrakter Erörterungen über Vermarktungsprobleme bringt er diesen wesentlichen Aspekt ein in Form der Diskussionen, wie sie die Bauern untereinander und mit Vertretern des Staates führen. Statt abstrakter Thesen über den Mangel an Emanzipation der Frau, der auch auf den Kapverden wesentliches Entwicklungshindernis ist, zeigt der Film, wie die 3 Frauen in der Kooperative sich mit den männlichen Mitgliedern der Kooperative über die unterschiedliche geschlechtsabhängige Bewertung der Arbeit auseinandersetzen.

Gerade mit dieser konkreten Darstellung, mit der die Würde der Arbeit als Bauer deutlich wird, ist der Film Beispiel auch für die Situation von Bauern überall in Afrika: daß er weder lamentiert noch bemitleidet, macht ihn gerade auch für ein Publikum bei uns interessant, das Arbeit auf dem Felde jenseits der Parolen von Bauernverbänden ernstnimmt.

Exemplarisch ist der Film aber noch aus einem anderen Grunde: die Autoren erheben sich nicht über ihre Objekte, haspeln nicht alle relevanten Informationen über die Kooperative und die Situation der Landwirtschaft auf den Kapverden schnell und scheinbar 'objektiv' ab, sondern lassen die Bauern selbst ihre eigenen Chronisten sein, geben ihnen die Möglichkeit, selbst ihre Geschichte und ihr Leben zu zeigen und zu erzählen. Wie nebenbei scheint dabei Politik auf, entwickelt aus der alltäglichen Erfahrung der Bauern, nicht etwa als aufgesetzte Wiedergabe von Partei-Parolen oder als hineininterpretierte Maximen der Filmemacher, auch wenn diese nicht verhehlen, daß sie aus politischen Gründen gerade einen Film auf den Kapverden machten. Deutlich wird diese urwüchsige Verbindung von Alltäglichkeit und Politik an dem Bauern Moschinho, der das klassische Schicksal der Kapverdeaner erlebte: Emigration und Kontraktarbeit auf Plantagen in anderen portugiesischen Kolonien, Mitgliedschaft in der PAIGC schon vor der Unabhängigkeit, in der Partei, die den Kapverden die Unabhängigkeit brachte. Moschinho formuliert seine Erwartungen in einfachen Worten: „Früher hatte das Volk kein Recht. Ein Pächter, selbst wenn er Recht hatte, verlor sein Recht, wenn er vor den Behörden stand. Oft litt der Pächter, weil er schweigen mußte. Wenn er irgend etwas sagte, verlor er das Land, das er bebaute. Bei uns wurde gesagt, daß der arme Schwarze, der gegen den Weißen klagt, wie eine Flasche ist, die gegen Steine kämpft. Aber heute ist Schluß damit, heute hat nicht mehr nur der Weiße und der Reiche recht, sondern jeder wird hier als Mensch anerkannt. Nach unserer Unabhängigkeit fangen wir wirklich an, uns als Menschen zu fühlen."

Der Film, übrigens fertiggestellt mit einem Zuschuß der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED), erhielt auf dem Leipziger Dokumentarfilmfestival den Preis des Solidaritätskomitees der DDR. Die Diskussionen auf diesem Festival um diesen Film machten auch deutlich, daß Filmemacher in Ost und West darunter leiden, daß es ausgesprochen schwierig ist, Dokumentarfilme heute zu machen, die über eine bestimmte Länge hinausgehen: das Poblem, daß der Film von Heidrich/Kotanyi/Wyss als 'zu lang' empfunden werden kann, zeigt im Grunde nur, wie sehr die Diktatur der 45-Minuten-Fernseh-Features unsere Seh- und Rezeptionsgewohnheiten verbildet hat. Wo immer Kommunale Kinos, Dritte-Welt-Gruppen und Gemeinden es ernst meinen mit der Information über die Lage der Bauern in Afrika: an diesem Film sollten sie nicht vorbeigehen.

Peter Ripken



Verleihgenossenschaft der Filmemacher gegründet



Im Januar dieses Jahres haben einige Dokumentarfilmemacher und Verleihmacher in München einen neuen Filmverleih gegründet, die Verleihgenossenschaft der Filmemacher. Neu ist vor allem das genossenschaftliche Konzept, aber auch in der Zusammenarbeit untereinander und mit dem Publikum erhoffen sich die Filmemacher eine neue Qualität.

Der neue Filmverleih hat zum Teil das Inventar (aber nicht alle Filme) des Filmverleihs „NEUE WELT" (Köln) übernommen, der am Ende des Jahres seine Arbeit eingestellt hat. Die NEUE WELT ist nicht zuletzt aus finanziellen Gründen gescheitert. Die Verleihmieten für 16 mm Filme sind auf einem sehr niedrigen Niveau im Vergleich etwa zu den Kinoeintrittspreisen. Obwohl die Filmemacher der neuen Genossenschaft keine Verbesserung ihrer eigenen finanziellen Lage von ihrem neuen Modell erwarten, soll doch versucht werden, den Verleih so zu organsieren, daß er sich selbst trägt.

Da die Existenz eines unabhängigen Filmverleihs, der auch politische Filme verleiht, die im Fernsehen oder in den Landesbildstellen keine Chance haben, auch eine politische Frage ist, sollten alle Gruppen, die Filme einsetzen, sie wenn möglich vom Verleih beziehen, auch wenn sie vielleicht billiger oder gar umsonst von Bildstellen erhältlich sind. Wir drucken im weiteren Auszüge aus dem Selbstverständnis - Papier der Verleihgenossenschaft ab:

Warum wir die Verleihgenossenschaft gegründet haben

Wir machen Filme, die zum Inhalt haben
Umwelt,
Arbeit und Lebensbedingungen,
Dritte Welt.
Wir arbeiten hauptsächlich mit dokumentarischen Mitteln, und machen unsere Filme mit Betroffenen, mit Gruppen, die sich für die Veränderung ihrer Lebensbedingungen einsetzen.

Warum haben wir zur Selbsthilfe gegriffen?

Der Anstieg der Aktivitäten und des Bedürfnisses nach kritischen und anspruchsvollen Filmen ist in den gesellschaftlichen Basisbereichen, wie den Bürgerinitiativen, der Grünen Bewegung, der Frauenbewegung, in Teilen der Jugend und der Gewerkschaft stark angestiegen.

Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung und wollen uns nicht von unseren Filmen abtrennen lassen. Wir brauchen den Kontakt mit dem Publikum und mit dem Verleih können wir wirksamer an die Öffentlichkeit treten. Der genossenschaftliche Verleih ist der Versuch, die Gesetze der Marktwirtschaft etwas zurückzudrängen und den Verleiher nicht mit seinen Problemen allein zu lassen.

In den letzten Jahren haben sich die kleinen und engagierten Verleihe das Verdienst erworben, wichtige Filme, die sich der kommerziellen Auswertung widersetzen, verfügbar zu machen. Dies geschieht oft in uneffektiver Arbeitsteilung: Hier Verleih, dort Filmmacher, dort Publikum. Unser Modell will versuchen, diese strikte Arbeitsteilung durchlässiger zu machen.

Was erhoffen wir uns von einer Genossenschafts - Konzeption?
Der Wunsch nach kooperativer Arbeit entstand aus der praktischen Erfahrung der Filmmacher und Verleiher. So spüren die Verleiher Isolation, wenn sich Filmmacher und Filmbenutzer ihnen gegenüber wie äußerliche Vertragspartner verhalten, und ebenso stehen Filmmacher untereinander und gegenüber den Geldgebern und den alternativen Verleihern in spezifischer Konkurrenz. Das behindert zusätzlich die Entwicklung des sozialkritischen Films.

In der Genossenschaftskonzeption sehen wir konkret folgende Vorteile:

- die Filmmacher als Träger des Verleihs werden ihre Fähigkeiten einbringen können, sie selbst werden besser mit den praktischen Verleihbedingungen und deren kulturpolitischen Bedeutung konfrontiert. Sie verpflichten sich zur Unterstützung nicht nur ihrer eigenen Filme, sondern auch zu gegenseitiger ökonomischer und praktischer Hilfe.
- die Auswahl der Filme für den Verleih ist nicht mehr den Verleihern allein überlassen, sondern Verleiher und Filmmacher bilden hierfür einen gewählten, verantwortlichen Ausschuss. Die Genossenschaft ist aber auch nicht Privatbesitz oder Selbstbedienungsladen für die einzelnen Beteiligten. Filme der Genossen kommen nicht automatisch in den Verleih.
- Das Genossenschaftsmodell soll eine Vertrauenskonzeption sein. Nicht fortschrittliche Geschäftleute treten Dritten gegenüber, sondern Kollegen, mit der Bereitschaft sich gegenseitig zu helfen, Kollegen, die sich nicht nur in ihren Filmen fortschrittlich äußern wollen, sondern auch ihr Leben und ihre Arbeit versuchen emanzipatorisch umzugestalten.
- Der Kontakt zwischen Filmmachern, Verleihern und Publikum soll enger werden. Die Auswertung der Verleiharbeit wird zum gemeinsamen Anliegen, und kann in zukünfige Produktionen einfließen.

Zu unseren Preisen:
Ab sofort gelten neue Preise. Da unsere Verleiharbeit nicht staatlich subventioniert wird, müssen sich die Verleihpreise nach den tatsächlichen Kosten richten. Um die freien Gruppen nicht noch mehr finanziell zu belasten, werden wir eine Preisstaffelung einführen. Für freie Gruppen wird der Preis bei 2,- DM pro Minute bleiben, für staatliche oder staatlich geförderte Institutionen wird der Preis auf 2,50 DM bis 3,- Dm festgelegt. Ausführliche Begründung hierzu im neuen Katalog. Schon jetzt bestellen.

Welche Filme verleihen wir?

Wir haben uns einige Schwerpunkte gesetzt, die sich nicht in der Aufzählung erklären. Dies sind die Bereiche Ökologie, Arbeitswelt und der Zusammenhang von reicher und armer Welt. Wir meinen, daß wir zur Lösung vieler brennender Fragen der Gegenwart den weltweiten Zusammenhang von Zerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung neu betrachten müssen. Die ökologische Krise ist hierfür im Augenblick der Kristallisationspunkt zur Überprufung traditioneller Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, aber auch konkreter Sammelpunkt für praktische Aktivitäten.

Unser Verleih versteht sich als parteiunabhängig. Wir bevorzugen den dokumentarischen Film, ohne uns vom Spielfilm abzugrenzen, die Basisabspielung (Einzelabspielung) ist im Augenblick vorrangig gegenüber die Kinoabspielung. Die Kinoabspielung, die sich durch die Institutionen der bürgerlichen Öffentlichkeit hindurchzwängen muß, schafft besondere Probleme, die wir erst bewältigen können, wenn wir personell und finanziell dazu in der Lage sein werden. Dem entsprechend liegt unser Schwergewicht auf dem 16 mm Film.

Die Genossenschaft wurde gegründet von: Wolfgang Bergmann, Nina Gladitz, Peter Heller, Heidi Knott, Peter Krieg, Marieanne Marggraf - Bergmann, Fritz Poppenberg, Katrin Seybold.



Neuerscheinungen

Folgende Veröffentlichungen sind in der Redaktion der „blätter" eingetroffen:

Afrika zwischen Unterdrückung und Befreiung, Broschüre des Informationszentrums Dritte Welt Dortmund, 4600 Dortmund, Weißenburgstr. 23, 44 Seiten

Schwarze Theologie – Christsein in Südafrika, Broschüre der ESG Münster, 52 Seiten

Masa, Zeitschrift der Peru-Gruppe Hamburg. Bezug: Postfach 600 444, 2000 Hamburg 60

Misereor – Zum politischen Standort eines kirchlichen Hilfswerks. hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschul- und Studentengemeinden. 289 Seiten.

K. Tallowitz: Vertreibung des Volkes. Der Staudammbau von Sebradinho. Brasilienkunde-Verlag Mettingen 1979, 127 Seiten, DM 9,80

Andreas Müller OFM: Missionare im Lernprozeß. Brasilienkunde Verlag Mettingen 1979. 219 Seiten, 9,80 DM.

H.C.F. Mansilla: Der südamerikanische Reformismus. Schindele Verlag Rheinstetten 1977, DM 30,–, 185 Seiten

I. Schempf-Herken: Erziehung zur Befreiung. Reihe „Materialien der AG SPAK, Sozialpolitischer Verlag SPV 1979, DM 24,–, 340 Seiten

Paraguay – Analysen zur Lage einer Nation. Hrsg. und Bezug: Paraguay Arbeitsgruppe (PAG), Helmut Hackfort, Langenbochumer Str. 30, 4370 Marl, 120 Seiten

Paraguay – eine Dokumentation. Broschüre DM 4,–. Bezug wie oben

Die Aktion Partnerschaft Dritte Welt e. V., Postfach 1266, 7552 Durmersheim, KtoNr. 12-010286, Bez.Spark. Rastatt, verschickt gegen Überweisung von DM 10,50 (incl. Porto) und Stichwort „Bestellung Tanzania-Bericht" einen 180-Seiten Bericht über die Tanzania-Begegnungsreise 1979.

TAGUNGSHINWEISE

„Was ist das Zentrale an der bewußtseinsbildenden Methode Paulo Freires", Seminar für Interessierte, die sich mit der Methode Freires intensiv beschäftigt haben.
gepl. 30.5. – 1.6. – Auskunft: AG SPAK (AK „Freire"), Belfortstr. 8, 8000 München 80.

Seminar: „Die Bedeutung der Theorie Paulo Freires für eine politische Veränderung – nur für engagierte Mitarbeiter in Initiativgruppen, die sich längerfristig für eine Mitarbeit interessieren. 15. – 18.5.
AUSKUNFT: AG SPAK (AK Freire), Belfortstr.8 8000 München 80.

„Arbeitslosigkeit und internationale Arbeitsteilung", 11. – 13. April 1980 in Bad Nauheim.
Information und Anmeldung bei: BDKJ – Referat für Entwicklungsfragen, Postfach 320 520, 4000 Düsseldorf 30

Argentinien: Wirtschaftswachstum, soziale Verarmung und Widerstand

Seit der Fußballweltmeisterschaft 1978 hat die Berichterstattung über Argentinien in der Presse deutlich nachgelassen. In den blättern des iz3w trat sogar eine vollständige Sendepause ein (letzter Artikel in Nr. 69!). Dennoch sind in den letzten Jahren unter dem Militärregime drastische Veränderungen in der argentinischen Gesellschaft durchgesetzt worden:
Die Militärs haben weiterhin die politischen Bedingungen für den Aufbau eines wirtschaftlichen Entwicklungskonzeptes aufrechterhalten können, das für große Teile der Bevölkerung eine zunehmende soziale Verarmung und die Proletarisierung von Teilen der Mittelschicht gebracht hat. Während im wirtschaftlichen Bereich nahezu alles „liberalisiert" wurde, befindet sich die Freiheit nach wie vor unter der politischen Kontrolle der Generale. Der Widerstand gegen das unpopuläre Militärregime hält an: Im vergangenen Jahr fand ein Generalstreik statt, und die hohe Zahl der Opfer der Diktatur hat im Lande selbst zu Protestbewegungen geführt. Dazu zählen auch die „Frauen der Plaza de Mayo", die seit nahezu zwei Jahren wöchentlich auf einem Platz der Hauptstadt Buenos Aires demonstrierten und Mitte März einen von verschiedenen Gruppen in der Bundesrepublik gestifteten Friedenspreis erhielten.

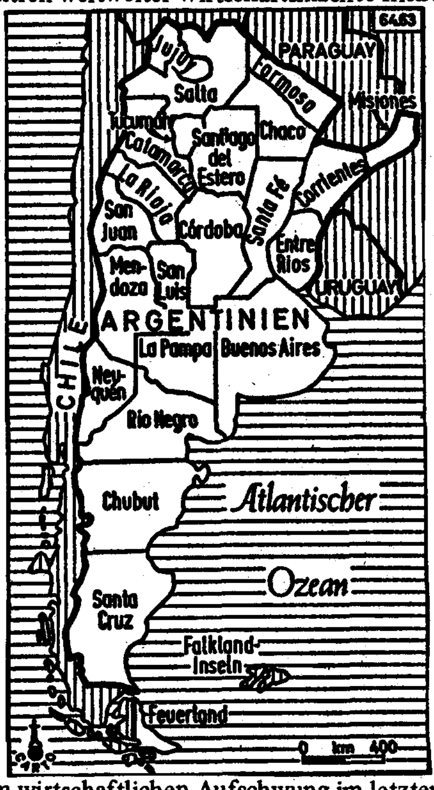
Für den oberflächlichen Beobachter scheint sich Argentinien in den letzten Jahren in einer erstaunlichen wirtschaftlichen Aufwärtsphase zu befinden: Ein Aufschwung in den meisten Industriebetrieben, hohe Beschäftigungsraten, eine günstige Entwicklung des Außenhandels und eine Rekordernte in der Landwirtschaft sorgten für ein ansehnliches Devisenpolster und starke Wachstumsraten in einzelnen Sektoren (NZZ 22. 8. 79). Damit schien das von den Militärs seit dem Staatsstreich gegen die Regierung Isabel Perón umgesetzte Wirtschaftskonzept, das eine kontinuierliche Liberalisierung des Außenhandels, den Abbau der umfangreichen Schutzzölle für die inländische Konsumgüterindustrie und eine Reprivatisierung des in Argentinien breiten staatlichen Sektors beinhaltet, seine Rechtfertigung zu erhalten.
Besonders bei ausländischen Wirtschaftstechnokraten und hart gesottenen Vertretern freier Marktwirtschaft erntet die von Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, einem vielfachen Millionär, der selbst in den Aufsichtsräten zahlreicher argentinischer Unternehmen vertreten ist, verfolgte Wirtschaftspolitik viel Lob. Bei dem Besuch von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff in Argentinien im August 79 „waren sich beide Minister in der Ablehnung des Protektionismus einig und verteidigten die weltwirtschaftliche Marktöffnung." (BfA 31. 8. 79) Und auch der FAZ-Korrespondent Martin Gester sieht in der Öffnung nach außen ein Mittel, um „den Weltmarkt als Mittel der Disziplinierung" und als Motor zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien zu nutzen. Der Korrespondent, der gerne Gutes über geordnete wirtschaftliche Verhältnisse und wenig über ihre sozialen Auswirkungen berichtet, kann dem Wirtschaftskonzept sogar noch eine erzieherische Komponente abgewinnen und erhofft sich davon einen „Mentalitätswandel" bei den Argentiniern. Zitat: „Auch die Gewerkschaften spürten die Grenzen ihrer Macht. Früher war es für sie viel leichter, ihre Forderungen durchzusetzen. Heute müssen sich die Unternehmen gegen überzogene Ansprüche mit aller Kraft wehren, denn die hohen Löhne lassen sich nicht mehr ohne weiteres abwälzen, und die Kredite werden ihnen nicht mehr zu „negativen" Zinsen geschenkt. Auch die Arbeiter müssen sich sehr wohl überlegen, ob der Kampf lohnt. Ihre Arbeitsplätze sind nicht mehr durch Entlassungsverbote und die staatliche Übernahme von Pleitebetrieben garantiert." (FAZ 4. 2. 80)
Nicht ohne Grund bleiben bei solchen vorgeblich unpolitischen Darstellungen nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien die autoritären Begleiterscheinungen des eingeschlagenen Wirtschaftskurses unberücksichtigt. Tatsächlich stellt die Politik der Militärs aber einen tiefen Einschnitt in der neueren Geschichte Argentiniens dar, ohne die Junta-Politik der systematischen Menschenrechtsverletzungen mehr als unwesentlich zu verändern.

Das Wirtschaftskonzept der Militärdiktatur: Die Öffnung zum Weltmarkt und ihre innenpolitischen Folgen

Unter der Devise der „nationalen Reorganisation" und mit dem Ziel, das „politische, ökonomische und institutionelle Chaos" zu beseitigen und die Gesellschaft „neu zu ordnen", haben die Generale seit 1976 kontinuierlich die alte wirtschaftliche Ordnung verändert: Begünstigung der Großgrundbesitzer durch Steuererleichterungen und bevorzugte Kreditvergabe; Förderung der Konzentrationstendenzen im Industriebereich zu Lasten der kleineren einheimischen Produzenten; Reprivatisierung der in Argentinien besonders zahlreichen staatlichen Unternehmen; Lohnstop für lohnabhängige Schichten bei einer Inflationsrate, die zwischen Juni 1978 und Juni 1979 mit knapp 161 % Weltrekord erreichte (NZZ 20. 8. 79). All dies und der Abbau bzw. die Kommerzialisierung des gut ausgebauten staatlichen Bildungssystems verdeutlicht, daß zur wirtschaftlichen Sanierung eine ähnliche Radikalkur verordnet wurde wie im Nachbarland Chile. Rund 100 Unternehmen wurden bereits reprivatisiert, und bis Mitte 1980 ist der Verkauf weiterer 80 Firmen vorgesehen, darunter auch die staatliche Flußschiffahrtsflotte (BfA, Feb. 1980). Der nationale Ausverkauf der Generale geht auf die Kosten der Bevölkerung: In den letzten vier Jahren sank das Realeinkommen der Arbeiter um 52 Prozent. Obwohl in die meisten Gewerkschaften das Militär eingriff, fanden im Jahre 1978 schätzungsweise 1.300 Streiks und Arbeitsniederlegungen statt, und Mitte April 1979 kam es zu einem nationalen Streik, an dem sich ca. 2 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Das von der Militärjunta eingeschlagene Entwicklungskonzept einer Stärkung des exportorientierten Agrarsektors hat Argentinien erneut zu einem Großexporteur von Nahrungsmitteln gemacht und gleichzeitig durch die Überschwemmung des Inlandsmarktes nach dem Abbau von schützenden Zöllen mit billigen Auslandsprodukten den Niedergang der nationalen Konsumgüterproduktion eingeleitet. So hat der „Höhenflug der argentinischen Wirtschaft" (NZZ 22. 8. 79) ein Doppelgesicht: Auf der einen Seite steht der Überschuß von 2,6 Milliarden USDollar, den der argentinische Außenhandel 1978 durch den Absatz von Agrarprodukten erwirtschaftete; auf der anderen Seite aber der Ruin der mittelständischen Industrie, der das Jahr

1979 zum Jahr der Pleiten machte (El Día, México 23. 1. 80). Doch die momentan vollen Devisenkassen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Argentinien durch die einseitige Rückentwicklung zum Agrarexportland in steigendem Maße weltmarktabhängig und krisenanfällig wird, auch wenn die Regierung durch Reisen und Abkommen mit asiatischen Ländern und der Sowjetunion die Zahl der Abnehmer vorerst erhöhen konnte. Arturo Frondizi, Präsident von 1958 bis 1962, stellt bereits am 13. Nov. 1978 in der Zeitung La Nación fest: „Die Rezession ist die schlimmste, die man seit der Krise 1930 erlebt hat. . . . Die Inflationsrate ist nicht nur die höchste der Welt . . ., sie ist auch die höchste der ganzen Geschichte Argentiniens . . . . Dies ist das eigentlich Schmerzhafte: wir haben uns lateinamerikanisiert, aber nicht in dem Sinne, daß wir uns mit den Zielen und Interessen unserer lateinamerikanischen Brüder identifizieren, sondern daß wir uns immer mehr in den dramatischen Aspekten der Armut und der Unterentwicklung ähneln. Eine beachtliche Mehrheit der Argentinier sieht eine Abwertung ihres Lebensstandards und merkt, wie ihre Anstrengungen in die Hände der Finanzoligarchie oder in die Zentren weltweiter Wirtschaftsmächte fließen."



Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im letzten Jahr und dem Abbau der protektionistischen Barrieren sind auch die lange ausgebliebenen Auslandsinvestitionen wieder eingetroffen. So gelang es VW durch die Übernahme der Chrysler Farre Argentina auch im Südzipfel des Kontinents Fuß zu fassen; besonders attraktiv wurde das Angebot dadurch, daß VW zunächst Fahrzeuge und Fahrzeugteile aus der Bundesrepublik und Brasilien importieren darf, bevor die Produktion in Argentinien beginnt.

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen

Die Militärdiktatur kann ihr Wirtschaftskonzept nur mit Unterdrückung durchsetzen.
Auch wenn die Regierung versucht, im Ausland ein besseres Bild von sich zu schaffen, bleibt das Schicksal von mindestens 15 000 Verschwundenen in Argentinien bis heute ungeklärt.

In einer kürzlich von amnesty international herausgegebenen Dokumentation bestätigen zwei „frühere Verschwundene", die in fünf verschiedenen Lagern festgehalten waren und dann fliehen konnten, daß die sog. Verschwundenen von Spezialeinheiten des Militärs und der Bundespolizei entführt werden. Fast alle werden auf brutale Weise gefoltert. Die ai-Zeugen geben die Namen von Gefangenen, die „verlegt" wurden: d. h. die Opfer werden betäubt und von Flugzeugen aus ins Meer geworfen.



Eine US-amerikanische Menschenrechtsorganisation bezeichnete Anfang des Jahres das Verschwindenlassen von Menschen in Argentinien als den schlimmsten Völkermord in der jüngeren Geschichte Lateinamerikas (FT 3.1.80).

Im September 1979 erließen die Militärs ein Gesetz, nach welchem Verschwundene aus der Zeit von 1976 bis 1979 auch gegen den Willen der Familienangehörigen für tot erklärt werden können. Weitere Kampagnen und Nachforschungen sollen durch dieses Gesetz verhindert werden. Proteste aus dem In- und Ausland haben aber bislang offenbar verhindern können, daß dieses Gesetz angewandt wurde.
Neben den Verschwundenen gibt es außerdem immer noch Tausende „offizieller" politischer Gefangene, von denen viele inzwischen seit 4 Jahren ohne jede Anklage, geschweige denn Verurteilung durch ein Gericht inhaftiert sind. Nach Angaben des Innenministers sind es 1526 „Subversive"; die tatsächliche Zahl dürfte allerdings sehr viel höher liegen. Trotz dieser Zustände brauchen die argentinischen Milimassive Kritik von seiten ausländischer Regierungen oder der UNO kaum zu fürchten.
Nachdem die Militärs zunächst die mehrmalige Verschiebung des Besuches einer Delegation der Menschenrechtskommission der OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) erreicht hatten (die Untersuchung fand schließlich im Herbst 1979 statt), wird nun versucht, die Veröffentlichung des seit Januar 1980 im Entwurf vorliegenden Berichtes zu beeinflussen. Im Rahmen eines Tauschgeschäftes „Menschenrechte gegen Getreide" versuchten die Argentinier von den USA eine Milderung des äußerst kritisch abgefaßten Berichtes zu erreichen, wofür Argentinien sich seinerseits bereit erklären könnte, den von Carter geforderten Getreideboykott gegen die USA nicht durch eigene Lieferungen zu unterlaufen.
In diesem Zusammenhang sandte Carter den US-General Andrew Jackson Goodpaster als Sonderbeauftragten nach Argentinien. Durch seinen Besuch sollte der Wille der US-Regierung zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Ausdruck gebracht werden. Die durch die internationalen Ereignisse der letzten Monate geschwächte Regierung der USA spricht mittlerweile kaum noch über die Menschenrechte.

Vorsichtshalber drohte Argentinien sogar mit einem möglichen Austritt aus der OAS, wenn diese ihren für die Militärs niederschmetternden Bericht unverändert veröffentlichen werde.
Den überaus aktiven argentinischen Diplomaten gelang es, die Veröffentlichung des OAS-Berichtes wenigstens so lange hinauszuzögern, bis die Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission in Genf Mitte März abgeschlossen war. Denn auch hier hätten die Argentinier harten Verurteilungen entgegensehen müssen, wenn sie nicht durch die besonderen Aktivitäten ihrer Diplomaten vorgearbeitet hätten: so wurden zum Beispiel schon im Januar die Botschafter der BRD, der Niederlande und Englands in Buenos Aires ins Außenministerium gebeten, um die Position der Regierung vorgetragen zu bekommen.
In der UNO-Menschenrechtskommission selbst erhielt dann Argentinien vor allem wie schon in den Vorjahren Schützenhilfe durch die UdSSR und andere Ostblockstaaten. Ihre verläßliche Freundschaft mit der argentinischen Diktatur hatte die Sowjetunion schon zuvor demonstriert, als sie versuchte, die Debatte über Argentinien überhaupt zu verhindern (LM 15. 2. 80). Dafür gibt es vor allem wirtschaftliche Gründe.



Im Jahr 1978 erreichte der Handelsaustausch zwischen Argentinien und der Sowjetunion 500 Millionen US-Dollar, und auch mit Weizenlieferungen wollen die Generale jetzt aushelfen. Doch damit nicht genug: Bereits im Herbst 1979 besuchte eine sowjetische Militärmission zum ersten Mal Argentinien (LM 23. 8. 79). Ein seltsamer Widerspruch für ein Regime, das nach eigenen Angaben eine der „letzten Bastionen des Abendlandes im Kampf gegen den internationalen Marxismus" darstellt.
Im außenpolitischen Bereich hat die Militärdiktatur offenbar einen größeren Handlungsspielraum gegenüber der traditionellen Hegemonialmacht USA gewonnen. Die halbherzigen Maßnahmen der Carter-Regierung, die durch Sperrung von Krediten und ein Waffenembargo für die Einhaltung der Menschenrechte in Argentinien sorgen wollte, sind nicht zuletzt daran gescheitert, daß west-europäische Staaten schnell die so entstandenen Marktlücken gestopft haben.

Die Generaljunta erreichte also, daß der Fall Argentinien in Genf lediglich in vertaulicher Sitzung der UN-Menschenrechtskommission besprochen wurde. Öffentlich wurde keinerlei Verurteilung ausgesprochen. Zwar beschloß die UNO, eine Expertengruppe einzusetzen, die weltweit Fälle von Verschwundenen untersuchen soll. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit eine solche Arbeit Wirkung zeigt. Wie man am Beispiel der argentinischen Militärregierung sieht, wird eine solche Diktatur mitunter von den verschiedensten politischen Lagern vor Verurteilung geschützt.

Wohlwollen gegenüber Argentinien hat auch die Bundesrepublik an den Tag gelegt. Obwohl weiterhin 17 Deutsche verschwunden bleiben, hat man sich von seiten der Bundesregierung vor allem auf eine stille Diplomatie verlegt. Oder einige Bundestagsabgeordnete machten sich selbst auf die Reise nach Argentinien und Uruguay, wie im Herbst die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Penner, Jungmann und Kuhlwein. Nach ihrer Rückkehr zeigten sie dann Verständnis für die Politik der Militärs, in einer SPD-Presseerklärung. Seitdem ist eben diese Erklärung mehrmals von argentinischen Militärs gleichsam zur Verteidigung der innenpolitischen Situation in ihrem Land herangezogen worden.

Aus der Erklärung der drei SPD-MdB's über Argentinien:
Die gegenwärtige politische Lage ist nur erklärbar auf dem Hintergrund einer bedrängten innenpolitischen Situation vor Übernahme der politischen Macht durch das Militär. Bei der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität hat es Erfolge gegeben. Die Wiedergewinnung der inneren Sicherheit ist jedoch teuer bezahlt worden. Es sind Übergriffe und Entgleisungen passiert, die auch unter Berücksichtigung schwieriger innenpolitischer Umstände elementaren rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen. Über Jahre sich ohne rechtfertigenden Grund hinziehende Verfahren gehören ebenso dazu wie Folterungen und das Verschwinden von Personen. Nach unserer Einschätzung bestimmen diese innenpolitischen Ereignisse auch die Qualität der politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Ländern. Dies umso mehr, wenn Schutzinteressen gegenüber deutschen Staatsangehörigen berührt sind. ...
Nach unseren Erkenntnissen sollte jedes Engagement für die Betroffenen die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer Interessen im Auge haben. Eine gewisse Zurückhaltung in der Öffentlichkeit kann dabei hilfreich sein.

Quelle: „Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion" vom 8. 11. 1979.

Die Militärs an der Macht

Während das Militärregime im Wirtschaftsbereich zumindest einseitige Erfolgsmeldungen vorweisen kann, herrscht im politischen Bereich unter der Decke vordergründiger Einheitlichkeit ein innermilitärisches Gerangel um die höchsten Posten und weitgehende Ratlosigkeit über die äußere Form, die das „neue" Regime annehmen soll. Auch diese Sorgen sind indessen nicht neu. Denn im Gegensatz zu ihren in- und ausländischen Befürwortern haben die Generale in der geschichtlichen Entwicklung Argentiniens noch nie eine gangbare politische Alternative gefunden, sondern vielmehr die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme immer weiter hinausgezögert. Zuletzt versuchten sie es von 1966 – 1973 in der sog. „argentinischen Revolution", als die Militärs eine neue institutionelle Ordnung mit starken konservativ-katholischen Elementen aufzubauen versuchten. Damals zogen sich die Militärs nach Volksaufständen und einer wachsenden Guerillabewegung von der Regierung zurück, nachdem deutlich geworden war, daß eine Weiterführung des eingeschlagenen Kurses nur mit einer wesentlich repres-



siveren Politik durchsetzbar wäre. Diesen Weg haben die Militärs nach ihrem vorübergehenden Rückzug aus der Politik (1973) seit der Machtübernahme 1976 auch wirklich eingeschlagen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß eine wirkliche politische Liberalisierung in Argentinien für die Militärs äußerst gefährlich ist, denn die unpopuläre Wirtschaftspolitik würde schnell zu massiven Protesten führen.

Einen baldigen Rückzug planen die Generäle in Argentinien daher momentan nicht. Im Dezember 79 legten die Militärs ein lang erwartetes Dokument mit dem Titel „Politische Grundlagen für den Prozeß der nationalen Reorganisation" vor. Das darin enthaltene Programm umfaßt zwar 7 000 Wörter, aber wenig konkrete Angaben, etwa über die Abhaltung von Wahlen. Demnächst soll mit der Reorganisation und Normalisierung der politischen Parteien begonnen werden, wobei die Beteiligung der Militärs bei allen künftigen Regierungen vorgesehen ist. Nicht zugelassen bleiben Parteien mit „einer totalitären Ideologie", und auch die „Förderung des Klassenkampfes" bezeichnet Juntachef Videla als unannehmbar. Auch die peronistische Partei hat nach seinen Worten keinen Platz in dem „demokratischen" Regime, und „die Kollektivierung der Produktionsmittel, der Personenkult und die parteipolitische Durchsetzung der großen Einrichtungen des Staates" sollen in Zukunft verhindert werden. (MD 19. 12. 79)

Allerdings sind sich die Generale keinesfalls einer Meinung, was die zukünftige politische Entwicklung anbelangt. Ein rechtsradikaler Flügel möchte überhaupt nichts von einer Rezivilisierung wissen und weiterhin repressiv gegen die geringste Form von ziviler Unbotmäßigkeit vorgehen. Die heute dominierende Linie um Staatspräsident Videla und den Oberkommandierenden des Heeres, Viola, ist dagegen auf gewisse Umbauten, zumindest an der Fassade des Regimes, bedacht.

Die Differenzen unter den Militärs blieben jedoch nicht auf der Ebene interner Unstimmigkeiten, sondern manifestierten sich im Oktober 1979 in einem erfolglosen innermilitärischen Staatsstreich der Rechten um den General Menéndez.

Als Anlaß vermutete man die Freilassung und Abschiebung des Zeitungsherausgebers Timerman, der lange Zeit unter Hausarrest stand, und einen Bombenanschlag der Guerillagruppe Montoneros gegen den Staatssekretär Klein, aber hier könnten persönliche Quellen den Ausschlag gegeben haben.

Eine größere Einigkeit legen die Militärs allerdings dann an den Tag, wenn es darum geht, die organisierte Opposition aufzureiben. Unter dem Vorwand einer Restrukturierung des Gewerkschaftswesens wurde im vergangenen Jahr der Versuch gemacht, die mehrheitlich peronistischen Gewerkschaften zu entpolitisieren. Ein neues Arbeitsgesetz läßt lediglich noch regionale Gewerkschaften zu, verbietet den Syndikaten eine politische Richtlinie, berechtigt die Militärs zur Einmischung in die interne Verwaltung der Gewerkschaften und setzt eine Maximaldauer für die Amtszeit eines Gewerkschafters fest. Damit ist die Einheitsgewerkschaft CGT praktisch aufgelöst, auch wenn die organisierten Arbeiter sich bislang dagegen erfolgreich zur Wehr setzen konnten. Nach internen Spannungen konnten sich die weitgehend peronistischen Gewerkschaften im September 1979 zur Cuta (Conducción Unica de los Trabajadores Argentinos zusammenschließen.

Unterstützung erhielten sie auch von der katholischen Kirchenführung Argentiniens, die sich für gewerkschaftliche Freiheiten aussprachen und für die Arbeiter das Recht verlangten, ihren Verbänden „jenen Aufbau und jene Organisationsform zu verleihen, die sie für nötig erachten, wobei sie ohne Druck von privater oder amtlicher Seite für eine Einheitsorganisation oder für gewerkschaftlichen Pluralismus votieren können sollen." (NZZ 7. 8. 79)

Unterdrückung und Widerstand: Die Frauen von der Plaza de Mayo

In letzter Zeit haben die Militärs in verschiedenen Bereichen wieder Freiräume zugelassen. In den Zeitungen herrscht wieder etwas mehr Freizügigkeit, und der Gründer und ehemalige Herausgeber der Tageszeitung „La Opinión" wurde nach zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug freigelassen. Wegen seiner jüdischen Herkunft spielten bei seiner Verhaftung und den Verhören, denen er unterworfen wurde, antisemitische Vorurteile eine wichtige Rolle. Andere Bereiche bleiben dagegen unter strikter Kontrolle. Der Erziehungsminister Llerena Amadeo hat beispielsweise mit einem neuen Universitätsgesetz, das die Zahl der Studierenden drastisch verringert und eine klerikal-nationalistische Bürgerkunde an den Schulen einführt, den rechtskatholischen Tendenzen unter den Militärs klaren Ausdruck verliehen.
Widerstand gegen die Militärdiktatur äußert sich heute in den bereits dargestellten Streiks, den Aktivitäten der Guerilla-Gruppe Montaneros und vor allem in Form von massiven Protesten anläßlich des ungeklärten Schicksals der „Verschwundenen". Die Angehörigen haben sich in mehreren Gruppen zusammengeschlossen und versuchen, durch Suchanzeigen in Tageszeitungen auf das Schicksal der Verschwundenen hinzuweisen.


A LAS AUTORIDADES DEL PODER EJECUTIVO

A LAS AUTORIDADES DEL PODER JUDICIAL

¿DONDE ESTAN NUESTROS HIJOS?

¡SOLO PEDIMOS LA VERDAD!

Vermißtenanzeige in der argentininschen Zeitung „La Prensa". „WO SIND UNSERE SÖHNE?"

Hierzu gehören auch die Frauen von der Plaza de Mayo. Zwei Jahre lang versammelten sich auf der Plaza de Mayo, dem Platz vor dem Regierungspalast in Buenos Aires, an jedem Donnerstagnachmittag Frauen. Frauen, Mütter und Großmütter der „desaparecidos", der Verschwundenen. Sie forderten von der Regierung Rechenschaft über den Verbleib ihrer Angehörigen. Mit ihrem öffentlichen Auftreten, mit dem sie unter der Militärdiktatur ihr Leben riskierten, haben sie zur letzten und einzigen Verteidigung gegriffen, die ihnen zur Verfügung steht. Die Militärs haben immer wieder versucht, die Frauen einzuschüchtern und an ihren Versammlungen zu hindern. Am 8. Dezember 1977 wurden einige der Frauen beim Verlassen der Kirche Santa Cruz in Buenos Aires zusammen mit einer französischen Nonne entführt. Ihr Schicksal ist unbekannt. Seit dem 11. Januar 1979 haben die Militärs jegliche Demonstration auf der Plaza de Mayo verboten. Trotzdem treffen sich die Frauen weiterhin jeden Donnerstag, nun allerdings in und vor verschiedenen Kirchen. Der letzte Versuch, die Verschwundenen-Komitees mundtot zu machen, erfolgte im August 1979, unmittelbar vor dem Besuch der OAS-Menschenrechtskommission, als von „Sicherheitskräften" die Büros der Komitees besetzt und alles vorhandene Material beschlagnahmt wurde.
Die Organisation „familiares de desaparecidos y detenidos por razones políticos" besteht aus Verwandten von Verschwundenen und Verhafteten, die sich zusammengefunden haben, um sich gemeinsam für ihre Angehörigen einzusetzen.
Ihre Arbeit verteilt sich unter anderem auf: Sammlung von Zeugenaussachen; Hilfe an Familienmitglieder von Verschwundenen und Verhafteten; Veröffentlichung in Zeitungen; Reklamationen bei den Behörden; Bezahlung der Reisekosten an Angehörige von Eingesperrten, um Besuche zu ermöglichen (Die Distanzen betragen oft über 1 000 km); Veröffentlichung eines „boletíns" alle 2 Monate.
Für ihren unerschrockenen Einsatz für die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten sind die Frauen von der Plaza de Mayo u. a. für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Im Vorgriff darauf haben sie am 10. März 1980 in Bonn von dem Berliner Altbischof Scharf einen von deutschen Organisationen gestifteten Friedenspreis überreicht bekommen. Dazu gehören evangelische Studentengemeinden, amnesty international, Lateinamerika-Komitees und Dritte-Welt-Arbeitskreise, die sich auch weiterhin für die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Gruppe argentinischer Frauen einsetzen wollen.

tt. nw

Aus einem Brief der Kinderhilfe Lateinamerika an Willy Brandt

... Am 4. Februar beginnt in Genf eine Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, auf der u.a. über die Mißachtung der Menschenrechte in Argentinien durch die Militärdiktatur des Generals Videla beraten wird.
Durch glaubhafte Quellen haben wir erfahren, daß die Delegation der oben genannten Diktatur plant, bei dieser Gelegenheit die Presseerklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages Penner, Jungmann und Kuhlwein vom 8. 11. 1979 zur Entlastung anzuführen, ... in der die brutale faschistische Repression gerechtfertigt und das Drama Argentiniens auf einen bloßen Kampf gegen den Terrorismus reduziert wird.
Der argentinische Botschafter in Bonn, Dr. Roberto Guyer ... schützte die genannte Erklärung vor, um die Folter, den Mord, die willkürlichen Festnahmen und die Vertreibung ins Exil von Tausenden von Kindern, Frauen und Männern als normal erscheinen zu lassen.
...
Daher bitten wir Sie um eine deutliche Stellungnahme seitens der SPD in dem Sinne, daß die Erklärungen der Herren Penner, Kuhlwein und Jungmann nicht geteilt werden oder in der zumindest klargestellt wird, welche Position die Sozialdemokraten zur Frage der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien einnehmen.
Das Schicksal Tausender politischer Gefangener, Verschwundender, Gefolterter und Exilierter macht ein deutliches Wort der deutschen Sozialdemokratie notwendig.

Informationsstelle Lateinamerika (ila)

ila-Selbstdarstellung

Die ila ist ein gemeinnütziger Verein, der sich finanziell selbst aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden trägt und von keiner politischen Partei, staatlichen, kirchlichen oder wirtschaftlichen Organisation abhängig ist.
Die Mitarbeiter(innen) der ila kommen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Daraus ergibt sich eine Vielzahl politischer, religiöser und humanistischer Vorstellungen für ihre Mitarbeit. Gemeinsame Begründung unseres Handelns ist jedoch die Notwendigkeit, sich hier in der BRD für die von Hunger, Elend und Unterdrückung Betroffenen in der Dritten Welt, und zwar speziell in Lateinamerika, einzusetzen. Dies geschieht überwiegend durch Verbreiten von Informationen aus und über Lateinamerika. Diese Arbeit geht von der im folgenden dargestellten Situation aus.

Unsere Einschätzung der Situation in Lateinamerika
In den meisten Ländern Lateinamerikas gibt es brutale Militärdiktaturen. Presse- und Meinungsfreiheit, Organisations- und Streikrecht sind weitgehend nicht vorhanden. Folter, Mord und das „Verschwinden" politisch Andersdenkender sind alltäglich. Die Grenzen sind offen für ausländische Investitionen, die die einheimische Industrie zerstören und hohe Gewinne machen. Die Menschen in Lateinamerika haben es täglich schwerer, ihren Lebensunterhalt sicherzustellen, während die Gewinne der ausländischen Firmen in die Industrieländer zurückfließen und unseren Wohlstand mitfinanzieren. Mit diesen Lebensbedingungen ist eine immer größer werdende Zahl von Lateinamerikanern unzufrieden und beginnt, sich zu wehren. Ihr Widerstand ist nur noch durch bewaffnete Terrorregime zu brechen. Die Militärs, die im Ausland ausgebildet wurden und ihrerseits an den Gewinnen teilhaben, eignen sich dazu vorzüglich, da sie im Gegensatz zu Parteien und Parlamenten über die nötigen Waffen verfügen.
Welchen Weg die lateinamerikanischen Völker zur Beendigung dieses Zustands wählen, ist ihre eigene Entscheidung. Unsere Aufgabe besteht einerseits in der Unterstützung aller vom Volk ausgehenden Widerstandsformen und Gruppen – ob sie auf gewerkschaftlicher, kirchlicher oder politischer Ebene oder auf der Ebene des bewaffneten Kampfes arbeiten. Andererseits versuchen wir, deren Ansichten hier bekanntzumachen. Wichtiger Bestandteil dieser Unterstützung ist, daß wir uns gegen alle diejenigen wenden, die am Elend Lateinamerikas verdienen.

Praktische Durchführung
Informationsarbeit:
- regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift (ila-info)
- unregelmäßige Veröffentlichung von Dokumentationen und Broschüren zu aktuellen Themen
- Presseinformationen, Flugblätter, Informationsblätter für Schüler und Aktionsgruppen
- Veröffentlichung von Artikeln und Leserbriefen in Zeitungen und Zeitschriften
- Vertrieb zahlreichen Informationsmaterials zu Lateinamerika für andere Gruppen in Kommission
- Erstellen eines Presse- und Zeitschriftenarchivs
- Seminare und Vorträge in eigener Regie oder unter fremder Trägerschaft (Volkshochschule, Weiterbildungsinstitutionen)
- Stellen von Referenten für andere Gruppen oder Einrichtungen
- Unterstützung von Filmvorführungen, Ausstellungen und politischen und kulturellen Veranstaltungen, sofern sie den allgemeinen Zielsetzungen der Arbeit entsprechen.

Solidaritätsarbeit:
- Wichtigster Aspekt dieser Arbeit ist die politische und materielle Unterstützung des gesamten lateinamerikanischen Widerstands und aller fortschrittlichen Volksbewegungen
- Kontakt zu Lateinamerikanern im Exil, die in ihrer Heimat politisch verfolgt wurden
- Zusammenarbeit mit anderen Solidaritätsgruppen in der BRD und in Europa
- Aktionen zur praktischen Unterstützung und Hilfe für Verfolgte und Gefangene und deren Angehörige
- Spenden- Medikamentensammlungen usw.
- in bescheidenem Umfang die Förderung kleiner Selbsthilfeprojekte in Lateinamerika
- Durchführung von Aktionen in der Öffentlichkeit auf lokaler Ebene (Infostände, Filmvorführungen, Straßentheater usw.)

Für die oben genannten Aufgaben steht der ila ein Büro in Bonn zur Verfügung, der Arbeitsanfall wird von den Mitarbeiter(innen) ehrenamtlich und neben der Belastung durch Beruf oder Studium erledigt.
Viele Mitarbeiter(innen) kennen Lateinamerika aus mehrjähriger Erfahrung.
Bei der ila kann bezogen werden:
- das **ila-info**. Bringt 10mal jährlich Berichte, Analysen und Diskussionsbeiträge zu Lateinamerika und der Solidaritätsarbeit. Abopreise: 15,– DM für Schüler, Studenten und Zivildienstleistende; 20,– DM als Normalabonnement; 25,– DM für Institutionen; 30,– DM als Förderabo.
  Ein Ziel des ila-infos ist es, als Informations- und Diskussionsforum der verschiedenen Lateinamerikagruppen zu dienen. Also – schickt uns Artikel über Euch, Eure Arbeit oder was sonst noch interessant ist. Wir drucken's bestimmt!

- **Informationsblätter**
  Nr. 0 – Ausführliche Selbstdarstellung
  Nr. 1 – Entstehen in Lateinamerika Militärdiktaturen, weil die dortigen Völker „unfähig zur Demokratie sind"?
  Nr. 2 – Maria B wird arbeitslos oder: Was gehen uns die Multis an?
  Nr. 3 – Die Neue Internationale Arbeitsteilung
- Zu **speziellen Fragen** Kopien zum Selbstkostenpreis aus unserem Archiv
- die kostenlose **Material- und Plakatliste** mit über 100 Broschüren, Plakaten, Postkarten, Aufklebern, Schallplatten.

Adresse: Informationsstelle Lateinamerika (ila)
Römerstraße 88, 5300 Bonn 1
Telefon: 02221/ 65 86 13
Bürozeiten: Mo – Sa 9 - 12 Uhr; Mo – Fr 14 - 17 Uhr
Konten: PSchKo Köln 583 99 - 501
Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86) Nr. 130 770

Verwaltungsgericht verbietet Sammlung für ZANU - Druckmaschine

Der KBW wollte in der Zeit vom 10. März bis 1. Mai 1979 im gesamten Stadtgebiet von Freiburg eine Haus- und Straßensammlung für eine Druckausrüstung der ZANU durchführen. Sammlungsziel des KBW waren DM 500.000 auf Bundesebene bis zum 1. Mai 1979.

Die Stadt Freiburg lehnte den Antrag auf Sammlungserlaubnis ab. Für sie ist „der angegebene Zweck nicht als ein humanitärer anzusehen." In ihrer ablehnenden Begründung hieß es:
„Die Verwendung des Sammlungserlöses für die Unterstützung kriegerischer Handlungen ist dem Grundgesetz, mit dem von der Bundesregierung praktizierten Gedanken der Völkerverständigung und dem Ziel des Sammlungsgesetzes, das humanitäre Zwecke verfolgt, nicht zu vereinbaren. Weiterhin ist auch nicht glaubhaft gemacht, daß der Antragsteller in der Lage ist, die weitere tatsächliche Verwendung der Mittel durch die ZANU zu kontrollieren." . . . „Durch die Verwendung des Sammlungsertrages zu unfriedlichen Zwecken wären Recht und Ordnung verletzt."
Am 3. April 1979 hat das Regierungspräsidium Freiburg den Widerspruch des KBW gegen diesen städtischen Bescheid zurückgewiesen und hinzugefügt, daß auch die Sammlung selbst (also nicht nur der Sammlungszweck) Recht und Ordnung verletze, weil ihre Durchführung zu Unmutsäußerungen aus der Bevölkerung führen werde. Mit der Klage von Mai 1979 vor dem Verwaltungsgericht Freiburg wolle der KBW feststellen lassen, daß der Bescheid der Stadt (und des Regierungspräsidiums) rechtswidrig waren.

Dennoch hält das Verwaltungsgericht das Sammlungsverbot für rechtswidrig: es bestehe" die Gefahr, daß durch die Verwendung des Sammlungsertrages Art. 26 Abs. 1 Grundgesetz (GG) verletzt wurde. Nach dieser Bestimmung sind Handlungen verfassungswidrig, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten. Die . . . Verwendung des Sammlungsertrages zur Beschaffung einer Druckausrüstung für eine Organisation, die sich jedenfalls im für die Entscheidung maßgeblichen Zeitpunkt aktiv an bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen beteiligt hat, ist eine zur **Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker** geeignete Handlung. Die Kammer (des Verwaltungsgerichts) gelangt zu diesem Ergebnis ohne eine Prüfung der von der ZANU verfolgten Ziele und der Rechtmäßigkeiten ihrer Aktivitäten."
Nach 8 Jahren bewaffnetem Befreiungskampf konnte das Volk von Zimbabwe Ende Februar 1980 zum erstenmal seit der kolonialen Unterdrückung seinen politischen Willen in freien Wahlen ausdrücken.

Ohne bewaffneten Kampf hätte es eine solche Wahl in Zimbabwe sicherlich nie oder erst in Jahrzehnten gegeben. Das rassistische System und seine Repräsentanten hätten eventuell kosmetische Verdunkelung a la Muzorewa betrieben, aber seinen Grundcharakter hätte es freiwillig nicht aufgegeben: die schwarze Mehrheit (96%) wäre weiterhin ausgebeutet und rechtlos gehalten worden.
In dieser Situation ist es das natürliche Recht des Volkes von Zimbabwe, gegen seine Unterdrücker vorzugehen, auch gewaltsam und mit Waffen. Die strukturelle und alltägliche Gewalt des rassistischen Systems, das sich wirklichen Änderungen stets in den Weg gestellt hat, rief die bewaffnete Gewalt hervor und rechtfertigt sie.

Es kommt nicht auf das formale „Du hast aber zuerst zugeschlagen" an, sondern auf die Zielsetzung, die mit der angewandten Gewalt verfolgt wird, ihre politische und moralische Rechtfertigung sowie auf die Verankerung der verfolgten Zielsetzung unter den betroffenen Menschen. Demnach wäre gerade zu prüfen gewesen, was die PF bzw. die ZANU will. Ist es friedensstörend, eine Bewegung zu unterstützen, die einer rassistischen Minderheit deren Machtapparat zerschlagen will?
Dienen wir dem Frieden, wenn wir solidarisch mit dem Volk von Zimbabwe sind, das um sein Selbstbestimmungsrecht und seine Unabhängigkeit kämpft? Das Gericht sagt: nein.
Es argumentiert formal, läßt vordergründig jegliche politische Wertung weg, indem es auf die Gründe der (Gegen)Gewalt durch die ZANU nicht eingeht, wertet aber dennoch das Verhalten der „Beteiligten" in Zimbabwe. Es sieht „das friedliche **Zusammenleben** der Völker" **gestört**, wenn in der BRD für eine ZANU-Druckmaschine gesammelt wird.
In Zimbabwe ‚stören' die Befreiungsorganisationen das alte Regime, sonst niemand. Die Wahlen Ende Februar haben deutlich gezeigt, daß die schwarze Bevölkerung fast einhellig hinter der PF und besonders hinter der ZANU steht.

Hier in der BRD können nur die von der Sammlung ‚gestört' werden, die ein Interesse daran haben, daß über sie und ihre Verbindungen zu den Rassisten wenig bekannt wird, damit auch von der BRD aus möglichst profitable Bedingungen in Zimbabwe aufrechterhalten werden können. Solche Störungen sollte es noch viel mehr geben, dann könnte das (Zusammen-)Leben der Völker vielleicht friedlich werden.

Juristische Wertung des Urteils
Es klingt zunächst absurd, aber das Gericht hat übersehen, daß die Stadt Freiburg an die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und der UN-Generalversammlung gebunden ist.
Die BRD ist seit dem 6. 6. 1973 gesetzlich an die Charta der Vereinten Nationen gebunden. Gemäß Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen sind auch die Beschlüsse des Sicherheitsrates und der Generalversammlung für alle UN-Mitglieder rechtsverbindlich; der Bund muß sich also daran halten. Über Art. 20 Abs. 1 GG sind die Länder **und Gemeinden** zur Bundestreue verpflichtet. Deshalb ist auch die Stadt Freiburg an den Beschluß der Generalversammlung vom 7. 11. 1977 gebunden, in dem der bewaffnete Kampf ausdrücklich als „geeignetes Mittel im legitimen Kampf für Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von kolonialer Beherrschung und Fremdherrschaft" hervorgehoben wird. Da in anderen Beschlüssen festgestellt wurde, daß das Volk von Zimbabwe unter Kolonialherrschaft lebt und die PF als nationale Befreiungsorganisation anerkannt war, **mußte** schon aus juristischen Gründen eine Sammlung zugunsten der ZANU genehmigt werden.
Auch ein Verstoß gegen den von der „Bundesregierung praktizierten Gedanken der Völkerverständigung" kann dann nicht vorliegen, wenn diese Handlung schon vom Gesetz quasi vorgeschrieben wird. Wendet man die Grundsätze konsequent an, dann ist die Stadt Freiburg (auch alle anderen Städte und Gemeinden in der BRD) sogar verpflichtet, **alles zugunsten der PF** zu tun. Dazu würde z.B. gehören, städtische Räume bei ZANU-Veranstaltungen kostenlos zur Verfügung zu stellen.
Vielleicht paßt der VGH seine Rechtsprechung der neuen politischen Interessenlage an, nachdem Außenminister Genscher an den Genossen Mugabe schrieb: „Möge es Ihrer Regierung gelingen, Ihrem Lande nach den langen Jahren erbitterten Kampfes einen vollständigen und dauerhaften inneren Frieden zu sichern". (FR 13. 3. 80)

rb

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg